

Dieter Schäfer

Wie wir wurden,  
was wir sind



- Standortpolitik
- Existenzgründung und Unternehmensförderung
- Aus- und Weiterbildung
- Innovation und Umwelt
- International
- Recht und Steuern

# Wie wir wurden, was wir sind

Kleine Geschichte  
der Industrie- und Handelskammer  
Würzburg-Schweinfurt,  
ihrer Vorgänger und Vorläufer  
von 1669 bis zum 150. Jubiläumsjahr 1993

Der lange und verschlungene Weg von einer fürstbischöflichen  
„Hilfsbehörde“ über eine Korporation der Kaufmannschaft,  
eine königlich-bayerische Selbstverwaltung, durch unsichere  
Nachkriegszeiten bis zu einer bundeseinheitlichen Rechtsgrundlage

Personen, Dokumente, Aufzeichnungen und Erinnerungen

von Dieter Schäfer

mit Beiträgen von Hans Bolza, Harm-Hinrich Brandt,  
Wilhelm Hilcken, Josef Balduin Kittel, Gottfried Zoepfl

Würzburg, 2015

Titelbild: Faksimile der Urkunde von Johann Philipp von Schönborn mit der Anordnung, eine Anstalt zur Kontrolle der Privilegien auswärtiger Woll- und Tuchhändler zu gründen und dazu eine „gehörige Anstalt zu machen“, die älteste Vorläuferin der späteren Handelsinnung, beziehungsweise Handelskammer, 1669.

Impressum:

**Dieter Schäfer: Wie wir wurden, was wir sind**  
Schriftenreihe der IHK Würzburg-Schweinfurt  
Nr. 37/2015  
ISBN 978-3-943920-12-3

**Verleger**

Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt K. d. ö. R., Mainaustraße 33-35, 97082 Würzburg,  
E-Mail: [info@wuerzburg.ihk.de](mailto:info@wuerzburg.ihk.de), Tel. 0931 4194-0

**Vertretungsberechtigte**

Präsident der IHK Würzburg-Schweinfurt: Otto Kirchner  
Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt: Prof. Dr. Ralf Jahm

**Zuständige Aufsichtsbehörde**

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (<http://www.stmwi.bayern.de>)

**Verantwortlicher Redakteur**

Radu Ferendino, Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt K. d. ö. R., Mainaustraße 33-35, 97082 Würzburg

**Druck**

Benedict Press, Vier-Türme GmbH, Schweinfurter Str. 40, 97359 Münsterschwarzach Abtei

**Bildnachweis**

IHK Würzburg-Schweinfurt, externe Bildquellen sind jeweils am Bild gekennzeichnet.

© Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier oder elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die IHK keine Gewähr. Diese Publikation ist gedruckt auf einem FSC-zertifizierten Naturpapier. Das FSC-Zertifikat steht für eine Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Herkünften.

# Inhalt

Vorwort .....	7
Der Anfang in Bayern und die Vorläufer im Hochstift Würzburg .....	9
Die Dynamik der Moderne beginnt .....	16
Harm-Hinrich Brandt: Die Handels- und Gewerbekammer 1843 .....	20
Braucht man überhaupt einen angestellten Sekretär? .....	22
Die Handels- und Gewerbekammernovelle von 1869 .....	24
Gottfried Zoepfl: Mit einundzwanzig Jahren Handelskammersekretär .....	26
Johann Philipp von Schönborn: Die Handelsinnung von 1669 .....	30
Johann Philipp II. von Greiffenklau: Privilegierung als „unzertrennliche corpore zu ewigen Zeiten“ .....	34
Der Main in der „historisch-ruhmreichsten und hinsichtlich der Zukunft verheißungsvollsten Handelsroute“ .....	38
Der Würzburger Handelskammersekretär auf dem Sprung zum Geheimrat im Auswärtigen Dienst und auf einen Lehrstuhl der Universität Berlin .....	40
Dr. Josef Balduin Kittel .....	41
Die bürgerliche Leibgarde des Landesherrn .....	43
Auf dem Weg zu einem eigenen Handelskammergebäude .....	48
Ein repräsentatives Haus im Prinzregentenstil, in guter Lage gegenüber dem Hofgarten, in Nachbarschaft zu Kreisregierung, Universität und Justiz .....	50
Wilhelm Hilcken: Ein Menschenleben .....	53
Gründung des Universitätsbundes Würzburg .....	66
Die Reichsstelle Zucker in der IHK .....	67
Eisenbahnen, Schifffahrtsstraßen und Industrialisierung bündeln lokale Einzelinteressen zu einer gesamtwirtschaftlichen Vertretung ...	68
Die „Machtergreifung“ in der Würzburger IHK .....	70

Suche nach einem politisch genehmen Kammerpräsidenten .....	73
Göring: Die Zusammensetzung der Kammern entspricht in keiner Weise mehr den aktuellen politischen Verhältnissen .....	75
Schweinfurt als „Melkkuh“ zur „Entschuldung“ der SA .....	76
Die Machtergreifung in der Provinz .....	79
Wechsel in der Geschäftsführung .....	80
Honorarprofessur der Universität für den Handelskammersyndikus.....	81
Im Schatten des Krieges .....	84
Von der Auflösung der IHK zur Gauwirtschaftskammer Mainfranken .....	85
Der Zusammenbruch .....	89
Zeitzeugnis einer Mitarbeiterin: Irmgard Schaffner über das Ende in Schweinfurt .....	93
Die siegreichen Mächte übernehmen die Regierungsgewalt .....	94
Leben als „Nation ohne Haus“ .....	98
Nachkriegskammern in Würzburg und Aschaffenburg .....	99
Dr. Hans Bolza übernimmt das Präsidentenamt .....	102
Die Militärregierung: Besatzer, bevor sie zu Verbündeten wurden .....	104
Denazification, Demilitarisation, Deindustrialisation, Reeducation: Die „Nazinester“ in der IHK und bei Koenig & Bauer ausräuchern .....	105
Das Leben in der Provinz nach Kriegsende .....	108
Dr. Hans Bolza Juni 1945: Nationales Selbstbewusstsein aufrechterhalten und nationale Würde bewahren .....	112
Die Handelskammer muss ihre überkommene Struktur den veränderten Verhältnissen anpassen, was nicht ohne Blessuren abgeht .....	117
Das erste Nachkriegspräsidium .....	118
Rechtsgrundlage seit Oktober 1945: eine bayerische Rechtsverordnung ...	119
Dr. Hans Bolza: „Einen Hauptgeschäftsführer benötigen wir vorerst nicht“ .....	120

Die Affäre Stephan .....	122
„Wir bauen auf!“ – auch die IHK .....	123
Auch andere Ämter und Verbände unter das Dach der Kammer nehmen? .....	124
Euler: Auch die Gewerkschaften .....	125
Die Kosten des Wiederaufbaus .....	126
Ein stolzer Tag: das Richtfest, aber doch so ganz anders als 1938 .....	128
Wiederaufbau des Lehrlings- und Prüfungswesens .....	132
Die Zimmerverteilung .....	133
Hauptgeschäftsführer RA Alfred Brandenstein .....	134
Sonderrolle und Abspaltung Aschaffenburgs .....	136
Marshall-Plan, Währungsreform, Bundesrepublik Deutschland .....	137
Anpassung an die veränderten Gewichte in Mainfranken .....	138
Regel Detri – die Zauberformel von Dr. Theodor Vogel .....	142
Vor neuen Aufgaben .....	146
Zonenrandförderung .....	149
Das Konzept der Verkehrsdrehscheibe Mainfranken .....	151
Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur .....	154
Mainfranken 1950 bis 1980: Auf dem Weg zu einer industriellen Region .....	156
Rohstoffferne und hohe Energiekosten .....	158
Im Urteil der Geschichtswissenschaft: „Typisch das Wirken der Kammer Würzburg-Schweinfurt“ .....	161
Berufliche Ausbildung und Weiterbildung .....	162
Weiterbildungszentren in Würzburg und Schweinfurt .....	168
Kunst in der IHK .....	174

Das Technologie- und Gründerzentrum Würzburg .....	180
Die Zonengrenze fällt – Mainfranken zur DDR hin öffnen .....	183
Harm-Hinrich Brandt: Die Kammer im Jubiläumsjahr 1993 .....	194
Einschnitte .....	199
Dank .....	202
Vorsitzende und Präsidenten .....	204
Sekretäre und Hauptgeschäftsführer .....	206

## Vorwort

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Würzburg-Schweinfurt kann 2018 ihr 175-jähriges Jubiläum feiern. Das Reskript König Ludwigs I. von Bayern vom 19. Mai 1843 ist die Geburtsurkunde der meisten heutigen bayerischen IHKs. Unsere IHK wird aus diesem Anlass im Jubiläumsjahr eine Festschrift vorlegen und darin aufzeigen, wo sie im Zeitsprung nach 175 Jahren steht, wie sie heute ihre Aufgaben sieht, was sie von der Zukunft erwartet und wie sie sich darauf vorbereitet.

Das tut sie vor dem Hintergrund einer schon wesentlich längeren Geschichte – mit ihren Vorläufern seit 1669, das Jahr, in dem Fürstbischof Johann Philipp von Schönborn, als „Germaniens Erzkanzler und Kurfürst, Bischof zu Würzburg und Worms, Herzog zu Franken“ einer der ranghöchsten und herausragenden Fürsten seiner Zeit, regelte, unter welchen Voraussetzungen ausländische Woll- und Tuchhändler ihre Waren auf den Märkten seines Hochstifts Würzburg anbieten durften und befahl, zur Kontrolle der Ausführung seiner Verordnung eine „gehörige Anstalt zu machen“, aus der eine Handlung entstand als Vorläufer der späteren bayerischen Handelskammer des Jahres 1843. H. H. Brandt hat in seiner 1992 vorgelegten Geschichte der IHK Würzburg-Schweinfurt die Commerz-Kammern und Commerz-Kollegien als „Hilfsbehörden“ gekennzeichnet, was auf die „gehörige Anstalt“ Schönborns zur Kontrolle der Privilegien ausländischer Woll- und Tuchhändler für die Märkte seines Hochstifts gewiss uneingeschränkt zutrifft.

Professor Dr. Dieter Schäfer, mein Vorvorgänger, Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt von 1965 bis 1992 und selbst Historiker, Gründer und langjähriger Vorsitzender des ehemaligen Arbeitskreises Kammergeschichte des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), hat es unternommen, die Entwicklung der IHK von ihren Anfängen und Vorläufern bis zum Jubiläum im Jahr 1993 nachzuzeichnen, die für sie wichtigen Persönlichkeiten – zum Teil auch aus seiner persönlichen Erinnerung seit 1954 – zu skizzieren und Dokumente und Aufzeichnungen aus diesen langen Jahren ihrer Geschichte zu präsentieren. Das passiert zum Teil erstmals, wie etwa die Erinnerungen, die der langjährige IHK-Präsident Geheimrat Wilhelm Hilcken für seine Nachkommen 1927 hinterlassen hat, sowie auch die wegweisende Rede Dr. Hans Bolzas, mit der die Kammer nach Kriegsende 1945 ihre Arbeit wieder aufnahm. Wir wiederholen auszugsweise Abschnitte aus der Kammergeschichte „Ein tüchtiges Organ des Handels- und Fabrikantenstan-

des – Die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt in 150 Jahren“, die Harm-Hinrich Brandt zum 150. IHK-Jubiläum 1993 vorgelegt hat, auch sein Abschlusskapitel mit der Bilanz vor 25 Jahren und verzeichnen die Quellen und Literatur zu unserer Geschichte. Das ist das Fundament, auf dem wir heute stehen und versuchen, den Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden.

Man kann versuchen, Aktuelles mit Historie zu verbinden. Das gelingt allerdings selten. Darum schicken wir, einem Vorschlag Professor Dr. Dieter Schäfers folgend, seine „Kleine Geschichte von den Vorläufern seit 1669 bis zum Jubiläum 1993“ einer IHK-Festschrift, die zum 175. Jubiläumsjahr 2018 erscheinen soll, voraus. Sein Schlusskapitel beschreibt den epochalen Einschnitt, der mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschlands auch für die IHK Würzburg-Schweinfurt verbunden war, die nicht weniger gravierenden Veränderungen durch die Einführung der EDV und die modernen Kommunikationstechniken sowie die Aufgabe des alten IHK-Gebäudes in der Würzburger Stadtmitte und die Entwicklung des neuen IHK-Zentrums im Stadtteil Zellerau.

Ich danke dem Autor für die Mühe, die er sich, selbst in hohem Alter, mit dieser Arbeit gemacht hat und erinnere damit auch an die zahlreichen Persönlichkeiten, die im Ehrenamt und im Hauptamt die Grundlage für unsere heutige Arbeit gelegt haben. Das sollte nicht vergessen gehen: Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten.

Professor Dr. Ralf Jahn  
Hauptgeschäftsführer der  
Industrie-Handelskammer (IHK) Würzburg-Schweinfurt

## Der Anfang in Bayern und die Vorläufer im Hochstift Würzburg

Maximilian Lanzinner erwähnt zu recht, dass die Geschichte der heutigen Industrie- und Handelskammern in Bayern weit zurück reicht<sup>1</sup> und verweist in diesem Zusammenhang auf die Verordnung des Innenministers Karl von Abel, der sie als „tüchtiges Organ des Handels- und Fabrikantenstandes“ 1842 ins Leben rief. Was den Gründungstag angeht, den „Geburtstag“ der jeweiligen IHK, muss man allerdings unterscheiden zwischen der Verordnung des Ministers, die zu Personenvorschlägen für die Bildung von Handelskammern aufforderte, der Berufung der Mitglieder durch Königliches Reskript und die Konstituierung der Berufenen als Organ „Handelskammer“ am 6. Juni 1843 – drei unterschiedliche Rechtsakte. Kurz, die bayerischen Industrie- und Handelskammern haben zwar einen gemeinsamen Ausgangspunkt, die Verordnung Abels<sup>2</sup>, aber unterschiedliche „Geburtstage“ und, wenn überhaupt, noch unterschiedlichere Vorläufer.

Das Königreich Bayern hatte ältere und gewichtige Vorgänger der nach der Verordnung von 1842 gegründeten Handelskammern „geerbt“, in der Pfalz die aus der französischen Zeit stammende Handelskammer in Kaiserslautern, in seinen neuen Provinzen noch weit ältere Vorläufer, Kramerinnungen und ähnliche, in Würzburg eine Handelsinnung,<sup>3</sup> die sich auf das fürstbischöfliche Commerz-Kollegium aus dem 17. Jahrhundert zurückführen konnte. Dieses war öffentlich-rechtlich, das heißt landesherrlich privilegiert, hatte damit gegenüber den alten Zünften einen herausgehobenen Status, seine Mitglieder genossen einen besonderen gesellschaftlichen Rang in der ständischen Ord-

1 Lanzinner, Maximilian, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945 – 1958, Regensburg 1996, S. 200, siehe dazu auch das Einführungskapitel in Gerhard Frentzel/Ernst Jäkel/Werner Junge, Industrie- und Handelskammergesetz. Kommentar zum Kammerrecht des Bundes und der Länder, 7. Aufl. Köln 2009, Von der Entwicklung des Kammerwesens S. 1 ff.

2 Ausfertigung BayHSTM, MH 14161, Druck: Bay. Rg, Bl. 1842, S. 973-978. Zur Vorgeschichte und auch zu den Schwierigkeiten und Widerständen bei der Vorbereitung der Verordnung Abels: Schäfer, Dieter, Die Begründung der Handelskammern in Bayern, in: Aufbruch ins Industriezeitalter, Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns, Hg. Rainer A. Müller, München 1985.

3 Johannek, Peter, Von der Kaufmannsgenossenschaft zur Handelskorporation, Kaufmännische Korporationen in Würzburg und in Mainfranken, in: 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, Würzburg 1968 S. 9 – 63. So „fast vollständig im Dunkeln“ ist die Geschichte des Würzburger Regional- und Fernhandels also nicht, wie Marcus Sporn in seiner Dissertation „Städtische Wirtschaftspolitik und Versorgungspolitik des fürstbischöflichen Oberrats in der Residenzstadt Würzburg im späteren 16. Jahrhundert“, Würzburg 2009, S. 7 meint. Siehe die in seinem Literaturverzeichnis aufgeführten Arbeit von Peter Johannek, besonders aber die von ihm nicht erwähnte Publikation von Dr. J. B. Kittel, Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuer Zeit, Würzburg 1913, auf die in dieser Arbeit später noch genauer eingegangen wird. Warum Sporn die Darstellung von Kittel nicht erwähnt, die die von ihm bearbeitete Zeit behandelt, dagegen aber Zoepfl aufführt, der erst später einsetzt, ist offen.

Nr 11440

N. 2128

P. 35/49

**Ludwig**  
 von Gottes Gnaden König von Bayern,  
 Pfalzgraf bey Rhein

Herzog von Baiern, Franken und in Schwaben etc.

Wir haben Uns an Unserer Unserer (Königlichen) Verordnung vom 19. September  
 last. J. in Betreff der von Handelskammern betreffen, wegen uns so lange Wir  
 nicht anders verfügen die Bildung einer Handelskammer für den Regierungsbe-  
 zirk von Unterpfalz und in Betreff der mit dem König in Würzburg Abgemachte  
 zu verfügen

In Mitgliedern der Handelskammer genannten We-

I. Kreis Würzburg:

- 1. des Kaufmann Anton (Tischer)
- 2. des Kaufmann Gauswig (Jansen)
- 3. der Advokatenkollegium Joseph (Anton) (Polongaro) (Crescenza)
- 4. des Kaufmann und Advokatenkollegium Paul von (Hersch)

II. Kreis Schweinfurt:

- 5. des Kaufmann Johann (Friedrich) (Memminger)
- 6. des Advokatenkollegium Wilhelm (Fiedler)
- 7. des Advokatenkollegium Adolph (Wienersfeld)

III. Kreis Hochstätt:

- 8. des Advokatenkollegium Isaac (Deppner)

IV. Kreis Hildesheim:

- 9. des Kaufmann Wilhelm (Lefmann) (Ditt)

V. Kreis Kitzingen:

- 10. des Kaufmann Josef (Lio)
- 11. des Advokatenkollegium und Landgerichtshaus Johann (Fischer) (Schödel)

VI. Kreis Marktbergel:

- 12. des Kaufmann Gottlieb (Hilge)

Es soll für den Weibens zu verfügen und die Verfügungen aus dem Kreisbezirk vom 28.  
 1. Mai anbei zur Verfügung zu verfügen. München, den 19. May 1843.

Ludwig

Die Verfügungen von Unterzeichneten sind  
 in Betreff der Bildung einer Handelskammer  
 etc.

Königlich allerhöchsten Befehl  
 des Generals-Secretärs  
 J. Hoßfeld

Königliches Reskript vom 19. Mai 1843

nung.<sup>4</sup> Als „eine Art Hilfsbehörde“ kennzeichnet Harm-Hinrich Brandt diese Commerzien-Kammern und Commerz-Kollegien, „in der aus anderen Behörden delegierte Beamte mit Vertretern aus Handel und Industrie zusammenwirken sollten.“<sup>5</sup>

Der Anfang des Commerz-Kollegiums im Hochstift Würzburg war freilich eher bescheiden, ein paar Kaufleute von Reputation, Privilegierte, die ihre eigenen Angelegenheiten, im wesentlichen Wettbewerbsstreitigkeiten, Handelsbräuche, Handelshemmnisse wie Zölle usw., Märkte, Münzen, Wechsel und die Aus- und Fortbildung des Nachwuchses bis zu einem gewissen Grad selbst regeln und auch über die Mitgliedschaft zum Commerz-Kollegium entscheiden durften. Die Behörden holten bei ihnen gelegentlich gutachterliche Ratschläge ein. Reputierlich auch insofern, als man über einhundert Jahre lang zu Pferd in einer schönen Uniform bei glanzvollen Ereignissen repräsentieren durfte, auf eigene Kosten selbstverständlich – Pferd, Uniform und Degen musste man sich selbst besorgen. Aufwandsentschädigungen oder gar Sitzungsgelder gab es nicht. Die Lehrlinge, deren Betreuung einem anvertraut war, erhielten keine Ausbildungsvergütung, sondern zahlten bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus Lehrgeld.

Die Mitglieder des Commerz-Kollegiums, später die der Handelskorporation, gehörten zu den Honoratioren der Stadt. Das Königreich Bayern löste allerdings die altehrwürdige Handlungscompany zu Pferd nach der zweiten Inbesitznahme Würzburgs nach 1815 mehr oder weniger stillschweigend auf und beseitigte das Privileg der „Aufnahme in die Handlung“ durch das Gewerbegesetz von 1825. Wer eine behördliche Konzession erhalten hatte, wurde automatisch und ohne die althergebrachten Einschreibegelder Mitglied der Handlung, bisher Handelsinnung, ab 1825 des Handelsvereins, auch Israeliten, was die christlichen Kaufleute empörte<sup>6</sup>. Auf Weisung der Königlichen Kreisregierung wurde der Kaufmann Moses Jacob Kohn als erster israeliti-

4 Diese drei Kriterien entscheiden darüber, was historisch schlüssig als Vorläufer einer Handelskammer angesehen werden kann oder bloß als frühe lokale kaufmännische Selbstordnung ohne öffentlich-rechtlichen Status. Es verwundert nicht und ist natürlich auch legitim, dass sich die einzelnen Kammern je nach ihrem Selbstverständnis in unterschiedlichen Traditionen sehen, wenn sie denn überhaupt auf solche Wert legen. Manche städtische Wirtschaftsgeschichte tut sich mit dem Unterschied zwischen lokaler und landesherrlicher Kompetenz schwer. Die von Schmaltz, Jaqueline, *Die Entwicklung der Industrie- und Handelskammern. Zwischen Pflicht und Kür*, Jena 2008, *Rechtshistorische Medien*, Frankfurt 2010, Band 410, S. 187, vertretene Meinung des ausschließlichen Ursprungs in den „gleichnamigen französischen Institutionen“ und der anschließenden Verbreitung „zunächst in Preußen“ lässt die noch früheren Vorläufer wie den in Würzburg unberücksichtigt.

5 Brandt, Harm-Hinrich a. a. O. S. 9; diesem Modell entspricht auch die Zusammensetzung des Würzburger Commerz-kollegiums in der Handelsordnung von 1699.

6 Kittel, Josef Balduin, *Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuerer Zeit*, Würzburg 1913, S. 85 f.



Vorläufer, wie sie sich selten finden: Hochfürstlich privilegiertes Commerz-Kollegium mit Selbstverwaltungsrechten und Handlungscompagnie zu Pferd als bürgerliche Nobelgarde des Landesherrn

scher Handelsmann in Würzburg aufgenommen. Die Leitung der Korporation bezeichnete sich als Handelsvorstand<sup>7</sup>.

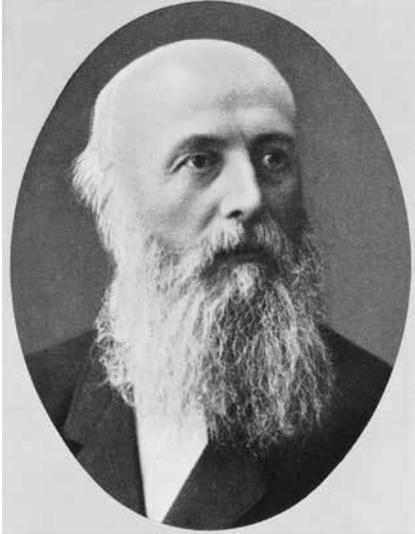
Aus bürgerschaftlicher Initiative bildete sich nach dem Hamburger Vorbild der dortigen Patriotischen Gesellschaft in der großherzoglichen Zeit ein Polytechnischer Zentralverein, der für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Impulse gab und die Vorläufereinrichtungen schuf, die zum Teil bis heute Bestand haben<sup>8</sup>. Es gab durch Personalverbindungen eine Verschränkung mit der Universität, nicht jedoch mit der Handelsinnung und später auch nicht mit der Handelskammer. Man muss mehrere Linien zusammenführen, um eine Kontinuität des alten fürstbischöflichen Commerz-Kollegiums mit der bayerischen Handelskammer herzustellen. Beides waren landesherrlich privilegierte kaufmännische Korporationen, aber die eine, die bayerische Neugründung, löste nicht einfach das alte fürstbischöfliche Commerz-Kollegium ab, hatte in diesem jedoch einen höchst respektablen Vorläufer. Formalrechtlich besteht aber eine Kontinuitätslücke, die durch die staatsrechtlichen Veränderungen (Fürstbistum, Kurbayern, Großherzogtum Würzburg, Königreich Bayern) und die Lücken in der schriftlichen Überlieferung bis zur Aufnahme eines behördenmäßigen Geschäftsverkehrs mit Aktenführung und Archivierung zu erklären ist.

Die Privilegien aus der fürstbischöflichen Zeit dämmerten in die Ordnungen des neuen Königreichs Bayern hinüber, zu dem Würzburg seit 1814 unwiderruflich gehörte. Dazwischen lagen die acht Jahre des Großherzogtums Würzburg, einer habsburgischen Sekundogenitur von Napoleons Gnaden. Im Gegensatz zu anderen deutschen Territorien, die wie die Pfalz damals Teil des französischen Kaiserreichs waren, wurde im rheinbündischen Würzburg keine Chambre de Commerce eingerichtet, die dann an die Stelle des fürstbischöflichen Commerz-Kollegiums getreten wäre. Über eine Handelsinnung ist wenig bekannt. Sie muss es aber gegeben haben. Denn spätere bayerische Verordnungen nehmen wiederholt auf sie Bezug.

7 Die Darstellung „Wie wir wurden, was wir sind“ hat hinsichtlich der Kontinuität der institutionellen Entwicklung zwei Lücken, eine erste für die Zeit nach dem Ende des Fürstbistums 1803 bis zur Verordnung über die Bildung von Handelskammern in Bayern 1843, eine zweite nach dem Ende der Gauwirtschaftskammer 1945 bis zur Arbeitsaufnahme der mit Erlaubnis der US-Militärregierung auf Initiative des von ihr eingesetzten Regierungspräsidenten wiederhergestellten Industrie- und Handelskammer. Einige der älteren Aktenbestände sind 1945 verbrannt, andere wohl aussortiert worden.

8 Chemnitz, M. F., Der Polytechnische Verein zu Würzburg in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens, Würzburg 1856; Ullrich, Val. Fr., Festgabe zur Jahrhundertfeier des Polytechnischen Zentralvereins für Unterfranken und Aschaffenburg zu Würzburg, Würzburg 1906; Schäfer, Dieter, Der Weg der Industrie in Unterfranken, Würzburg 1970, S. 39 f.

Von 1699 bis 1869 führten die „gehörige Anstalt“ Schönborns, später die Handelsinnung, danach der Handelsvorstand und ab 1843 die Mitglieder der Handelskammer die Geschäfte, ohne Sekretär, Geschäftslokal, Anschrift oder gar regelmäßige Dienstzeiten. Was zu tun war, erledigte der Vorsitzende selbst, zu Haus oder in der Firma, handschriftlich.



Kommerzienrat Franz Holzwarth, Großkaufmann,  
Würzburg, Präsident 1869–1889

Noch 1870, als Franz Holzwarth, ein erfolgreicher und in öffentlichen Angelegenheiten besonders engagierter Kaufmann, Vorstand der Handelskammer war, wurden die „Mitglieder“, eigentlich der Vorstand, im Adressbuch der Stadt Würzburg namentlich aufgeführt. Ein Geschäftslokal, eine Anschrift und ein Sekretär wurden nicht ausgewiesen, wohl aber der Zweck der Einrichtung: „... hat die Interessen des Kreises im Bezug auf Handel, Industrie und Gewerbe zu wahren.“ Pflichtbeiträge wurden nur in der Stadt Würzburg in Höhe von einem Kreuzer pro Steuergulden erhoben, während das Interesse auf den gesamten Kreis, später Regierungsbezirk, ausgerichtet war.

Die Handelskammer, obwohl auf den gesamten Bezirk bezogen (später Kreis, beziehungsweise Regierungsbezirk genannt), hatte also zunächst nur Mitglieder aus Würzburg. Der übrige Bezirk bildete nach und nach Regionalaus-schüsse, die sogenannten Industrie- und Handelsgremien, deren Vorstände dann zur Handelskammer hinzutraten.

Die „Würzburg-Lastigkeit“ der frühen Handels- und Gewerbekammer hatte ihren Ursprung darin, dass die ersten Erlasse der Fürstbischöfe nur an „sämtliche Bürger und Handelsleuth in unserer Hauptstadt Würzburg, allhier“ gerichtet waren<sup>9</sup>. Der Abstand zwischen der Hauptstadt und dem Land war riesig. Amtliche Institutionen gab es nur in Würzburg. Von einer Verkehrserschließung des Kreises konnte keine Rede sein. Würzburg war bis 1868 eine wie von

9 Kittel, a. a. O. S. 21 folg. und Johannek, a. a. O.



Ansicht auf Würzburg, um 1860, Kilianmesse am Kirschnerhof (unbekannter Maler)

einem Panzer eingeschlossene Festungsstadt. Das Eisenbahnnetz war erst im Entstehen. Die Fernstraßen waren in keinem guten Zustand und der Main hatte viel von seiner früheren Bedeutung eingebüßt. Ein Anreisen von außerhalb nach Würzburg war höchst mühsam, wenn nicht gar unmöglich. Das änderte sich erst mit dem Eisenbahnbau. Doch auch dieser ließ bis auf Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg weite Teile der Region zunächst außen vor. Würzburg war gewerblich die bei weitem wichtigste Stadt des Bezirks. Die Industrien in Schweinfurt und Aschaffenburg waren schon im Entstehen, erlangten aber erst Ende des 19. Jahrhunderts Gewicht und überörtliche Bedeutung, auch gegenüber Würzburg. Nur einige wenige als „Industrie“ bezeichnete Betriebe hatten vor den Gründerzeiten die kennzeichnenden Merkmale der Industrie, den überregionalen Absatz, die Produktion in Serie und für anonyme Märkte. Die meisten der Betriebe waren vorindustrielle Gewerbe von begrenztem lokalen und nur teilweise regionalem Absatz<sup>10</sup>. 1871 betragen die Pflichtbeiträge zur Handelskammer zwei Pfennige von der Gewerbesteuermark und wurden erstmalig 1889 geringfügig erhöht. Die Gremien erhoben für ihre Kosten eigene, von den Würzburgern unabhängige

<sup>10</sup> Schäfer, Dieter, Aspekte der Wirtschaftsgeschichte Würzburgs vom Ausgang des Alten Reiches bis zur Gegenwart, in: Geschichte der Stadt Würzburg III. Vom Übergang an Bayern 1814 bis zum 21. Jahrhundert, S. 637 folg.

Beiträge. Die Ausgaben beliefen sich auf rund 1.200 Gulden jährlich<sup>11</sup>. Der Staat zahlte einen Zuschuss von 400 Gulden, gewissermaßen das Äquivalent für die Aufgaben, die diese Handelskammer für den Staat erledigte.

War der Weg von den Vorläufern zur bayerischen Handelskammer von 1843 schon nicht geradlinig, mitunter eher verwirrend, so war es der von den neuen bayerischen Handelskammern zu den heutigen IHKs noch weniger. Das hing damit zusammen, dass diese kaufmännischen Korporationen, wie immer sie hießen, landesherrlich privilegiert waren und ihre innere Ordnung durch ministerielle Entscheidungen geregelt wurden. Unterschiedliche Vorstellungen darüber, was den Korporationen zur Erledigung zugewiesen werden sollte und wie sie das zu erledigen hatten, fanden in den landesherrlichen und später in den königlichen Verordnungen ihren Ausdruck.

## Die Dynamik der Moderne beginnt

Vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts lief das gewerbliche Leben mehr oder weniger träge vor sich hin. Entsprechend selten waren auch die landesherrlichen Eingriffe. Das änderte sich mit dem Ende der Postkutschenzeit, der Revolution im Verkehrswesen und der Industrialisierung. Durch sie kam eine früher nie gekannte Dynamik ins wirtschaftliche Geschehen. Die Gewichte innerhalb des Landes und zwischen den alten und den neu sich entwickelnden Branchen veränderten sich. Eine Königlich Allerhöchste Verordnung vom 27. Januar 1850 versuchte, den neuen Entwicklungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen, durch eine „eigentümliche Konglomeration der Gewerbe- und Handels-Interessenvertretung“<sup>12</sup>, die Einrichtung von Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräten „nach Bedürfnis an allen geeigneten Plätzen“, die ihrerseits zu einer Gewerbe- und Handelskammer zusammengeschlossen sein sollten.

Es würde zu weit führen, in allen Einzelheiten nachzuerzählen, wie unterschiedlich die Kaufleute vor Ort auf diese neue Vorordnung reagierten. Es war nicht länger zu übersehen, dass neben dem Handel, hier vor allem dem Großhandel, zu dem man auch das Speditionsgewerbe zählte, dem meist aus dem Handwerk sich entwickelnden Gewerben die neuen Fabriken, sprich Industrie, ein Gewicht erhielten, dem auch in den althergebrachten Korporationen

<sup>11</sup> Kittel, a. a. O. S. 112 f.

<sup>12</sup> Kittel, a. a. O. S. 99.

Rechnung zu tragen war. Es spricht für die Einsicht der leitenden Beamten in den Ministerien, dass sie versuchten, dieser Dynamik in der Organisation der sich entwickelnden wirtschaftlichen Selbstverwaltung Geltung zu verschaffen. Das war deshalb schwierig, weil es keine eindeutigen Abgrenzungen gab und diesen neuen Wirtschaftsbereichen die traditionelle Vorstellung von der gewachsenen eigenständigen Struktur entgegenstand. Aber nicht nur die Gewichte zwischen den Branchen veränderten sich, sondern mit ihnen auch die Gewichte innerhalb der Bezirke.

Dem französischen Vorbild folgend (Deckungsgleichheit Departement-IHK) hatte die Königliche Verordnung in Bayern 1842 regionale Handelskammern vorgesehen mit Sitz am Ort der Kreisregierung, an lokale Untergliederungen war zunächst nicht gedacht. Im Laufe der Zeit zeigte sich aber, dass diese regionalen Kammern meist nur die wirtschaftlichen Interessen der Kreishauptstadt im Auge hatten, aber nicht den Gesamtbezirk – woran dem Ministerium lag. Diesen wollte man mit den lokalen Handels- und Gewerberäten erreichen, die sich allerdings wiederum nur den lokalen Interessen annahmen. Da das Ministerium aber gerade im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung und der zunehmenden überlokalen, regionalen Verflechtungen doch wieder in Bezirksgrenzen mit Untergliederungen arbeiten wollte, die beides, regionale und lokale Interessen, erfassen konnten, entstand durch die Verordnung vom 20. Dezember 1868 mit Wirkung ab 1869 das in Bayern heute noch gültige System der regionalen Kammern mit den Handelsgremien als lokale Untergliederungen<sup>13</sup> als ständige Behörden mit eigener Büroverfassung<sup>14</sup>.

In dem etwas verwirrend erscheinenden unterschiedlichen Hin und Her der Branchenräte unter dem Dach der Handelskammer versuchte die Allerhöchste Verordnung vom 20. Dezember 1868 Ordnung zu schaffen. Danach waren überall in Bayern Handels- und Gewerbekammern einzurichten. Diese sollten die früheren Korporationen des Handels (Handelsvorstand, Kreis-, Gewerbe und Handelskammer, lokale Handels- und Gewerberäte) ablösen, einen regulären Geschäftsbetrieb aufnehmen und sich dafür geeignete Diensträume beschaffen. Schon sehr früh wird hier die Notwendigkeit sichtbar, die unterschiedliche und sich weiter ändernde Gewichtung der Branchen und der regionalen

13 Die Einzelheiten zu den Änderungen der Rechtsgrundlagen jeweils bei Kittel a. a. O., vollständig im Druck in den jeweiligen Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblättern; BayStAWü, Bestand „Bücher der Handelskammer in Würzburg“ enthält neben den Ausfertigungen der fürstbischöflichen Verordnungen die kaufmännischen Korporationen betreffend eine Liste der Akten der (bayerischen) Handelskammer in Würzburg in Form eines Findbuches mit Stichworten zu den Einzelakten. Diese selbst sind bei der Bombardierung Würzburgs am 16. März 1945 verbrannt.

14 Schäfer, Dieter, 125 Jahre ..., a. a. O., S. 99f.

Untergliederungen in den meinungsbildenden Gremien der Kammer nachzuvollziehen und dem Ehrenamt eine Behördenorganisation an die Seite zu stellen, die die übertragenen Aufgaben zuverlässig und für den Behördengang geeignet erledigen konnte.

Mit den beiden ersten Sekretären, einem Volkswirt mit weitem Flügelschlag und einem stärker heimatverbundenen Juristen, hatte die Würzburger Handelskammer besonderes Glück gehabt. Nach ihnen hat dann ein aus Frankfurt stammender Banker in über dreißigjähriger Amtszeit als 1. Vorsitzender ihr Wirken und ihr Erscheinungsbild nachhaltig geprägt und dankenswerterweise Erinnerungen hinterlassen. Man muss alle drei ins rechte Licht rücken, damit ihr Andenken nicht verloren geht: Zoepfl, Kittel, Hilcken und die Folgen.

Im Staatsarchiv Würzburg wird ein Bestand „*Akten und Bücher der Handelskammer zu Würzburg*“ aufbewahrt<sup>15</sup>. Er enthält von der Handelsordnung aus dem Jahr 1699 bis zum Protokollbuch des Handelsrates zu Würzburg 1867–1869 in XXV Aktennummern unter der Rubrik „Bücher“ alle bis dahin geführten Archivalien, das Inkorporierungsbuch der Handlung von 1699 bis 1866, ein Vorläufer des heutigen Handelsregisters, das Manual der Handlungslehren seit 1710, der Vorläufer des heutigen Verzeichnisses der Ausbildungsverhältnisse, die Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben der Handlungs-Compagnie, Vorläufer der heutigen Buchführung, Handlungsprotokollbücher bis 1869, Dekretenbücher, Prüfungs- und Examensprotokolle, das Ein- und Auslaufbuch des Gewerberates Würzburg seit 1857, das Konzepturbuch über die Beschlüsse des Gewerberates 1860 bis 1869 und das Protokollbuch des Handelsrates 1867 bis 1869.

Angeschlossen waren mit 648 Aktennummern die „*Akten der Handelskammer*“, die bis in die vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts reichten. „Folgen“ und „reichten“, weil diese Akten dem Bombardement Würzburgs am 16. März 1945 zum Opfer fielen, während die „*Bücher*“ gerettet wurden. Nur zwei Personen haben diesen Gesamtkostenbestand für ihre Publikationen ausgewertet, die beiden ersten Handelskammersekretäre Gottfried Zoepfl und Josef Balduin Kittel. Dann „ruhten“ diese Akten, ergänzt durch den jährlich abgelegten Schriftverkehr, bis zum 16. März 1945 im Dienstgebäude der

<sup>15</sup> Repertorium Handelskammer Würzburg Sig. III 10.6.1-1;112a.

Nachdem Der Hochwürdigste Fürst und  
 Herr Herr Johann Philipp des R. Rom. Reichs  
 Kurfürst, Bischof zu Metz, Burg und Trier, zu Frankfurt  
 am Main, als Gnädigster Herr, aus Besondere  
 in Gnaden zu Aufnahme des Commercii und der  
 gemeinen Wohlthaten, seinen Handels-Vergessen  
 dessen eine Besondere Ordnung, nicht alleine In dem  
 7. Augusti Anno 1699. festgesetzt, sondern auch selbige  
 Ordnung den 12. Julij 1709. confirmirt, und so  
 weiter, Rindes auf dem abso in dem 3. Artikel  
 des letztgedachten Commercii, und ferner Laßten, das  
 Reines Goldes, in dem Jahr 1711 und 1712  
 Statt, aus einem Handelsmann, od. Patrone gefaltet  
 od. in die Ordnung anzuhilff genommen worden  
 solle, So habe dann derselbe, bey einem der Ordnung  
 incorporirten Handelsmann, Königlichen Ruch, das  
 goldene, und so dann / wann es Reines Handelsmann  
 das ist / d. Joh. Levia, das seinen Case, das  
 abso so ordentlich das dem Ruch Handelsmann, das  
 so dem Ruch ferner Laßten.

Als zu solchem Ende gegenwärtig die  
 hatiget, auch folgende in so Ruch mit dem Case  
 Brimen und Biegen sich ordentlich, Ruch und zu  
 Ruch das Case, so so gegen die Ordnung des praxantis  
 wider anzuhilff genommen worden.

„Alten Handelskammer“ in der Würzburger Neubaustraße 66. Wie der besonders wertvolle Bestand „*Bücher der Handelskammer*“ im Gegensatz zu den 648 verbrannten „*Akten der Handelskammer*“ das Bombardement Würzburgs und die Kampfhandlungen im März/April 1945 überstand und wie dieser schließlich im Staatsarchiv Würzburg landete, ist unbekannt. Man kann in dem Register der „*Akten*“ aber gut verfolgen, wie sich langsam ein Schriftbestand der Handelskorporation aufbaute und nach Gründung der Handelskammer 1843 von dieser fortgeführt wurde.

## Harm-Hinrich Brandt: Die Handels- und Gewerbekammer 1843

*„Ein rundes Jahrzehnt, von 1831 bis 1842, haben bayerische Minister gebraucht, um König Ludwig I. von der Nützlichkeit der Errichtung von Handelskammern zu überzeugen. Hielt der Monarch diese Institution doch für ein französisches Produkt der Revolutionszeit und für einen Hort liberal-kosmopolitischen Geistes. Seine Minister hatten größeres Zutrauen in die Bereitschaft der Unternehmer des Landes, durch Gutachten und Berichterstattung, durch sachbezogene Interessenvertretung und durch die Übernahme von Selbstverwaltungsaufgaben an der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte Bayerns mitzuwirken. Durchaus im Geiste der französisch-bayrischen Verwaltungstradition schuf die Regierung eine Institution, deren Strukturmerkmale sich für das spätere Kammerwesen in ganz Deutschland als zukunftsfruchtig erweisen sollten: Im Unterschied zum Prinzip lokaler Kammergründungen nach Bedarf (so seinerzeit in Preußen) erhielt das Königreich ein geschlossenes System von Handelskammern, das sich in seiner Einteilung an den Regierungsbezirken orientierte. Bald ordnete man den Bezirkskammern örtliche Gremien zu, um den lokalen Interessen eine Plattform zu schaffen. Diese Struktur hat sich in ihren Grundzügen bis heute erhalten.“<sup>16</sup>*

Das Neue war, dass die Mitglieder dieser Handels- und Gewerbekammer in Würzburg nicht wie ihre Vorläufer allein aus der (jetzt) „Bezirks“-Hauptstadt berufen und zur Beratung der fürstbischöflichen Hofkammer wie zur Erledigung eigener Angelegenheiten der Kaufmannschaft in der Residenzstadt dienen, sondern die ganze der von Montgelas errichteten Mittelinstanz

<sup>16</sup> Brandt, Harm-Hinrich, „Ein tüchtiges Organ des Handels- und Fabrikantenstandes“ Die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt in 150 Jahren, Würzburg 1992, S. 1.

umfassen sollte, einen Bezirk, der wesentlich größer als das frühere Hochstift war, ehemals Freie Reichsstädte wie Schweinfurt, Reichsdörfer wie Heidingsfeld und Gochsheim, reichsunmittelbare Herrschaften wie Castell, Thüngen, Schönborn und andere, sowie Jahrhunderte alte kurmainzische Territorien wie Aschaffenburg und Lohr. Man war dort weit davon entfernt, sich Würzburg zugehörig zu fühlen und hatte seine traditionellen Bezugs- und Absatzgebiete im Westen, von denen man durch die bayerische Zollpolitik abgeschnitten worden war.

Die neue Handels- und Gewerbekammer hatte ganz andere Interessenlagen zu vertreten, oder wenigstens mit zu berücksichtigen als die alte Würzburger Commerzien-Korporation. Die milde und der Kaufmannschaft in der Hauptstadt fürsorgliche fürstbischöfliche Beamtenschaft, zudem mit dieser meist verwandtschaftlich verbunden, wurde durch die königliche, ihr landsmannschaftlich überwiegend fremde Beamtenschaft abgelöst, zentralistisch auf München ausgerichtet. In den zu integrierenden neuen Provinzen waren Konflikte innerhalb des neuen Handelskammerbezirks und gegenüber der Münchner Zentralregierung vorprogrammiert. Wenn sie nicht gleich in voller Schärfe ausbrachen, so lag das an den sehr schlechten innerbezirklichen Verkehrsverbindungen ebenso wie an einer Mittelinstanz zwischen den Ministerien und den bezirklichen Einrichtungen und den lokalen Behörden. Der mehrstufige noch handschriftliche Verwaltungsgang mit seinen langen Postwegen hat auf die Vertretung der unterschiedlichen Interessenlagen dämpfend gewirkt und sie abgefedert.

Ein eigenes Büro, eine Anschrift, Dienstzeiten mit Sprechstunden hatten die nach der Verordnung von 1842 gebildeten Handelskammern zunächst nicht. Es war eigentlich mehr ein Kreis wirtschaftlicher Sachverständiger zur Beratung der amtlichen Behörden, wobei in Würzburg die aus der Zeit der alten Handelskorporation stammenden Aufgaben im Lehrlingswesen, der kaufmännischen Weiterbildung, bei Wettbewerbsstreitigkeiten, Handelshemmnissen wie Zoll- und Währungsfragen und grenzüberschreitendem Warenverkehr hinzukamen.

Man kannte zwar aus den Stein-Hardenbergschen Reformen in Preußen den Begriff der Selbstverwaltung, ritt in Bayern aber nicht besonders darauf herum, vor allem auch, weil diese Einrichtung mit Kosten verbunden war. Man erledigte seine gewachsenen traditionellen und seit 1843 auch die gesetzlichen Aufgaben, führte die Manuale, die Protokollbücher und eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung, antwortete auf Anfragen des Stadt-

magistrats und der Kreisregierung und veröffentlichte einmal im Jahr einen gedruckten Lagebericht. Das reichte. Für Selbstverwaltung hatte das man nicht gehalten. Die Mitglieder der Handelskammer traten auch meist nicht mehr als einmal im Jahr zusammen, um die bis dahin eingegangenen Anfragen zu erledigen, aufgetretene Probleme zu besprechen und den Jahresbericht zu verabschieden. Manche Angelegenheiten waren dadurch solange liegen geblieben, dass sie sich von selbst erledigt hatten.

Den ersten „Beschäftigten“ stellte man auf behördliche Anweisung 1869 ein, er „amtierte“ in zwei angemieteten Räumen, die aber ebenso wenig wie er selbst im Adressbuch verzeichnet waren. Das geschah erst unter seinem Nachfolger<sup>17</sup>.

## **Braucht man überhaupt einen angestellten Sekretär?**

Das Jahr 1869 markiert einen Einschnitt. Bisher hatte man sich damit beholfen, jeweils einen Protokollführer aus dem Kreis des Vorstands zu bestimmen, der Protokolle anfertigte und den Schriftverkehr erledigte. Mit zunehmender „Verwaltungsdichte“ hatte das wiederholt seitens der amtlichen Behörden zu Beanstandungen geführt.

Die Mitglieder der Handelskammer, jeweils sieben in der Handelsabteilung und sechs in der Gewerbeabteilung, verstanden sich als Mitglieder einer kaufmännischen Korporation, die ihre Angelegenheiten ehrenamtlich erledigten und die mit jedem bürokratischen Aufwand verbundenen Kosten als überflüssig ansahen. Sparsamkeit war eine kaufmännische Kardinaltugend. Man konnte sich einfach nicht vorstellen, dass Selbstverwaltung auch den Unterhalt einer eigenen Behördenorganisation verlangen könnte. Der Janusköpfigkeit einer wirtschaftlichen Interessenvertretung auf der einen Seite und der Selbstverwaltung überlassener oder übertragener öffentlicher Aufgaben auf der anderen, war man sich nicht bewusst.

Solch sophistische Fragen wie die, ob man denn nun Auftragsverwaltung, mittelbare Staatsverwaltung oder eine wirkliche Selbstverwaltungseinrich-

---

<sup>17</sup> Kittel a. a. O. S. 44 verweist darauf, dass schon Mitte des 18. Jahrhunderts sich zum ersten mal auch berufsmäßige Geschäftsführer nachweisen lassen, „die Vorläufer der späteren Handelskammer – Sekretäre und Syndici. Sie waren juristisch gebildete Personen und führten offenbar im Nebenberuf die Geschäfte der Handelskorporation, die Vertretung in deren Rechtsstreitigkeiten wegen Wahrung der Privilegien, ferner die Ausfertigung der Vorstellungen an die Regierung und sonstige Behörden und Stellen“ und nennt als ersten den Handlungsadvokaten Becker und als dessen Nachfolger die Lizentiaten Kleinschrod und Brack.

tung wie die Kommunen oder die Universitäten sei, stellten sich die Kaufleute und Gewerbetreibenden nicht. Kaufleute haben selten Spaß an juristischen Spitzfindigkeiten. Das war mehr etwas für die Universitätsprofessoren, die wiederum von den Geschäften der Kaufleute und Gewerbetreibenden nichts verstanden. Andererseits hatte diese frühe Handelskammer eigentlich nichts zu „verwalten“. Das Lehrlings- und Prüfungswesen war eine Sache für sich, die gewissermaßen getrennt nebenher lief.

Wer etwas von der Handelskammer wollte, wandte sich an einen der Vorsitzenden und der erledigte das in seiner Firma handschriftlich. Vom 1. Vorsitzenden der Handels- und Gewerbekammer von 1869 bis 1889, Kommerzienrat Franz Holzwarth, ist überliefert, dass die „Kammer mit seiner Persönlichkeit auf das engste verknüpft war“, „er leitete die Geschäfte in intensivster Weise, von ihm gingen die wichtigsten Anregungen aus, ja er verfasste meist selbst die Eingaben und Vorstellungen, deren Konzepte im Archiv der Kammer vielfach seine Handschrift tragen.“<sup>18</sup> Unter seinem legendären Nachfolger Wilhelm Hilcken, Handelskammervorsitzender von 1901 bis 1933 (1934 Ehrenpräsident), war es kaum anders. Die Eingänge wurden zunächst ihm vorgelegt, meist vom Amtsdienner in seine Wohnung gebracht und er entschied, was weiter zu geschehen habe. Das wurde dann allerdings nicht mehr handschriftlich, sondern bereits mit der Schreibmaschine festgehalten.

In ihrem eigenen Selbstverständnis sehen sich die IHKs heute als eine Einrichtung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung an, gewissermaßen die dritte Säule neben der kommunalen und der akademischen, Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Pflichtmitgliedschaft durch Gesetz und Verordnungen in ihrer Aufgabenstellung, ihren Organen und ihrer Arbeitsweise festgelegt. Die Entscheidungskompetenz liegt in wesentlichen Fragen beim Ehrenamt, die Angestellten gehören allerdings zum öffentlichen Dienst und ihr Dienstvorgesetzter hat als Hauptgeschäftsführer eine eigene Organstellung neben dem Präsidenten und dem Präsidium.

Im Gegensatz zu einem weit verbreiteten Irrtum sind die Handelskammern aber keine freien Vereine, die tun und lassen können, was sie wollen. Sie sind auch keine Verbände, sondern öffentlich-rechtliche Körperschaften. Von ihrem Vorläufer, der ersten Handelskorporation an, entstehen sie durch ein staatliches Privileg und werden in ihrer Weiterentwicklung durch staatliche Akte bestimmt, nach Harm-Hinrich Brandt „eine Art Hilfsbehörde“<sup>19</sup>. Sie

<sup>18</sup> Kittel a. a. O., S. 112.

<sup>19</sup> Brandt a. a. O., S. 9.

gehören also nicht zu den freien Korporationen, die in den großen Handelsstädten vielfach auch das Stadtregiment bildeten. Sie sind als Institutionen dem Merkantilismus zuzuordnen, als eine Einrichtung, mit der der Staat oder der Fürst die Wirtschaft seines Landes fördern wollte. Die Tätigkeit durch staatliche Rahmensetzung ist in Deutschland ein französisches Erbe, wenn auch im deutschen Raum die unmittelbare staatliche Regulierung weniger ausgeprägt ist als in Frankreich.

Die ersten angestellten Sekretäre der Handelskammer hatten noch nicht die Stellung eines eigenständigen Organs, sondern waren eben „Sekretäre“, wenn auch nicht des Vorsitzenden, sondern der Handelskammer<sup>20</sup>.

## Die Handels- und Gewerbekammernovelle von 1869

Mit Ministerialentschließung vom 2. Februar 1869 wurde die Stadt Würzburg als Sitz der Handels- und Gewerbekammer für den Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg bestimmt. Die bisherigen Handels-, Fabrik- und Gewerberäte verloren ihre Funktion. Dafür bildeten sich für Aschaffenburg, Kitzingen, Lohr, Marktbreit, Miltenberg und Schweinfurt Bezirksghremien. Der Würzburger Handels- und Gewerberat wurde einfach durch die Handels- und Gewerbekammer ersetzt<sup>21</sup>.

Die königliche Verordnung verlangte von den Kammern auch die Anstellung eines besoldeten Sekretärs. Erst jetzt fand man sich in Würzburg bereit, einen Sekretär einzustellen, Carl Müller, einen Kaufmann, der schon seit 1862 der Handelskammer angehört hatte, auch Schriftführer gewesen war, inzwischen aber sein Geschäft aufgegeben hatte. Damit war zwar der Form Genüge getan, aber es war nichts Halbes und nichts Ganzes. Immerhin kamen die zu liefernden Berichte aus Würzburg nun regelmäßig und fanden sogar ministerielles Lob, aber von einer „behördenmäßigen“ Erledigung der Amtsgeschäfte konnte immer noch nicht die Rede sein. Die Anstellung Müllers markiert aber den Einschnitt zwischen der alten Korporation, die „Bücher“ führte, zu der Handels- und Gewerbekammer, die „Akten“ anlegte. Dafür brauchte man einen Sekretär, der sich im Behördengang auskannte, den Schriftverkehr „verwaltungsfähig“ erledigte und in Akten einordnete. Ein Magistratsbeschluss vom

---

<sup>20</sup> Auch sie hatten schon Vorgänger, juristisch gebildete Personen, die offenbar im Nebenberuf die Geschäfte der Handlungskorporation führten. Siehe dazu die Fußnote 17 (Kittel, a. a. O., S. 44).

<sup>21</sup> Kittel in Festschrift a. a. O., S. 110 f.

11. Mai 1869 überließ der Unterfränkischen Handels- und Gewerbekammer ein Büro im Magistratsgebäude, dem altherwürdigen Grafeneckart, „in Jederzeit widerruflicher Weise“.

Carl Müller wurde 1877 seiner Stelle enthoben und für ihn der Handelslehrer Karl Adolf Müller angestellt. Nach drei Jahren folgte dieser einem Ruf an die Handelsakademie Prag. Nach ihm bestellte man in Würzburg mit Theodor Schmitt erneut einen Kaufmann zum Handelskammersekretär. Das Ministerium drängte auf dem Verordnungswege auf die Berufung eines fachwissenschaftlich gebildeten Sekretärs. Dahinter stand eine sehr unterschiedliche Auffassung darüber, was unter fachwissenschaftlich zu verstehen sei: kaufmännisch, in den Geschäften erfahren, oder akademisch mit Verwaltungserfahrung? So schrieb und argumentierte man eine zeitlang mit Wonne aneinander vorbei, ersparte sich in Würzburg die Kosten eines Akademikers, stellte aber wenigstens einen jungen Rechtspraktikanten, Georg Gliebner, als Hilfskraft ein, der nach dem Ausscheiden Theodor Schmitts wegen Krankheit interimistisch mit der Führung des Sekretariats betraut wurde. Mit den Jahresberichten war man seit 1886 in Verzug geraten.

Schließlich sahen sich die Kaufleute zu einer öffentlichen Ausschreibung der Sekretärsstelle genötigt, wobei der Kandidat je zur Hälfte als Kammersekretär und als kaufmännische Lehrkraft tätig sein sollte. So wurde am 7. Mai 1889 Dr. jur et com. Carl Wasserrath in geheimer Wahl einstimmig zum Sekretär gewählt. Er hatte gehofft, sich von dieser Stelle aus habilitieren zu können. Als das unerwartete Schwierigkeiten bereitete und der gewählte Sekretär sein Amt nicht antrat, stellte man eine zweite Hilfskraft ein, den Kandidaten der Staatswissenschaften Gottfried Zoepfl, der sich bereits seit einigen Monaten für seine Dissertation durch den alten Bücher- und Aktenbestand der Handelskammer durcharbeitete.

Am 14. Februar 1887 wurde der Kammer, wie Wilhelm Hilcken anlässlich der Eröffnung des ersten eigenen Handelskammergebäudes schilderte<sup>22</sup>, „vom Stadtmagistrat mitgeteilt, dass die Räume für gemeindliche Bedürfnisse nicht länger entbehrt werden könnten und daher von der Handels- und Gewerbekammer zu räumen seien. In diesem Raum – dem jetzigen Amtszimmer des Bürgermeisters Brand – sollte die Schwab'sche Stadtbibliothek untergebracht werden, der Handels- und Gewerbekammer aber wurde ein anderer Raum im Magistratsgebäude in Aussicht gestellt, bis zu dessen Herrichtung sie pro-

<sup>22</sup> Wortlaut der Eröffnungsrede Hilckens in: Festschrift zur Eröffnung des Handelskammergebäudes Würzburg. Zur Erinnerung an die Feier am 27. April 1914 herausgegeben von der Handelskammer Würzburg, Würzburg 1914, S. 3–13.

visorisch den alten Schwurgerichtssaal, den heutigen magistratischen Sitzungssaal<sup>23</sup>, beziehen sollte. Allein der angebotene neue Raum, das Lokal der Ökonomie-Kommission des Armenpflugschaftsrates, schien unseren Vorgängern durchaus unzweckmäßig, und als nach längeren Verhandlungen eine bessere Unterkunft im Magistratsgebäude nicht erzielt werden konnte, entschloss man sich, woanders Büroräume zu mieten.

Am 3. August 1887 wurde mit dem Kaminkehrermeister Gottfried Hauer ein Mietvertrag abgeschlossen, nach welchem die Handels- und Gewerbekammer im Hinterhaus Franziskanergasse 14 und Ursulinerergasse 17 „Aufgang im Hofe links“ für den Mietpreis von 600 Mark ein Büro nebst Sitzungssaal mietete, welche der Vermieter bis zum 1. Dezember 1887 „in elegant hergerichteten Zustände“ zu übergeben versprach. Einen Sitzungssaal stellte die Stadt zur Verfügung. Dort lieferte Zoepfl die noch ausstehenden Jahresberichte für 1886 bis 1888 nach und klärte für seine Dissertation die vergessenen gegangene Vorgeschichte der Kammer. „Ein dauerndes Heim fand die Handels- und Gewerbekammer auch in diesem Lokal allerdings nicht. Wie frühere Kammermitglieder erzählten, war der Aufenthalt im Lokal durch den Geruch einer im Anwesen betriebenen Essigfabrik ein mehr als zweifelhaftes Vergnügen. Der Sekretär der Kammer klagte, dass er durch den Lärm, den der Betrieb einer Eisengroßhandlung im Hause verursache, in seiner Arbeit empfindlich gestört werde“<sup>24</sup>.

## **Gottfried Zoepfl: Mit einundzwanzig Jahren Handelskammersekretär**

Im Adressbuch von 1890 wird dieses Büro der Kreis-, Handels- und Gewerbekammer, als „jeden Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag von 2 1/2 – 5 Uhr Nachmittags geöffnet“ aufgeführt und werden Theodor Schmitt als Sekretär und Gottfried Zoepfl als „Funkt. Sekretär“ aufgeführt, was immer „Funkt.“ damals meinte.

Zu den Kosten leistete der Staat einen Zuschuss in Höhe von etwa einem Drittel, den Rest bestritt man aus eigenen Einnahmen und Umlagen bei den Mitgliedern. Diese sollten so niedrig wie irgend möglich gehalten werden und bedurften ohnehin der behördlichen Genehmigung. Als es unausweichlich

<sup>23</sup> Gemeint ist der heutige Sitzungssaal des Stadtrats im Grafeneckart.

<sup>24</sup> Siehe Fußnote 22, Hilckens Rede zur Eröffnung des Handelskammergebäudes 27. April 1914, a. a. O., S. 4.

wurde, die Umlagen wegen gestiegener Kosten zu erhöhen, stimmte dem das Ministerium nur unter der Bedingung zu, dass nun auch endlich ein hauptamtlicher, qualifizierter und ordentlich besoldeter Sekretär angestellt würde. Den glaubte man mit Gottfried Zoepfl gefunden zu haben, dessen Arbeit man verfolgt hatte und bei dem man sich auf die Empfehlung seines hoch angesehenen Lehrers Professor Georg Schanz, eines der führenden Vertreter der historischen Schule der Nationalökonomie, stützen konnte. Man tritt den ehrbaren Kaufleuten, die diese Entscheidung getroffen hatten, gewiss nicht zu nahe, wenn man im Hinblick auf dessen noch jugendlichen Alters und erst noch bevorstehenden akademischen Abschlusses vermutet, dass Zoepfl eine preiswerte Akquisition war.

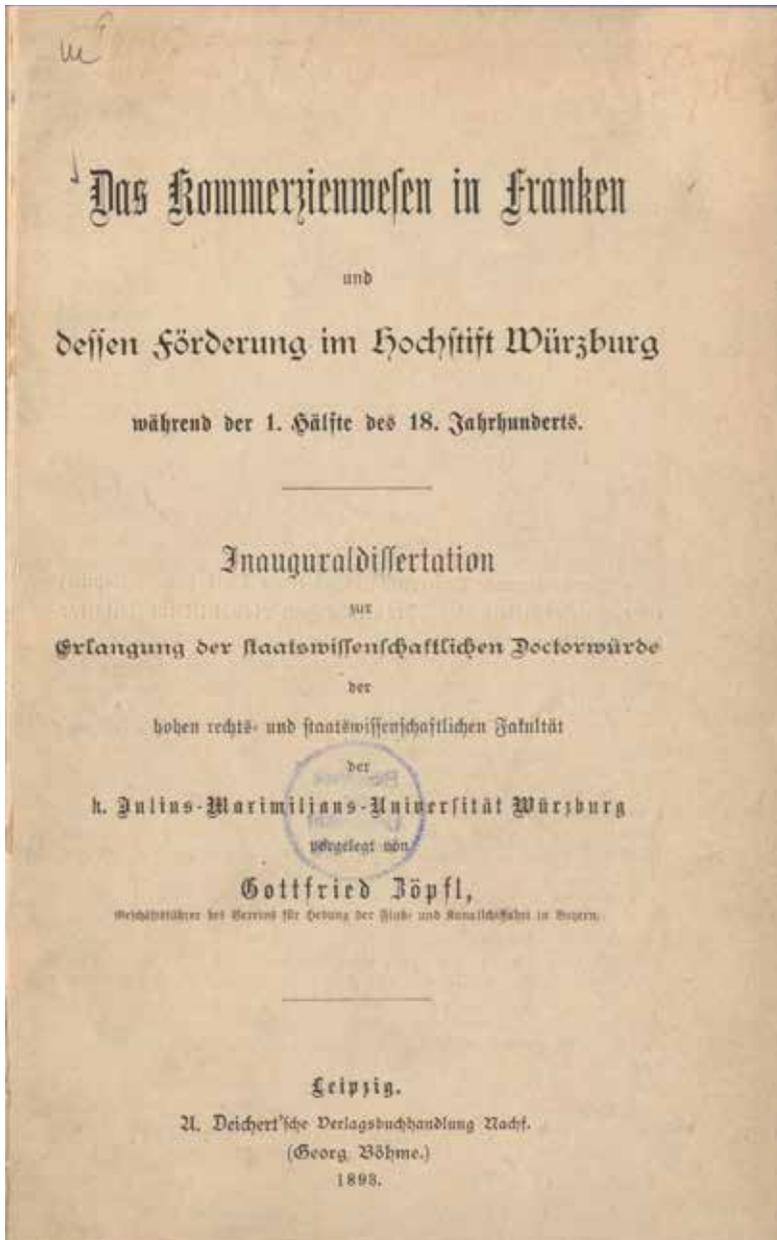


Nach langem Hin und Her wird mit Gottfried Zoepfl 1893 ein viel versprechender junger Mann Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, beschreibt die Handelsinnung von 1669 als die Vorläuferin der heutigen IHK und begründet in Würzburg die Tradition wissenschaftlicher Handelskammerpublikationen.

Gottfried Zoepfl war am 14. Februar 1869 in Neustadt (Aisch) als Sohn eines Rentamtmanns geboren worden und hatte das Gymnasium in Aschaffenburg absolviert. In dessen Abschlusszeugnis war „der ungewöhnlich umfangreiche und mit besonderer Gewandtheit geschriebene deutsche Aufsatz“ besonders erwähnt worden, der auf eine entsprechende Begabung schließen lasse. Auf Wunsch seiner Eltern studierte er Rechtswissenschaft, aus Neigung aber Philosophie, Politik und Geschichte, besonders Nationalökonomie, in München bei Wilhelm Heinrich Riehl, in Berlin bei Adolf Wagner und in Würzburg bei Georg Schanz.

Obwohl er alle juristischen Collegien absolviert hatte, gab er diese Laufbahn auf, um, wie er 1918 in einem Lebenslauf für das Bayerische Außenministerium schrieb,<sup>25</sup> sich „ganz der Nationalökonomie zu widmen, als sich mir im Herbst 1889 auf Grund eines Zeugnisses von Prof. Schanz Gelegenheit bot,

25 Schäfer, Dieter, Gottfried Zoepfl in Fränkische Lebensbilder 23. Bd. Würzburg 2012.



Titelblatt der Dissertation von Gottfried Zöpfel

*bei der unterfränkischen Handelskammer zu Würzburg eine Stellung zu finden, die mir, obwohl ich erst 21 Jahre alt war, doch den Lebensunterhalt verschaffte, was ich als Sohn einer kinderreichen Beamtenfamilie ersehnte, um meiner verw. Mutter nicht mehr zur Last zu fallen*“. Dadurch erhielt er Zugang zu dem schon erwähnten, damals im Besitz der unterfränkischen Handels- und Gewerbekammer befindlichen Aktenbestand der Handelsinnung Würzburg („Handlungscompagnie zu Pferd“) und des späteren Handelsrates.

Der Handelskammersekretär wurde im Sommer 1890 mit der Dissertation „Das Kommerzienwesen in Franken und seine Förderung im Hochstift Würzburg während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts“ promoviert. 1892 zog die Handelskammer in das Haus Domerschulstraße 10 um, in dem sich auch die Büros des Vorsitzenden und der Laden seiner Verlagsbuchhandlung befanden. In diesem Eckhaus zur Franziskanergasse 14 amtierte in der ersten Etage, nunmehr schon als „Sekretär“ und zum Dr. rer. pol. promoviert, Gottfried Zoepfl, täglich von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 14 bis 18 Uhr nachmittags; „Die Sitzungen werden im magistratlichen Sitzungssaal abgehalten“. 1894 erschien seine Dissertation als dritter Band der von Georg Schanz herausgegebenen „Bayerischen Wirtschafts- und Verwaltungsstudien“ im Druck, das „Resultat“, wie Zoepfl im Vorwort schrieb, „mehrjähriger Quellenstudien, welche der Verfasser als Student begann und in seiner Stellung als Sekretär der unterfränkischen Handels- und Gewerbekammer in Würzburg fortsetzte“, Georg Schanz „in Dankbarkeit“ gewidmet. In seinem Lebenslauf fügte er später selbstbewusst hinzu: *„Weiterhin ging ich wissenschaftlich meinen eigenen Weg“*.

## Johann Philipp von Schönborn: Die Handelsinnung von 1669

Die Dissertation des gerade einundzwanzigjährigen war in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert und ist dies heute noch. Mit ihr hatte Zoepfl als erster auf die Wurzeln der Handels- und Gewerbekammer Würzburg in der von Fürstbischof Johann Philipp von Schönborn (1605–1673) angeordneten „Anstalt“ zur Kontrolle der Privilegien für auswärtige Woll- und Tuchhändler auf Märkten seines Hochstifts hingewiesen, unter denen sie ihre Waren auf den Märkten seines Hochstifts Würzburg anbieten durften. Zur Kontrolle der Ausführung seiner Verordnung befahl er, eine „gehörige Anstalt zu machen“, aus der eine Handelsinnung entstand als Vorläufer der späteren bayerischen Handelskammer des Jahre 1843.

Die Urkunde vom 22. Mai 1669 enthält allerdings nur den Befehl Schönborns, „eine Anstalt zu machen“, die seine Anordnung, die Produkte der „Wüllenweber und Tuchhändler“, die von auswärts in seine Lande gebracht und dort verkauft werden durften, zu überwachen und dafür zu sorgen, dass seiner Verordnung „unverbrüchlich nachgekommen und gelebt werde“. Weitere Einzelheiten über das Wie und Was sind in der Urkunde nicht aufgeführt. Diese sind erst in der Handelsordnung Greiffenklaus von 1699 enthalten,<sup>26</sup> die in Zoepfls Dissertation im Wortlaut wieder gegeben ist.

Am Beginn der Vorläufer der heutigen IHK steht der Verwaltungsakt eines Fürsten von europäischem Rang<sup>27</sup>, wenn gewiss dem auch in seinem weitgespannten politischen Wirken nur eine marginale Bedeutung zukommt, und

26 Zoepfl, Gottfried, Das Kommerzienwesen in Franken und seine Förderung im Hochstift Würzburg während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Bd. III der Bayerischen Wirtschafts- und Verwaltungsstudien, Würzburg 1894, S. 103 ff; diese eigentliche Gründungsurkunde, auf die sich Zoepfl bezieht, konnte bei der „Wanderung“ der „Bücher der Handelskammer“ ins Bayerische Staatsarchiv Würzburg gar nicht verloren gehen, weil sie sich dort nie befunden hatte. Zoepfl hatte auch nicht aus der Urkunde Schönborns von 1669 zitiert, sondern erst aus der Folgeurkunde Greiffenklaus von 1699. Zoepfl fügte aber den Hinweis auf die Fundstellen hinzu, „welche im Archiv der Unterfränkischen Handelskammer aufbewahrt werden (Begründungsurkunden, Protokollbücher, Rechnungen, Prüfungsprotokolle ect.“ Die Gründungsurkunden der Würzburger Handelsinnung aus den Jahren 1699, 1709 und 1742 sind in den „Büchern der Handelskammer“ enthalten, nicht jedoch die Urkunde Johann Philipps von Schönborn vom 22. Mai 1669. Diese gehört in die Bestände der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Würzburg, die der IHK erstmals für diese Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurde.

27 Johann Philipp von Schönborn hatte 1642 den Sprung vom Hatzfeldschen Reiteroffizier auf den Würzburger Bischofsstuhl geschafft, war maßgeblich an den Friedensverhandlungen in Münster beteiligt gewesen, 1647 auch noch zum Erzbischof und Kurfürsten von Mainz, damit auch Erzkanzler des Reiches, gewählt worden und nahm damit den ersten Rang unter den deutschen Kurfürsten ein, gewann später auch noch das Bistum Worms hinzu und war einer der einflussreichsten Fürsten seiner Zeit. Siehe dazu die Kurzbiographie in Thull, Philipp, Die Dynastie der Schönborns in Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst, 65, Würzburg 2013, S. 131 folg.; Kittel, der ebenso wie vor ihm Zoepfl in seiner Darstellung nicht mit dem Privileg Schönborns, sondern erst mit dem Greiffenklaus beginnt, nennt dafür als Begründung, dessen Edikt habe der Würzburger Kaufmannschaft „ihre ersten grundlegenden Privilegien und eine richtige Handelsordnung“ gegeben (S.21).

erst die Handelsordnung Greiffenklaus dies konkretisiert. Der Kammer verschafft sie mit dem Befehl Schönborns die Ehre und den Vorzug eines Gründungspaten, dem in der Politik seiner Zeit ganz herausragende Bedeutung zukam. Der im vorigen Absatz zitierte Passus befiehlt den *„Anverwandten und Beamten unseres hohen Stiftes Würzburg und Herzogthums zu Franken ernstlich die gehörige Anstalt zu machen und fleißige Absicht dahin zu haben, dass über dieses nicht geschritten, sondern im übrigen unseren außgelassenen Satz- und Verordnungen unverbrüchlich nachgekommen und gelebt werde.“* Zoepfl sieht darin den Gründungsakt des Würzburger Vorläufers der späteren bayerischen Handelskammer von 1843.

1699 wurde Schönborns Gründungsbefehl durch die Handelsordnung Fürstbischof Johann Philipp von Greiffenklaus (1699–1719) erneuert, konkretisiert und erweitert. Diese hochfürstlich privilegierte Kaufmannskorporation nahm Aufgaben und Aufbau der späteren IHK gewissermaßen vorweg. Die Statuten der *Handelsordnung* Greiffenklaus hat Zoepfl in der Fußnote 2 seiner Dissertation festgehalten.<sup>28</sup> Einen solchen öffentlich-rechtlichen, landesherrlichen Ursprung aus der vorbayerischen Zeit hat keine andere IHK in Bayern und ist auch im ganzen deutschen Raum äußerst selten. Die Hamburger Commerzdeputation von 1665 ist noch älter, ihr fehlt aber, was mit dem Status der „Freien Stadt“ zusammenhängen mag, der öffentlich rechtliche, landesherrliche Bezug<sup>29</sup>, wie er in den fürstlichen Flächenstaaten nachzuweisen ist. Zoepfl hatte belegt, dass die alten Pfaffenstaaten nicht so rückständig waren wie eine gegen sie gerichtete Propaganda Ende des 18. Jahrhunderts, allen voran Immanuel Kants, erscheinen lassen wollte. Die Gründung Schönborns ist auch ein Beleg dafür, wie die katholischen Reichsstände nach dem Ende des 30jährigen Krieges den „Fortschritt“ nicht allein ihren protestantischen Vettern überlassen wollten.

<sup>28</sup> Zoepfl, Gottfried, a. a. O. S. 103.

<sup>29</sup> Aus der Commerzdeputation von 1665 hat sich erst 1867 auch in Hamburg eine Handelskammer entwickelt, was mit der von den deutschen Flächenstaaten anderen verfassungsrechtlichen Lage zusammenhängen mag. Mehr Aufschluss könnte darüber die Entwicklung in dem dänischen Altona geben, was aber weit über das Thema Würzburg hinausführen würde.



**W**ir **Johann**  
 des **H.** Stuels zu **Wär-**  
 manien **Erz.** Sankler vnd **Sch-**  
 Fügen allen vnd jeden vnserer  
 Probstien/Dechanten/Priorn/  
 Schultheissen/Ambtleuthen/  
 Gerichten vnd Gemeindten/  
 lenweber vnd Tuchmachers  
 dem auch diese Verordnung  
 ber/ vnd Tuchhändlern keine  
 vnd Lande gebracht/daselbst  
 frembde vnd außländische  
 daten, vnd Verstattung des

gantz vnderthenigst/ wie auch für dieselbe dero Herrschafften intercedendo  
 dahin bewegen lassen/ von obgedacht vnsern außgelassenen Mandaten vnd  
 ligen vnd zugestatten/ daß sie frembde Tuchmacher vnd Handelsleuthe/dies  
 Bazen werth/ aber keine darunter/ hinsäro in vnsern hohen Stifft Würtzb  
 dergestalt jedoch/ vnd mit dieser Maß/ daß die jenige Tücher/davon die Ein  
 vnd Stückweiß verkauft: Die andere aber/deren Elen werth über 9. Baze  
 außgeschnitten vnd begeben werden mögen; Gleichwie aber ehe dessen vnse  
 Feilhab handl. vnd Verkaufung der wällen, vnd andern Tücher denen Fre  
 keines Weegs aber vff denen Kirchweh vnd WochenMärkten zugestatte  
 fern des bisher zur vngedühr veräbten hausirens/ Item der Schaw vnd besu  
 dings vnverndert bewenden; Allermassen wir diese vnserere gnädigste Erklär  
 anben Eingangs ernandten vnserer hohen Stiffts Würtzburg/ vnd Herzogt  
 fehlen ihres theils die gehörige Anstalt zu machen/ vnd fleißige Obsicht da  
 außgelassenen Satz vnd Verordnungen vnverbrüchlich nachgekommen/v  
 geben mit Vrkund vnserer hierunder getruckten Sankten Secret Insiegla



Urkunde vom 22. Mai 1669 mit dem Befehl von Fürstbischof Johann Philipp von Schönborn, „eine Anstalt zu machen“

# Philipps von Gottes Gnaden

ung Erzbischoff / des H. Römischen Reichs durch Ger-  
urfürst / Bischoff zu Würzburg vnd Wormbs / Herzog zu Francken / it.  
ohen Stiffts Würzburg vnd Herzogthumbs zu Francken it. Prælaten,  
vnd sambtlichen Geistlichen Vorfichern / wie auch vnserm Ober- vnd Hoff-  
kellern / Bögten / Schultheissen / Burgermeistern / Rath / Dorffs Meistern /  
emite zu wissen; Obwohlen wir zu Vffnahm- vnd Beförderung des Wäl-  
andwerck in erst besagt vnserm hohen Stifft bisher verschieden- vnder an-  
aben ergehen lassen / daß von denen frembd- vnd außländischen Wältenwe-  
Tücher / deren Elen nicht über zwölff Bazen werth / in besagt vnser Stifft  
kaufft / vnd außgeschnitten werden solten. Nachdemahlen aber sehtgemelte  
ltenweber / Tuchmacher vnd Handelsleuthe vmb Relaxation, solcher Man-  
nen Verkaufss vnd Außschnidts der Wälten Dächer vns verschiedentlich  
nchrmahlen freundlich angelangt; So haben wir vns darauff gnädigst  
Verordnung für dißmahl so viel nachzusehen / vnd auß Gnaden zu betwil-  
enige wülle Tuch / deren Elen nach dem wahren vnd rechten Preiß ober sechs  
urg vnd Herzogthum Francken bringen / vnd verkauffen mögen vnd sollen /  
ober neun Bazen / dem wahren Werth nach / nicht gültig / allein in Grosso  
n / vnd höher sich erstreckt / so Elen- als stückweiß zu sellem Markt gebracht /  
r außdrückliche Erklärung vnd Mandaten dahin ergangen / daß sothane  
n bden anderster nicht / dann vff offenen gestreyten Meß- vnd Jahrmärkten /  
n / also lassen wir es bey selbigen / wie nicht weniger vnd im übrigen bey vn-  
chtig: auch Stemp vnd Sieglung halben ergangenen Verordnungen aller-  
vnd Verwilligung zu jedermänniglichs Nachricht hiemit kunt thun / vnd  
humbs zu Francken Auerwandten / vnd Beambten / ernstlich hiemit be-  
hin zu haben / daß über dieses nicht geschritten / sonder im vbrigen vnseren  
nd gelebt werde; So wir auch also zugeschehen vns gänzlich verlassen. So  
in vnserer Residenz Stadt Würzburg / den 22. Maij. Anno 1667.

## Johann Philipp II. von Greiffenklau: Privilegierung als „unzertrennliche corpore zu ewigen Zeiten“

Nach Fürstbischof Johann Philipp von Schönborns Gründungsbefehl hatte Fürstbischof Johann Philipp II. von Greiffenklau (1699–1719) auf Wunsch der Kaufmannschaft zur Sicherung der Qualität der Geschäfte des Handels eine Commerzienkommission aus gelehrten Hofkammer- und anderen Räten, auch aus Handels- und anderen Merkantilsachverständigen<sup>30</sup> errichtet, nicht zuletzt, um die Missbräuche zu beseitigen, die sich dadurch im Handel eingeschlichen hätten, *„dass viele diese Profession ausüben, ohne sie gründlich erlernt zu haben u. a. m.“* Zoepfl (und nach ihm auch Kittel) sah in diesem Verwaltungsakt Greiffenklaus die Begründungsurkunde der Würzburger Handelskammer und führte dazu auch die Verordnungen von 1709 und 1749 hinzu, während er in der Gründung der Handelsinnung wohl eine Vorläuferin sah. Darüber kann man sich trefflich streiten, zumal Zoepfl hierzu keine eindeutige Festlegung hinterließ und der Gründungsbefehl Schönborns der einzige Beleg dafür ist, dass es diesen Vorläufer gab, aber die Fußnote 2 der Dissertation Zoepfls keine weitere Erläuterung enthält und auch keine Begründung dafür gibt, dass mit der „Anstalt“ Schönborns die Handelsinnung gemeint war. Auf Grund der Quellenlage lässt sich nicht mehr sagen, als dass irgendwann zwischen 1669 und 1699 der Name einer Handelsinnung als Kaufmännische Korporation des Fürstbistums eingeführt worden sein muss. Also Greiffenklau 1699: *„Damit nun künftig hin die Würzburger Kaufmannschaft zu besserem Flor gelange und die Kaufleute in beständiger guter Einigkeit miteinander leben, sollen dieselben mit einer Satzung und Ordnung versehen und privilegiert werden; und zwar sollen:*

1. *sämtliche Seiden-, Wollen, Leinwand-, Spezerei-, Tuch-, Posamentierwaren- und andere Händler der Stadt Würzburg in comunione und in einem unzertrennlichen corpore zu ewigen Zeiten sein und verbleiben, und damit diese ihre aufgerichtete Union um so beständiger sein, sollen*
2. *aus diesem corpore 20 Personen zu Vorstehern der Handlung nach Größe der Profession gewählt werden zur Ausmachung der in der Kaufmannschaft so oft vorkommenden Streitigkeiten, dabei aber keine Jurisdiktion, Bestrafung*

<sup>30</sup> Christoforatos, Ellen, Zwischen geistlicher Herrschaft und Eigenverantwortung, Die Wirtschaftsentwicklung in der Stadt Würzburg 1650-1803, Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg, Band 16, Würzburg 2010, S. 184 folg., Die Handelsordnung selbst ist überliefert in STAW, HV MS.®18 (7. August 1699).

*oder was sonst in die Zivil-, Kriminal- und Polizeisach einlaufet, angema-  
Bet werden.*

3. *Aus den 20 Vorstehern sollen wieder 5 ausgewählt werden, welche auf die Einhaltung der Mandata, sowie auch auf die Einhaltung dieser Handlungsordnung selbst und namentlich darauf sehen sollen, daß im Warenhandel ein billiger Preis durchgehends observiert und niemand übernommen werden.*
4. *Es darf zu ewigen Zeiten keiner in die Versammlung aufgenommen werden, er habe denn zuvor bei einem ehrlichen Handelsmanne zu Würzburg oder auswärts seine Lehrjahre wenigstens fünf Jahre lang erfüllt und außerdem zu seiner Vervollkommnung noch drei Jahre serviert.*
5. *Die Söhne ansässiger Kaufleute genießen vor den externais wie billig und auch andern Orts herkömmlich den Vorzug, die Handlung bei ihren Eltern erlernen zu dürfen und sind frei von dem Zwang der Lehr- und Servierjahre, dürfen aber vor dem 20. Jahre von keinem fremden Prinzipal aufgenommen werden.*<sup>31</sup>

Als Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen der Handlungsvorsteher wird der geheime Rat und Kanzler als Oberrichter bestellt und außerdem werden sämtliche Verwaltungsbeamte angewiesen, die Privilegien der Handlung zu schützen und alle notwendige Hilfe zu Teil werden zu lassen. Einige weitere Bestimmungen, betreffend die Lehrjungen, die Strafen und die Innungszusammenkünfte, erschienen Zoepfl ohne besonderes Interesse. Wichtiger schien ihm, dass nunmehr jeder in die Innung Eintretende durch einen Eid auf die Handlungsordnung seinen Gehorsam beschwören musste. Während bisher nicht jeder Kaufmann Mitglied der Innung sein musste, wird jetzt, *„da sonst eine ordentliche Polizei nicht möglich ist“*, jeder gezwungen, *„der Innung beizutreten, ansonsten wird sein Laden geschlossen; letzteres gilt auch für den, der aus der Innung ausgeschlossen wurde, ein solcher kann ebenso wie ein Bankerotteur ohne fürstliches Spezialdekret nicht wieder handlungsfähig werden. Außer der Meßzeit darf niemand in offenen Buden verkaufen, ebenso ist das Hausieren verboten und darf die Innung die Hausierer arretieren und deren Waren konfiszieren. Speziell bezüglich der Meißner und Reichenbacher Tuchhändler, denen der Handel in Mainz, Bamberg und Schweinfurt verboten war, und die sehr viel geringe Tücher ins Würz-*

<sup>31</sup> Zoepfl, Gottfried, a. a. O.



Fürstbischof Johann Philipp von Greiffenklau  
(1699–1719)

burgische einführten, wird befohlen, daß diese Händler zwar während der Meßzeit verkaufen dürfen, aber nur solches Tuch, welches „gerechtes Kaufmannsgut, recht im Gebänd und Fäden, zur Nadel bereitet, weder in der Länge noch in der Breite gereckt und gestreckt, besichtigt, gestempelt und gesiegelt ist, davon die Elle über 6 bis 9 gute Batzen wert ist“.<sup>32</sup>

Spezielle Regeln wurden auch für die Händler mit Weißzeug, Zitronen und Pommeranzen aufgestellt. Namentlich soll aber keiner bei Strafe „sich gelüsten lassen, einem anderen seine Kundschaft abzuspinnen und die Kunden selbst auf-

zusuchen, sondern jeder soll in seinem Laden hübsch abwarten, ob einer zu ihm kommen mag.“<sup>33</sup>

In ihrer Dissertation hat Ellen Christoforatu in unserer Zeit schlüssig dargelegt, „dass die Handelskorporation im 17. und 18. Jahrhundert eine zentrale Bedeutung für die strukturelle Entwicklung des städtischen Marktes besaß. Da ihr Machtanspruch durch die 1699 publizierte Handelsordnung obrigkeitlich bestätigt wurde, prägte sie das Würzburger Gewerbeleben bis über die Säkularisation hinaus grundlegend. (...) Mit landesherrlicher Zustimmung hatten sich die eingeschriebenen Kaufleute ein Statut gegeben<sup>34</sup>, das ihnen die Selbstverwaltung ermöglichte und darüber hinaus Detailfragen wie die Organisation der Ausbildung regelte“.<sup>35</sup>

Christoforatu charakterisierte diese Handelskorporation auf Grund deren „weitreichende(r) Kompetenzen“ als „eine wirtschaftliche Schutzorganisation mit Kartellfunktion, was nicht zuletzt aus dem seit 1699 geführten Inkorporierungsbuch, einer Art Vorläufer des später üblichen Handelsregisters, ersichtlich wird.“<sup>36</sup> Ein landesherrliches Edikt hatte einem genau beschriebenen Kreis

32 Zoepfl, Gottfried, a. a. O.

33 Ebenda.

34 Rechtssystematisch angemessener wäre die Formulierung, dass der Fürstbischof als Landesherr dem umschriebenen Kreis der Kaufleute seiner Residenzstadt Selbstverwaltungsrechte eingeräumt hatte, die diese für das gesamte Hochstift bis zu dessen Ende privilegierte.

35 Christoforatu, a. a. O.

36 Christoforatu, a. a. O., S. 190.

von Würzburger Kaufleuten Selbstverwaltungs- und Selbstordnungsrechte für das Hochstift eingeräumt, damit eine lokale Korporation für das gesamte Hochstift privilegiert und der bayerischen Handelskammer des 19. Jahrhunderts einen frühen Vorläufer geschaffen, „*sanktionierte Fürstbischof Johann Philipp von Greifenclau-Vollraths den Zusammenschluss derjenigen einheimischen Kaufleute, die sich durch eine geregelte Ausbildung qualifiziert hatten, und privilegierte sie gegenüber den ungelernten und fremden Händlern.*“<sup>37</sup> Die Privilegierung einer lokalen Korporation für das ganze Land erklärt sich damit, dass es außerhalb der Haupt- und Residenzstadt kaum Kaufleute von landesweiter Bedeutung gab und schon die Kommunikations- und Verkehrstechniken das Zusammentreten eines über den unmittelbaren Umkreis Würzburgs hinausreichenden Personenkreises so gut wie unmöglich gemacht hätten. Im Falle Würzburgs ist damit das Regionalprinzip älter als das französische Beispiel. Gottfried Zoepfl war der erste, der die Vorläufer der späteren Würzburger Handelskammer beschrieben hat<sup>38</sup>.

<sup>37</sup> Christoforatu, a. a. O., S. 197.

<sup>38</sup> Die sich im Kern auf die Entwicklung in Preußen (Erfurt) stützende, ansonsten sehr gründliche Dissertation von Jaqueline Schmaltz, a. a. O., geht auf diese nichtpreußischen Vorläufer der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften im Zeitalter des Merkantilismus noch vor den französischen Gründungen in den deutschen Departements nur knapp ein, rechnet sie nicht unter die Vorläufer der heutigen IHKS (S. 187), weist aber auf die Kommerzkollegien, Kommerzdeputationen und Handelsinnungen hin, „die im Verlaufe des 17. und 18. Jahrhunderts im deutschen Raum entstanden (...), denen die Regierung teilweise auch öffentlich-rechtliche Befugnisse übertrug“, S. 4f. Im historischen Selbstverständnis der deutschen IHKS „konkurrieren“ diese Vorläufer noch aus dem Alten Reich und später in den rheinbündischen Territorien mit den preußischen Entwicklungen. Für weite Teile Südwestdeutschlands sind diese Korporationen im Alten Reich und ebenso wie die Kammern in den deutschen Departements des napoleonischen Kaiserreichs durchaus als Vorläufer der heutigen IHKS anzusehen. Das von Schmaltz, S. 7, unter anderem erwähnte Nebeneinander von freien älteren Korporationen und öffentlich-rechtlichen Kammern ist ein preußisches Spezifikum gewesen. Die reichsrechtliche Regelung des Kammerrechts beginnt mit den Lösungsversuchen der Weimarer Republik (Schmaltz S. 34–38), über die Gauwirtschaftskammern der NS-Zeit, die unterschiedlichen Zwischenlösungen in den Besatzungszonen nach 1945 bis zum „vorläufigen“ Kammergesetz für die Bundesrepublik 1956 und dessen Fortschreibungen. Davor gab es nur unterschiedliche landesrechtliche Regelungen, in denen sich auch die unterschiedlichen Vorläufertraditionen widerspiegelten und örtliche und vor allem in Preußen regionale Kammern und freie Korporationen nebeneinander bestanden. Die Möglichkeit gleichzeitiger Zugehörigkeit vom Kammern und Verbänden zu unterschiedlichen Spitzenorganisationen und die Mitwirkung in deren Gremien endet mit dem Bundeshandelskammergesetz von 1956. Seit damals gilt für Kammern und Verbände das Prinzip der Interessenreinheit.

## Der Main in der „historisch-ruhmreichsten und hinsichtlich der Zukunft verheißungsvollsten Handelsroute“

Ganz in der Tradition der historischen Schule der Nationalökonomie hatte für Zoepfl die Beschäftigung mit der Wirtschaftsgeschichte *„neben dem wissenschaftlichen auch einen praktischen Wert: Wie die politische Geschichte die Wirkung hat, das Nationalbewusstsein zu heben, so ist der Wirtschaftsgeschichte unter Umständen eigen, den Mut, die Initiative für große wirtschaftliche Unternehmungen zu erhöhen.“*<sup>39</sup>

Gegenüber dem „Eisenbahnfieber“ seiner Zeit wies er auf die Bedeutung der Wasserstraßen für die Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung hin und machte den Vorschlag einer Verbindung von Rhein und Donau durch eine Wiederbelebung der Mainschiffahrt und einen entsprechend auszubauenden Main, womit er (wohl auf Anregung seines akademischen Lehrers Georg von Schanz) zu den geistigen Vätern des heutigen Europakanals gehört<sup>40</sup>. *„Es handelt sich um die historisch-ruhmreichste und hinsichtlich der Zukunft verheißungsvollste deutsche Handelsroute!“*<sup>41</sup>

Während seiner Zeit als Handelskammersekretär in Würzburg hat Zoepfl dort auch die Tradition der wissenschaftlich fundierten und publizistisch unterstützten Verkehrs- und Regionalpolitik als einen tragenden Schwerpunkt der Kammerarbeit begründet. Seiner Feder entstammen die ersten drei Denkschriften der Handelskammer, die erste 1891 an den Deutschen Reichstag „Die gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Wein“, später gedruckt unter dem Titel „Über die rationelle Weinverbesserung“ und zwei weitere 1892 zur Einführung der Kettenschleppschiffahrt und zur Kanalisierung des Mains. Sein Erster Vorsitzender verlegte die Schriften. Alle drei fanden außerhalb Würzburgs Aufmerksamkeit und waren seiner weiteren Karriere förderlich. Solche Initiativen hatte es vorher von der Würzburger Handelskammer nicht gegeben.

---

39 Zoepfl, Gottfried, a. a. O.

40 Bader, Wolfgang, Rhein und Donau. Zur Geschichte eines bemerkenswerten Wasserstraßenprojekts. Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, 50.Jg.1982, Heft 2 S. 64 folg.

41 Götschmann, Dirk, Wirtschaftsgeschichte Bayerns im 19. und 20 Jahrhundert, Regensburg 2010, S. 129, erwähnt ausdrücklich die Initiative der Würzburger Handelskammer, der der „Verein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern“ seine Entstehung verdanke, allerdings ohne Zoepfl namentlich zu erwähnen. Vorgeschichte und Hinweis auf Zoepfl und seinen Lehrer Georg von Schanz bei Bader, Wolfgang, a. a. O. S. 64 folg.



Titelseite der Denkschrift von Gottfried Zoepfl

## Der Würzburger Handelskammersekretär auf dem Sprung zum Geheimrat im Auswärtigen Dienst und auf einen Lehrstuhl der Universität Berlin

Nach vier Jahren verließ Zoepfl Würzburg. Unter seiner Geschäftsführung, so der Landrat von Unterfranken (heutiger Bezirkstagspräsident), habe sich die Handels- und Gewerbekammer Würzburg „aus einem ganz rückständigen Institut zu einer in vieler Hinsicht meisterhaften Korporation entwickelt.“ Die Kammer selbst bedauerte, „dass wir mit ihm eine so vorzügliche Kraft verlieren werden“ und hoffte, „auch für die Folge mit ihm in Verbindung zu bleiben.“ Regelmäßig kamen die Glückwünsche aus Würzburg, wenn er wieder einen weiteren Karrieresprung gemacht hatte.

1893 wurde Zoepfl Mitbegründer des Vereins für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt in Nürnberg und zu dessen Sekretär bestellt. Er baute den Kanalbauverein zum Verein zur Wahrung der Main-Donau-Schiffahrtsinteressen aus, dem er bis zu seinem Lebensende diente<sup>42</sup>. In seinen Nürnberger Jahren veröffentlichte er weitere sieben Schriften, die sich alle mit den Wasserstraßen befassten.<sup>43</sup> Seine Arbeit über „Bayerische Schifffahrtsprojekte in alter und neuer Zeit. Ein Beitrag zur deutschen Verkehrsgeschichte“ erschien 1930 in Berlin, ebenso „Der Mitteleuropäische Binnenschifffahrts-Verband. Werden und Ziele mitteleuropäischer Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs“, mit der er den schon in seiner „Fränkischen Handelspolitik“ 1893 vorgeschlagenen Plan einer leistungsfähigen großen Wasserverkehrsstraße von Aschaffenburg bis Passau und eines bayerischen Wasserstraßennetzes weiterführte unter Hinweis auf die „hervorragende Stellung, welche speziell der Rhein-Donauverkehr in der deutschen Kulturgeschichte einnimmt.“ 1898 hatte er eine „Finanzpolitik der Wasserstraßen“ und eine „Finanzpolitik der Verkehrsanstalten“ vorgelegt. Seit 1901 amtierte er auch als russischer Wahlvizekonsul in Nürnberg. Ein Jahr später habilitierte er sich an der Universität Erlangen. Im gleichen Jahr veröffentlichte er eine „Nationalökonomie der technischen Betriebskraft“ und in den Folgejahren weitere verkehrswissenschaftliche Arbeiten. Aus dem Handelskammersekretär in der Provinz war ein Verkehrssachverständiger von nationalem Renommee geworden, der

42 Nachruf Main-Post Würzburg, 26.04.1955.

43 1892 Die Idee eines Main-Donaukanals von Karl dem Großen bis auf Prinz Ludwig von Bayern, 1893 Mittelländische Verkehrsprojekte, 1894 Eine wichtige Aufgabe der bayerischen Verkehrspolitik, 1896 Die Eisenbahntarifffrage unseres Holzverkehrs, Die bayerische Industrie in der Bayerischen Landesausstellung, 1899 Der Ludwig-Donau-Main Kanal, 1900 Die Umschlagsanlagen und die Notwendigkeit eines Holzhafens am Main.

in den Auswärtigen Dienst des Deutschen Reiches fand, wenn auch auf einem Außenseiterweg.

1902 arbeitete er als Handelssachverständiger am Deutschen Generalkonsulat in Valparaiso, machte zwei Jahre später eine große und teilweise auch noch höchst beschwerliche Reise durch Mittelamerika, Mexiko und die USA und wurde anschließend im Auswärtigen Amt in Berlin als Hilfsarbeiter in der Kolonialabteilung beschäftigt und ein Jahr später als Regierungsrat, später Geheimer Oberregierungsrat und Vortragender Rat ins neu gebildete Reichskolonialamt übernommen. Von dort führte ihn der Weg als Geheimer Legationsrat der bayerischen Gesandtschaft in Wien, über die Deutsche Botschaft in Paris in den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag in Berlin und Wien, als dessen geschäftsführendes Präsidialmitglied er amtierte, bis er sich in Wien mit den Titeln eines Universitätsprofessors und Geheimen Legationsrats a. D. zurückzog, ein ganz außergewöhnliches Leben, dessen Einzelheiten aber weit über die hier abzuhandelnde Würzburger Kammergeschichte hinausführt und das an anderer Stelle dargestellt und gewürdigt ist.<sup>44</sup>

Die weitere Geschichte der Kammer wurde von zwei Persönlichkeiten bestimmt, die unterschiedlicher zu Zoepfl nicht sein konnten.



Dr. Gottfried Zoepfl, um 1906, Professor an der Universität Berlin, Geheimrat im Auswärtigen Dienst und im Reichskolonialamt, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Mitteleuropäischer Wirtschaftstag Wien

## Dr. Josef Balduin Kittel

Nach Gottfried Zoepfls Ausscheiden holte sich die Handelskammer den ihm gleichaltrigen Referendar am Landgericht Würzburg Josef Balduin Kittel als Sekretär, ein Amt, das dieser bis 1920 als Geschäftsführer und Syndikus ausübte. Seine feste Verankerung in Würzburg markiert sozusagen eine heimatgebundene Gegenrolle zu der weit hinausführenden Karriere Zoepfls.

<sup>44</sup> Schäfer, Dieter, Fränkische Lebensbilder 23, Würzburg 2012, S. 149-170.



Dr. Josef Balduin Kittel, Hofrat, Handelskammersekretär 1893–1920<sup>45</sup>, nach dem in Würzburg eine Straße benannt und für den am Bürgerspital ein „Brünnle“ gestiftet wurde, Verfasser von Heimatfestspielen, des Textes der Festschrift zur Einweihung des Kammergebäudes 1914, des „Buches vom Frankenwein“ u.a.m.

Kittel stammte aus einer alten Main-schifferfamilie, wurde am 25. April 1869 in Obernburg geboren und kam durch Gymnasialbesuch und anschließendes Rechtsstudium nach Würzburg. Seine Arbeit über „Die bayerischen Reservatrechte“, ursprünglich eine Preisaufgabe, wurde von der Fakultät als Dissertation angenommen und auf Fakultätskosten gedruckt. Auf eigene Kosten ließ er 1895 seine Denkschrift „Das Eisenbahnprojekt Würzburg-Wertheim-Miltenberg und dessen Fortsetzung nach Worms“ drucken und an alle interessierten Stellen verteilen. An diesem Projekt sieht man, dass der Eisenbahnbau zu dieser Zeit noch wesentlich der Flächenererschließung galt. Die Bündelung in großen Transversalen begann erst gut hundert Jahre später. Weitere Projekte

Kittels sind in den Jahresberichten der Kammer beschrieben. Der Weinbau fand in ihm einen beredten Anwalt: In seiner Schrift „Die deutschen Weinzölle“ wies er auf die Benachteiligung der fränkischen Anbauer hin. Nebenbei bekleidete er das Amt eines Geschäftsführers des Weinhändlerverbandes. *„Als nach der Jahrhundertwende auch Unterfranken am Wirtschaftsaufstieg teilhatte, wuchsen der Kammer immer neue Aufgaben zu, die der dynamische Dr. Kittel zusammen im besten Einvernehmen mit dem Präsidenten Hilcken löste“*.<sup>46</sup> In den Akten der Kammer wird dieses Anwachsen der überlassenen und der übertragenen Aufgaben deutlich, ebenso wie das zunehmende Interesse des Staates an der Wirtschaft und die Notwendigkeit für die Kammer,

45 Für das Ende seiner Handelskammerzeit werden unterschiedliche Daten genannt; 1917 im Nachruf des Würzburger General-Anzeigers vom 26.03.1929; 1919 von Dettelbacher in der Mainfränkischen Wirtschaft, Heft 3, 1970. In der von ihm 1920 verfassten Festschrift für Wilhelm Hilcken bezeichnet er sich als Geschäftsführer der Handelskammer Würzburg. Für dieses Jahr ist er im Städtischen Adressbuch auch als Syndikus und RA A. Weichsel als wiss. Hilfsarbeiter aufgeführt. Erst 1921 führt das Adressbuch RA A. Weichsel als I. Syndikus und RA W. Schraud als II. Syndikus auf, so dass 1920 wohl das Jahr war, in dem Kittel sein Handelskammeramt niederlegte.

46 Dettelbacher, Werner, Dr. Josef Balduin Kittel, Syndikus der Handelskammer 1893-1919, Mainfränkische Wirtschaft, Jg. 1970, Heft 3, S. 94.

Informationen über Länder, Zölle, Behördenorganisationen, Außenhandels- und Steuerfragen zu sammeln und weiterzugeben, bei der Gesetz- und Verordnungsgebung, vor allem zu Eisenbahnen, Postwesen, Straßen, Wasserstraßen, Schifffahrtswege, Bildungswesen, Sachverständigen, Patenten, Aus- und Schlussverkäufen, Messen und Märkten, Wettbewerbsstreitigkeiten, Schlichtungswesen, Ehrengerichten und vieles andere mehr mitzuwirken. Bis hin zu „Nicht ausscheidbare Akten“ aus zwei Jahrhunderten, einschließlich der Collekten 1793 bis 1812, umfasste der Bestand insgesamt 648 Aktennummern. Auch wenn dieser umfangreiche Aktenbestand dem Bombardement vom März 1945 zum Opfer fiel, so geben doch die Stichpunkte zu den Aktennummern einen guten Überblick über den ständig größer werdenden Aktionsbereich der Handelskammer und auch über ihre regionalen Schwerpunkte und Besonderheiten. Zu letzteren zählen etwa ein „Kanalprojekt München-Wertheim“ und ein „See-Fulda-Main-Kanal (Bauverein)“, Akten über den Bau des Kammergebäudes 1913, des Anbaus 1937 und den recht dubios klingenden „Betrieb des wilden Kohlenhandels durch Reichsbahnbeamte“. Auch Kittel hatte den bereits mehrfach erwähnten Aktenbestand des Commerzkollegiums in die Hand bekommen und schrieb für die Festschrift zur Eröffnung des neuen Handelskammergebäudes 1914 einen umfangreichen und gründlichen Beitrag über „Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuer Zeit“. Dabei ging er ausführlicher als Zoepfl auf die legendäre Handlungskompanie zu Pferd ein. Seine Darstellung der glänzenden Zeit der Würzburger Kaufmannschaft sollte nicht einfach dem Vergessen anheim fallen, auch wenn sie in der langen Geschichte der Würzburger Kaufmannschaft nur eine Episode bildete und darum hier wenigstens auszugsweise zitiert werden.

## Die bürgerliche Leibgarde des Landesherrn

*„Der Ursprung der Würzburgischen ‚Handlungs-Kompagnie zu Pferd‘ ist – wie jener der Handlungs-Korporation – auf Fürstbischof Johann Philipp von Greiffenklau, diesen Gönner der Würzburger Kaufmannschaft zurückzuführen<sup>47</sup>. Gleich bei seinem Regierungsantritt am 9. Februar 1699 trat die ‚Handlungs-Kompagnie zu Pferd‘ in Funktion. Nach der Wahl im Dom und der Verpflich-*

<sup>47</sup> Auch hier fällt auf und ist nicht zu erklären, warum Kittel die Erstgründung Schönborns von 1669 nicht erwähnt. Es könnte natürlich sein, dass schon damals die Urkunde nicht in dem bei der Handelskammer aufbewahrten Bestand vorhanden war. Aber das ist Spekulation.



Die „Handlungs-Kompagnie zu Pferd“, Schießscheibe

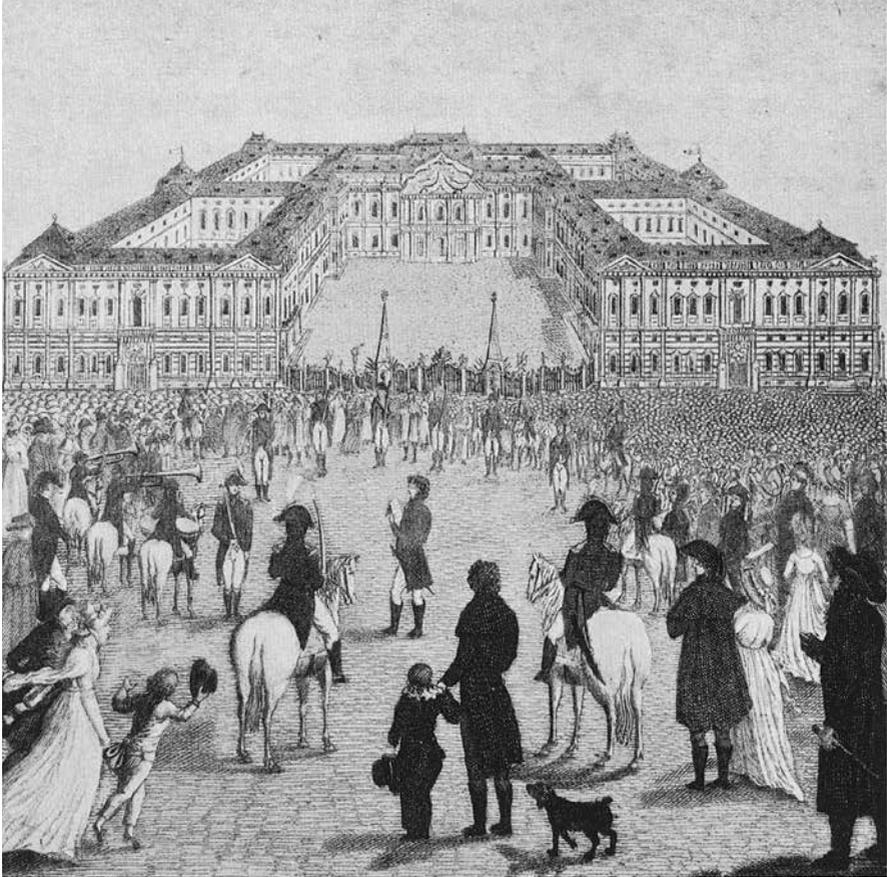
*Die Beamten im Regierungsgebäude erfolgte der feierliche Einzug auf das Schloß Marienburg. Der Zug wurde eröffnet durch die neuerrichtete Bürgergarde zu Pferde, welche sich aus den Kaufleuten der Stadt Würzburg gebildet hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde die neue Garde mit sehr wichtigen Privilegien begnadet, die in der Folge auch schriftliche Bestätigung fanden. Bis in die Bayerische Einverleibungszeit Würzburgs wurden diese Privilegien als bedeutungsvolle Vorrechte geschätzt, und stolz berief sich die Würzburger ‚Handlungskompagnie zu Pferd‘ auf ihre ehrenvolle Vergangenheit.“<sup>48</sup>*

<sup>48</sup> Kittel, Josef Balduin, Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuer Zeit, in: Festschrift zur Eröffnung des Handelskammer-Gebäudes Würzburg, Würzburg 1914, S. 62 – 80 : Die Handlungskompagnie zu Pferd 1699-1815.

Die Hochfürstliche Konzession erging am 5. November 1701 und hatte folgenden, in Teilen gekürzten Wortlaut: *„Obwohlen Sr. Hochfürstl. Gnaden vermöge deren am 9. Februar verflossenen Jahres erteilten gnädigsten Resolution die Wacht- und Quartiers-Freyheit der neu aufgerichteten Handels-Compagnie zu Pferd allein auf deren 3 Ober-Offiziers, und zwar nur auf das erste Jahr gnädigst verwilliget, inmittels aber dieselbe fernerweit einkommen, und nicht allein die bey Aufrichtung sothaner Compagnie bereits aufgewendete namhafte und bei jedesmaligem Aufzug mit Entlehnung der Pferd und Unterhaltung ihrer Montur und sonsten noch beständig aufwendende Kosten zu erkennen gegeben, und dabey um die Wachtfreiheit für die Gemeine, die Oberoffiziers hingegen denen zu Fuß gleich zu halten unterthänigst gebeten, und dann Sr. Hochfürstl. Gnaden solche Bitt in Gnaden angesehen und daher gemelte 3 Oberoffiziers deren zu Fuß gleich, die Gemeine aber allein Wachtfrey zu lassen, gnädigst jedoch mit der Reskription verwilliget, daß solche Freyheit über den jetzigen Numerum der 45 Personen, darinnen solche Handels-Compagnie für dermal bestehet, nicht extendirt, sondern die neu dazukommende die Prästanda der Wacht und Quartier so lange prästiren sollen, bis durch Abgang ein und des andern sie die Ordnung der Aufnahme und Inkorporierung noch erreichen möchte“*.<sup>49</sup>

Die Handlungs-Kompanie hatte ausschließlich Paradezwecke. Die Ausrüstung musste von den Mitgliedern selbst gestellt werden, was eine ziemlich teure Sache war. Die Chargen waren von Anfang an: je ein Rittmeister, Ober- und Unter-Leutnant, Cornet, Fähnrich, Wachtmeister, endlich ursprünglich zwei, dann drei bis vier Korporäle. Das Avancement ging streng nach Anciennität, und zwar schon deswegen, weil mit der Erlangung einer Offiziersstelle auch wichtige Vorrechte (nicht bloß Wacht-, sondern auch Quartiersfreiheit) verbunden waren. Der Rittmeister leitete alle Paraden und auch die Mitgliederversammlungen, er verwaltete den Fundus und die Kassen; letztere Funktion war wichtig, weil jeder Neueintretende ein Einlegegeld von 8 fl. leisten musste. Zum „Chef“ wählte sich die Handlungskompanie einen Protektor aus dem fränkischen Adel. Paraden fanden bei wichtigen politischen Ereignissen statt, etwa bei einer Fürstbischofswahl oder kaiserlichem oder fürstlichem Besuch in Würzburg, aber auch bei den Fronleichnamsfesten und Ähnlichem. Als Kaiser Karl VI. von der Kaiserkrönung (21. XII. 1711) zurückkehrte, fanden in Würzburg am 13. Januar 1712 großartige Feste statt: *„Zunächst dem Schloß-*

<sup>49</sup> Zitiert nach Kittel, Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuer Zeit.



Proklamation von Ferdinand v. Toskana, derzeit noch Kurfürst von Salzburg, als Herrscher von Würzburg mit Parade der Kaufmannskompanie auf dem Residenzplatz, 1806

*tore zeigte sich beim Empfang die neuuniformierte Compagnie der Kaufleute zu Pferde in braunen Röcken mit silbernen Knöpfen. Ebenso paradierten die Kaufleute zu Pferd beim Empfang der Kaiserin Maria Theresia am 20. September 1745. Innerhalb des Neutors standen auf der einen Seite der Stadtmagistrat, auf der anderen die Kaufleute zu Pferd in roter Uniform. Dann folgten durch die Semmelgasse die langen Reihen der bewaffneten Bürger, am Schluß derselben, dem Bürgerspital gegenüber, die Schützenkompanie.“<sup>50</sup>*

50 Ebenda.

Große Paraden fanden neben der Wahl der Fürstbischöfe bei der Durchreise Kaisers Leopold II. am 19. März 1790 statt, ebenso bei der Ankunft des Königs Franz am 9. Juli 1792 und bei Besuch des Königs Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 18. Juli 1792. Eine Blütezeit erlebte die Handlungskompanie nochmals in der Toskanischen Zwischenregierung des Großherzogs Ferdinand.<sup>51</sup> Es gab reichlich Veranlassung zu Empfängen und Paraden. Am 1. Februar 1806 bezog auf Befehl des Kurfürstlichen Verwaltungsrates die Handlungskompanie bei der Besitznahme Würzburg durch Ferdinand von Toskana die Residenzwache und löste das Königlich Bayerische Militär ab. *„Beim Empfang des Kurfürsten Ferdinand von Toskana am 1. Mai 1806 zog die Handels-Kompagnie mit Standarte unter Führung ihres Chefs des Geheimrats und Vizedoms Frhrn. v. Würzburg ans Neutor und erwartete dort den neuen Landesherrn. Bei dessen Ankunft zog die eine Hälfte der Kompagnie „mit Pauken und Trompeten, dann Standarte“ vor der Chaise, die andere Hälfte hinter der Chaise. Der Rittmeister ritt am Wagenschlag.“*<sup>52</sup>

Feierlichkeiten mit Paraden fanden zum Beispiel noch statt zur „Friedensfeier“ am 3. Dezember 1809, ferner bei der Ankunft der Großherzoglichen Familie am 1. Mai 1810, beim Namensfest des Großherzogs am 30. Mai 1810, dann zur Feier der Geburt des Kronprinzen von Frankreich am 25. März 1811, außerdem regelmäßig an den Fronleichnamsprozessionen.

Am 13. Mai 1812 kam Kaiser Napoleon in Würzburg an. Das Protokoll enthält eine „Beschreibung der Parade“. Danach war vor dem Zeller Tor ein Triumphbogen errichtet. *„Der hohe Adel und sämtliche geistliche und weltliche Dikasterianten haben sich zu diesem Empfang versammelt, die ganze Bürgerschaft stand unter Gewehr, die Akademiker uniformierten sich und die übrigen Studentes nebst der ganzen Schuljugend vereinigten sich, um ein Spalier vom Zeller Thor bis an die Residenz zu bilden. Unser Corps reihete sich in zwey Theilen an jenes der Akademiker auf dem Residenz Platz an. Und nach geschehener Einfahrt wurde also diese Parade geschlossen, an welchem Abend ein Freytheater und eine Illumination in der Stadt gegeben wurde.“*<sup>53</sup> Die Parade wiederholte sich bei der Abreise Napoleons.

Am 7. Juli 1812 fand eine Parade zum Empfang der Kaiserin von Frankreich statt, ebenso eine bei deren Abreise am 13. Juli. Als letzte Wache der „Hand-

51 Schäfer, Dieter, Ferdinand von Österreich, Großherzog von Würzburg, Graz, Wien, Köln 1988.

52 Zitiert nach Kittel, Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuer Zeit.

53 Zitiert nach Kittel, Die Würzburger Handelsvertretung in alter und neuer Zeit.

lunzs-Compagnie zu Pferd“ ist jene am 30. Juli 1815 verzeichnet. Sie löste sich dann auf, an ihre Stelle trat die in Bayern organisierte Nationalgarde III. Klasse.

Die Darstellung Kittels regte nach ihm immer wieder Würzburger Lokalhistoriker an, diese längst verschiedene, altehrwürdige Kompanie zu Pferd als einen erinnerungswerten Teil des Lokalstolzes zu beschreiben. Leider fielen alle dem Fränkischen Luitpoldmuseum übergebenen Deputate beim Bombardement des 16. März 1945 dem Feuersturm zum Opfer. Das Mainfränkische Museum konnte einige Stiche der Handlungskompanie zu Pferd erwerben. Weitere wenige Exemplare befinden sich im Privatbesitz.

Kittel mehrte das Ansehen der Kammer auch durch seine Tätigkeit in zahlreichen Vereinen und durch vier Heimatfestspiele, die auf dem Domvorplatz mit großer Beteiligung eines begeisterten Publikums, darunter auch dem König, aufgeführt wurden. Anlässlich eines solchen Festspiels verlieh ihm König Ludwig III. 1914, wenige Tage vor Ausbruch des I. Weltkriegs, den Hofratstitel, den Kittel auch nach dem Ende der Monarchie weiterführte.

Kittel hatte ein mehrfach aufgelegtes Buch über den Frankenwein, einen illustrierten „Führer durch Würzburg“, eine Bearbeitung von Göbels „Würzburg – Stadt des Barock“ vorgelegt, eine Geschichte der Firma Seißer, „Ein alt-Würzburger Handelshaus“ geschrieben und war, wie Dettelbacher schrieb, „jederzeit zum Lob Würzburgs mit Schriften gefällig“. Regelmäßig publizierte er im Würzburger General-Anzeiger Beiträge „Aus Würzburgs vergangenen Tagen“. Ein vollständiges Bild seiner vielfältigen Aktivitäten, würde den Rahmen der Handelskammergeschichte sprengen, zumal sie sich auch nach seinem Ausscheiden aus der Kammer erst voll entfalteteten.

## Auf dem Weg zu einem eigenen Handelskammergebäude

Die wichtigste und nachhaltigste Aufgabe, die „*der dynamische Dr. Kittel zusammen im besten Einvernehmen mit dem Präsidenten Hilcken löste*“,<sup>54</sup> war der Bau eines eigenen Kammergebäudes. Hilcken hatte in seiner Rede zur Eröffnung des ersten eigenen Handelskammergebäudes den mühsamen Weg nach der Kündigung des Büros im Rathaus über mehrere Zwischenlösungen geschildert<sup>55</sup> und war dann fortgefahren: „*So ging man neuerdings*

54 Dettelbacher, Werner, a. a. O., Mainfränkische Wirtschaft, Jg.1970, Heft 3, S. 94.

55 a. a. O., S. 9.

*auf die Suche nach einem geeigneten Büro und mietete am 20. Mai 1891 in dem ehemaligen Stuber'schen Hause, Domerschulgasse 10, zwei Zimmer als Diensträume. Die Plenarsitzungen wurden hingegen in dem der Kammer in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Sitzungssaal des Stadtmagistrates abgehalten. Dieses Stattfinden der Sitzungen außerhalb der Diensträume wurde aber mit der Zeit als großer Mißstand empfunden, und es wurde der Wunsch nach Amtsräumen verbunden mit Sitzungssaal immer dringender. Am 21. November 1902 wurde mit den Besitzern der alten „Curia Teutleben“, den Herren Gebrüder Richter ein Mietvertrag geschlossen; nach Vornahme verschiedener baulicher Änderungen konnten am 1. April 1903 in diesem Anwesen, Domerschulgasse 6, die Diensträume der Kammer bezogen werden, welche uns bis vor kurzem als Amtssitz dienten. Wenn diese Räume auch während der ersten Jahre unseren Zwecken vollständig entsprachen, so wurden sie uns späterhin doch zu eng. Die fortwährende Mehrung der Geschäfte, welche die Anstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters und eine Vermehrung des Kanzleipersonals nötig machte, ferner die Umgestaltung der Handels- und Gewerbekammern durch Kgl. Allerhöchste Verordnung vom 25. Februar 1908 in reine Handelskammern, durch welche die Zahl der Mitglieder auf 34 erhöht wurde, und endlich die Angliederung von Ausschüssen der Kleingewerbetreibenden, Handlungsgehilfen und technischen Angestellten, welche bedingungsweise zu den Plenarsitzungen einzuladen sind,<sup>56</sup> bewirkten, daß die Amtsräume, namentlich der Sitzungssaal, nicht mehr völlig ausreichten. So mußte ein abermaliger Wechsel ins Auge gefaßt werden. Zunächst wurde versucht, wiederum mietweise geeignete Lokale zu erlangen. Nach mehrfacher Umschau aber kam die Kammer zu der Erkenntnis, daß es ein Ding der Unmöglichkeit war, die für ihre Zwecke ausreichenden Räume auf genügend lange Zeit mietweise zu bekommen. So entstand der Gedanke der Errichtung eines eigenen Handelskammer-Gebäudes, und je weniger aussichtsvoll die Miete erschien, desto mehr befestigte sich das Vorhaben eines Neubaus.<sup>57</sup>*

<sup>56</sup> Zu dieser Entwicklung, die mit der Gründung von Handwerkskammern zur Auflösung der Gewerbeabteilung der Handelskammer führte, Kittel, a. a. O., S. 122.

<sup>57</sup> Festschrift zur Eröffnung des Handelskammer-Gebäudes Würzburg. Zur Erinnerung an die Feier am 27. April 1914 herausgegeben von der Handelskammer Würzburg, S. 4-6.

## Ein repräsentatives Haus im Prinzregentenstil, in guter Lage gegenüber dem Hofgarten, in Nachbarschaft zu Kreisregierung, Universität und Justiz

*„Zur Errichtung eines Baues gehört aber außer dem Architekten, den werktätigen Männern, außer Steinen, Holz und Eisen, noch ein sehr Bedeutsames, ohne das schon viel schöne, gute und nützliche Projekte unausgeführt bleiben mußten: Das Geld! – In ihrer Plenarversammlung vom 29. Oktober 1912 beschloß die Handelskammer, die Mittel zum Bau durch Ausgabe von 150 Anteilscheinen, in Höhe von je tausend Mark verzinslich zu 3 % mit einer Tilgung von 1 % per Jahr, aufzubringen, und zu unserer Freude waren diese Anteilscheine in kürzester Frist übernommen, ausschließlich von Würzburger Firmen. Es ist mir eine ganz besondere Genugtuung, sagen zu dürfen, daß es Würzburger Handels- und Industrie-Kreise sind, welche es ermöglicht haben, daß dies der Handelsvertretung Unterfrankens gewidmete Haus geschaffen werden konnte.*

*Rühmend muß ich es anerkennen, daß auch unsere Handelsgremien mit Spenden und Gaben zum Gelingen des Werkes beitrugen und die Finanzierung bezw. Tilgung der Anteilscheine in der Weise ermöglichten, daß sie die ihnen aus den Umlagen zufallenden jährlichen Überweisungen um tausend Mark pro Jahr kürzen ließen. Die herrliche Kassettendecke dieses Saales verdanken wir unserem Handelsgremium Schweinfurt, mehrere Ausstattungsstücke verschiedenen anderen Handelsgremien sowie auswärtigen und hiesigen Handelskammermitgliedern. Von ganzem Herzen danken will ich auch allen jenen, welche in hochherziger Weise durch namhafte Spenden unser Unternehmen unterstützen. Insbesondere einigen ungenannt sein wollenden Gönnern, welche uns Mk. 27.000 in barem Geld zum Bau spendeten, ferner der Bayerischen Notenbank für die Gabe von Mk. 1.500, Herrn Fabrikbesitzer Noell für die Gabe von Mk. 1000, welche zur Einrichtung des Arbeitszimmers des Syndikus verwendet wurden. Ich selbst gab den gleichen Betrag zur Einrichtung des Vorstandszimmers. Das Interesse, welches die Kammermitglieder an dem Werke zeigten und der kollegiale Geist, der in der Kammer herrscht, haben Ausdruck dadurch gefunden, daß jedes Kammermitglied den Sessel stiftete, der ihm zum Sitz bestimmt ist. Zur steten Erinnerung ist der Name des Stifters in den Stuhl eingeschnitten. Verschiedene Kammermitglieder haben außerdem noch besondere Gegenstände gestiftet.*



Das Grundstück in der Neubastraße vor der Bebauung – Würzburgs „Klein-Montmartre“ – und die Alte Handelskammer 1914



*Der Gesamtaufwand für das Anwesen einschließlich Bauplatz beträgt in runder Summe Mk. 185.000. Nun ist der Vertretung des Handels und des Gewerbes, der Industrie und des Bergbaues die Stätte für ihre Tätigkeit bereitet, und diese, von der heutigen Generation errichtet, soll kommenden Generationen noch lange dienen.<sup>58</sup>*

Das erste Würzburger Handelskammergebäude war gerade noch rechtzeitig vor Beginn des Ersten Weltkriegs fertig geworden. Es gehörte schon durch seine exponierte Lage am Rand des Hofgartens mit dem weltbekannten Residenzschloss Balthasar Neumanns und zwischen den repräsentativen Bauten der Justiz und der Universität zu den Honoratiorenbauten des alten Würzburgs. 1938 erhielt es ein Dienstgebäude als Anbau<sup>59</sup>. Das Adressbuch für das Jahr 1938 führte das Kammergebäude unter den Sehenswürdigkeiten der Stadt als „vornehmen Barockbau“ auf.<sup>60</sup> Beide Kammergebäude wurden durch das Bombardement Würzburgs am 16. März 1945 zerstört und 1948 als eine der ersten Amtsgebäude wieder aufgebaut, nicht mehr ganz so repräsentativ „prinzregentenstilrein“, noch weniger als „vornehmen Barockbau“. Aber das eilt den Ereignissen, denen das alte Würzburg zum Opfer fiel, weit voraus.



„Möge in diesem Saale stets in streng sachlicher Weise der Beratung und der Anregung gepflogen werden! Möge niemals die Person, nur stets die Sache in Frage kommen! Möge hier stets ein versöhnlicher Geist herrschen, möge es hier niemals Sieger und Besiegte, stets nur Überzeugende und Überzeugte geben! – Möge aber auch endlich die Tätigkeit der Kammer stets nur von großen, weitausschauenden Gesichtspunkten beeinflusst sein; niemals sollen engherzige, kurzsichtige Ansichten hier Raum finden! Dann wird die Tätigkeit der Handelskammer den von ihr vertretenden, schaffenden Erwerbsständen zum Wohl gereichen und damit zum Segen unserer Stadt, des Kreises und des Vaterlandes.“ Geheimrat Wilhelm Hilcken 1914 anlässlich der Eröffnung des neuen Handelskammergebäudes in Würzburg, Neubastr. 66, heute Stangl-Platz, als „Alte Handelskammer“ Teil der Universitätsgebäude.

58 Festschrift a. a. O., S. 10 f.

59 S. S. ein „Festtag der mainfränkischen Wirtschaft“, Faksimile des Bericht des Würzburger Generalanzeigers bei Harm-Hinrich Brandt, a. a. O., S. 163.

60 S. 393 Sehenswürdigkeiten Würzburgs.

## Wilhelm Hilcken: Ein Menschenleben

Der seit 1901 amtierende Handelskammervorsitzende Wilhelm Hilcken hat dem alten Würzburg in einer Aufzeichnung für seinen Sohn ein sehr persönliches Zeitzeugnis hinterlassen, das hier nicht fehlen darf. Valentin Hilcken, der Sohn, hatte sich Mitte der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts eine Lebensbeschreibung seines Vaters gewünscht. Wilhelm Hilcken hatte daraufhin im März 1928 unter dem Titel „Ein Menschenleben“ seinen Kindern ein gebundenes Schreibmaschinenmanuskript überreicht, in dem er sein Leben von seiner Geburt am 17. Mai 1857 in Frankfurt am Main als Sohn eines Bürgers und Handelsmanns bis zu seinem Ausscheiden aus der Leitung der Vereinsbank in Würzburg detailliert aufgezeichnet hat, die Jugend in Frankfurt, die Lehrzeit dort, den Weg in eine Bank nach Würzburg, die Eindrücke von Bayerns letztem König, seine eigene Wahl zum Vorsitzenden der Würzburger Handelskammer, die kurzlebige Räterepublik in Würzburg und auch die schweren Schicksale, mit denen er fertig zu werden hatte.<sup>61</sup> Mit Erlaubnis seiner Enkelin veröffentlichen wir die Teile, die einen guten Eindruck seiner Persönlichkeit, seines Wirkens in Würzburg und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Würzburg vermitteln, deren Zeitzeuge er war.

### ***„Lehrjahre sind keine Herrenjahre***

*Die Schulzeit war herum, es begannen die Lehrjahre. In Frankfurt gilt es als selbstverständlich, dass ein junger Mensch aus guter Familie sich dem Kaufmannstande zuwendet. Und so wurde mir eine Lehre in einem alten Bankhaus zu Teil. Ach, lieber Gott, wenn ich heute an die Behandlung denke, die damals der Lehrling erdulden musste und sie mit der modernen Zeit vergleiche, will mir oft der Zweifel kommen, als ob das früher wirklich so gewesen war! Es war die gute alte Zeit, in der man mit Strenge regierte. Der Lehrling hatte den Mund zu halten und redete er nichts, dann wurde er erst recht angefahren! Ein altes, im Haus groß gewordenes Faktotum war in der Regel gegen den Chef unterwürfig ins Gesicht und hinter dem Rücken respektlos, die Angestellten älteren Datums behandelte er wohlwollend und gleichberechtigt, die Jüngeren von oben herab und gar die Lehrlinge! Die waren nach seiner Einbildung*

<sup>61</sup> Der IHK durch Studiendirektorin a. D. Wiltrud Margarathe Hilcken, München, dankenswerterweise überlassen, Original im Archiv der IHK, Anpassung an die heutige Rechtschreibung und Zeichensetzung nur, soweit zum Verständnis erforderlich.



Wilhelm Hilcken

nur da, um ihm seine schwere Tätigkeit zu erleichtern. Die Lehrzeit dauerte drei Jahre und nach Ablauf jeden Jahres kam eine Beförderung in eine andere Tätigkeit. Im ersten Jahr musste der „Unterlehrling“ früh auf der Post die Briefe abholen, dann bekam er vom Kassier eine Mappe zurechtgelegt mit Wechseln und Anweisungen zum einkassieren. Die Geschäftshäuser, welche dem Herrn Ausläufer zu weit entfernt lagen, musste der Lehrling aufsuchen. Das Einkassieren war damals keine so einfache Sache. Es gab noch keine Reichswährung, keinen Überweisungsverkehr. Alles wurde bar bezahlt und nur wenige auserlesene Firmen hatten ein Girokonto bei der Frankfurter Bank, das sie

in die Lage versetzte Schecks herauszuschreiben, die gern in Zahlung genommen wurden. Im Barverkehr herrschte ein Durcheinander der verschiedenen Zahlungsmittel. Es war wenig Gold im Verkehr und die Goldstücke, welche zirkulieren sollten, waren zum größten Teil „beschnitten“, d. h. es war am Rand durch Messer oder Feile Gold abgeschabt, sodass der Kaufmann jedes Geschäft mit den Gewichten für Dukaten, Napoleons Imperials u.s.w. nachlegen musste. Desto mehr ging Silber um, Gulden als süddeutsche und Thaler als norddeutsche Münze. Doch prägten auch die süddeutschen Staaten Thaler, die Währung aber und die Rechnung lautete auf Gulden. Ein Gulden hatte 60 Kreuzer, der Kreuzer vier Heller aus Kupfer. Die Unterabteilungen des Guldens lauteten auf dreissig Kreuzer, halber Gulden, sechs Kreuzer, der „Sechser“, der Groschen drei Kreuzer und das kleine Kreuzerstück. Sämtlich waren diese Münzen in Silber geprägt, Sechser aber und Groschen aus so schlechter Legierung, dass sie meistens nach kurzem Umlauf fuchsig aussahen. Einzelne Münzstätten waren wegen der Minderwertigkeit dieser Münzen berüchtigt und man sagte von einem nichtsnutzigen Menschen „der Kerl ist so schlecht wie ein Coburger Sechser!“ Zahlungsmittel in Papiergeld waren die Noten der Frankfurter Bank. Außer diesen waren aber noch bayerische, badische, württembergische, hessische Guldennoten, preußische, sächsische thüringische Thalernoten im

*Verkehr, aber sie wurden nicht vollgenommen. Süddeutsche Noten standen 99½ bis 99¾, Thalernoten 104¾ (Parität 105). Ach wie oft erhielt ich gleich am Anfang meines Ganges ein paar Hundert Gulden Silber und musste diese, zu dem noch mehr dazu kam, den ganzen Vormittag herumschleppen, sodass ich halber lahm zurückkam. Dabei fuhr der Herr Kassier den Lehrling jedes Mal an „wo bleiwe se denn so lang“. Das war so üblich und wenn man auch mit Hexengeschwindigkeit gearbeitet hätte. „Jetzt kopiere se mal schnell die Wechsel“ „so, da is noch e Gang zu mache“. Vormittags mussten auch noch die Briefe kopiert werden und dem Prinzipal auf den Schreibtisch gelegt werden und wehe, wenn der Lehrling etwas versäumte. Ein Donnerwetter ging über sein unschuldiges Haupt nieder. Er konnte ja einfach diesen vielen Anforderungen nicht nachkommen. Diese ungerechte Behandlung hatte auf die verschiedenen Individuen verschiedene Wirkungen. Die einen blieben ruhig in ihrem Trab und machten sich aus allen Zurechtweisungen gar nichts, empfindsamere Charaktere aber, zu denen ich gehörte, waren in der Seele gestört durch so brutale Ungerechtigkeiten und noch heute muss ich mit gemischten Gefühlen an das erste Lehrjahr denken. Die beiden anderen Lehrjahre waren nicht so schwer wie das erste.“*

Hilcken berichtet dann, wie er sich auf eine Anzeige um eine Anstellung bei einer Bank in Würzburg bewarb, damit Erfolg hatte und die Frankfurter Misere hinter sich lassen konnte.

### **„Bankier in Würzburg**

*Ich war glücklich, festen Boden unter den Füßen zu haben und eine angesehene, wenn auch bescheidene Stellung zu haben. Das Institut hatte manche Wandlungen durchmachen müssen. Ein langjähriger Direktor – Messner – war ein vollständiger Autodiktat und hatte vom Bankgeschäft keine Ahnung. Er leitete das aus einer Genossenschaft hervorgegangene Institut nach eigenen, von ihm sich zurecht gelegten Methoden, die den Betrieb belasten und nach und nach zum Erliegen bringen mussten. Der Aufsichtsrat veranlasste den alten Herrn zurückzutreten und berief jüngere Kräfte, Oskar Huth und mich als koordinierte Direktoren. Es war eine Last, die wir auf uns nahmen. Das Vertrauen war im Wanken, es drohten Verluste, ein Effkengeschäft war gar nicht vorhanden, alles musste neu aufgebaut werden. Mir fiel, als dem, der den Verkehr mit dem Publikum hatte, der schwerste Teil der Arbeit zu. Aber*

*mit Ausdauer und freundlichem Verkehr mit jedem Kunden, gleich welchen Standes er auch war, durch Entgegenkommen, durch Aufsuchen von Bekanntschaften im geselligen Verkehr, hatte ich bald den Erfolg, dass das Geschäft sich hob. Die Einlagen, die bei meinem Eintritt sich auf wenige M 800.000 beliefen, stiegen in wenigen Jahren auf 3½ Millionen Mark. Das Aktienkapital konnte von 480.000 Mark nach und nach auf 1½ Millionen Mark erhöht werden und die Bank hatte in der Geschäftswelt und im Publikum einen guten Namen und genoss allseits Vertrauen. Die Entwicklung anfangs dieses Jahrhunderts drängte das Bankgeschäft auf die großen Banken zu und so kam im Jahre 1908 eine Fusion mit der Bayerischen Vereinsbank zu Stande, die die Bank mit ihrer kurz vorher errichteten Filiale vereinigte. Mein Kollege Huth kam nach München und mir wurde die alleinige Leitung des Geschäftes übertragen. Auch in der neuen Form gelang es mir das Geschäft zu heben. Meine Zugehörigkeit zu Handelskammer, deren Präsident ich 1900 wurde, gesellschaftliche Beziehungen zu vielen Kreisen kamen der Bank zu gut. Gern wurde von Behörden, Industriellen und Handelstreibenden mein Rat gesucht und auch auf diese Weise mancher Faden gesponnen, der Vorteile für die Entwicklung des Geschäftes brachte, welches durch meine Arbeit das Grösste am Platze war.*

### **Der Bürgerverein**

*Ich zog am 1. Dezember 1886 in Würzburg ein. Die prächtige alte Stadt wurde meine zweite Heimat und ist tief in mein Herz hineingeschrieben und ich fühle mich glücklich, ein bescheidenes Teil zur Entwicklung der alten Herbipolis beigetragen zu haben. Man kam mir freundlich entgegen und ich fand die ersten geselligen Beziehungen im Bürgerverein. Dieser war der Sammelpunkt aller bürgerlichen Elemente der liberalen Richtung und beeinflusste und leitete die Wahlen, speziell aber die Wahlen zu den städtischen Collegien. Nebenbei war er ein geselliger Verein, veranstaltete Bälle, Konzerte, Gartenfeste. Es wurde ein reich ausgestattetes Lesezimmer, sowie eine beachtenswerte Bibliothek unterhalten. Diese Doppelstellung war die Ursache seines Untergangs von der stolzen Höhe von über 1200 Mitgliedern. Durch die politische Einstellung war man genötigt viele Gesinnungsgenossen aufzunehmen, mit welchen man gesellschaftlich nicht gerne verkehren mochte. Insbesondere die Mütter hatten bei den Bällen oft Sorgen, dass die Töchter nicht Tänzer unter ihrem Stand hatten. Und so kam nach Jahren glänzender Erfolge der Niedergang. Ich*

*war längere Jahre Vorstand des Bürgervereins, alleine alle Arbeiten konnten den Verein nicht vor dem Untergang retten. Da die Mitgliederbeiträge und die Zinsen des Vermögens die Kosten für das Lokal, Lesezimmer und Bibliothek nicht mehr deckten, wurde der alte Bürgerverein aufgelöst und das Vermögen von M 20.000 der Stadtgemeinde als Stiftung für Verschönerungszwecke überwiesen. Der Bürgerverein hatte den alten Bahnhof gemietet und einen Teil der Lokale an einen Wirt weiterverpachtet, der eine gern besuchte Wirtenschaft darin betrieb. In einem größeren Zimmer versammelte sich an jedem Abend am „runden Tische“ eine Gesellschaft von Männern, die zum großen Teil im öffentlichen Leben standen, um sich beim Bier gemütlich zu unterhalten. Ich fand bald Aufnahme in dieser Rudentisch-Gesellschaft und lernte Männer von gutem Schrot und Korn kennen. Ich nenne Anton Riegel, Dr. Herz, Hofrat Full, Kommerzienrat Holzwarth, Buchhändler Kressner, Stuber, den gemütlichen Tapezier Ganzemüller, Bolzano, V. A. Fischer, Nikolaus Pfister (die Reichsgosche), Advokat Stern, Schierlinger, Anton Rom und andere. Die Erörterung der Tagesereignisse, der Gemeindepolitik, die sehr eifrig erörtert wurde, zumal eine Anzahl der Herren Mitglieder des Magistrats sowohl, als auch des Gemeindekollegiums waren. Unterhaltungen über Familienangelegenheiten machten mich bald mit den Würzburger Verhältnissen bekannt und kamen mir namentlich in geschäftlicher Beziehung zu gut. Aus dieser Gesellschaft entwickelte sich unter Hinzuziehung weiterer Herren Brennfleck, Rat Schwarz, Kauffmann, Schnoes, Perathoner eine Kegelgesellschaft, die „Vetterschaft“<sup>62</sup>. Es waren lauter gleichgesinnte Menschen und gar bald kam unter Austausch des brüderlichen „Du“ ein ungezwungener freundschaftlicher Verkehr zustande. Fast dreißig Jahre bestand unsere Vetterschaft, bis der Tod Lücken riss, dass sie von selbst zur Auflösung kam. Ein freundschaftliches Band war zwischen mir und dem Großkaufmann Riegel bestehen geblieben, mit dem ich auch öfter Reisen, die uns in die Berge führten, unternahm, Wir waren öfter in Interlaken, im Appenzellerland, am Walen Genfer Vierwald-*

62 Aus diesen Vorläufern entwickelte sich die heute noch bestehende „Donnerstagskegelgesellschaft von 1851“, über die es in den Archiven keine Unterlagen gibt, wohl aber vereinzelte Hinweise in Memoiren wie den hier wieder gegebenen Erinnerungen Hilckens (siehe dazu auch auf der nächsten Seite die dann schon namentlich Donnerstags Kegel Gesellschaft hieß) und auch in der Literatur, z. B. in der Biographie des Regierungspräsidenten Friedrich Graf von Luxburg von Peter A. Süß, Würzburg 2008, S. 50. Man traf sich – ab wann ist nicht überliefert – z. Zt. des Grafen Luxburg einmal wöchentlich zum gemeinsamen Kegeln an der Ostmauer des Präsidialgartens im heutigen Rosenbachpalais und speiste anschließend zu Abend. Es war ein Treffpunkt der liberalen Honoratioren, zu dem man geladen wurde. Siehe auch Schäfer, Dieter, Würzburg, Stadt und Bürger in 175jährigen Geschichte der Stadt. Sparkasse, Stuttgart 1998, S. 240; ders. Die Donnerstagskegelgesellschaft von 1851, in: 50 Jahre Rotary in Würzburg, Würzburg 2006, S. 66.

*stätter See und mir sind die Unterhaltungen mit dem geistig hochstehenden Mann noch in bester Erinnerung.*

### ***Freundschaft mit Oberbürgermeister Michel***

*Nicht vergessen darf ich zu erwähnen, dass mich eine herzliche Freundschaft mit dem Oberbürgermeister von Michel<sup>63</sup> verband. Wir standen auf dem Dufusse und verkehrten des Öfteren miteinander. Namentlich bei Veranstaltungen und auswärtigen Tagungen, wo von Michel die Stadt und ich die Handelskammer vertraten, waren wir stets beisammen. Von Michel war ein Mensch von edlem Charakter, auf dessen Wort man Türme bauen konnte. Er hat oft meinen Rat in gemeindlichen Fragen gesucht und wir haben in Sachen, welche die Stadt und die Handelskammer gemeinsam angingen, getreulich miteinander gearbeitet. Sein Wirken war für die Stadt ein segensreiches, doch konnten viele seiner Pläne*



Oberbürgermeister Philipp Ritter von Michel,  
Quelle: Stadt Würzburg

*infolge von Widerständen der städtischen Kollegien nicht zur Durchführung kommen, was seine letzten Jahre verbitterte. Auch seine Nachfolger Ringelmann und Löffler<sup>64</sup> sind gute treue Freunde von mir.*

*Durch diese Beziehungen hat es mir an Freunden niemals gefehlt und bis in mein hohes Alter war ich – das darf ich ruhig sagen – wegen meiner Unterhaltungsgabe und meines Humors überall gerne gesehen. Die Kolonne, der „Runde Tisch“ die „Donnerstags Kegel Gesellschaft“, lauter Vereinigungen, in welchen vor allem Freundschaft und gegenseitiges Verstehen gepflegt wird, werden heute noch von mir besucht.*

63 Philipp Michel, Oberbürgermeister von 1893–1900, Hans-Peter Baum in: Würzburger Bürgermeister 1862–1920, Würzburg 1990 S. 95 ff.

64 Max Ringelmann OB von 1901–1913, Baum, Hans-Peter, a. a. O., S. 153 folg. Hans Löffler OB von 1921–1933, 1946–1948.

### **Der Verschönerungsverein**

*Durch die Erörterung kommunaler und gemeinnütziger Dinge am runden Tisch im Bürgerverein und hauptsächlich in der Veterschaft wurde auch in mir ein lebhaftes Interesse für diese Dinge geweckt. Bald stellte ich meine Arbeit dem Verschönerungsverein, dessen treibende Kräfte die Freunde Fischer und Brennfleck waren, zur Verfügung. Vieles und Schönes wurde zum Wohle der Stadt Würzburg geschaffen, namentlich durch Anpflanzungen und Aufforstungen kahlen Geländes. So entstanden die Anlagen auf dem Steinberg, der Sieboldshöhe, Klinge, die Bewaldung des Nikolausberges und Erbauung der Frankenwarte, die prächtigen Anlagen im Steinbachtal, durch welche eine schattige Verbindung mit dem Guttenberger Wald hergestellt wurde. Über 30 Jahre bin ich im Verschönerungsverein tätig, seit dem Tod meines Freundes Fischer als erster Vorstand.<sup>65</sup>*

### **Mitglied in der Handelskammer**

*Im Jahre 1895 erfolgte meine Wahl zum Mitglied der Handelskammer. Ich war hochbefriedigt in diese angesehene Korporation zu kommen und hatte oft Gelegenheit in die Debatte einzugreifen, Referate zu erstatten und auch Initiativanträge zu stellen. Man wurde auf mich aufmerksam und als im Jahre 1900 der Vorsitzende sein Amt niederlegte, wurde ich zum ersten Vorsitzenden gewählt. Über meine Tätigkeit als solcher hat Hofrat Dr. Kittel anlässlich meiner 25 jährigen Tätigkeit und Zugehörigkeit zur Kammer und 20 jährigen Vorstandschaft ein hübsches Werk erstehen lassen: „Wilhelm Hilcken, 25 Jahre Handelskammer“, in welchem meine Tätigkeit anschaulich geschildert wird.<sup>66</sup>*

### **Einladungen bei Hof**

*Für meine öffentliche Tätigkeit fehlten auch die Anerkennungen nicht. Im März 1901 wurde ich zum Kommerzienrat ernannt, im Dezember 1923 zum Geheimen Kommerzienrat. Auch eine Anzahl Orden sind mir verliehen worden. Wiederholt war ich bei Festlichkeiten des Hofes eingeladen, auch hat der*

<sup>65</sup> Siehe. dazu auch Domarus Max, Hundert Jahre Verschönerungsverein Würzburg 1874–1974, Würzburg 1974.

<sup>66</sup> Kittel, J. B., Wilhelm Hilcken. Fünfundzwanzig Jahre der Handelskammer Würzburg, Gedenkschrift zur 25jährigen Mitgliedschaft und 20jährigen Vorstandschaft des I. Vorsitzenden der Handelskammer Würzburg Herrn Kommerzienrat Wilhelm Hilcken am 8. März 1920, Würzburg 1920.

*Prinzregent Luitpold mich mehrere Male zum kleineren Essen zu sich gebeten. Ein überaus glanzvolles Fest war die Feier des 80. Geburtstages des Regenten. Der Glanz der Uniformen des Militärs sowohl als auch der Ritter verschiedener Orden bot ein herrliches Bild. Die Eingeladenen hatten sich im Münchner Schlosse im Saal Carl des Grossen versammelt. Die Flügeltüren öffneten sich und zwei Hofmarschälle mit weißen Stäben stießen auf den Boden. Es bildete sich eine Gasse und der gesamte Hof, an der Spitze die sympathische Gestalt des Prinzregenten, trat ein und zog nach dem Speisesaal, die übrige Menge ihnen nach.*

*Da ist mir ein drolliger Zwischenfall in Erinnerung. Die beiden Minister, Finanzminister von Riedel und Kriegsminister von Asch, standen in der vordersten Reihe. Als beide sich herumdrehten um dem Zug nachzugehen, fuhren sie sich in die zahlreich anhängenden Orden, wie zwei Fische in die Schuppen, sodass sie wie siamesische Zwillinge zusammen vereinigt waren. Es mussten zwei Lakaien den Herrn die Orden abnehmen um sie wieder beweglich zu machen. Der kleine dicke von Riedel bemerkte trocken: „Das ist schon das Höchste, wenn sich die Minister in die Orden fahren.“*

*Ein Genuss war zu der kleinen Hoftafel geladen zu werden, wo 6 bis 8 Personen am Tisch saßen. Der Regent war stets von bestrickender Liebenswürdigkeit und es ging sicherlich in manchem Bürgerhaus gespreizter zu, als am Hofe. Vom Dessert nahm man einige Stücke und ließ sie auf seinem Teller liegen. Beim Fortgehen überreichte sie einem der Lakai säuberlich in Papier eingeschlagen. Daheim hatten meine Buben stets eine große Freude über die Süßigkeiten von des Königs Tisch!*

*Bei einer kleinen Hoftafel ereignete sich ein Vorfall, der eine allgemeine Heiterkeit erregte. Zum Dessert gab es Ananas Erdbeeren. Ein Lakai reichte das Tablett mit den Früchten, ein zweiter hatte eine Schüssel mit gemahlenem Zucker, der mit einem Schöpflöffel genommen wurde. Am Tische saß der Würzburger Oberbürgermeister Steidle, der sich zaghaft drei Erdbeeren nahm und sich nun anschickte den Zucker zu nehmen. In diesem Augenblick redete der Regent ihn an und Steidle<sup>67</sup> wandte sich dem hohen Herren zu, aber in Gedanken ohne hinzusehen weiter Zucker schöpfend, sodass ein hoher Zuckerberg auf seinem Teller sich anhäuften. Der Regent sah dies und lachte. Zu so viel Zucker gehören aber auch noch Erdbeeren, sagte er und winkte den beiden Lakaien, die eben den Saal verlassen wollten und befahl dem Herrn Oberbürgermeister noch*

67 Johann Georg Steidle, Oberbürgermeister 1884-1899, siehe Baum, Hans-Peter, a. a. O., S. 43.

*Erdbeeren zu geben. Steidle nahm sich mit rotem Kopf noch einige heraus, der Lakai ging und im selben Moment stand der andere mit Zuckerschüssel wieder vor ihm. Tableau und allgemeine Heiterkeit!*

*Von großer Wirkung waren die Festlichkeiten in der Würzburger Residenz, welche anlässlich der Anwesenheit des Regenten sowie seines Sohnes, als König Ludwig III., stattfanden. Der glänzende Kaisersaal mit den Fresken Tiepolos gab einen märchenhaften Hintergrund für glänzende Feste und Tafeln ab. Aber eines Tages passierte auch ein kleines Malheur. Die Verwaltung hatte alles aufs Beste hergerichtet und Unscheinbares erneuert. So waren auch die Stühle mit Ledersitz frisch lackiert worden. Als nun der Toast auf den Regenten ausgebracht wurde und alles stehend in die drei Hoch! einstimmen sollte, konnte eine Anzahl von Herren sich nicht erheben, denn der erwärmte Lack hatte den Hosenboden anklebend festgehalten. Nur mit Mühe gelang es die hinterrücks gefesselten wieder zu befreien!*

### **Die Räterepublik**

*Im April 1919 wurde auch in Würzburg der neue Umsturz in Szene gesetzt und die Räte Republik ausgerufen! Ein angeblicher Russe Weibel, in Wirklichkeit ein Schwabe, ein Münchner Schankkellner Sauber wiegelten das Volk auf und suchten auch das Militär auf ihre Seite zu ziehen. Bei der Schutzkompanie in der Schrankenhalle gelang ihnen dies, die Artillerie aber das 2. Regiment nahm den sauberen Herrn Sauber, als er in der Kaserne hetzerische Reden halten wollte, gefangen und setzte ihn hinter Schloss und Riegel. Hauptbeteiligte waren ferner der jugendliche Sohn des verstorbenen Oberbürgermeisters, meines lieben Freundes Ringelmann<sup>68</sup>, ein Friseurgehilfe Hornung, ein 28jähriger Student Hartig aus Aschaffenburg. Bei mir erschien am 7. April der Kommandeur der Schutztruppe, der Herr Leutnant, ein früherer Unteroffizier und Soldatenrat. Er sagte, dass mittags die Räte Republik ausgerufen würde. Bei solchen Gelegenheiten sammelte sich immer viel Volk an und auch unlautere Elemente, welche auf Schlechtigkeiten ausgingen. Es sei nicht unmöglich, dass versucht werden würde zu plündern und dass es auch zum Sturm auf die Bank ginge. Er bot mir daher den Schutz der bewaffneten Macht an. Auf meine Frage, wie er sich den Schutz denke, erwiderte er, es würden drei bewaffnete Soldaten, sichere Leute, vor dem Bankgebäude auf und ab patrouillieren. Ich*

---

68 Max Ringelmann, Oberbürgermeister 1913-1917.



Anton Weibel am 7. April 1919 auf dem Residenzplatz

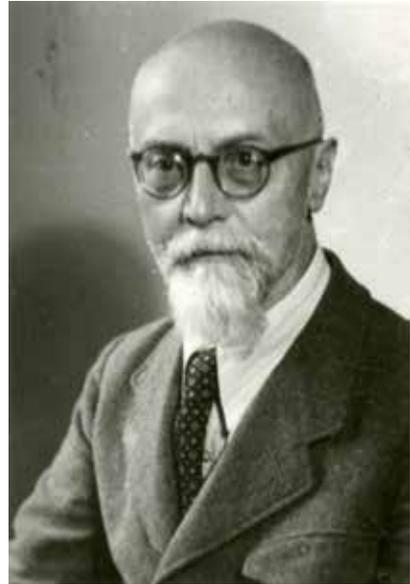
*bemerkte, dass eine aufgeregte Menge sicher durch den Anblick der auf und ab patrouillierenden Soldaten noch mehr erregt würde, was er auch zugab. Es wurde dann ausgemacht, dass die Leute in einem Zimmer untergebracht werden sollten, von wo aus sie einen Sturm abschlagen könnten. Es kamen dann drei Soldaten mit Gewehren und den Gürtel voll Handgranaten hängend. Ich gab jedem eine Hand voll Zigarren, zu trinken sollten sie auf Anraten des Leutnants nichts bekommen. Nach einiger Zeit sah ich nach den Leuten. Und da bot sich mir ein köstlicher Anblick: einer lag auf dem Sofa, der zweite lag in einem Sessel, der dritte hatte die Arme auf dem Tisch und den Kopf darauf gelegt und alle drei schiefen sanft und fest den Schlaf des Gerechten. Der Nachmittag verlief ruhig, es regte sich nichts und gegen Abend zog die Schutzwehr ab, hochofrenut, da ich jedem ein schönes Trinkgeld in die Hand drückte. Die Bürger hielten wiederholt Sitzungen ab, um sich über die Maßregeln gegen den Terror schlüssig zu werden und man beschloss in den Bürgerstreik einzutreten. Als wir in einer der Versammlungen im besten Beraten waren, wurde die Tür geöffnet und unter der Anführung des Friseurs Hornung und eines gewissen Bedacht kamen 10–12 Kerle, alle bewaffnet, in den Saal. Der eine erklärte der Belagerungszustand sei verhängt, wer nicht sofort den Saal verlasse, mache sich strafbar. Wir gingen auseinander, nachdem wir die erforderlichen Beschlüsse gefasst hatten. Ein andermal saßen wir in einem Geschäftslokal zusammen zur Versammlung, als atemlos der alte Oberst Kanz hereinstürmte und rief: Die Zusammenkunft ist verraten, in wenigen Minuten sind Solda-*

ten hier um die Anwesenden zu verhaften! Wir gingen sofort auseinander. Die neuen Gewalthaber trieben es immer frecher. In der Nacht vom 9. auf den 10. April ließen die Machthaber fünfzehn Herren aus ihren Betten heraus als Geiseln verhaften, darunter mein Freund Rechtsrat Löffler<sup>69</sup>, und Anwalt Meisner. Am nächsten Tag kam von der „Regierung“ der Befehl, die sämtlichen Bankdirektoren hätten sich um elf Uhr in der Residenz einzufinden. Es gab ein lebhaftes Telefonieren unter den Kollegen, alle riefen mich an, ob man hinaufgehen solle oder nicht und es wurde allgemein die Ansicht ausgesprochen wir sollten dem Rufe keine Folge leisten, da die Gefahr bestünde, dass die Machthaber uns behalten würden. Ich vertrat den Standpunkt, dass wir hinaufgehen sollten. „Wenn die uns haben wollen, dann holen sie uns, lieber gehe ich freiwillig als gezwungen!“ Der Oberbürgermeister Grieser<sup>70</sup>, dem ich Mitteilung machte, war anfangs auch der Ansicht, dass die Bankdirektoren keine Folge leisten sollten, schloss sich aber meiner Auffassung später an und bemerkte, wenn es brenzlich werden sollte, sagen sie, dass sie unter dem Schutz der Stadt stehen. Ich dankte dafür und bemerkte, darf ich mir die Fragen erlauben, in was der Schutz der Stadt besteht? Wird sie ein Polizeikorps mobilisieren und uns mit Gewalt befreien, wenn sie uns zurückhalten werden? Das musste Grieser natürlich verneinen, worauf ich sagte, dann ist der Schutz der Stadt ein sehr problematischer und den „hohen Herrn“ wird er sehr wenig imponieren. Wir fanden uns bis auf eine Ausnahme alle ein und ich ging mit einem alten Freund Reichsbankdirektor Rueff zusammen in die Höhle des Löwen. Wir fanden in einem großen Raum des Zwischenstockes der Residenz vier Herren. Den jungen Ringelmann, dem ich das letzte mal am Sarge seines Vaters, des Oberbürgermeisters, gegenübergestanden hatte, dem Friseurgehilfen Hornung, dem Student Hartig, dann war noch ein alter Sachse da, der sich aber sehr passiv verhielt. Es nahm einer der drei das Wort und sagte, die neue Regierung habe die Vertreter der Banken herbeigerufen, um ihnen ihre Maßregeln zur Kenntnis zu bringen. Es müsse verhindert werden, dass Kapital von Würzburg abflösse, deshalb seien Auszahlungen jeglicher Art von nun an strengstens verboten. Ich erbat das Wort und führte folgendes aus: Wir leben im Zeitalter des bargeldlosen Verkehrs. Man hat Beamte und Angestellte geradezu gezwungen sich diesem in der Weise anzuschließen, dass sie sich ihre Monatsgehälter bei einer Bank oder der Sparkasse gutschreiben lassen und

69 Hans Löffler, später Oberbürgermeister 1921–1933 und 1946–1948.

70 Andreas Grieser, Oberbürgermeister 1918–1920, Fries, Christian in: Baum, Hans-Peter, Würzburger Bürgermeister, a. a. O., S. 215.

bei Bedarf die Beträge für den Haushalt abheben. Wenn die Banken diesen Leuten ihre Gelder vorenthalten müssten, wären diese dem Verhungern preisgegeben, denn auf Kredit zu kaufen ist heute unmöglich. Kein Metzger, Bäcker oder Kolonialwaren-Händler wird bei den heutigen Zeiten Waren ohne Geld herausgeben. Das sahen die „Hohen Herrn“ denn auch ein und es wurde verabredet, dass bis zu zweihundert Mark pro Woche an eine einzelne Person ausbezahlt werden dürfe, aber bei den schlimmsten Konsequenzen nicht mehr. Ich nahm nun Gelegenheit weiter auszuführen, damit wäre der Verkehr mit den Privaten geregelt. Wir kommen nun zum Hotel. Würzburg ist keine reich verproviantierte Stadt. Täglich müsse Getreide, Mehl, Vieh hergebracht werden. Es wird aber kein Mensch einen Wagen Mehl nach Würzburg liefern, wenn er nicht sofort sein Geld dafür bekommt. Nach einer Woche werden meiner Schätzung nach die hier liegenden Vorräte aufgebraucht sein. Was dann? Soll eine Hungersnot ausbrechen? Hunger der Massen ist für jede Regierung der bedenklichste Feind. Wollen sie die Verantwortung übernehmen, dass die Banken dem Lebensmittelhandel die Mittel verweigern müssen um die Stadt mit dem Nötigsten zu versehen? Da ging der Regierung ein Licht auf und sie erklärte, dass natürlich die Banken dem Handel zur Beschaffung von Lebensmitteln die erforderlichen Mittel – aber nur hierfür – zur Verfügung stellen dürfe. Und nun kam ich nochmals: Die Herren haben einen Stand ganz vergessen, die Arbeiter! Industrie und Gewerbe pflegen am Freitag von ihrer Bank die Gelder zu erheben, welche zur Auszahlung der Löhne erforderlich sind. Wenn diese Unternehmungen am nächsten Zahltag den Arbeitern erklären müssen, es kann euch heute der verdiente Lohn nicht bezahlt werden, da die Regierung den Banken verboten hat uns von unserem Guthaben den hierfür nötigen Betrag herauszugeben, dann meine Herren ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sie in Massen herbeiziehen und die Regierung glatt totschiessen! ... Das wirkte! Die hohen Herren wurden recht klein und meinten sie sähen



Oberbürgermeister Dr. h.c. Hans Löffler  
Quelle: Stadt Würzburg

*doch ein, dass sie in wirtschaftlichen Fragen nicht beschlagen seien und dass sie sich einen wirtschaftlichen Berater angliedern müssten. Und dieser wirtschaftliche Berater sollte ich werden!! Ich lehnte höflich dankend aber entschieden ab und so bin ich um einen Ministerposten gekommen!*

*Der Bürgerstreik sollte am 9. April Mittags beginnen. Inzwischen aber war das 2. Feld Artillerie Regiment gewonnen worden, Mittags 12 Uhr fiel der erste Schuss – sein Donnern war eine Erlösung für die Bürgerschaft. Freilich erwiderte die Räte Regierung von der Residenz aus das Feuer, aber bald wurde die weiße Fahne heraus gestreckt und die Gesellschaft ergab sich. „Hände hoch“ wurden alle abgeführt und der Spuck hatte sein Ende gefunden und die Stadt konnte wieder aufatmen.*

### **Ehrungen**

*Schöne Festlichkeiten veranstaltete die Handelskammer anlässlich meines 25-jährigen Jubiläums und des 70. Geburtstages. Bei der ersteren wurde ich von Maler Sperlich konterfeit und das Bild hängt im Sitzungszimmer der Handelskammer. Der Oberbürgermeister, mein Freund Dr. Löffler, überreichte mir in kostbarem Einband eine Urkunde auf Pergament geschrieben des Inhalts: ‚Herr Geheimer Kommerzienrat Wilhelm Hilcken ist seit 25 Jahren Vorsitzender der unterfränkischen Handelskammer. In dieser Eigenschaft hat er die wirtschaftlichen Interessen des unterfränkischen Handels unermüdlich vertreten und Zeit und Arbeitskraft uneigennützig dem allgemeinen Wohl gewidmet. Damit hat er zugleich der Stadt Würzburg und ihrer Entwicklung wertvolle Dienste geleistet und Zeugnis von einer bürgerlichen Gemeinschaftsgesinnung abgelegt, die in seinem Leben auch außerhalb seiner Stellung an der Spitze der Handelsvertretung des Kreises stets in hervorragender Weise zur Geltung gekommen ist.‘*

*Der Oberbürgermeister übergab mir die künstlerische Urkunde, sie möge mir, meinen Kindern und Kindeskindern bis in ferne Zeiten ein Kostbares Familienstück sein und bleiben. Auch der Verschönerungsverein hielt eine Festsitzung anlässlich meines 70. Geburtstages, an dem ich die unaussprechliche Freude hatte, meine Kinder, Schwiegertöchter und Enkel um mich versammelt zu sehen, und stiftete eine Ehrenurkunde mit meinem Bild, welche in den Räumen der Frankenwarte und des Waldhauses aufgestellt sind. So sind mir als Dank für langes gemeinnütziges Wirken viele Ehren erwiesen worden.“*

## Gründung des Universitätsbundes Würzburg

Soweit der Auszug aus Wilhelm Hilckens Lebenserinnerungen. Was Hilcken nicht erwähnte, war seine Rolle, die er bei der Gründung einer vierten Gesellschaft, neben Bürgerverein, Verschönerungsverein und Kegelgesellschaft spielte, der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften bei der Universität Würzburg, verkürzt, dem Universitätsbund<sup>71</sup>. Erwein Graf Schönborn-Wiesentheid brachte eine große Gruppe aus dem damals noch einflussreichen Adel zur Mitgliedschaft, Hilcken sorgte für die Verankerung in der unterfränkischen Wirtschaft und begründete damit eine fortdauernde Tradition in der IHK, die 1940 zur Stiftung des Röntgen-Preises durch Jakob Preh und anlässlich des vierhundertjährigen Jubiläums der Universität Würzburg 1982 zur Einrichtung der IHK-Firmenspende führte, deren Vermögen inzwischen mehrfach aufgestockt wurde und die 2015 mit über 1,2 Millionen Euro die volumenmäßig größte Stiftung im Universitätsbund bildet, seit 2011 „Universitäts-Förderpreis der mainfränkischen Wirtschaft“ genannt. Im Universitätsbund begegnen wir 1921 dem 32-jährigen Hans Bolza, dem späteren Präsidenten und Ehrenpräsidenten der IHK, als II. Schriftführer und nahezu allen späteren Präsidenten, Präsidialmitgliedern und Angehörigen der Geschäftsführung in den Vorstandsämtern der Fördergesellschaft, auch eine Besonderheit unter allen deutschen Kammern.

Zurück zur „alten“ Handelskammer, deren Tätigkeit sich im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft des I. Weltkriegs erheblich ausgeweitet hatte. Die in der Festschrift zum 125-jährigen Handelskammerjubiläum 1968 berichteten Einzelheiten<sup>72</sup> bedürfen hier nicht der Wiederholung, es genügt die Zusammenfassung. Eine eigene Organstellung erhielt der Hauptgeschäftsführer im Laufe des I. Weltkrieges mit der Einführung der Kriegswirtschaft, der Bewirtschaftung und der Wirtschaftslenkung. Erst dadurch kam es auch zu einer eindeutigen Trennung zwischen Haupt- und Ehrenamt, wurde aus der Kammer eine „Behörde“.

71 Schäfer, Dieter, Freunde und Förderer der Universität Würzburg, 80 Jahre Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften bei der Universität Würzburg, Stuttgart 2001, S. 56 folg., S. 121, 126, 170, 328.

72 Schäfer, Dieter, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer in Unterfranken, in: 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Würzburg- Schweinfurt, Würzburg 1968, S. 132 folg.

## Die Reichsstelle Zucker in der IHK

Der IHK hatte bei der Bewirtschaftung von Gütern und der Verteilung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln als ein Hilfsorgan der Kriegswirtschaft mitzuwirken. Kittel führte die Reichsstelle Zucker, das einzige zentrale, reichsweite Organ der Wirtschaftslenkung in Würzburg<sup>73</sup>. Für seine literarischen Ambitionen blieb keine Zeit mehr. 1917 wurden ihm die Geschäftsführung der Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten, die Schriftführung ihrer Fachzeitschrift und der Vorstand der Einkaufsgenossenschaft übertragen, für die er ein eigenes Geschäftshaus in der Mergentheimerstraße erstellte. Im Adressbuch der Stadt Würzburg wurde er noch 1921 als 1. Syndikus aufgeführt. In dieser Zeit muss es wohl wegen seiner „Nebentätigkeiten“<sup>74</sup> und sicher auch wegen eines anders gewordenen Amtsverständnisses zwischen Präsident und Geschäftsführer zu Spannungen gekommen sein. Dettelbacher: *„Als seine Selbständigkeit beschnitten wurde“*, trat er als Handelskammersyndikus zurück. Auf Veranlassung des Kitzinger Kommerzienrates Hermann Wildhagen übernahm er neben der Geschäftsführung des Verbandes deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten nach und nach die einiger weiterer Verbände, was ihm offensichtlich mehr Zeit als in der Handelskammer ließ, auch seinen literarischen Ambitionen und Hobbys nachzugehen und als hoch angesehener Bürger sich im Würzburger Vereinsleben aktiv zu betätigen. Der Handelskammer blieb er zunächst als gewähltes, danach als von den Handelsgremien abgeordnetes Mitglied und durch zahlreiche Vorträge verbunden.

Das Verhältnis zwischen ihm und Hilcken war gestört, aber nicht zerrüttet. Das zeigen die Worte Hilckens bei der Trauerfeier anlässlich seines Todes. Kein Handelskammervorsitzender und kein Syndikus vor ihm und auch keiner nach ihm wurde in einer auch nur annähernd großen Trauerfeier verabschiedet. In Würzburg hinterließ Kittel eine breite Spur. Die Stadt ehrte ihn 1943 mit einer Straße im Frauenland, die heute noch seinen Namen trägt. Der Verschönerungsverein, dessen Arbeit er mehrere Jahrzehnte lang als

<sup>73</sup> Das hing mit den frühen Versuchen zusammen, eine Zuckerindustrie auf Basis des Rübenanbaus in den südlichen Landkreisen Mainfrankens ins Leben zu rufen. Siehe Schäfer, Dieter, *Der Weg der Industrie in Unterfranken, Würzburg 1970*, S.19 f. und auch mit dem einflussreichen Kommerzienrat Hermann Wildhagen, Kitzingen, zusammen, der Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten war und wegen der rationierten Zuteilung von Zucker Wert auf eine nahe Geschäftsstelle legte.

<sup>74</sup> Ausführliche Darstellung in den Würdigungen anlässlich seines Todes im Würzburger General-Anzeiger vom 26. und 28. März 1929.

Schriftführer gedient hatte, stiftete ihm 1958, dreißig Jahre nach seinem Tod, ein „Brünnle“, das immer noch an der Kapelle des Bürgerspitals fließt, auch wenn inzwischen kaum jemand mehr weiß, wer dieser Kittel war und was er einmal für Würzburg bedeutet hatte.

## **Eisenbahnen, Schifffahrtsstraßen und Industrialisierung bündeln lokale Einzelinteressen zu einer gesamtwirtschaftlichen Vertretung**

Bis im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Eisenbahnnetz mit regelmäßigen Zugverbindungen den gesamten Bezirk erfasste, ein Telefonnetz entstand und die ersten Automobile auftauchten, waren Jahrzehnte vergangen. In dieser Zeit war der Abstand zwischen Würzburg und den anderen Städten in Unterfranken, vor allem auch zu Aschaffenburg und Schweinfurt, noch sehr groß. Die Würzburger Kaufmannschaft war seit den Privilegien der Fürstbischöfe in der Tradition einer bevorzugten und führenden Sprecherrolle für die Gesamtwirtschaft groß geworden. Was außerhalb Würzburgs lag, konnte man lange Zeit vernachlässigen und, als das in dem langsamen Abstieg Würzburgs von einer Haupt- und Residenz- zu einer Provinzstadt, nicht mehr länger ging und die Industrialisierung neue wirtschaftliche Schwerpunkte außerhalb Würzburgs schuf, wurden Zugeständnisse in der Erweiterung der Führungsgremien der Kammer auch durch Nichtwürzburger jeweils so vorgenommen, dass die Würzburger Dominanz nicht gefährdet werden konnte, konkret, auf einen hinzu gewählten Nichtwürzburger kamen zugleich zwei neue zusätzliche Würzburger. Die Frage war, wie lange das gut gehen konnte. Die Gremien sollten sich um ihre lokalen Belange kümmern, den Bezirk vertrat die Würzburg-dominierte Handelskammer. Dazu kam ein mehr emotionales Element. Lange Zeit galt der traditionsbewusste Großhandel einfach mehr als die noch vorhandenen vorindustriellen Gewerbe und zunächst auch als die neu entstehende Industrie. Es war eigentlich abzusehen, wann diese überkommene Führungsstruktur der Handelskammer außerhalb Würzburgs nicht mehr akzeptiert wurde.

Nachfolger Kittels als Handelskammersyndikus wurde Rechtsanwalt Alfred Weichsel, der 1913 als wissenschaftlicher Beamter in den Dienst der Kammer getreten war und 1919 zum 1. Syndikus bestellt wurde, dem „schlecht Bezahltesten in Bayern“, wie er bald feststellte. Nach mehreren Eingaben wurde er wenigstens wie ein berufsmäßiger Würzburger Stadtrat eingestuft.



Rechtsanwalt Alfred Weichsel

Sein „Nebenamt“ als Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes und die nicht wenigen gegen Honorar gelieferten Zeitungsartikel legen die Vermutung nahe, dass ein weiteres Zubrot anzustreben war.

Der ihm nachgeordnete (3.) Syndikus Dr. Eugen Barth, ein Altparteigenosse der NSDAP, versuchte 1929, seinen wegen schwerer Erkrankung in den einseitigen Ruhestand versetzten Chef vollends aus dem Amt zu drängen, ein bis dahin einmaliger Vorgang in der Kammer. Man hatte Barth offen gelassen, selbst zu kündigen oder gekündigt zu werden. Er hatte das erstere gewählt und erhielt als Äquivalent ein positives Zeugnis, zum Kopfschütteln der Mitarbeiter, die davon erfuhren. Die Personalakten enthalten weitere, nicht sehr rühmliche Details des 1932 aus der IHK wieder ausgeschiedenen Barth. Sie

kamen 1936 noch einmal hoch, als Barth, inzwischen Geschäftsführer des Reichsverbandes des Hutmacherhandwerks in Berlin, wegen krimineller Vorwürfe (Betrug und Veruntreuung) in Untersuchungshaft genommen worden war<sup>75</sup>. Dazu kam ein Parteiverfahren der NSDAP gegen ihren Altgenossen ausgerechnet wegen Judenfreundlichkeit.

## Die „Machtergreifung“ in der Würzburger IHK

Harm-Hinrich Brandt hat für die IHK-Festschrift 1992 als Quelle die Präsidialakten der Kammer in der Zeit der „Machtergreifung“ auswerten können und dies in einem sehr anschaulichen Beitrag zusammengefasst, der hier im Wortlaut eingefügt werden soll:<sup>76</sup>

*„Am 24. März 1933 trat in den Räumen der Würzburger Kammer die nationalsozialistische Revolution in Gestalt des Gauführers Störrlein vom Nationalsozialistischen Kampfbund des Gewerblichen Mittelstandes auf. Störrlein ließ die in der Stadt erreichbaren Präsidialmitglieder einbestellen, besetzte das Kammergebäude mit einer Truppe von SA-Männern und erklärte den Anwesenden, die Kammer habe eine mittelstandsfeindliche Politik verfolgt, ihr Präsidium stehe unter jüdischem Einfluss und entspräche nicht mehr dem Geist der nationalen Revolution, weshalb er die Herren auffordere, ihre Ämter sofort niederzulegen. Sie möchten ihm dabei keine Schwierigkeiten machen, da er andernfalls genötigt sei, sie in Schutzhaft zu nehmen. Der Präsident, Geheimrat Hilcken, verwahrte sich gegen den Vorwurf jüdischen Einflusses und unnationaler Haltung, erklärte jedoch unter diesen Umständen den Rücktritt des gesamten Präsidiums. Störrlein ernannte sich selbst zum Kammerpräsidenten und berief einige seiner Mittelständler (Dr. Umhau, Keupp, Obwald, Schlier und Kreisel) zu seinen Vertretern bis zur Abhaltung von Kammerneuwahlen. Hierüber wurde ein Protokoll aufgesetzt.*

*Über diese Vorgänge verfasste der Hauptgeschäftsführer der Kammer, Dr. Zapf, einen Bericht, der deutliche Empörung verriet, an das vorgesetzte Bayerische Außenministerium (Büro des Ministerpräsidenten).<sup>77</sup> Hier gab es bereits analoge Meldungen aus den anderen bayerischen Kammerbezirken über die*

<sup>75</sup> Vernehmungsprotokoll Dr. Zapf vor dem Gaugericht Mainfranken, Brief Dr. Zapf an Gauleiter Dr. Hellmuth, beide ohne Datum in den Personalakten Zapfs, Personalakte Dr. Eugen Barth, Archiv der IHK.

<sup>76</sup> Brandt a. a. O., S. 156 folg.

<sup>77</sup> Zapf an Sonderkommissar bei der Regierung von Unterfranken zur Weiterleitung an Ministerium des Äußeren, 27.3.1933, BayHStAM, MWi 5679.

*Aktivitäten der mittelständischen Kampfbundführer. Sie veranlassten den von Hitler in Bayern zum Reichskommissar eingesetzten und derzeit amtierenden Ministerpräsidenten Ritter von Epp zum Eingreifen: er befahl in Anwendung eines in jenen Wochen allgemein beliebten Verfahrens, bei den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern den Präsidiien bis zu den bevorstehenden Neuwahlen Sonderkommissare zur Überprüfung der Geschäftsführung beizuordnen, die auf Vorschlag der Kreisregierungen zu ernennen waren.<sup>78</sup> Das Ministerium belehrte die Regierung von Unterfranken, dass die bei den Kammern in letzter Zeit vorgekommenen Amtsentsetzungen, Beurlaubungen und Entlassungen ohne Wissen des Ministeriums und ohne seine Ermächtigung erfolgt seien. Sie seien deshalb rechtsungültig und rückgängig zu machen. Die Regierung habe dafür zu sorgen, dass die bisherigen gewählten Präsidialmitglieder ihre Tätigkeit wiederaufnehmen, solange sich nicht in besonderen Fällen eine andere Erledigung empfehle. Allen Beteiligten wurde die ungestörte Fortführung der Kammergeschäfte zur strengen Pflicht gemacht. In Würzburg nahm daraufhin das Kammerpräsidium unter Hilcken seine Geschäfte wieder auf. Der Färbereibesitzer Störrlein wurde auf den Posten eines Sonderkommissars bei der Würzburger Handwerkskammer abgeschoben; zum Sonderkommissar bei der Industrie- und Handelskammer wurde Paul Kremer, Teilhaber in der Firma Morelli, ernannt.<sup>79</sup> Störrlein gab sich jedoch mit dieser Abschiebung nicht zufrieden und „ersuchte“ das Ministerium um Revision seiner Entscheidungen: „Herr Reichskanzler Adolf Hitler verlangt bis längstens 11. d. Mts. von mir Vollzugsmeldung, dass die Gleichschaltung – Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer durch die Gaukampfbundführer erledigt ist.“ Er erhielt daraufhin zur Beschwichtigung den Posten eines zweiten Sonderkommissars bei der Industrie- und Handelskammer Würzburg. Von Epp aber brachte einen recht ungehaltenen internen Aktenvermerk an: „Der Reichskanzler Adolf Hitler verlangt von dem Gaukampfbundführer Störrlein gar nichts. Wenn der Reichskanzler eine Angelegenheit in Bayern hat, wendet er sich an die bayerische Staatsregierung. Was der Herr Störrlein zu tun hat, erfährt er von mir. Wenn Vollzugsmeldung verlangt, dann an die Staatsregierung. Geschäftsstil lernen!“<sup>80</sup> In den nächsten Jahren sollte sich allerdings erweisen, dass sich die Problematik nationalsozialistischer Politik nicht auf die Erlernung des Geschäftsstils reduzieren ließ.*

78 Vorgänge Ende März/Anfang April, siehe Fußnote 52 MWi 5679, a. a. O.

79 Regierung von Unterfranken an Min. d. Ä., 3.4. 1933, MWi 5679, a.a.O.

80 Störrlein an Ministerium des Äußeren, 8.4.1933 und Randbemerkungen Epps, MWi 5679, a.a.O.

Die Tage des Würzburger Kammerpräsidiums waren aber gleichwohl gezählt, wobei Hilckens Alter (er war damals fast 76jährig) einen glatten Übergang zweifellos erleichterte. Am 29. März 1933 ordnete die gleichgeschaltete bayerische Regierung Neuwahlen zu allen bayerischen Kammern an, wobei die bisherige Wahlordnung anzuwenden war.<sup>81</sup> Vorsichtshalber fragten daraufhin Hilcken und der Geschäftsführer Dr. Zapf im Münchner Wirtschaftsministerium an, ob bei der Aufstellung der Liste die Grundsätze der Gleichschaltung anzuwenden waren, wonach 51 % der Mitglieder Nationalsozialisten sein mussten, und ob diese Grundsätze auch bei der Wahl des Präsidiums zu beachten seien oder ob die Parteizugehörigkeit bei den Wahlen überhaupt keine Rolle spielen solle. Die sibyllinische Antwort des Ministeriums lautete, dass irgendwelche Vorschriften oder Richtlinien über die Zusammensetzung der Kammern nicht erlassen worden seien. Es sei aber „dringend erwünscht, dass vor der Wahl unter den beteiligten Kreisen in den gewerblichen Verbänden eine Liste vereinbart wird, um eine glatte Wahl ohne Wahlkampf zu gewährleisten. Dabei entscheidet nicht die Parteizugehörigkeit an sich, jedoch ist auf eine Zusammensetzung der Liste Bedacht zu nehmen, die eine unbedingt zuverlässige Zusammenarbeit der neugewählten Kammer mit der nationalen Regierung sicherstellt. Marxistische Kreise und jüdische Persönlichkeiten kommen selbstverständlich überhaupt nicht in Betracht.“ Es sei streng darauf zu sehen, dass die vorgeschlagenen Persönlichkeiten „vollstes Ansehen genießen und über ausreichende Erfahrungen verfügen“, Präsidialmitglieder sollten darüber hinaus Gewähr für die nötige Gewandtheit des Auftretens und eine würdige Vertretung der Kammer nach außen bieten.<sup>82</sup> Dies war durchaus als ein Wink gemeint, für Seriosität zu sorgen, sich tunlichst unter den führenden Vertretern der Wirtschaft umzusehen und nicht die uniformierten Kämpfer aus dem kleinen Mittelstand an die Spitze zu stellen. Auf Anordnung der Bezirksregierung wurde dabei in Würzburg sowie in den beiden Gremien Aschaffenburgs und Schweinfurts erstmals in Gruppen gewählt: Industrie, Großhandel, Einzelhandel. Hinzu kamen wie bisher die besonderen Ausschüsse für die Kleingewerbetreibenden sowie für kaufmännische und technische Angestellte. Auch vor 1933 entschied gewohnheitsmäßig die Aufstellung der Listen praktisch über die Wahl. Das übliche Gerangel über die Listenplätze wurde durch die nunmehrige Politisierung noch zusätzlich kompliziert; darauf deuten, auch wenn Einzelheiten nicht überliefert sind, die Aussagen der

81 wie Fußnote 52 MWi 5679, a.a.O.

82 IHK Würzburg (Hilcken/Zapf) an Ministerium für Wirtschaft, 3.5.1933, und Runderlass, 11.5.1933.

*Beteiligten. Die Sonderbeauftragten Störrlein und „Hauptmann“ Kremer, die daran führend beteiligt waren, dürften vor allem bemüht gewesen sein, ihre Kampfgenossen aus dem Einzelhandel verstärkt in die Kammer zu bringen. Dies ist ihnen auch gelungen. Daneben findet sich eine große Zahl vertrauter Namen aus Industrie und Handel in der neuen Kammer wieder, die bereits zuvor Mitglieder gewesen waren. Der Gauleiter der NSDAP, Dr. Hellmuth, behielt sich zu allen Personalvorschlägen sein abschließendes Placet vor.<sup>83</sup>*

*Die so gewählte Kammer trat am 13. Juni 1933 im großen Sitzungssaal des Kammergebäudes erstmals zusammen.<sup>84</sup> Die Inszenierung entsprach dem Stil der Bewegung und suchte, dem Anlass angemessen, die Symbole des Alten und Neuen zu vereinen: Flaggen des Reiches, Bayerns und der Partei, SS-Ehrenposten, im Innern Saalschmuck, Bilder Hindenburgs, Hitlers und Hilckens (!). Eine SS-Musikkapelle sorgte zwischen den Reden für die nötige Einstimmung. „Ein großer Teil der anwesenden Herren trug die Parteiuniform“. Das Ganze verfehlte seine Wirkung nicht: nach einführenden Reden der Sonderbeauftragten Störrlein und Kremer, des Gauleiters und des Vertreters der Regierung wurde der vorbereitete Präsidiumsvorschlag durch „Zuruf“ vom Plenum bestätigt. Der anwesende Geheimrat Hilcken wurde mit großem Decorum aus seinem bisherigen Amt verabschiedet und zum Ehrenpräsidenten der Kammer erhoben. Alle Ansprachen orientieren sich zeitgemäß an den Losungen des nationalen Wiederaufbaus, des Endes der Klassen- und Interessenkämpfe, der Verpflichtung der Wirtschaft auf den Dienst am Volksganzen, dem Zusammenwirken aller Berufsstände, der Wiedergeburt des ehrbaren Kaufmanns. Alle Kammermitglieder legten – das war neu – ein Gelöbnis auf diese Ziele ab. Dem neuen nationalsozialistischen DIHT-Präsidenten, dem Mittelständler von Rentelen, wurde eine Ergebnisadresse telegraphiert.*

## Suche nach einem politisch genehmen Kammerpräsidenten

*Die Zusammensetzung des neuen Präsidiums macht die für die Anfänge des Dritten Reiches charakteristische Verschiebung zum gewerblichen Mittelstand recht deutlich. Präsident wurde Dr. jur. Ernst Corves, Teilhaber der Weiß-, Woll-, Kurz- und Modewarenhandlung Seisser, erster Vizepräsident „Major“ Ludwig*

<sup>83</sup> Bericht des Sonderbeauftragten Kremer in der konstituierenden Eröffnungssitzung, 13.6.1933, sowie Mitgliederlisten in Mitteilungen 1933/7.

<sup>84</sup> Ausführliche Schilderung mit wörtlichem Abdruck der Reden in IHK Mitteilungen 1933/7, a.a.O.

*Schüller, Teilhaber einer Drogengroßhandlung, zweiter Vizepräsident Herrmann Scheiner, Teilhaber einer grafischen Kunstanstalt, und Schatzmeister Anton Reitberger, Teilhaber einer Getreidegroßhandlung. In Schweinfurt stand der Spirituosenhändler Ludwig Sacherl vom Kampfbund der gewerblichen Wirtschaft dem Gremium vor, in Aschaffenburg der bereits genannte Bankdirektor Löffler.<sup>85</sup> Corves entstammte dem nationalen Lager, war erst jüngst der NSDAP beigetreten, genoss aber anfänglich das besondere Vertrauen des Gauleiters, der für seine Ernennung Sorge getragen hatte. Hellmuth meinte freilich später, dass Corves in Ergänzung zu seiner nationalen Zuverlässigkeit den Sozialismus noch lernen müsse. Die weitere Entwicklung macht die starke Politisierung aller Fragen der Kammerführung deutlich.<sup>86</sup> Corves beging einen Fehler, als er mit Blick auf seine Karriere der SA beitrug, obwohl der Gauleiter ihn dringend davor gewarnt hatte. Auf diese Weise wurde er in seiner Kammerposition ein Opfer der Röhm-Affäre. Im Juli 1934 drängte Gauleiter Hellmuth vehement auf seine Entfernung aus dem Kammerpräsidium. Der Gauleiter, der inzwischen auch Regierungspräsident von Unterfranken war, ließ sich auch durch intensive Bemühungen des Vizepräsidenten Schüller, Corves im Amt zu halten, nicht von diesem Entschluss abbringen. Die Kammer setzte sich mit besonderer Hartnäckigkeit für Corves ein – ob aus persönlichen Motiven oder aus dem Wunsch, dem Gauleiter gewisse Grenzen zu zeigen, ist nicht recht ersichtlich – und suchten sogar den einflussreichen bayerischen Ministerialdirektor Schenk zu einer Intervention in Würzburg zu bewegen. Schenk hielt es aber „im Interesse der an und für sich im Bestand gefährdeten Kammern für unbedingt notwendig, dass die Kammern mit allen Behörden und Parteistellen, insbesondere mit dem Gauleiter eng zusammenarbeiten.“ Er bat „dringend und inständig“, Corves bei Minister Esser nicht mehr vorzuschlagen; die Kammern könnten nur arbeiten, wenn zwischen Präsidenten und Gauleitern und deren Gauwirtschaftsberatern eine durch keinerlei persönliche Differenzen getrübt Zusammenarbeit ermöglicht werde.*

*Für die Nachfolge im Präsidentenamt entwickelte der Gauleiter nunmehr den Gedanken, ein Vertreter eines der großen Unternehmen müsse den Präsi-*

<sup>85</sup> Listen in IHK Mitteilung 1933/7, a. a. O.

<sup>86</sup> Zu den Vorgängen vom 27.7. bis 31.10.1934 IHKWü, Alte Akten, 1 Mappe mit ausführlichen Gesprächsnotizen. Ende Oktober ultimatives Eingreifen BayWiMin. und Intervention BayIHK-Tag/IHK München, endlich einen Präsidenten zu nominieren, BayHStAM, MWi 5676. Komplettierung des Präsidiums Anfang Januar 1935. Vizepräsidenten: Paul Kremer (vormals Sonderkommissar, Drogengroßhandel Morelli, Würzburg.), Hermann Scheiner (Graph. Anstalt, Würzburg), Hans Schlier (Einzelhandel, Würzburg), Dr. Max Rummel (Eisengroßhandel, Würzburg), MWi 5676, a.a.O. Kaufmann Sacherl (Schweinfurt) hatte seinen Eintritt als Vizepräsident abgelehnt, IHKWüA, a.a.O.

dententposten übernehmen. Die Kammer schlug nunmehr dem Gauleiter den amtierenden Vizepräsidenten Major Schüller selbst vor, den dieser schließlich – offenkundig als Notlösung – akzeptierte. Schüller, deutschnational gesinnt und inzwischen ebenfalls Mitglied der NSDAP, hatte als außer Diensten gestellter Major des Ersten Weltkrieges in eine Würzburger Großhandlung eingeheiratet; er bezog seine Reputation in der Stadt aus seinem militärischen Rang, den er übrigens auch betonte, sowie aus seiner führenden Beteiligung an der Niederschlagung des Räteputsches und der Geiselnbefreiung in Würzburg im April 1919.<sup>87</sup> Es scheint, dass Schüllers militärisches Ansehen und seine guten Verbindungen zur örtlichen Reichswehr- bzw. Wehrmachtsführung der Kammer von da an eine etwas festere Position gegenüber den Interventionen von NSDAP-Parteistellen gesichert hat. Vor allem im Bereich der Einzelhandelsorganisationen setzten sich die Querelen zwischen Kammer einerseits und Verbänden bzw. Parteigliederungen andererseits noch einige Jahre fort.<sup>88</sup> All dies bedeutete aber letztlich, dass die Kammer eines sozialen und politischen Rückhalts außerhalb der Wirtschaft selbst bedurfte, um noch etwas zu gelten.<sup>89</sup>

## **Göring: Die Zusammensetzung der Kammern entspricht in keiner Weise mehr den aktuellen politischen Verhältnissen**

Die Machtergreifung in Berlin hatte sich, wie H. H. Brandt in dem vorigen Auszug aus seiner Festschrift zum 150-jährigen Kammerjubiläum auch für Würzburg dargestellt hat, sehr bald auch auf die IHKs und deren Spitzenorganisation ausgewirkt. An sich hatten die neuen Herren zunächst keine rechte Vorstellung von einer Neuordnung der Kammern und Verbände der Wirtschaft. Man hatte vordringlichere Aufgaben. Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg, in dessen Zuständigkeitsbereich die Organisationen der Wirtschaft gehörten, hätte am liebsten alles so gelassen, wie es gewachsen war, aber die nationalsozialistischen Parteigänger entfernten zunächst beim DIHT, dann aber auch bei den Kammern die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer aus ihren Ämtern, vor allem, wenn diese Juden oder exponierte Anhänger des „Systems“ (von Weimar) gewesen waren, drängten entweder selbst

87 Knappe Würdigung zum 75. Geburtstag in Mitteilungsblatt 1961, S. 99.

88 Hierzu im IHKWüA, Alte Akten, noch mehrere Mappen vorhanden, namentlich auch Vizepräsident Schlier betreffend.

89 Brandt a. a. O., S. 156 f.

in die Führungspositionen, oder versuchten, diese mit ihren Parteigängern zu besetzen. Hermann Göring wies eine Beschwerde des Reichswirtschaftsministers über Übergriffe mit den Worten zurück, die Zusammensetzung der Kammern entspreche in keiner Weise mehr den aktuellen politischen Verhältnissen<sup>90</sup>. Ihre Erneuerung war durch einen umfassenden Personalwechsel in Gang zu setzen. Im August 1934 wurden durch Reichsverordnung die Kammergesetze der Länder gleichgeschaltet, die Selbstverwaltung aufgehoben und das Führerprinzip eingeführt. Eine Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1935 ermahnte sie, „in der Kritik an Maßnahmen der Reichsregierung und ihrer Unterstellen die nötige Zurückhaltung“ einzuhalten<sup>91</sup>.

## Schweinfurt als „Melkkuh“ zur „Entschuldung“ der SA

In den Sitzungsprotokollen des Gremialausschusses Schweinfurt haben die „Machtergreifung“ und die damit verbundenen Illusionen und Erwartungen einen bezeichnenden Niederschlag gefunden:

*„Es ist nur zu verständlich, dass es manchem alten Gremiumsmitglied schwer gefallen ist, sein ihm liebgewordenes Amt freizumachen, erst recht schwer, wenn es sich um Männer gehandelt hat, die im nationalen Lager gestanden haben. Der Nationalsozialismus konnte aber nicht darauf verzichten, Menschen seiner Weltanschauung in die Leitung auch des hiesigen Gremiums zu bringen, um auch in dieses einen neuen Wirtschaftsgeist hineinzutragen. Nicht zuletzt lag natürlich der Gleichschaltung die Absicht zu Grunde, eine Verjüngung, auch des hiesigen Gremiums, durchzuführen und muss man es verstehen, wenn die junge Generation nach vorne drängt, um ihre Zukunft und Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Der zu führende Kampf erfordert es, dass junge bewegliche sich auf die neuen Verhältnisse und Maßstäbe umstellende Arbeitskraft die Führung übernimmt.*

*Schließlich möchte ich Sie (die Mitglieder des Gremiums Schweinfurt) noch gebeten haben, bei Neueinstellungen – ich habe diese Bitte schon oft wiederholt – insbesondere unsere alten SA- und SS-Leute bevorzugt zu berücksichtigen. Das Unternehmertum muss meines Erachtens hier einen kleinen Teil der Dankesschuld abstaten und die Anerkennung für diese alten Helden, ohne*

<sup>90</sup> Hardach, Gerd, Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag 1861-2011, Berlin, 2011, S. 90 f.

<sup>91</sup> Hardach a. a. O., S. 90.

*die wir heute nicht mehr bestehen würden, durch bevorzugte Zuweisung von Arbeitsplätzen aussprechen, insbesondere sind es noch viele Kaufleute, die sich unter den alten Vorkämpfern unserer Bewegung befinden und die unter allen Umständen in diesem Winter in Arbeit gebracht werden müssen.“<sup>92</sup>*

Ein Zeitzeugnis besonderer Art, die Entschuldung der SA, ist aus einer „Geheimsitzung des Gremiums Schweinfurt“ protokolliert:

*„Der Vorsitzende (des Gremiums Schweinfurt Fischer) erklärt: Die Mitteilungen, die ich noch zu machen habe, sind streng vertraulich und deshalb der geheimen Sitzung vorbehalten geblieben, weil sie nur von Mund zu Mund weitergegeben werden dürfen. Ich habe eingangs erwähnt, dass wir noch viele Opfer werden bringen müssen, wenn wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bestehen wollen. Sie wissen, dass das Winterhilfswerk Opfer fordert und dass man allgemein annimmt, dass der Standpunkt falsch ist, dass jemand von diesem Werk befreit wird, wenn er sich an der Adolf Hitler-Spende beteiligt hat. Sie wissen, dass wir zur N. S. Volkswohlfahrt beitreten sollen, Sie wissen, dass wir Ehrenpatenschaften übernehmen sollen. Es ist erfreulich, dass einzelne Firmen von sich aus schon Beträge gezeichnet haben: aber trotzdem bleiben noch besondere Opfer für den unterfränkischen Bezirk übrig.*

*Ich bin von der Kammer beauftragt, Ihnen dies verständlich zu machen. In erster Linie handelt es sich um die Tatsache, dass unser Reichsparteitag mit einem großen Defizit abgeschlossen hat, in zweiter Linie kommt in Frage, dass der Gauleiter Dr. Hellmuth sein Herz ausgeschüttet und dabei gestanden hat, dass unsere SA auch verschuldet ist und dass vor allem die SA mit der Unterstützung, die sie bekommt, nicht leistungsfähig ist. Sie werden das begreifen, wenn ich Ihnen sage, dass bei der Gauleitung Unterfranken 4.000 SA-Leute gemeldet sind, für die pro Mann und Tag eine Unterstützung von 20 Pfg. gewährt wird: in Wirklichkeit haben wir aber in Unterfranken 24.000 SA-Leute. Trotz allen Überlegens sieht man keine andere Möglichkeit, als aufs neue an die Wirtschaft mit der Bitte heranzutreten, das Defizit decken zu helfen, die SA zu entschulden und die SA-Leute laufend zu unterstützen.*

*Die Kammer hat sofort eine Hilfe von 20.000 M zugestanden und wiederholt ihre Unterstützung monatlich in entsprechender Höhe. Die Sache ist deshalb noch für uns besonders wichtig, weil, wie Sie ja alle wissen, der Aufbau des Deutschen Reiches nach den Gauleitungen erfolgt, wie Kultusminister*

<sup>92</sup> Gremium Schweinfurt, Sitzungsprotokolle, Archiv der IHK Wü/SW S. 558 f.

*Schemm bereits bekanntgegeben hat. Wenn die Wirtschaft Unterfrankens die benötigten Gelder nicht hergibt, besteht immerhin die Möglichkeit, dass die Gauleitung in Würzburg mit Nürnberg zusammengelegt wird. Daran hat aber die unterfränkische Wirtschaft nicht das geringste Interesse. Bei der letzten Kammersitzung sind wir beauftragt worden, mit den hiesigen Wirtschaftskreisen Fühlung zu nehmen und einen Weg zu suchen, auf dem durch gemeinsames Zusammenstehen auch diese schwierige Lage gemeistert werden kann. Ich weiß genau, dass die Opfer, die unsere Industrie schon gebracht hat, sehr groß sind und dass es viele Firmen gibt, die ein neues Opfer nicht auf sich nehmen können. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass von 4.000 eingetragenen Firmen im Kammerbezirk nach Ansicht des Präsidenten Dr. Corves 2.000 Firmen für die Spendung nicht in Frage kommen und dass es bei 1.000 fraglich ist, ob sie etwas geben können, so dass nur noch leistungsfähige Firmen übrig bleiben. Dies ist ein bezeichnendes Spiegelbild für die wirtschaftliche Lage in Unterfranken. Firmen, die im Gremiumsbezirk über den Mindestumlagensatz bezahlen, kann man zählen. Trotzdem bleibt kein anderer Weg übrig als der vorgeschlagene.*

*Wir müssen uns bei diesem Opfer immer wieder sagen: Wo wären wir hingekommen, wenn wir die SA nicht gehabt hätten? Wenn unser Führer die Macht nicht bekommen hätte? Ursprünglich war daran gedacht worden, die Sammeltätigkeit sofort aufzunehmen, weil die Notwendigkeit zur raschen Abwicklung offen zutage lag, aber der Kammerpräsident Dr. Corves hat das Zuwarten für richtig befunden: das schließt aber das Bedürfnis nicht aus, die Sache heute zu behandeln, damit die Herren im Bild sind und dann, wenn der Ruf ergeht, wissen, warum wir kommen. Sie dürfen nicht erschrecken, wenn ich Ihnen sage, dass die Stadt Schweinfurt monatlich Beträge zu zahlen haben wird, die in viele Tausende gehen und dass die Zeit nicht abzusehen ist, wann diese Sammeltätigkeit ihr Ende finden kann. Sie mögen sich dazu stellen wie Sie wollen, zunächst muss ich Sie bitten, alles streng geheim zu halten, dann bitte ich Sie, mir Ihre Unterstützung zu leihen und schließlich ersuche ich Sie noch mir Anregungen zu geben, wie ich mich dieser wenig dankbaren Aufgabe entledigen kann. Die Kammer in Würzburg betrachtet Schweinfurt als Melkkuh, so hat schon der Syndikus Dr. Zapf gesagt, der erste Weg werde sie nach Schweinfurt führen. Ich habe mir demgegenüber gesagt, wir wollen erst unser Glück allein versuchen und wenn es nicht gelingt zum Ziel zu kommen, sei es immer noch Zeit genug, wenn die Würzburger kämen. Wir legen Wert darauf, dass wir die letzte Anstrengung alleine machen und dass eine Steigerung nach*

*oben dann nicht mehr möglich ist. Darüber bin ich mir auch klar, dass unsere Großindustrie, die wir Gott sei Dank haben, in erster Linie für die Spenden in Frage kommen wird. Die Sache hat dabei den Vorzug, dass wir hier wenig Verhandlungen zu pflegen haben. Die Handelskammer in Würzburg braucht ungefähr 20.000 M pro Monat. Schließlich erhebt sich noch eine weitere Frage: Wenn wir schon die Entschuldung vornehmen, so ist doch die Tatsache von Bedeutung, dass auch die Ortsgruppe Würzburg entschuldigt wird und dass dann auch die Ortsgruppe Schweinfurt entschuldigt werden muss.*

*Grem. Mitglied Tully erklärt, dass er sich bereits mit dem Direktorium seiner Firma über die Angelegenheit unterhalten habe und dass sich die Herren noch nicht über die Summe klar geworden seien, die sie zahlen könnten. Der Kammerpräsident Dr. Corves hätte gemeint, wir hätten im Kammerbezirk 1.000 Firmen, denen man Geld abnehmen könnte. Wenn man von jeder Firma 10 M bekäme, hätte man schon 10.000 M.“<sup>93</sup>*

## Die Machtergreifung in der Provinz

Zur „Machtergreifung“ in Berlin gehörte eben auch die Durchdringung und Unterwanderung von Institutionen und Verbänden in der Provinz.<sup>94</sup> Die Exponenten der Partei draußen im Lande gierten geradezu danach, die Dynamik der „nationalen Revolution“ auch bei sich zu Hause zu entfalten und nicht hinter Berlin und den großen Zentren zurückzustehen. Der direkte und unmittelbare Zugriff vollzog sich in Berlin und in den Hauptstädten der Länder, wo man die Verwaltungsspitzen auswechselte. Aber die Gleichschaltung, Anpassung und der vorauseilende Gehorsam, die „Reinigung“ und „Erneuerung“, gingen bald auch weiter. Überall, auch in Würzburg, machten sich die „kleinen Hitler“ bemerkbar. Verdiente Parteigenossen strebten in die Pfründen kommunaler Verwaltungen, von Selbstverwaltungseinrichtungen und auch in die Stellen der Bildungseinrichtungen.

Früher hatten sich die Kammern aus der Parteipolitik herausgehalten. Parteipolitische Neutralität war selbstverständlich gewesen. Nach einem Parteibuch hatte niemand gefragt. Das war nach der Machtergreifung 1933 anders geworden. Für die frühere Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge musste man sich rechtfertigen. Dafür liefert ein Brief des Kitzinger Kommerzien-

<sup>93</sup> Gremium Schweinfurt, a. a. O., Sitzungsprotokolle, S. 581.

<sup>94</sup> Thaner, Hans-Ulrich, Verführung und Gewalt, Deutschland 1933-1945, Berlin 1986, S. 232 f.

rats Buchner an den Präsidenten der Kammer ein Beispiel. Die Juden hatten bereits vor der Machtergreifung aus unterschiedlichen Gründen ihre Mitwirkung in der Kammer aufgegeben. Im Vorstand und in der Geschäftsführung der Kammer hatte es nie Juden gegeben, wohl aber im Beirat der Gesamtkammer neun von 55 Mitgliedern, im Bezirk Würzburg fünf von 29.<sup>95</sup> Der langjährige Kammerpräsident Hilcken war bereits Rentner und 1934 altersmäßig eigentlich längst überfällig.

Mit Kittel und Weichsel als Syndici führte Geheimrat Hilcken die Kammer bis zu seinem Ausscheiden 1934. Er hatte harte Schicksalsschläge in seiner Familie hinnehmen müssen. Zwei seiner Söhne waren gefallen. Dettelbacher: *„Krieg und Nachkriegszeit brachten für die Kammer wie für die Bank täglich Schwierigkeiten, aus denen sich Hilcken herausfädeln musste.“*<sup>96</sup> Hilcken, „der Geheimrat“, wie ihn die Geschäftswelt nannte, verstarb im Alter von 83 Jahren, am 19. August 1940 in Würzburg.<sup>97</sup>

Eine Veränderung gegenüber früher ergab sich auch aus der Mitwirkung, bzw. Einflussnahme von Dienststellen der Partei und der Wehrmacht. Bei Gewerbebegründungen, UK-Stellungen von der Einberufung zur Wehrmacht, Ausbildungsbeihilfen und anderem war neben der der Kammern auch die Befürwortung durch die NSDAP notwendig. Das konnte zu Konflikten zwischen IHK und Partei führen.

Alfred Weichsel war bei seinen Mitarbeitern als freundlicher, hilfsbereiter Chef und „edler Charakter“, wie einige Zeugnisse und „Persilscheine“ in seiner Personalakte belegen, außerordentlich beliebt. Zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum erschien eine sehr ehrenvolle Würdigung im Würzburger General Anzeiger, der auch all die Mitgliedschaften und Ehrenämter aufführte, die von einem Würzburger Handelskammersyndikus damals erwartet wurden und sein Ansehen kennzeichneten. 1939 schied er nach längerem Leiden altersbedingt aus.

## Wechsel in der Geschäftsführung

Auf Weichsel folgte sein nächster Mitarbeiter Dr. Wilhelm Hugo Zapf, ein Jurist, 1902 in Würzburg geboren, der 1927 in den Dienst der Kammer getre-

95 Schreiben Dr. Zapf an Gauleiter 23. Nov. 1937, Personalakte, IHK-Archiv.

96 Dettelbacher, a. a. O., Mainfr. Wirtschaft Heft 3/1970, S. 94.

97 Dettelbacher, a.a.O.

ten war, im darauf folgenden Jahr bereits zum stellvertretenden Geschäftsführer und Ende 1928 zum Syndikus bestellt wurde. Wegen der Kränklichkeit Weichsels lag die Initiative in der Kammergeschäftsführung schon vor der „Machtergreifung“, insbesondere der Anbau Ottostraße an die Alte Handelskammer, ganz wesentlich bei ihm als Weichsels Stellvertreter. Nach dessen Ausscheiden führte Zapf die Kammer dann auch offiziell als Hauptgeschäftsführer von 1939 bis zu deren Aufgehen in die Gauwirtschaftskammer 1943.

## Honorarprofessor der Universität für den Handelskammersyndikus



Dr. Wilhelm Hugo Zapf

Dr. Wilhelm Hugo Zapf hatte 1937 einen Lehrauftrag für Handels- und Gewerbepolitik an der Universität Würzburg erhalten und wurde 1942 zum Honorarprofessor ernannt. Bei aller Unterschiedlichkeit in ihren Schwerpunkten waren Kittel, Weichsel und Zapf sehr angesehene Handelskammer-Syndici, gute Juristen, energisch, freundlich im Umgang mit dem Personal, in der Würzburger Gesellschaft und im dortigen Vereinsleben fest verankert. Man bewahrte noch lange nach ihrem Ausscheiden aus

dem Dienst eine gute Erinnerung an sie. Frühere Mitarbeiter haben gern und viel aus dieser Zeit über die Syndici erzählt. Einzelheiten der Kammerarbeit in den zwanziger und dreißiger Jahren bis hin zur Kriegswirtschaft gibt die schon erwähnte Festschrift des Jahre 1968 wieder<sup>98</sup>.

Nach der „Machtergreifung“ war es bald zu empfehlen gewesen, die frühere parteipolitische Neutralität aufzugeben und der NSDAP beizutreten. Der Vorwurf, sich in der „Kampfzeit“ vornehm zurückgehalten zu haben, war in der Aufforderung, jetzt dafür seinen Beitrag zur Entschuldung der SA zu leisten, nicht zu überhören gewesen. Ein vom Gauleiter ernannter Sonderkommissar amtierte in der Kammer und fügte bei amtlichen Schreiben seine Unterschrift

<sup>98</sup> Schäfer, a. a. O., S. 136-164.

der des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers hinzu. Die „Gleichschaltung“ war auf dem Weg.

Der erste, der sich zur NSDAP angemeldet hatte, war 1933 Dr. Zapf, der angeblich auch gleich Weichsel in der Partei mit angemeldet hatte. Dessen Witwe bekam 1945 deswegen Schwierigkeiten mit ihren Pensionsansprüchen. Dr. Karl Reiter, der als jüngster Syndikus 1933 in die Kammer eingetreten war, hatte man bei seiner Stellungsuche in München unumwunden gesagt, wenn er Erfolg haben wolle, müsse er in die Partei eintreten. Er kam bereits als „PG“ (Parteigenosse = Mitglied der NSDAP) und SS-Angehöriger nach Würzburg, trat aber 1936 aus der SS wieder aus, wozu einiger Mut gehörte. Auch die Beamten des mittleren Dienstes, von Haus aus gut katholisch und einige von ihnen lange Zeit Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, wurden nach und nach, mehr aus Opportunismus denn aus Überzeugung, NSDAP-Mitglieder, der Bürovorsteher trat sogar in die SS ein, was mit seinem wenig germanischen äußeren Erscheinungsbild kaum in Übereinstimmung zu bringen war. Dr. Zapf hielt er unangenehme Dinge vom Hals und dieser ließ ihm dafür bei der Führung des Personals weitgehend freie Hand. Die einfachen Leute hatten sich an „Disziplin“ zu gewöhnen. Damit schuf sich der Bürovorsteher keine Freunde. Ansonsten hielt man sich an das „Positive“. Es ging aufwärts. Es herrschte Aufbruchstimmung. Die Arbeitslosigkeit verschwand, die Bauindustrie boomte, auch in Schweinfurt und Bad Neustadt war die Industrie voll beschäftigt. Den Arbeitern ging es besser als früher. Sie konnten mit „Kraft durch Freude“ (KDF) in Ländern Urlaub machen, von denen sie bisher nur hatten träumen können. Der „Nationalsozialistische Wohlfahrtsverband“ (NSV) kümmerte sich um Notleidende und Verarmte. Um die Kehrseiten der neuen Ordnung kümmerte man sich nicht. Über die Arisierungen hatte man seine eigenen Meinungen und hielt damit aus guten Gründen hinter dem Berg. Der Frage, was aus den Juden, die Zapf dem Gauleiter 1937 gemeldet hatte, geworden war, ging man nicht nach. Man kämpfte einen Kompetenzkleinkrieg mit einigen NS-Funktionären.

Drei „Großprojekte“ der NS-Regierung spiegelten sich im Ausbau der Infrastruktur Mainfrankens wieder, der Reichsautobahnbau, deren Rhönlinie der Generalinspekteur für das Straßenwesen, Dr. Fritz Todt, höchstpersönlich von einem Fieseler Storch aus in die Landschaft einzeichnete, die Wiederherstellung der Wehrhoheit, die zu starken Garnisonen in Würzburg und Schweinfurt (Sitz der 2. Panzerdivision) und Stützpunkten der Luftwaffe (Jagdgeschwader Immelmann) mit den dazu gehörenden Bauten führten, und die

# Stadtnachrichten

## Ein Festtag der mainfränkischen Wirtschaft.

Einweihung des Erweiterungsbauers der Industrie- u. Handelskammer. — Ministerpräsident Siebert in Würzburg. — Zahlreiche Brungen. — Eine weibliche Stunde.

Der größte Festtag dieser Art in Würzburg und Mainfranken feiert die Industrie- u. Handelskammer am Sonntag, den 28. Oktober, die Einweihung des Erweiterungsbauers der Industrie- u. Handelskammer. Der Festtag ist ein Fest der Wirtschaft, ein Fest der Arbeit, ein Fest der Kultur. Er ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

### Weihnachtsfeier

In der Weihnachtsfeier der Industrie- u. Handelskammer am Sonntag, den 28. Oktober, wird die Mainfränkische Wirtschaft, die Mainfränkische Arbeit, die Mainfränkische Kultur gefeiert. Die Weihnachtsfeier ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

**Ministerpräsident Siebert**  
Der Ministerpräsident Siebert wird am Sonntag, den 28. Oktober, in Würzburg. Er wird von der Mainfränkischen Wirtschaft, der Mainfränkischen Arbeit, der Mainfränkischen Kultur begrüßt. Die Begrüßung ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

**Feierstunden in der Universität**  
Die Feierstunden in der Universität Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, sind ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Der Ausbau der Industrie- u. Handelskammer am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.



Der Erweiterungsbau der Industrie- u. Handelskammer.

Die Einweihung des Erweiterungsbauers der Industrie- u. Handelskammer am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Die Feierstunden in der Universität Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, sind ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

### Einweihungsbau der Kammer

Die Einweihung des Erweiterungsbauers der Industrie- u. Handelskammer am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

### Die Feierstunden in der Universität

Die Feierstunden in der Universität Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, sind ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.



Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.



Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.



Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Die Begrüßung des Ministerpräsidenten Siebert in Würzburg am Sonntag, den 28. Oktober, ist ein Fest der Mainfränkischen Wirtschaft, ein Fest der Mainfränkischen Arbeit, ein Fest der Mainfränkischen Kultur.

Politik für Notstandsregionen, die in Form eines nach dem Gauleiter benannten Rhönplans dort zu einer Art NS-Allgäu führen sollte, und nicht zuletzt die großen Investitionen in die Wasserstraßen, die 1939 Würzburg erreichten. Es gab immer etwas zu feiern, einzuweihen, aufzumarschieren und dabei zu sein, Uniformen, eine schöner als die andere, Orden zu Hauf. „Das alles verdanken wir dem Führer.“ Ein besonders schönes Beispiel der NS-Propaganda, über das viel gelacht wurde, war auf dem Würzburger Domvorplatz zu sehen, wo zwei große Bildtafeln untereinander standen, eines zur Missionswoche der Kirche „Rette Deine Seele“, darunter eines der NSDAP „Der Führer rettet den Mittelstand.“

Am „Festtag der Mainfränkischen Wirtschaft“ zur Einweihung des Anbaus Ottostraße an das alte Kammergebäude präsentierte sich die Kammer, wie man in der Berichterstattung der Tageszeitung sehen konnte<sup>99</sup>, als Teil der neuen Ordnung, indem man dem IHK-Anbau im Hof auch gleich ein HJ-Heim dazu gebaut hatte. Wie sich die Zuständigkeiten für die IHKs geändert hatten, konnte man bei diesem Festakt wahrnehmen. Ranghöchster Gast war der bayerische Ministerpräsident in der Uniform eines SA-Brigadeführers. Dies waren die letzten Festtage dieser Industrie- und Handelskammer gewesen. Mit Kriegsbeginn änderten sich ihre Aufgaben grundlegend. Sie wurde Teil der Kriegswirtschaft des Reiches. Ihr Präsident, ein ehemals aktiver Fliegeroffizier des Ersten Weltkrieges, wurde als Kommandant eines Luftwaffenstützpunktes reaktiviert.

## Im Schatten des Krieges

Mit Beginn des Vierjahresplans, der „Wiederherstellung der Wehrhoheit“, der Bewirtschaftung und dann erst recht der Kriegswirtschaft konnte man sich kriegswichtig machen, „uk“, das heißt unabhkömmlich, durch ärztliches Zeugnis „gvh“ – kriegsverwendungsfähigkeit – (Zapf), oder, noch besser aus „im Interesse der Reichsverteidigung liegenden Gründen nicht zum Waffendienst freigegeben“ (Hoefler) stellen lassen, Schild „Wehrwirtschaft“ oder „Abwehrbeauftragter“ vor der Tür. Das freilich unausgesprochene Ziel war, die Einziehung zum Kriegersatzdienst und erst recht zur Wehrmacht zu vermeiden, oder in einer windstillen Ecke in einem der großen Stäbe, die

<sup>99</sup> Faksimile bei Harm-Hinrich Brandt, a. a. O., S. 163.

es massenhaft gab, möglichst ausgelagert und schwer erreichbar unterzutauen. Je radikaler der Krieg wurde, umso mehr versuchte man, für sich und seine Familie eine stille Ecke zu erreichen. Die Vielzahl der konkurrierenden Ämter mit ihrem Kompetenz- und Rivalitätswirrwarr, die chaotischen Parallelverwaltungen und Sonderstäbe, die Autonomien innerhalb eines polykratischen Mächtspiels, die zu Hitlers Taktik gehörten, boten Fluchtwege, die man, dem elementaren Selbsterhaltungstrieb folgend, kennen und einigermaßen geschickt nutzen musste. Wenn man den Lebensweg so manchen IHK-Mannes im Ehren- und im Hauptamt in diesen Jahren verfolgt, kann man die Rettungsversuche oder Deckungsversuche in der Kunst des Überlebens, das Mimikry der doppelten Sprache, das Leben in Gegenwelten, nachvollziehen und die Sprüche von den Realitäten leicht unterscheiden. Hunderttausende haben mit dieser Taktik überlebt, und einige haben es in dieser Strategie zu wahrer Perfektion gebracht. Helden oder Widerstandskämpfer waren sie nicht. Wer nicht aus wehrwirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen vom Kriegsdienst freigestellt werden konnte, der teilte oder den ereilte das Schicksal der Millionen deutscher Soldaten. Hatte eine bayerische Verordnung schon 1927 den Kammern die Rechte einer juristischen Person übertragen, so nahm der NS-Staat die Industrie- und Handelskammern 1934 aus der Obhut der Landesregierungen heraus, unterstellte sie dem Reichswirtschaftsministerium und führte für sie das Führerprinzip ein. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und nicht der eines bayerischen Ministeriums hatte darum auch an den Feierlichkeiten in Würzburg 1938 die Rechtsaufsicht vertreten. Ursprünglich hatte sogar Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht selbst kommen wollen. Der nächste Schritt war dann 1942 die Bildung von Gauwirtschaftskammern, die auch das 1901 als eigene Kammer verselbstständigte Handwerk wieder miteinbezog.

## **Von der Auflösung der IHK zur Gauwirtschaftskammer Mainfranken. Der Bericht Harm-Hinrich Brandts<sup>100</sup>**

*„Seit den Reformerlassen zur Wirtschaftsorganisation von 1934/35 hatten sich die Industrie- und Handelskammern als Institution behaupten können. Dies galt insbesondere für Bayern, wo es gelungen war, die einzige Wirt-*

<sup>100</sup> Brandt a. a. O., S. 169 f.

*schaftskammer des Landes zu einem wenig bedeutsamen Anhängsel der IHK München und ihrer Geschäftsführung zu machen. Das Reichswirtschaftsministerium gab aber niemals den Gedanken auf, alle Organisationen der gewerblichen Wirtschaft bereits auf der untersten Stufe zusammenzuführen und dieses Gesamtorgan besser, als dies bei den Wirtschaftskammern gelungen war, mit effektiven Befugnissen auszustatten.*

*Dies bedeutete, dass die bisherigen Institutionen, also auch die Industrie- und Handelskammern, aufzulösen waren. Die Konzentrations- und Straffungsbedürfnisse der Kriegswirtschaft gaben dem seit 1938 amtierenden Reichswirtschaftsminister Funk die Gelegenheit, diesen von den Kammern so lange bekämpften Schritt endlich zu tun.<sup>101</sup> Vor einer Gauleitertagung entwickelte er 1941 den Gedanken, Gauwirtschaftskammern zu errichten. Das gewählte Forum sicherte ihm aufgeschlossene Zuhörer, wurde damit doch ein wichtiger Schritt in die Richtung getan, die Parteigäue zu Grundeinheiten auch der staatlichen Gliederung des Reiches zu machen. Nach dieser Vorbereitung erließ der Minister im April 1942 überfallartig eine Verordnung, die die Errichtung der Gauwirtschaftskammern und die Auflösung der Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und der bisherigen Wirtschaftskammern verfügte. Er berief sich dabei auf einen Führererlass vom Januar 1942, aus dem er ableitete, dass auch in der gewerblichen Wirtschaft eine Vereinfachung der Organisation und eine Zusammenfassung der Kräfte geboten sei. Die bisherige Zersplitterung habe die Kriegswirtschaft gehemmt. Eine ministerielle Denkschrift führte dazu aus, dass die neuartigen nationalsozialistischen Grundgedanken einer staatlichen Wirtschaftsführung bislang nicht vollständig verwirklicht worden seien und dass insbesondere das bisherige System der Wirtschaftskammern unvollkommen geblieben sei. Die jetzige Neuorganisation sei durch die Rüstungsaufgaben der Kriegswirtschaft veranlasst, ziele aber auf eine grundlegende Neuordnung auf lange Sicht. Die neue Kammer sollte eine Synthese aus dem Regionalprinzip und dem Fachprinzip darstellen. Dementsprechend wurden die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern in die Gauwirtschaftskammern überführt, die wie bisher von einem Präsidenten nach dem Führerprinzip zu leiten waren. Für Industrie, Handel und Handwerk waren Abteilungen zu bilden mit einem Vizepräsidenten an der Spitze. Der Beirat war aus allen relevanten Branchen zusammenzusetzen. Alle Ernennungsvorschläge und Ernennungen hatten im Benehmen mit dem*

<sup>101</sup> Runderlass Reichswirtschaftsministerium vom 20.4.1942. Dazu Denkschrift von Ministerialrat Haßmann: Die Gauwirtschaftskammer, v. 1.6.1942. Exemplare in: BayHStAM, MWi 9142. Schmaltz, Jaqueline, a. a. O., S. 49.

*Gauleiter zu erfolgen. Alle im Kammerbezirk ansässigen Fachverbände waren als solche Glieder der Gauwirtschaftskammer. Sie wurden einer der drei Kammerabteilungen nach Maßgabe der fachlichen Verwandtschaft zugeordnet und hatten diese bei der Durchführung gesamtfachlicher Aufgaben zu unterstützen. Ihre Büros sollten in die Kammergeschäftsführung integriert werden; der Kammerpräsident hatte Weisungsrecht und Personalhoheit über diese fachverbandlichen Bürokräfte. Ein konkurrierendes Weisungsrecht der fachlichen Spitzenverbände in der Vertikalen blieb daneben bestehen. Bei Reibungen war das Reichswirtschaftsministerium zur Entscheidung anzurufen.*

*In Bayern traf dieses Organisationskonzept auf den entschiedenen Widerstand der Münchner Industrie- und Handelskammer und ihrer Geschäftsführung; auch die noch vorhandenen Rudimente einer bayerischen Staatsregierung in Gestalt des Ministerpräsidenten Siebert sowie seines Nachfolgers Gauleiter Giesler opponierten. Dieser Widerstand wurde insbesondere von Hauptgeschäftsführer Buchner koordiniert. In einem vertraulichen Brief an Siebert wehrte sich Buchner vor allem gegen den „Machtgewinn“ der Gauleiter und kritisierte die „krankhafte Überschätzung des organisatorischen Momentes“. Man solle alle Organisationsfragen bis in die Zeit nach dem Krieg verschieben. Der Reichswirtschaftsminister wich vor den Interventionen aus München zunächst zurück und versprach, dass in Bayern der alte Zustand erhalten bleiben könne; dann wurde aber doch für das ganze Reich die gleichförmige Bildung von Gauwirtschaftskammern mit Wirkung vom 1. Januar 1943 verfügt. Versuche Gieslers, die Ausführung zu sabotieren, mussten naturgemäß scheitern.<sup>102</sup>*

*In Würzburg vollzog sich der Aufbau der neuen Gauwirtschaftskammer Mainfranken ohne erkennbare Schwierigkeiten. Zum Präsidenten wurde der technische Direktor des Glanzstoffwerkes in Obernburg, Dr. Jens Jul Strube, ernannt. Damit trat erstmals ein Vertreter der im Kammerbezirk ansässigen Großindustrie an die Spitze der Kammer. Der bisherige IHK-Präsident Dr. Max Rummel, der 1941 dem reaktivierten Major Schüller nachgefolgt war, wurde Vizepräsident und Leiter der Handelsabteilung. Der Leiter der Industrieabteilung Jakob Preh kam aus der Elektroindustrie in Neustadt/Saale, der Vertreter des Handwerks, Johann Geiß, war Inhaber einer Maschinenbauanstalt in*

<sup>102</sup> Vorgänge April bis Dezember 1942 in: MWi 9142, a.a.O. Vgl. auch die Schilderung bei Winkel, Harald, *Wirtschaft im Aufbruch, Der Wirtschaftsraum München-Oberbayern und seine Industrie- und Handelskammer im Wandel der Zeit*, München 1990 S. 140 ff., auch Schmaltz, Jaqueline a. a. O. S. 95 folg.

Schweinfurt.<sup>103</sup> Das Präsidium verkörperte also eine ausgewogene Vertretung des Gesamtbezirks. Strube erläuterte Sinn und Aufbau der Gauwirtschaftskammer vor dem neuen Beirat und legte dabei ein flammendes Bekenntnis zu den endlich verwirklichten Prinzipien nationalsozialistischer Wirtschaftsorganisation ab. Die fachliche Führung der Gauwirtschaftskammer, so führte er aus, liege beim Reichswirtschaftsminister, die politische Ausrichtung beim Gauleiter.<sup>104</sup>

*Die Satzung der Kammer vom 1. Januar 1943, die im Juli desselben Jahres vom Wirtschaftsminister genehmigt wurde, reproduzierte im Wesentlichen die ministerielle Verordnung. Sie sah die Errichtung von Zweigstellen in Aschaffenburg und Schweinfurt vor, die im Rahmen der ihnen vom Präsidenten eingeräumten Befugnisse selbständig handeln und deren Leiter zu ihrer Beratung je einen Ausschuss bilden konnten. Im Übrigen wurden die Gremien aufgelöst; in den wichtigeren Orten des Bezirks wurden stattdessen Geschäftsstellen errichtet. Mehr noch als die alten Kammern war die neue Gauwirtschaftskammer ein nachgeordnetes Vollzugsorgan der staatlichen Behörden, insbesondere der Wirtschaftsämter. So war die Kammer etwa beteiligt an der Umstellung von Betrieben auf Fertigung für die Rüstung sowie – besonders undankbar und dornenvoll – an den kriegsbedingten Geschäftsstilllegungen und dem ständigen Personalabbau zugunsten des Fronteinsatzes. Undankbar war auch die Tätigkeit des Auftragslenkungsbüros der Kammer, sowie ihre gutachtliche Mitwirkung in der Rohstoff- und Energiebewirtschaftung. Schließlich musste sich die Kammer auch um den Einsatz der Handwerksbetriebe bei der Behebung von Fliegerschäden kümmern; sie wirkte auch an der Auslagerung kriegswichtiger Betriebe und an anderen Notmaßnahmen mit, die die Produktion aufrechterhalten sollten.“<sup>105</sup>*

Bei Gründung der Gauwirtschaftskammer hatte Dr. Zapf zunächst auch als deren Hauptgeschäftsführer amtiert, wurde aber wegen eines alten Streits mit einem NS-Funktionär aus Aschaffenburg, dem er eine Gewerbezulassung versagt hatte, in den Wartestand versetzt und nur als „z.b.V.-Referent“

103 IHKWüA, Alte Akten: Satzung der Gauwirtschaftskammer Mainfranken v. 1.1.1943 (genehmigt 9.7.1943), Organisationsplan, Präsidium, Geschäftsführung.

104 Ansprache in der Beiratssitzung vom 30.11.1943, IHKWü, Alte Akten.

105 Im IHKWüA, Alte Akten, noch Serien von Monatsberichten, Material für den Bericht an den Beirat, Akten zur Schließung von Einzelhandelsgeschäften und Wehrmachtsrekrutierung, zur Bewirtschaftung, 1943-1944. Zum hg. v. d. IHK Würzburg-Schweinfurt [1978]. S. 9.

übernommen. Im Juni 1944 wechselte er als interimistischer Leiter der Verkehrsabteilung im Rang eines Ministerialrats in die Reichswirtschaftskammer nach Berlin.

Der Präsident der Gauwirtschaftskammer versetzte den Geschäftsführer des Industrie- und Handelsgremiums Aschaffenburg Dr. Hans Fröhlich mit Wirkung vom 15. Februar 1943 als Geschäftsführer zur Gauwirtschaftskammer, Abteilung Industrie, und bestellte ihn zwei Monate später zum kommissarischen Hauptgeschäftsführer. Aber schon 14 Tage später wurde Fröhlich zur Wehrmacht eingezogen. An seine Stelle trat bis zum Ende der Gauwirtschaftskammer RA Dr. Paul Seisser.

## Der Zusammenbruch

Über die schwierigen und unsicheren Jahre gegen Kriegsende und der ersten Besatzungsjahre danach, in der Durchwursteln zum Überleben das Arbeitsprogramm der Deutschen war, sind 2011 in London mit anschließender deutscher Übersetzung im gleichen Jahr zwei Werke englischer Historiker erschienen, die hier heranzuziehen sind<sup>106</sup>. Es ist zweckmäßig, zunächst an Kershaw anzuknüpfen, seine Eindrücke davon, wie die Deutschen die letzten Kriegsmomente erlebten, Revue passieren zu lassen und für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende Taylors Schilderung heranzuziehen. Beide Historiker verdeutlichen die niederschmetternde Erfahrung der Deutschen, dass mit dem Ende der Kampfhandlungen und dem Einzug der Sieger nicht das Ende aller Schrecken und bösen Überraschungen und der Neuanfang eines Lebens in Freiheit und ohne Furcht begann. Es hatte zwar schon gegen Kriegsende den makabren Spruch gegeben, „genieße den Krieg, der Frieden wird schrecklich“, aber so hatte das keiner erwartet. Es war gut und zweckmäßig, weiter in Deckung zu bleiben und erst einmal abzuwarten, was kommen würde. Der Einschnitt und die Erlebnisse, die damit verbunden waren, gingen so weit, dass es gut vierzig Jahre dauern würde, bis ein deutscher Bundespräsident seinen Landsleuten für das Ende 1945 die Formel von der Niederlage, die eine Befreiung war, anbieten konnte.

<sup>106</sup> Ian Kershaw schildert unter dem Titel „Das Ende, Kampf bis zum Untergang des NS-Deutschland 1944/45“, München 2011, die Endphase der Auflösung des Reichs und seiner Ordnungen; Frederick Taylor unter dem Titel „Zwischen Krieg und Frieden, Die Besatzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944-1946“, Berlin 2011.

Beginnen wir mit den Schilderungen Kershaws von den Deutschen, die nicht mehr mit einem Sieg rechnen konnten, die Bedrohung durch die letzten Kämpfe und die Schergen des NS-Regimes überleben wollten und nach beiden Seiten in Deckung bleiben mussten, aber auch für die anschließende Zeit nichts Gutes ahnen konnten. Aber was?

Zunächst hoffte man, den alltäglichen Schrecken möglichst schnell hinter sich zu bringen, die Angst vor den alliierten Bomberflotten, nach dem Näherrücken der Fronten, die Angst vor den allgegenwärtigen Jagdbombern, die alles zusammenschossen, was vor ihren Visieren auftauchte, im Osten die Angst vor der Roten Armee, im Westen die Hoffnung auf ein schnelleres Vorrücken der Amerikaner und Engländer, die all den Schrecken ein Ende bereiten würden. Aber das Regime hatte noch nicht aufgegeben. Rücksichtsloses Durchgreifen war angesagt, Städte und Kasernen waren nach angeblich Versprengten, in Wirklichkeit Untergetauchten, Versteckten und Deserteuren „durchzukämmen“, ein Befehl, der immer wieder wiederholt wurde und das Überleben immer schwieriger machte. Es wurde lebensgefährlich, zu versuchen, sich dem Militärdienst zu entziehen, in einer windstillen Ecke das Ende abzuwarten, wofür der häufige Wechsel der Anschriften ausgebombter Behörden, die unterbrochene Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen, die Vernichtung von Postsendungen durch Bombenangriffe, gewisse Chancen boten. Aber Einberufungsdrückeberger, Deserteure und Untergetauchte wurden gejagt. Fliegende Standgerichte zogen ihre blutige Spur. Der Krieg, der schon im Herbst 1944 hätte zu Ende sein können, ging weiter, immer unsinniger, immer brutaler, immer hoffnungsloser, immer blutiger, gnadenloser und verlustreicher. In dem Schreckensregister von Tod und Zerstörung nahm nach dem fürchterlichen Angriff auf Dresden jener auf Würzburg am 16. März 1945, „militärisch sinnlos“<sup>107</sup> einen ebenso überflüssigen wie traurigen zweiten Rang ein, „4.000 der 107.000 Einwohner kamen um, und 90 Prozent der herrlichen barocken Innenstadt, eines kulturellen Kleinods, versanken innerhalb von 17 Minuten in Schutt und Asche“, „vielleicht ein größerer Schock, wenn sie (die Zerstörung von Würzburgs Innenstadt) vor dem Luftangriff auf Dresden stattgefunden hätte und nicht danach.“<sup>108</sup>

Rüstungsminister Albert Speer hinderte Gauleiter Otto Hellmuth, „der im Allgemeinen zu den Gemäßigten gerechnet wird“<sup>109</sup>, an der Zerstörung der

107 Kershaw, a. a. O., S. 336.

108 Kershaw, a. a. O., S. 338.

109 Kershaw, a. a. O., S. 405.



Zerstörtes Schweinfurt, Quelle: Stadtarchiv Schweinfurt

Schweinfurter Kugellagerwerke mit dem Argument, dass ohne Kugellager der Krieg nicht fortgesetzt werden könne, auch wenn „Wunderwaffen“ nicht mehr zu erwarten seien. Sechs Tage lang wurde in den Trümmern von Würzburgs Innenstadt noch gekämpft, dann sammelte sich der Rest der deutschen Truppen, um die Stadt und danach Schweinfurt „im Handstreich“ zurückzuerobern, erfolglos, aber das Wüten ging weiter, „resigniertes Mitmachen und nicht Widerstand (war) die Norm“<sup>110</sup>.

Die Funktionäre des Regimes überließen die Bevölkerung ihrem Schicksal, versuchten, einfach zu verschwinden oder unterzutauchen wie Gauleiter Hellmuth. Andere wählten aus Verzweiflung den Freitod durch Gift, wie der Besitzer der Klosterbrauerei Ochsenfurt. Der Schweinfurter Oberbürgermeister sprang beim Einzug der Amerikaner aus dem Turm seines Rathauses in den Tod, der IHK-Vizepräsident Jacob Preh bezahlte den Versuch, Bad Neustadt durch Übergabe vor weiterem nutzlosen Blutvergießen zu bewahren, mit Erschießen aus dem Hinterhalt durch fanatische „Endkämpfer“.

Die Stadt Schweinfurt, industrieller Schwerpunkt des Kammerbezirks und Zentrum der deutschen Kugellagerproduktion, war wiederholt das Ziel

<sup>110</sup> Kershaw, a. a. O., S. 369.



Zerstörtes Würzburg, Quelle: Stadtarchiv Würzburg

schwerer Bombenangriffe gewesen. 83 Industriegebäude wurden total zerstört beziehungsweise schwer beschädigt. Der Zerstörungsgrad sämtlicher Schweinfurter Industriebetriebe betrug etwa 80 Prozent.

Die Stadt Würzburg, überfüllt mit Verwundeten, Flüchtlingen und Stäben der zurückweichenden deutschen Armee, sank am 16. März 1945 in Schutt und Asche. Auch das Kammergebäude brannte völlig aus. Vom 1. bis 6. April dauerte der für die Amerikaner unerwartet hartnäckige Kampf in den Ruinen der Stadt zwischen den vordringenden amerikanischen und den zur Verteidigung Würzburgs abgestellten, bunt zusammen gewürfelten deutschen Truppen<sup>111</sup>. Inzwischen rollten amerikanische Panzer bereits auf Schweinfurt vor und um die Stadt herum weiter nach Norden und Osten. In der Sprache der OKW-Berichte wurde das so beschrieben: „Im Raum um Schweinfurt zwang wirkungsvolles Feuer unserer Flakartillerie den Gegner zu Boden“ (10. April 1945), „östlich Würzburg blieb dem Gegner größerer Bodengewinn versagt“

<sup>111</sup> Wagner, Ulrich, Die 7. US-Armee erobert Würzburg, in: Würzburg Heute, Heft 84, S. 60 f., Golücke, Friedhelm, Das Kriegsende in Franken. Ein Überblick über die militärischen Ereignisse im März und April 1945, in: Mainfr. Jahrbuch 28, 1976, S. 203 f.

(11. April 1945), „südöstlich Würzburg trat der Feind mit zusammengefassten Kräften zum Angriff an. Hier sind schwere Kämpfe mit den in unser Hauptkampffeld eingebrochenen Gegnern entbrannt“ (12. April 1945).

Würzburg war besetzt. Dagegen blieb das Industrie- und Handelsgremium Schweinfurt, knapp hinter den deutschen Linien gelegen, noch mit seinem Vorsitzenden und einer Mitarbeiterin arbeitsfähig. Der langjährige Syndikus des Gremiums und zweiter rechtskundiger Bürgermeister der Stadt, Dr. Raithel, war kurz vorher gestorben.

### **Zeitzeugnis einer Mitarbeiterin: Irmgard Schaffner über das Ende in Schweinfurt<sup>112</sup>**

*„Als die Truppen näher rückten, verließ unser Vorsitzender uns, um – so erklärte er mir – an vorderster Front eine führende Stellung zu übernehmen. Seine Familie verblieb im Ausweichquartier, dem Bayerhof. Er selbst blieb für viele Jahre verschollen. Fast gleichzeitig mit seinem Weggang erschien der damalige Präsident der Gauwirtschaftskammer, Herr Dr. Strube von dem Glanzstoff-Werk Obernburg, auf der Kammergeschäftsstelle. Auch er nahm Quartier auf dem Bayerhof. Laut seiner Erklärung sei er geflüchtet, nachdem die Truppen in Obernburg einmarschiert seien und bereits vor Würzburg stünden, er wolle nunmehr von Schweinfurt aus die Gesamtkammer leiten (...) Wenige Tage danach traf ich auf dem Weg in die Kammergeschäftsstelle in der Brückenstraße Herrn RA Seisser, damaliger Hauptgeschäftsführer der Gauwirtschaftskammer. Er war in Volkssturmuniform und berichtete, dass er einen Gestellungsbefehl habe für eine Volkssturmeinheit in Gerolzhofen. Auf meine Erklärung, dass Herr Präsident Dr. Strube auch bereits in Schweinfurt sei, entschloss sich Herr RA Seisser nach einigem Zögern, auch in Schweinfurt zu verbleiben (...) Nach zwei Tagen erklärte Herr Seisser, die Truppen seien nun doch zu nah, er könne nicht mehr länger in Schweinfurt bleiben, sondern müsse zu seiner Volkssturmeinheit nach Gerolzhofen. Ich verblieb allein in der Geschäftsstelle, um die vom Generalkommissariat durchgegebenen Auflagen, hauptsächlich Requirierung von Benzin von den Betrieben, weiterzuleiten. Als das Artilleriefeuer bereits in Rathausnähe war, holte mich mein Vater aus der Geschäftsstelle heraus in einen Luftschutzbunker.“*

112 „Ende in Schweinfurt“, Bericht einer Mitarbeiterin (Irmgard Schaffner) in: Weggefährten einer Handelskammer, Würzburg 1968, S. 9.

Der spätere Oberbürgermeister Dr. Franz Stadelmayer berichtet über diese ersten Monate nach dem Zusammenbruch in Würzburg:

*„Männer und Frauen, die im März und April 1945 sich in den Ruinen abmühten, (mussten) mit ihren nackten Armen ans Werk gehen. Zu allem Unglück wurde diese von ihren Bürgern verlassene Stadt auch noch ausgeplündert. Armut, Not und Unsicherheit herrschten im ganzen Land (...) Nirgends im ganzen Land Bayern war das Leben damals so dürftig wie in Würzburg (...) Nur wer die Stadt in jener Zeit gesehen hat, kann sich eine Vorstellung von der Härte des Lebens machen, die damals hier zu ertragen war. Die meisten Menschen, die hier arbeiteten, wohnten draußen (...) nachmittags fuhren sie wieder fort. Die Innenstadt war von 16 Uhr nachmittags ab bis zum nächsten Morgen völlig menschenleer. Es gab kein Hotel, kaum eine Speisewirtschaft. Nachts lag die Stadt im Dunkeln. Herzerreißend war der Anblick der Trümmer, die aus Mangel an Baggern und Maschinen nur langsam beseitigt werden konnten.“<sup>113</sup>*

Was wusste man im Reich von den Plänen der Alliierten für das Nachkriegsdeutschland? Nicht mehr als das, was die NS-Propaganda darüber berichtete. Das war vor allem der Morgenthauplan, der Deutschland von einem Industrieland zu einem Agrarstaat rückbilden wollte. Was von den Russen zu erwarten war, darüber machte man sich die wenigsten Illusionen. Die Berichte von den Gräueln an der Zivilbevölkerung, die die Rote Armee bei ihrem Einzug anrichtete, übertrafen alle Befürchtungen.

## Die siegreichen Mächte übernehmen die Regierungsgewalt

Erste Gerüchte über die Aufteilung in Besatzungszonen wurden kolportiert. Es erschien dringend geboten, den Russen möglichst zu entfliehen und in den amerikanischen Machtbereich zu gelangen. Alle Alliierten waren sich über die „fünf D“ einig, auch davon drangen Gerüchte in die noch nicht besetzten Teile des Reichs: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Dekartellisierung. Was immer das im Einzelnen sein mochte, es war auf alle Fälle besser, als die Fortsetzung des unsinnigen Kriegs. Reparationen würden zu leisten sein. Wie und wie hoch und von wem,

---

<sup>113</sup> Zit. bei Schäfer, Dieter, Freunde und Förderer ..., S. 141 f.

das stand in den Sternen. Gebietsabtretungen würden kommen, im großen Stil im Osten an Polen und die UdSSR, kleinere Korrekturen waren im Westen an der belgisch-holländischen Grenze und im Norden an der dänischen zu erwarten, Frankreich wurden Ambitionen auf das Saarland und das Ruhrgebiet nachgesagt. Österreich würde wieder verselbständigt werden.

Das erste, was die Deutschen lesen konnten, war der Anschlag des Oberkommandierenden der jeweiligen Besatzungstruppen, wonach er das Land nicht befreit, sondern besetzt habe, die NSDAP und alle ihre Gliederungen verboten seien und seinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten seien. Soweit deutsche Behörden sich überhaupt bemerkbar machen konnten, handelten sie „auf Befehl der Militärregierung“. Es war völlig offen, wer das eigentlich war, die Militärregierung, woher sie ihre Befehle erhielt und an wen man sich bei Fragen oder Unklarheiten wenden konnte.

Die offizielle Erklärung der Siegermächte, die erst Wochen nach der Kapitulation kam, war ebenso eindeutig wie unmissverständlich: *„Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen ... Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, der des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen, oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden.“*<sup>114</sup>

Deutschland hatte aufgehört zu existieren, „die Besatzer besaßen die unbeschränkte Macht über seine Bevölkerung und Institutionen.“<sup>115</sup> „Unconditional surrender, die Nation ohne Dach, aux plaisirs du commandant.“ Damit machten die Deutschen sehr unterschiedliche Erfahrungen, auch positive. In Würzburg veranlasste ein amerikanischer Offizier, dass über dem Hauptgebäude der stark zerstörten Residenz wenigstens ein notdürftiges Holzdach angebracht würde. Was von den Bomben des 16. März 1945 noch übrig geblieben war, hätte den nächsten Winter nicht überstanden.

Soweit man ein Dach über dem Kopf behalten hatte, musste man froh sein, dass das Haus nicht für Besatzungszwecke requiriert wurde. Mobiliar und

114 Zitiert nach Taylor, a. a. O., S. 145.

115 Taylor, a. a. O., S. 146.

Geschirr wurden für Zwecke des Militärs beschlagnahmt. Frammersbach hatte man als Vergeltung für eine Falle, in die US-Panzer in der Nähe von Gemünden geraten waren, noch kurz vor Kriegsende drei Tage zur Plünderung freigegeben. Den Deutschen sollte ein für alle Mal klar gemacht werden, dass sie diesmal nicht wie die Legende nach 1918 behauptete, „im Felde unbesiegt“ geblieben waren, sondern einen von ihnen angezettelten Krieg total verloren, bedingungslos kapituliert und sich damit den Siegermächten ausgeliefert hatten.

Auch die Westalliierten begegneten allen Deutschen, ob sie nun Nationalsozialisten gewesen waren oder nicht, unmittelbar nach dem Krieg gleichermaßen mit Misstrauen.<sup>116</sup> Relativ schnell wurde den Deutschen das ganze Ausmaß der Entbehrungen des Nachkriegslebens bewusst. Ihr Lebensstandard sollte auf den niedrigsten der von ihnen besetzten Völker zurückfallen. Aus der Sorge um das Überleben im Krieg war sehr schnell und ohne Übergang die Sorge ums Überleben nach dem Krieg geworden. Dem gegenüber traten andere Probleme, die Auseinandersetzungen mit den „Kriegsverbrechern“ und den Nachrichten über die Verbrechen an den Juden, den politisch Verfolgten und den unterdrückten Völkern trotz aller Bemühungen der Alliierten, dies den Deutschen nachdrücklich näher zu bringen, völlig in den Hintergrund. Das mag so geschehen sein, wenn die Berichte denn stimmten, aber die Überlebenden des Bombenkriegs, des Kriegs überhaupt, die Geflohenen und die Vertriebenen plagten ganz andere, sehr existenzielle Sorgen, auch wenn eine breite intellektuelle Diskussion um die Frage einer deutschen Kollektivschuld geführt wurde. Aufatmen konnten nur die von den Nazis Verfolgten, aber das war eine Minderheit, die meisten hatten „mitgemacht“, die einen mit Begeisterung, die anderen waren mehr oder weniger dabei gewesen, versuchten, das zu erklären und erinnerten sich an Vorgänge, die sie „entlasten“ konnten, so das Spruchkammerverfahren Wilhelm Hugo Zapfs und seine Resonanz in der Presse<sup>117</sup>.

In sehr detaillierten Darstellungen mit teilweise auch schockierenden Einzelheiten holen Kershaw und Taylor verdrängte Erfahrungen aus dem Leben der Deutschen in diesen Jahren wieder hervor. Was man längst vergessen wähnte oder was so nie hätte geschehen dürfen, wurde in das öffentliche Bewusstsein der Deutschen zurückbefördert, aber nicht nur der Deutschen, die das auszuhalten hatten und irgendwie überleben mussten, sondern auch

<sup>116</sup> Taylor, a. a. O., S. 147.

<sup>117</sup> Mitteilungsblatt der IHK Unterfranken Würzburg, Nr. 3 / 4 April 1947, S. 2f.

der Amerikaner, Engländer, Franzosen und Russen, deren Besatzungspolitik und -praxis wenig schmeichelhafte Zeugnisse ausgestellt erhielten. Bis ausgehend von der Stuttgarter Rede des US- Außenministers James F. Byrnes vom 6. September 1946 erste Signale der Hoffnung für die geschlagenen und gelähmten Deutschen ausgesandt wurden, wenigstens für die, die in den westlichen Besatzungszonen lebten. Es dauerte allerdings noch mehrere Jahre, bis sich diese Signale voll verwirklichen konnten und die „Nation ohne Haus“ sich unter der Kontrolle der Militärregierung wieder ein Dach über dem Kopf schaffen und Schritt für Schritt die Souveränitätsrechte eines selbständigen Staates zurückgewinnen konnte.

Zunächst hatten alle Erwachsenen ohne Unterscheid den umfangreichen Fragebogen über ihre Verbindung mit dem Naziregime auszufüllen, ein Millionenunternehmen. Je nach ihrer „Belastung“ wurden die Deutschen in fünf Kategorien eingestuft mit unterschiedlichen Konsequenzen, von Entlassung aus dem Amt oder der Stellung bis zur Internierung. Davon waren alle deutschen Behörden, Institutionen und Betriebe sehr unmittelbar betroffen.

Die früheren Industrie- und Handelskammern hingen nach 1945 rechtlich solange in der Luft, bis im Rahmen der wiedererlangten Gesetzgebungsbefugnis der Bund ihnen 1956/58 die notwendigen Rechtsgrundlagen verschaffen und den Ländern die Ausführungsgesetze überlassen konnte. Das heißt aber nicht, dass sie vorher, auch bei unterschiedlichen Vorstellungen der Besatzungsmächte, nicht existierten. Aber als was?

In der Beschreibung ihrer Tätigkeitsmerkmale nach Wiederaufnahme ihres Bürobetriebs wird deutlich, dass sie auch ohne Rechtsklarheit und -sicherheit einfach ihre frühere Tätigkeit weiterführten. Interessanterweise entstand der Handlungsdruck dafür aus der Notlage der Betriebe, die einen Ansprechpartner, eine Interessenvertretung für ihre Belange und eine Autorität in wirtschaftlichen Angelegenheiten suchten. Die unbeschädigt durch alle gravierenden Veränderungen weiter existierende Berufsausbildung der Wirtschaft brauchte eine Prüfungsinstanz für die laufenden Lehrverhältnisse. Das waren die Kammern – wer sonst?<sup>118</sup>

---

118 Auf Grund des Aktenzugangs, vor allem der Personalakten, können hier zum ersten Mal auch die internen Vorgänge in der Arbeit der Würzburger IHK in der Zeit der „Nation ohne Dach“ geschildert werden.

## Leben als „Nation ohne Haus“

Nach der Einrichtung der Militärregierungen hatten diese erste lokale und nach diesen auch regionale deutsche Behörden bilden können, gestützt auf eine von irgendwoher mitgebrachte Liste vermutlich zuverlässiger, antinazistischer und brauchbarer Deutscher. „Oben“ – das war jetzt die Militärregierung, sie konnte nach Gutdünken verfahren<sup>119</sup>, in der französischen Zone verwendete man dafür die treffende Formulierung „aux plaisir du comantant“.

Die meisten Würzburger hausten irgendwo auf dem Land. In der Stadt lebten noch etwa 6.000 Einwohner in Kellern und den wenigen nicht zerstörten Häusern. Die meisten von diesen wurden für die US Army beschlagnahmt. Die Militärregierung erteilte auf Vorschlag der Regierung von Unterfranken die grundsätzliche Genehmigung zur Errichtung einer Wirtschaftskammer Mainfranken. Die 1914 und 1938 errichteten Gebäude der Handelskammer in Würzburg waren zerstört. In einer Privatwohnung wurden einige Akten provisorisch aufbewahrt. Die Büros der wieder eröffneten IHK wurden vorübergehend im früheren NS-Gauhaus Würzburg, Ludwigskai 4, untergebracht. In der Geschäftsstelle Schweinfurt richtete sich das CIC ein. Der von der IHK in das Vermögen der Gauwirtschaftskammer eingebrachte Anteil wurde beschlagnahmt und blieb trotz aller Bemühungen um Freigabe sequestriert bis zur Währungsreform 1948. Die Altkonten waren gesperrt. Bargeld war nicht vorhanden. Das hat den Wiederaufbau der Kammerarbeit nach der Kapitulation außerordentlich erschwert. Wie die Kosten, vor allem die Personalkosten, decken? Was, wenn die Firmen ihre Beitragsrückstände nicht beglichen? Über der neu gegründeten IHK hing die Drohung der Zahlungsunfähigkeit mehr als einmal nicht nur in der Luft. Die Kammer lebte anfangs, wie der Volksmund das nennt, „von der Hand in den Mund“.

Ein Novum in den ersten Geschäftsräumen der Kammer in Würzburg waren zwei „advisors“, die in einem separaten Zimmer untergebracht waren, Zivilamerikaner, von denen niemand genau sagen konnte, was sie eigentlich machten und von denen man heute auch nicht mehr feststellen kann, ob sie von der Militärregierung eingesetzt waren oder ob es die Empfänger des ominösen Beraterhonorars von 1.000 US-Dollar waren, die Dr. Bolza beschafft haben sollte<sup>120</sup>. Schriftliche Aufzeichnungen gibt es darüber nicht, nur dass

119 Schott, Herbert, Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Würzburg, Mainfr. Studien, Bd. 33, Würzburg 1985.

120 Oral history, Hinweise von mehreren Seiten, von Dr. Bolza selbst dazu nie mehr als ein Achselzucken.

„advisors“ existierten ist den ersten Präsidialprotokollen der IHK zu entnehmen. Das Protokoll vom 28.09.1945 enthält eine Äußerung Dr. Hans Bolzas, nach der diese advisor-Tätigkeit künftig wegfalle. In einer Aufzeichnung ist von „Verbindungsbüro zur Militärregierung“ die Rede. Ein guter Draht zur Militärregierung ebenso wie zu den deutschen Behörden war eine Arbeitsvoraussetzung für die IHK.

Die neue Würzburger IHK beriet die Militärregierung und wurde auch bei dem „Permit“, der Gewerbeerlaubnis, der Entnazifizierung, den Demontagen, den Reparationsvorbereitungen und der Beseitigung von Kriegsschäden mit herangezogen, wenn das der Militärregierung zweckmäßig erschien.<sup>121</sup> Dieser Nachsatz ist wichtig, denn Mitwirkungs- oder Beteiligungsrechte wie früher hatten die Kammern nicht mehr.<sup>122</sup> Sie organisierten aber wie früher die Berufsausbildung und weiteten ihren Tätigkeitsbereich auch Stück für Stück wieder bei der Durchführung von die Wirtschaft betreffenden Gesetzen und Verordnungen in den Bereich der früheren Mitwirkungsrechte hinein aus und wurden auch auf den verschiedenen staatlichen Ebenen gewissermaßen „wie gewohnt“ beratend hinzugezogen.

## Nachkriegskammern in Würzburg und Aschaffenburg

Die Entstehung der Nachkriegskammern in Würzburg und Aschaffenburg schildert Brandt.<sup>123</sup>

*„Nach der Besetzung Bayerns durch die Amerikaner musste das Wirtschaftsleben wieder in Gang gesetzt werden. Vor allem in den zerstörten Städten waren elementare Probleme der Versorgung, des Aufräumens, der Herstellung von Kommunikationsmöglichkeiten zu bewältigen. Alle öffentliche Gewalt lag bei den Militärregierungen. Deren Wunsch nach Kontrolle war sehr groß, sie bedurften aber natürlich der Mitwirkung der von ihnen eingesetzten deutschen Autoritäten. Für die Organisation von Produktion und Verteilung brauchte man zudem Ansprechpartner aus dem Kreis der Unternehmer selbst. Die Unternehmer ihrerseits, die großen und kleinen Geschäftsleute, suchten wiederum eine Anlaufstelle, die sich ihrer Probleme und Nöte annahm und eine*

121 Allgemein Lanzinner S. 203 mit dem Zusatz „Hier ist aber noch wenig untersucht“.

122 S. dazu auch Fuchs, Rainer, Die bayerischen Industrie- und Handelskammern im Wiederaufbau 1945 bis 1948. Zwischen amerikanischem Demokratisierungswillen und eigener Selbstverwaltungstradition, Diss. München 1988, Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München.

123 Brandt a. a. O., S. 173 folg.

*Sprecher- und Vermittlerrolle gegenüber den Militärs übernehmen konnte. Die Aschaffener Kammergeschichte hat eine sehr plastische Schilderung der Zustände in den frühen Wochen und Monaten der Besatzungszeit überliefert, die einen Eindruck davon gibt, welcher Einsatz zur Bewältigung der täglichen Not, der Überwindung technischer und auch politisch-bürokratischer Schwierigkeiten und Hemmnisse geleistet werden musste.<sup>124</sup> In dieser Situation ergriffen die Bürgermeister (so z. B. in Aschaffenburg und in München) oder auch die Regierungspräsidenten (so in Würzburg) die Initiative, um den Militärregierungen die Wiedereröffnung der vertrauten Industrie- und Handelskammern nahe zu bringen und dafür politisch unbelastete Unternehmen als Repräsentanten der Wirtschaft vorzuschlagen.*

*In Würzburg wurde auf diese Weise schon am 10. Mai 1945 vom damaligen Regierungspräsidenten Adam Stegerwald beim örtlichen Militärbefehlshaber die Erlaubnis erwirkt, die Reste der Gauwirtschaftskammer in eine Wirtschaftskammer für Mainfranken zu überführen. Als Präsidenten schlug er den Generaldirektor der Firma Koenig & Bauer, Dr. Hans Bolza, vor, der dann von der Militärregierung in dieses Amt eingesetzt wurde. Am 28. Mai 1945 wurde die Wirtschaftskammer Mainfranken unter dem Vorsitz von Regierungspräsident Stegerwald und in Anwesenheit mehrerer Regierungsvertreter, anderer eingeladener Unternehmer sowie von Geschäftsführern der bisherigen Gauwirtschaftskammer konstituiert. Man beschloss, ein Präsidium von sieben Mitgliedern zu bilden, die Berufung eines Beirates vorerst zu verschieben, die Geschäftsführer und das übrige Personal solange es ging beizubehalten (die Entnazifizierung stand noch bevor) und umgehend die praktische Arbeit aufzunehmen.<sup>125</sup>*

*In Aschaffenburg spielte sich ein analoger Vorgang ab: Hier erwirkte der Oberbürgermeister Jean Stock bei der Militärregierung die Errichtung einer Industrie- und Handelskammer für Aschaffenburg. Am 16. Mai 1945 wurde der Aschaffener Kleiderfabrikant Heinrich Euler mit dem Vorsitz eines mehrköpfigen Präsidiums betraut, das mit dem Personal der bisherigen Zweigstelle der Gauwirtschaftskammer die Arbeit aufnahm. Die Initiatoren verfolgten mit diesem Schritt von vornherein das Ziel, auf diese Weise endlich zu einer eigenen Kammer zu gelangen. Ob diese Einsetzung durch die Besatzungsmacht als rechtlich konstitutiver Akt anzusehen war, war freilich zu bezweifeln. Die Aschaffener selbst unterstellten mit ihrem weiteren Verhalten jedenfalls,*

124 Die Wirtschaft am bayerischen Untermain, S. 135–139.

125 Konstituierende Sitzung v. 28.5.1945, IHKWü A. Präs., Protokoll 28.5.1945.



Regierungspräsident Reichsminister a. D.  
Adam Stegerwald, Quelle: Regierung von Unterfranken

*dass die staatliche Anerkennung und Sanktionierung dieser Verselbständigung noch nachzuholen war.<sup>126</sup>*

*Aus amerikanischer Perspektive lag in der Bildung derartiger lokaler Kammern nicht besonders Auffälliges. Die Einrichtung von „Chambers of Commerce“ waren ihnen aus den Vereinigten Staaten vertraut<sup>127</sup>: Es handelte sich dort um freie Vereinigungen von Unternehmern, die sich in beliebiger Weise auf lokaler, regionaler oder auch überregionaler Ebene bildeten, um gemeinsam interessierende Angelegenheiten zu betreiben oder gegenüber den*

*politischen Autoritäten zu vertreten. Zur kontinentaleuropäischen Kammertradition bestand also ein erheblicher Abstand. Aus diesem Vorverständnis, aber vor allem auch aus den Zielvorstellungen des amerikanischen Demokratisierungsprogramms sollten den Kammern der amerikanischen Besatzungszone rasch die größten Schwierigkeiten erwachsen.“*

Das Protokoll der konstituierenden Sitzung der Wirtschaftskammer Mainfranken im Sitzungszimmer der Militärregierung vom 28. Mai 1945, 15:30 Uhr, ist erhalten. Anwesend waren die Herren: Regierungspräsident Stegerwald, Regierungsvizepräsident Dr. Rick, Oberregierungsrat Klemm, Oberbürgermeister-Stv. Stein, Generaldirektor Dr. Bolza, Dr. Renkl, Dipl. Kaufmann Seyboth, Direktor Dr. Dengler, Bürgermeister Trost, Kommerzienrat Völk, Direktor Dr. Zergiebel, Professor Dr. Zapf, Dr. Hoefler, Rechtsanwalt Dr. Ebert, Assessor Gösswein, Protokollführer Eck.

126 Die Wirtschaft am bayerischen Untermain, S. 140f. H.H. Brandt kommentiert die „Abspaltung“ zu recht mit „Aschaffenburg darf von Würzburg weg, damit es bei Bayern bleibt“, a. a. O., S. 191.

127 Anregung des amerikanischen Stadtkommandanten an die Vertreter der IHK, Junior Chambers of Commerce nach amerikanischem Vorbild einzurichten, Stadtarchiv Würzburg, Zeitgeschichtliche Sammlungen, Stichwort Wirtschaft, Niederschrift Betr. Vorschlag der Militärregierung zur Gründung einer Junioren-Handelskammer, Niederschrift der Besprechung vom 24.8.1949 (Rauschert).

## Dr. Hans Bolza übernimmt das Präsidentenamt

*„Herr Regierungspräsident Stegerwald eröffnete die Sitzung und gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Dinge, die zur heutigen Sitzung führten. Von Seiten der privaten Wirtschaft sei an ihn der Wunsch hergetragen worden, eine Vertretung zu schaffen, in der die Wirtschaft die Möglichkeit habe, die auftauchenden Fragen und Sorgen zu besprechen. Hierauf wurde der Militärregierung der Vorschlag unterbreitet, eine mainfränkische Wirtschaftskammer zu bilden, deren Präsidium aus 7 Mann bestehen soll. Diesem Präsidium soll ein Beirat bis zu 30 Personen beigegeben werden. In dem Beirat sollen alle Zweige der Wirtschaft und alle Bezirke Mainfrankens vertreten sein. Zum Präsidenten der Wirtschaftskammer Mainfranken wurde Herr Generaldirektor Dr. Bolza ernannt, den Herr Reg.-Präsident Stegerwald nun bat, den weiteren Vorsitz über die heutige Versammlung zu führen.*

*Herr Generaldirektor Dr. Bolza brachte zum Ausdruck, dass er über diese Berufung zunächst überrascht gewesen sei, doch glaube er, dass sich in so ernstesten Zeiten, denen wir entgegengehen, keiner den allgemeinen Pflichten entziehen dürfe und in diesem Sinne wolle er das Amt eines Präsidenten der Wirtschaftskammer Mainfranken übernehmen. Wir vertreten die private Wirtschaft, betonte Herr Präsident Dr. Bolza, und bat die anwesenden Herren des Präsidiums um rege Mitarbeit.*

*Herr Reg.-Vizepräsident Dr. Rick führte aus, dass die Organisation der gewerblichen Wirtschaft sofort in Gang gebracht werden müsse. Über 3 Punkte bestehe zwischen dem Regierungspräsidenten und der Militärregierung Übereinstimmung, nämlich*

- 1. über die Bildung eines vorläufigen Präsidiums, bestehend aus 7 Mann,*
- 2. über die Weiterführung der Geschäfte durch die namentlich benannten bisherigen Geschäftsführer und*
- 3. über die Bildung eines Beirates von 30 Mann.*

*In dem Präsidium, dessen Mitglieder – mit Ausnahme von Herrn Generaldirektor Dr. Bolza und Herrn Bürgermeister Trost – noch überprüft werden müssen, ob keine Bedenken gegen ihre endgültige Einsetzung bestehen, sollen die einzelnen Zweige der Wirtschaft Berücksichtigung finden. Bezüglich der Geschäftsführung behält sich die Militärregierung die Entscheidung vor, wer Hauptgeschäftsführer werden soll. Bedingung ist, dass der Hauptgeschäftsführer nicht in der Partei gewesen sein darf, doch hat die Militärregierung nichts dagegen, dass die Herren Prof. Dr. Zapf, Dr. Hoefler, Dr. Ebert und Ass.*

*Gösswein anfangen mit der Arbeit, vorbehaltlich der Regelung vorstehender Frage. Im Beirat soll der Regierungsbezirk in seiner wirtschaftlichen Struktur Berücksichtigung finden und Stadt und Land vertreten sein.*<sup>128</sup>

Die Militärregierung begann sofort mit einer schematischen „Entnazifizierung“ und verfügte auch für bloß nominelle Parteimitglieder ein Beschäftigungsverbot. Die Konten waren teils beschlagnahmt, teils eingefroren. Niemand wusste welche Verträge noch galten, welche nicht, was produziert werden durfte, was nicht. Der Chef der Militärregierung, Oberst Stocker, stand auf dem Standpunkt, „dass mit dem 1. Mai 1945 sämtliche Verträge als nichtig zu betrachten seien. Der Regierungsvizepräsident Dr. Rick meinte dagegen, dies sei eine grundsätzliche Frage, deren Beantwortung über den Rahmen des Regierungsbezirks hinausgehe. Herr Regierungspräsident Stegerwald hält es für zweckmäßig, zunächst Teilzahlungen zu leisten. In einigen Monaten werde man klarer sehen.“<sup>129</sup>

Welche Probleme in Mainfranken anstanden, teilte Regierungspräsident Stegerwald in dem schon erwähnten Protokoll mit: „Hinsichtlich des Bahnverkehrs sei ihm von der Militärregierung mitgeteilt worden, dass in kürzester Zeit größere Erleichterungen sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr eintreten. Auch der Postverkehr werde allmählich anlaufen, so werde beispielsweise in Aschaffenburg schon Post zugestellt. Herr Stegerwald betonte, dass er der Militärregierung gegenüber die Auffassung vertreten habe, dass das Verkehrsproblem zuerst der Lösung bedürfe, denn wenn der Verkehr nicht funktioniert, so erklärte der Redner, haben alle anderen Sachen keinen Zweck. Dem Arbeitsamt habe er den Auftrag erteilt, vor allem die Landwirtschaft mit Arbeitskräften zu versehen und alsdann mehrere tausend Bauarbeiter für den Aufbau Würzburgs zur Verfügung zu stellen. Würzburg müsse unbedingt auf sechzig- bis siebzigtausend Personen gebracht werden, wenn es seine Pflichten als Regierungssitz erfüllen soll. Ferner habe er Auftrag gegeben, die Trümmer der Brücken zu beseitigen, damit die Wasserstraßen wieder frei werden, denn ohne Schifffahrt keine Kohle! Hierzu bemerkte Herr Dr. Zergiebel, dass es nicht allein genüge, die Fahrrinnen freizumachen, es müsse auch bei der Militärregierung auf die Beseitigung der niedrigen Behelfsbrücken der Amerikaner hingewirkt werden.“<sup>130</sup>

128 Die Wirtschaft am bayerischen Untermain, S. 135-139.

129 Ebenda.

130 Konstituierende Sitzung v. 28.5.1945, IHKWü A. Präs., Protok. 28.5.1945.

## Die Militärregierung: Besatzer, bevor sie zu Verbündeten wurden

Hier ist wieder an Harm-Hinrich Brandt anzuknüpfen, seine Schilderung der Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch. Jeder war froh, dass er überlebt hatte. Aber, wie würde es weitergehen? Man würde die Hauptnazis, die „Bonzen“ und vor allem jene unter ihnen, die sich die Hände schmutzig gemacht hatten, zur Rechenschaft ziehen. Aber durch wen und wie? Die das Kriegsende auf irgendwelchen „Druckposten“ glücklich überlebt hatten oder frühzeitig aus Gefangenschaft entlassen worden waren, trafen zu Hause eine Situation an, mit der sie so nicht gerechnet hatten. Die Alliierten waren nicht gekommen, um die Deutschen zu „befreien“, sondern um die Naziregierung zu stürzen, die Wehrmacht gefangen zu nehmen, die Deutschen „umzuerziehen“ und die Belasteten je nach dem Grad ihrer Belastung durch Berufsverbot, Eigentumsentzug, Gefängnis, Straflager oder gar mit dem Tode zu bestrafen. In der ersten Verlautbarung des US-Oberkommandierenden konnte jeder lesen: „Die Deutschen beginnen jetzt, für die Verbrechen zu büßen, die in ihrem Namen begangen wurden“.

Alle kollektiv verdächtigen und eventuell zu bestrafenden Deutschen ab 18 Jahre hatten in einem Fragebogen über ihre Parteizugehörigkeit, einschließlich deren Gliederungen und ihren Dienst in der Wehrmacht detailliert Auskunft zu geben. Wer den Fragebogen nicht abgab, erhielt keine Lebensmittelkarten und keine Zuzugsgenehmigung. Wer Parteimitglied gewesen war, verlor sofort seine Stellung und seine Bezüge, war er Unternehmer wurde ihm das Betreten seiner Firma verboten und diese durch einen Treuhänder verwaltet – bis zur endgültigen Entscheidung einer Spruchkammer. Höhere Beamte der Justiz und der Verwaltung kamen zunächst einmal in automatischen Arrest. Die örtliche Militärregierung war erste und letzte Instanz und keinem Deutschen, auch nicht den von ihr eingesetzten Verwaltungen gegenüber rechenschaftspflichtig. Diese arbeiteten als Hilfsorgan der Militärregierung<sup>131</sup>.

---

131 Lanzinner a. a. O., S. 174.

## Denazification, Demilitarisation, Deindustrialisation, Reeducation: Die „Nazinester“ in der IHK und bei Koenig & Bauer ausräuchern

Eigenständige deutsche Initiativen wurden erst gar nicht zugelassen<sup>132</sup>. Agiert wurde „auf Befehl der Militärregierung“. Manche Historiker bestreiten, dass es in Deutschland eine Stunde Null gegeben hätte. Das mag man so sehen. Die Formulierung Ulrich Herberts, „*Nie zuvor in der deutschen Geschichte der Neuzeit hatte es einen nachhaltigeren, tiefer greifenden Einschnitt gegeben, als in diesem Moment. ... Ein schärferer Bruch in Politik, Gesellschaft, Kultur und Recht war kaum denkbar*“,<sup>133</sup> trifft exakt den Tatbestand, den man mit dem Wort von der „Stunde Null“ meinte. In Würzburg war sie identisch mit dem ersten US-Offizier, der einen Deutschen nach dem Bürgermeister fragte. Auf seinen Wink hin konnten die Uhren wieder ticken. Wann und wie das geschah, lag in seiner Hand. Bis dahin freilich war „Null“ in Würzburg. Unter den ersten Amerikanern, die in die zerstörte Stadt gekommen waren, hatte es zwei diametral entgegengesetzte Reaktionen gegeben: Die eine, „geschieht den Deutschen ganz recht, sollen sie doch die Suppe auslöffeln, die sie sich selbst eingebrockt haben“, und – das andere Extrem – ein pures Entsetzen über das, was hier der Bombenkrieg angerichtet hatte. Beides drückte sich auch in der Behandlung der Deutschen aus.

Als der Siedler Verlag eine mehrbändige Deutsche Geschichte vorlegte, „Die Deutschen und ihre Nation“, gab Adolf M. Birke seinem Band über Deutschland 1945 bis 1961 den Titel „Nation ohne Haus“<sup>134</sup>. Aus Großdeutschland war ein Territorium ohne Regierung, ohne Namen und ohne genau fest gelegte Grenzen geworden. Birkes erstes Kapitel trägt den einfachen Titel „Besatzung 1945–1949“. Das trifft den Nagel auf den Kopf. „*Die Besatzungsherrschaft griff tief in das Alltagsleben der Deutschen ein und hinterließ deutliche Spuren*.“<sup>135</sup> Die dominierende Rolle der Vertreter der Militärregierung kann man sich heute kaum mehr vorstellen, zunächst meist voller Misstrauen gegenüber den Deutschen schlechthin und weitgehend ohne Kenntnis der Verhältnisse, die sie in den besetzten Zonen vorfinden würden. Alles hing

132 Birke, Adolf. M., Nation ohne Haus, a. a. O., S. 27.

133 Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 1014, S. 550.

134 Berlin 1989.

135 Birke, a. a. O. S., 66.

von der Zustimmung oder Ablehnung der Militärregierung ab. Sie konnte nach Belieben vorladen, verhören, drohen und mitunter auch einsperren lassen<sup>136</sup>.

Durch Berufsverbote und Entnazifizierungsbescheide der Militärregierung wechselten sich in der IHK mehrere Geschäftsführer unter teilweise turbulenten Umständen schnell hintereinander ab. Dr. Hans Bolza hatte sich bei einem 24-jährigen Mastersergeant Cohn einzufinden, der ihm ankündigte, die „Nazinester“ IHK und Koenig & Bauer ausräuchern zu wollen, und wenn sich ein (namentlich genannter) früherer Direktor der Firma nicht kooperationsbereiter, aussagefreudiger auch über die NS-Belastung anderer zeige, werde er diesen für ein halbes Jahr im Lager Hammelburg einsperren lassen.<sup>137</sup> Der von der Militärregierung als Regierungspräsident eingesetzte Reichsarbeitsminister der Weimarer Republik hat sich bitter darüber beklagt, dass er noch niemals derart gedemütigt worden sei wie von diesen ersten Militärregierungen.

*„Die entstehenden Rumpfverwaltungen waren jedoch nicht Ausdruck einer selbstbestimmten Politik. Vielmehr hatten die Notwendigkeiten des Alltags, hatten das Bemühen, für die zahllosen Probleme praktische Lösungen zu finden, absolute Priorität. Zufall und Willkür der Personalentscheidungen waren ebenso wie der häufige Wechsel der Amtspersonen in dieser Übergangsphase keine Ausnahme. Die früh installierten Bürgermeister und Landräte konnten unter den misstrauischen Augen der mit den deutschen Verhältnissen nur ungenügend oder gar nicht vertrauten Besatzungsoffiziere lediglich eingeschränkte und auf die dringendsten Erfordernisse gerichtete Aktivitäten entfalten ... Vieles sah vor Ort anders aus, als die klugen Köpfe in den alliierten Planungsstäben es sich vorgestellt hatten.“<sup>138</sup>*

Eines war in Würzburg anders: eine Apathie als Zeichen allgemeiner Erschöpfung, wie sie sonst weit verbreitet war, gab es hier nicht. Der erste Wurfzettel des von Amerikanern eingesetzten Oberbürgermeisters erschien am 15. April 1945, drei Wochen vor der Kapitulation und unterrichtete die Bevölkerung über die Wiederaufnahme der öffentlichen Verwaltung<sup>139</sup>. Die Losung in Würzburg hieß, „Wir bauen wieder auf.“ Der amerikanische Stadtkomman-

136 Dafür finden sich in den Personalakten Dr. Stephans, Dr. Zapfs, RA Klinglers und Alfred Brandensteins zahlreiche Belege, die meist ein wenig erfreuliches, mitunter drastisches Bild der damaligen Verhältnisse liefern.

137 Er hätte dies auch tun können, ohne sich dafür rechtfertigen oder auch nur näher begründen zu müssen, Verdacht genügte.

138 Birke, a. a. O., S. 28.

139 Schäfer, Dieter, Stadt und Bürger a. a. O., S. 393 f.

# Wurfzettel Nr. 1

## des Oberbürgermeisters der Stadt Würzburg

vom 15. April 1945.

Von der amerikanischen Militärregierung zum Oberbürgermeister der Stadt Würzburg berufen, bitte ich die gesamte Einwohnerschaft, mich in meinem schweren Amt tatkräftig zu unterstützen.

G. Plinkenburg.

1. Sämtliche Dienststellen der Stadtverwaltung befinden sich in der Mozartschule. Parteilverkehr nur von 8—12 Uhr vormittags.
2. Sämtliche freien Wohnungen gelten als beschlagnahmt und können nur mit meiner ausdrücklichen Genehmigung bezogen werden.
3. Der städtische Gesundheitsdienst befindet sich in der Hebbelestraße Nr. 8. Krankenaufnahmen können auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses im Luitpoldkrankenhaus und in der Universitätsfrauenklinik erfolgen.
4. Die Strom- und Wasserzufuhr wird in einigen Tagen erfolgen.
5. Sämtliche Bäcker, Metzger und Einzelhändler mit Lebensmitteln, Molkereierzeugnissen, Obst und Gemüse, finden sich zwecks Besprechung am Dienstag, den 17. April 1945, früh 9 Uhr (Zimmer 23) im Ernährungsamt — Mozartschule ein.
6. Sämtliche Großhändler mit Lebensmitteln, Molkereierzeugnissen, Obst und Gemüse finden sich am Mittwoch, den 18. April vormittags 9 Uhr im Ernährungsamt (Zimmer 23 Mozartschule) ein.
7. Die Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten erfolgt für die Buchstaben A—K am Montag, den 16. April, für die Buchstaben L—Z am Dienstag, den 17. April 1945 und zwar:
  - Stadtbezirk Grombühl einschließlich Lehleite: Pestalozzischule.
  - Stadtbezirk Frauenland: Lehrerseminar.
  - Stadtbezirk Sanderau: Postamt Sanderau.
  - Stadtbezirk Heidingsfeld: Eichendorffschule.
  - Stadtbezirk Steinbachtal und Dailenberg: Steinbachtal 70.
  - Stadtbezirk Zellerau und Nikolausberg: Gasthaus Vogelsburg.

Die Abgabe der neuen Karte erfolgt gegen Vorlage des Personalausweises oder des Fliegergeschädigtenausweises. Der Versuch, Marken doppelt zu beziehen, kann an Hand der geführten Liste festgestellt werden und zieht strengste Bestrafung nach sich.

8. Alle Männer und berufstätigen Frauen im Alter von 15—65 Jahren, sowie alle Frauen im Alter von 15—45 Jahren, die Kriegsdienst geleistet haben, werden hiermit zur Arbeitspflicht aufgerufen u. melden sich am Montag, den 16. April 1945, vormittags 7<sup>30</sup> Uhr wie folgt:

Stadtteil Heidingsfeld	Eichendorffschule
„ Steinbachtal	Zollhaus
„ Zellerau	Neunerplatz
„ Pleich	Augenklinik
„ Stift Haug	Bahnhofhotel
„ Mitte	Luisengarten
„ Grombühl	Josefsplatz
„ Frauenland	Wittelsbacherplatz
„ Sanderau	Huttenscher Garten.

Schaufeln, Rechen, Sägen, Spaten und sonstiges verfügbares Handwerkszeug sind mitzubringen. Arbeitszeit täglich, auch Sonntags, 7<sup>30</sup>—12 13<sup>30</sup>—17<sup>30</sup>. Wer sich dieser Arbeitspflicht entzieht, wird in Haft genommen und dem Militärgericht zur Bestrafung übergeben.

9. Die Ausgehzeit wurde neuerdings von 6 Uhr früh bis 19 Uhr abends verlängert. Ausgehen ist nur aus absolut wichtigen Gründen erlaubt. Ausgehen nach 19 Uhr ist nur mit einem Passierschein der amerikanischen Militärregierung erlaubt.
10. Alle Personen müssen die Proklamationen, Gesetze, Verordnungen und andere Anschläge der amerikanischen Militärregierung lesen und ihr Verhalten dementsprechend einstellen.

Der Oberbürgermeister

dant, der diese Losung gebilligt hatte, hatte damit die Stunde Null beendet. Die Uhren tickten wieder, wenn auch zunächst kaum hörbar und mit wenig Fortschritt.

## Das Leben in der Provinz nach Kriegsende

Es gab Papiere über die Deutschen. Aber was Mitarbeiter der Militärregierungen damit in der konkreten Situation, die sie vorfanden, anfangen sollten, war ihnen häufig unklar. So machten sie zunächst das, was ihr gesunder Menschenverstand ihnen eingab. Das betraf vor allem die politische Säuberung und die Umerziehung. Soweit sie Emigranten waren, konzentrierten sie sich mit besonderem Eifer auf die Säuberung. Im Laufe der Zeit wurden ihre Instruktionen konkreter. Aber, wie diese vor Ort umgesetzt wurden, wie man sie verstand oder verstehen wollte, ist eine andere Sache. Manchmal unterrichtete die Militärregierung die von ihr eingesetzte deutsche Verwaltung ganz oder wenigstens bruchstückhaft über ihre Instruktionen, manchmal gar nicht. Der Alltag der Besatzer und der von ihnen Besetzten, ihren Unterworfenen, war sehr unterschiedlich.

Wie die Situation war, kennzeichnet die Eintragung in das erste Adressbuch Würzburgs nach dem Krieg von 1947, in dem die Militärregierung mit ihren Sachgebieten und verantwortlichen Offizieren als erstes vor der deutschen Stadtverwaltung aufgeführt wurde. Daneben standen die Stäbe der Geheimdienste CIC und CIA und der Army, die von sich aus in die Angelegenheiten der Deutschen eingreifen und verfügen konnten, ohne viel nach der Meinung der Militärregierung zu fragen. Es gehörte zum wichtigsten Herrschaftswissen der in der Verwaltung und der Wirtschaft handelnden Personen, sich in diesen Untiefen einigermaßen zu orientieren und zurecht zu finden.

Man kann den Versuch machen, die unmittelbaren Nachkriegsjahre zu beschreiben<sup>140</sup>. Wer sie nicht erlebt hat, kann sich das zwei Menschenalter später kaum vorstellen. Diese Monate, in denen die Militärregierung den Kammern ihre finanzielle und in mancher Hinsicht auch ihre personelle Basis entzog, in denen sie die Last ihres Anteils an der zusammengebro-

<sup>140</sup> Für Würzburg liegen Zeitzeugenberichte vor von Hans Löffler, OB 1946 – 1948, aus dem Tagebuch des OB, Main-Post Juni/Juli 1956, Otto Stein, 3. Bürgermeister 1952 – 1956, Offen gesagt, Erlebnisse, Erkenntnisse 1945 – 1963, Würzburg 1963, und Michel Meisner, 1946 zeitweise OB und Landrat, Dreißig Jahre danach am Beispiel einer Universitätsstadt, Würzburg 1975. S. dazu auch die zahlreichen Beispiele in den Erinnerungen von Franz Josef Strauß, Berlin 1989.

chenen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches zu tragen hatten, in denen zunächst jeder selbst sehen musste, wo er blieb, heroische Verantwortung einzelner ebenso wie Glücksrittertum, Willkür und Kriminalität sich gleichermaßen bemerkbar machten, hätte für eine Organisation, die man nicht unbedingt brauchte, leicht tödlich sein können. Die Handelskammer wurde hingegen unbedingt gebraucht.

Die neu konstituierte Wirtschaftskammer brauchte sich ihre Aufgaben nicht zu suchen. Sie war schlechthin die Anlaufstelle der Wirtschaft, aber vielfach auch der Anwaltschaft, Notare, Steuerberater und Handwerker. Es gab kaum ein Problem, das nicht an sie herangetragen wurde. Wenn die Kammer überhaupt zum Arbeiten kam, so dank des hohen persönlichen Einsatzes der Unternehmer, denen die täglichen Probleme, für die eine Lösung gefunden werden musste, die Notwendigkeit einer Handelskammer nur allzu deutlich vor Augen führten, und dank der Bereitschaft der früher fest angestellten Mitarbeiter, nun unter unsicheren Beschäftigungsbedingungen, eines jederzeit möglichen Beschäftigungsverbots und zu reduzierten Bezügen das Kammerbüro wieder zum Laufen zu bringen. „In einigen Monaten werde man klarer sehen“, hatte der Regierungspräsident gesagt.

Zu den Beschäftigungs- und Produktionsverboten kamen die Beschlagnahmen und die ersten Ankündigungen bevorstehender Demontagen. Die diesbezüglich möglichen Entscheidungen hingen wie ein Damoklesschwert<sup>141</sup> über den Betrieben und ihren Belegschaften. Die aus dem Krieg stammende Bewirtschaftung ging weiter. Der Papierkrieg wurde mit neuen Formularen weiter gekämpft. Die amerikanischen Behörden demontierten und beschlagnahmten zunächst ohne exakte Planung<sup>142</sup> mehr oder weniger nach Gusto. Fast jeder Tag brachte neue Hiobsbotschaften. Fast jede Stunde stellte irgendjemanden vor eine Entscheidung, über deren Legalität man sich besser keine Gedanken machte, die aber notwendig war wegen des Daches über dem Kopf, der Familie, der Rettung der noch vorhandenen Maschinen, des täglichen Brotes.

Wenige Tage nach der konstituierenden Sitzung der Wirtschaftskammer Mainfranken versammelte Dr. Hans Bolza die in Würzburg ansässigen Mitglieder des kommissarischen Präsidiums, die als Beiratsmitglieder in Aussicht genommenen Herren aus Unterfranken, soweit sie anreisen konnten, und das noch von der Kammer vorhandene hauptamtliche Personal. Dr. Hans Bolza

141 Lanzinner, Maximilian, a. a. O., S. 172.

142 Lanzinner, Maximilian, a. a. O., S. 171.



# Staatsbehörden

## Geschäftsbereich des Arbeitsministeriums

**Arbeitsamt Würzburg**, Schweinfurter Str. 2. F 6956.  
Arbeitsamtsnebenstellen:  
Brückenau, Ludwigstr. 230/31. F 393.  
Gemünden, Friedenstr. 288 $\frac{1}{2}$ . F 40.  
Gerolzhofen, Bahnhofstr. 138. F 160.  
Karlstadt, Hauptstr. 460. F 19.  
Kitzingen, Güterhalstraße. F 15.  
Marktheidenfeld, Oberstr. 9. F 143.  
Ochsenfurt, Hauptstr. 4. F 287.  
**Orthopädische Verscherstelle**, Eichstraße (Neues Gymnasium). F 2189.

## Geschäftsbereich des Finanzministeriums

**Oberfinanzpräsident Nürnberg**, Zweigst. Würzburg, Burkarderstr. 44. F 7161.  
**Finanzamt Würzburg**, Ludwigstraße 5. F 6901. Vorsteher: Brückler, Karl, Präsident. Ständiger Vertreter: Reinwand, Gregor, Steueramtmann.  
**Hauptzollamt Würzburg**, Wittelsbacherplatz 1. F-2449. Vorsteher: Mayer, Hubert, Zollfinanzrat.  
Dem Hauptzollamt unterstehen:  
a) Bezirkszollkommissariate Str.:  
Würzburg-Nord mit Zollaufsichtsstellen Würzburg-Nord, Karlstadt und Arnstein. Kremer, Johann, Bezirkszollkommissar.  
Würzburg-Süd mit Zollaufsichtsstellen Würzburg-Süd, Geroldshausen und Ochsenfurt. Zur Zeit unbesetzt.  
Kitzingen mit den Zollaufsichtsstellen Kitzingen, Iphofen, Wisenstheil und Volkach. Zur Zeit unbesetzt.  
b) Zollämter: Kitzingen, Karlstadt.  
**Reichsbauamt Würzburg**, Ludwigstr. 25. F 6915.  
**Regierungshauptkasse Würzburg**, Burkarderstr. 44. F 7161.

## Geschäftsbereich des Justizministeriums

**Landgericht Würzburg**, Zeppelinstr. 15 II und III. F 6105.  
Der Gerichtspräsident umfasst die Amtsgerichte Arnstein, Aub, Brückenau, Detelbach, Gemünden, Karlstadt, Kitzingen, Marktheidenfeld, Ochsenfurt und Würzburg.  
Landgerichtspräsident: Dr. Lobmiller, Hans, Landgerichtsdirektor; Forster, Adolf. Geschäftsleiter: Lippert, Matthias, Justizoberinspektor.  
**Amtsgericht Würzburg**, Zeppelinstr. 15 P und I. F 6105.  
Dienstaufsichtsführender Richter: Bader, Josef, Amtsgerichtsdirektor. Geschäftsleiter: Wütschner, Karl, Justizinspektor.  
**Staatsanwaltschaft Würzburg**, Zeppelinstraße 15 I. F 6105.  
Oberstaatsanwalt: Schreglmann, Philipp. Geschäftsleiter: Werner, Josef, Justizoberinspektor.

## Sonderministerium

**Spruchkammern:** Würzburg-Stadt I u. II, Ludwigkai 4. F 6931. Würzburg-Stadt III, Hochberger Str. 28 I. F 7096 u. 7068. Würzburg-Stadt IV, Hochberger Str. 28 I, F 7319, 7321 u. 7322. Würzburg-Land, Luxburgstr. 4. F 6437.  
**Berufungskammer**, Mainkai 4. F 6931/389.

## Geschäftsbereich der Deutschen Reichsbahn

**Reichsbahndirektion Nürnberg**  
Reichsbahn-Betriebsamt Würzburg, Schweinfurter Str. 2 I (Zimmer 2, 3, 6, 7, 8 u. 9).  
Vorstand F 6951/371. Stellvertreter, 1. u. 2. Betriebsingenieur, Sicherungs- u. Fernmeldewesen F 6951/361. Personalwesen F 6951/326. Tiefbau, Brückenbau, Oberbau F 6951/361. Anschlußgleise, widerstandsfähige Einrichtungen F 6951/328. Betrieb, Bahnpolizei F 6951/376. Wirtschaftswesen F 6951/320. Wohnungsstelle F 6951/308.  
Reichsbahn-Verkehrsamt Würzburg (s. auch Verkehrsmittelungen S. 160). Schweinfurter Str. 2 (I. Stock, Zimmer 4 u. 5, Erdgesch. Zimmer 4). Vorst. F 6951/385.  
Reichsbahn-Maschinenamt Würzburg, Schweinfurter Str. 2 P (Zimmer 6 u. 7). Vorst. F 6951/381. Stellvert. F 6951/381.  
Bahnhof Würzburg Hbf., Bahnhofpl. 4 I, Vorsteher F 6951/391. Personalangelegenheiten F 6951/325.  
Fahrkartenausgabe und Gepäckabfertigung Würzburg Hbf. (s. auch Verkehrsmittelungen S. 160). Bahnhofpl. o. Nr. Vorsteher F 6951/322.  
Güterabfertigung Würzburg Hbf. (s. auch Verkehrsmittelungen S. 160). Bahnhofplatz 4 Zwischengesch. Vorst. F 6951/381.  
Bahnbetriebswerk Würzburg. Geschäftsräume u. Werkstätten, Eingang Rimpfner Str. 7a. Vorsteher F 6951/370.  
Bahnbetriebswerk Würzburg, Bahnhofplatz 4 Zwischengesch. Vorst. F 6951/348.  
Bahnkraftwerk Würzburg, Fuchleinstr. 4. Vorsteher F 6951/349.  
Bahnteilerei Würzburg Hbf., Fuchleinstr. 6 P. Vorsteher F 6951/395.  
Bahnteilerei Hochbau Würzburg Hbf., Fuchleinstr. 6 P. Vorsteher F 6951/398.  
Sigmisteilerei Würzburg, Schweinfurter Str. 2 I. Vorsteher F 6951/399.  
Bahnhof Würzburg Rangierbahnhof. Vorsteher F 6951/392.  
Bahnteilerei Würzburg Rangierbahnhof. Vorsteher F 6951/396.  
Bahnhof Heidingsfeld-Ost, Würzburg-Heidingsfeld, Bayer. Bahnstrecke Nr. 1. Vorsteher F 65241.  
Bahnhof Heidingsfeld-West, Würzburg-Heidingsfeld, Am Westbahnhof Nr. 7. Vorsteher F 65240.  
Bahnteilerei Heidingsfeld Würzburg-Heidingsfeld, Bayer. Bahnstrecke Nr. 1. Vorsteher F 65241 (Verm.).

**Reichsbankstelle**  
Prymstr. 7. F 2356. Kassenstunden: 8 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
1. Vorstandsbeamter: Kühl, Max, Direktor bei der Reichsbank. 2. Vorstandsbeamter: Schöler, Johannes, Reichsbankrat.  
**Abhängige Reichsbanknebenstellen:**  
1. Aschaffenburg, 2. Kitzingen, 3. Miltenberg, 4. Ochsenfurt, 5. Schweinfurt.

**Regierung von Unterfranken**  
Burkarderstr. 44. F 7161.  
Verzeichnis der Behörden, die der Regierung unterstehen oder mit ihr in Verbindung stehen. Nähere Angaben, besonders über die Stellenbesetzung, können wegen der ständig wechselnden Personalverhältnisse nicht gemacht werden.  
**Abwicklungsstelle des Polizeipräsidenten**, Ludwigkai 4.

**Bayerische Staatsbank Würzburg**, Hofstraße 13. F 2265. Leiter: Dorsch, Joseph, Staatsbankvorstand.  
**Bayerische Tierchutzinspektion Würzburg**, Bismarckstr. 10. F 2379.  
**Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Landesabwicklungsstelle, Vermögensverwaltung** Unterfrank., Bismarckstraße 16. F 6016  
**Bezirksförsterverband Unterfranken**, Burkarderstr. 44. F 7161.  
**Bezirksschulbehörde Würzburg-Land**, Bezirksschulrat Spanheimer, Würzburg-Erthalstr.  
**Bezirksverband Unterfrank.**, Burkarderstraße 44. F 7161.  
**Blindenschule**, Franz-Ludwig-Str. 4.  
**Chef der Landpolizei**, Ludwigkai 4. F 69966.  
**Flurbereinigungsamt**, Zeller Str. 38. F 7058.  
**Gewerbeaufsichtsamt**, Wörthstr. 23. F 7441.  
**Handwerkskammer**, Sandbergstraße 1. F 6992  
**Hauptstelle für Rebenzüchtung**, Veitshöchheimer Str. 150.  
**Hofgartenverwaltung**, Residenzplatz 1. F 2112. Vorstand: Graßl, Heinrich, Garteninspektor.  
**Industrie- und Handelskammer**, Otterstraße 4. F 2137 u. 2138.  
**Kreistierarzt**, Dr. Leicht, Burggrumbach.  
**Landbauamt**, Ludwigkai 4.  
**Landesfürsterverband**, Burkarderstr. 44. F 7161.  
**Landessiedlungsamt**, Burkarderstraße 44. F 7161.  
**Landesversicherungsanst.**, Wörthstr. 23. F 7439 u. 7440.  
**Landratsamt Würzburg** (Gewerbeamt, Fahrbererschaft, Wirtschaftsamt, Wohnungsamt, Kreisbauamt, Ernährungsamt, Bezirksfürsorgeverband, Preisbehörde), Luxburgstr. 4 (ab 1. April 1947 Ludwigstraße 3). F 6106, 6173 u. 6174.  
**Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft**, Wörthstr. 23. F 7439 u. 7440.  
**Landwirtschaftliches Untersuchungsamt**, Würzburg, Luxburgstr. 4 P. F 6402 [StaatsB. u. Postsch. Nr. 39427.]  
**Oberfinanzpräsident Nürnberg**, Zweigst. in Würzburg, Burkarderstr. 44. F 7161.  
**Oberversicherungsamt**, Wörthstraße 23. F 7010.  
**Orthopädische Klinik des König-Ludwig-Hauses**, Berufsanstalt für Krüppelhafte, Brettreichstr. 11. F 6221.  
**Preisüberwachungsstelle**, Ludwigkai 4. F 7161.  
**Regierungsforstamt**, Rennweg (Baracke). F 2384.  
**Regierungshauptkasse**, Burkarderstr. 44. F 7161.  
**Reg.-Kommissariat für das Flüchtlingswesen**, Burkarderstr. 44. F 7161.  
**Regierungswirtschaftsamt**, Weizstraße 3. F 2092 u. 2093.  
**Schloßverwaltung**, Residenzpl. 2. F 2112. Vorstand: Elflein, Georg, Schloßinspektor.  
**Staatl. Chemische Untersuchungsanstalt Würzburg** (für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände), Luipoldkrankenhaus (Bau 5). F 2034.  
**Staatl. Landwirtschaftsstelle**, Luxburgstraße 4. F 6430.  
**Staatliches Luipoldkrankenhaus Würzburg**, Josef-Schneider-Str. 2. F 6906. Direktion: Stellvertretender Direktor: Dr. Ackermann, Dankwart.  
Abteilungs- und Klinikvorstände:  
a) Chirurgische Abteilung und Klinik (Bau 6 u. 7). Stellvertretender Vorstand: Dr. Hart, Alfred.

hatte sich gegenüber dem NS-Regime stets zurückgehalten. Seine Frau galt als rassistisch belastet und ihn selbst umgab wegen seines Göttinger Hintergrunds stets eine besondere Aura<sup>143</sup>. Das Manuskript seiner Rede von Anfang Juni 1945 ist erhalten:<sup>144</sup>

### **Dr. Hans Bolza Juni 1945: Nationales Selbstbewusstsein aufrechterhalten und nationale Würde bewahren**

*„Nachdem ich von unbekannter Hand vorgeschlagen und von der Militärregierung zu einem Amte ernannt worden bin, dem ich bis jetzt fern gestanden und um das ich mich weder früher noch heute bemüht habe, ist es mir ein Bedürfnis, einige Worte an Sie zu richten und kurz auszuführen, in welchem Geist und in welcher Haltung ich mein Amt zu üben gedenke. Das es keine leichte oder gar dankbare Aufgabe sein wird, darüber werden wir wohl alle einer Meinung sein und mein erster Gedanke, als ich von der Ernennung erfuhr, war der: Wie kann ich diese Bürde von mir fernhalten. Wenn ich trotz dieser Bedenken diese Bürde auf mich nehme, so deswegen, weil sich keiner von uns in den kommenden schweren Zeiten den Pflichten der Allgemeinheit entziehen kann. Wir atmen zwar auf, dass keine Jabos mehr auf uns niederfallen, aber wir vergessen vielleicht manchmal, dass unsere eigentliche Leidenszeit ja erst beginnt. Auf diesem Wege durch dunkle Monate und Jahre soll uns aber ein gewisses nationales Selbstbewusstsein aufrechterhalten und wir müssen nationale Würde bewahren. Wir müssen stets eingedenk bleiben unserer großen Geschichte, all der deutschen Männer, die Ansehen und Bewunderung für unser Volk in der ganzen Zeit begründet haben – und nicht zuletzt all der stillen Helden, die in dem gigantischen 6jährigen Kampf ihr Leben gelassen haben. Es wäre traurig und schändlich, wenn wir uns zu einer knechtischen Selbstbezeichnung erniedrigen würden und wenn wir in die Arme-Sünder-Rolle verfielen, die uns manche aufzuschwätzen versuchen. Die überwiegende Zahl der vernünftigen Amerikaner lächelt ja selbst über die Einfältigkeiten, die hie und da zu hören sind. Wenn wir zwar auf der einen Seite auch stolz auf unsere nationale Geschichte*

143 S. dazu Lanzinner, Maximilian, a. a. O., S. 172 sowie die Kennzeichnungen bei Brandt auf S. 88 und im Text S. 111, 2. Absatz.

144 Schreibmaschinenmanuskript IHK-Archiv, auszugsweise veröffentlicht in „Weggefährten einer Handelskammer“, Würzburg 1978, S. 13 ff.

und Vergangenheit zurückblicken sollen, so müssen wir doch auch auf der anderen Seite aus dem furchtbaren politischen Zusammenbruch, von dessen Ausmaß und Tragweite sich wohl noch viele keine rechte Vorstellung gebildet haben, für die Zukunft lernen. Es gab wohl unter uns solche, die schon frühzeitig erkannten, dass der politische Kurs der letzten 14 Jahre unabwendbar zu einer Katastrophe von bisher unbekanntem Ausmaß führen müsse; sie erleben die jetzigen Ereignisse nicht unvorbereitet. Aber die Mehrzahl hing mit tiefer Gläubigkeit an den Ankündigungen und Versprechungen der politischen Führer und für diese ist nun eine ganze Welt zusammengebrochen. Sie sind am schwersten getroffen und müssen sich erst in der neuen Atmosphäre zurechtfinden. Und gerade an diese unter Ihnen möchte ich mich wenden. Trotz Bewahrung unserer nationalen Würde müssen wir lernen, in eine größere Gemeinschaft hineinzuwachsen. Schon vor zwanzig Jahren hat man von der Pan-Europa-Bewegung gehört; ihr Begründer, der Halbasiate Coudenhoven-Kalergi, hat schon frühzeitig die Gefahren erkannt, die Europa von Ost und West bedrohten; aber er hat seinen Kreis zu eng gezogen, er wollte England, dessen Hauptinteressen im Empire verankert waren, von der europäischen Gemeinschaft ausschließen und sich auf ein rein kontinentales Europa beschränken. Dann kam die sog. europäische Kooperation, die England mit einbeziehen wollte und schon größere Aussicht auf Erfolg hatte; aber auch diese war belastet durch die Abwesenheit der Vereinigten Staaten. Es war für die ganze Welt und für uns Deutsche ganz besonders ein Verhängnis, dass sich die Vereinigten Staaten nach dem letzten Weltkrieg von den kleinlichen nationalen Streitigkeiten und Gehässigkeiten und Niederträchtigkeiten so angeekelt fühlten, dass sie sich eine Zeitlang von Europa ganz zurückzogen; es wäre manches anders gelaufen, wenn die Vereinigten Staaten schon damals einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Entwicklung in Europa genommen hätten. In ihrer Abwesenheit jedoch blieben die kleinen europäischen Nationalstaaten sich selbst überlassen und haben nicht ihren Herrn und Meister gefunden; diese Uneinigkeit führte zu der Katastrophe, deren Opfer wir nunmehr geworden sind. Wir müssen, wie ich schon vorhin sagte, in eine größere Gemeinschaft hineinwachsen, die in ganz natürlicher Weise durch die Geschichte gegeben ist und die man mit westlichem Kulturkreis bezeichnen kann. Trotz aller Kränkungen, die einzelne von uns von der Seite von Franzosen oder Holländern oder Tschechen oder sonstigen europäischen Nationalisten erfahren haben mögen, darf nicht mehr der Appell an kriegerische Gewalt die Antwort sein. Wir müssen das Verbindende unserer gemeinsamen westlichen Kultur in den Vordergrund stellen.

***Wir müssen wieder lernen, selbständig zu handeln, ohne jedesmal vorher Langes und Breites zu fragen, ob man zu dieser oder jener Handlung eine Genehmigung braucht.***

*Unsere geographische Lage als Volk der europäischen Mitte macht uns die Wahl zwischen Ost und West gewiss nicht leicht. Neben zahlreichen Anhängern des westlichen Individualismus findet man auch ebenso zahlreiche Verfechter des östlichen Kollektivismus; es gibt bis heute keine überwiegende Mehrheit für die eine oder andere Richtung und daher besteht auch bei uns seit Jahrzehnten ein unentschiedener wirtschaftspolitischer Bruderkrieg. Die Gegensätze Individualismus – Kollektivismus bedeuten in der ökonomischen Sphäre Privatwirtschaft oder Staats- und Kommunalwirtschaft. Und wir in der Wirtschaftskammer haben ausschließlich die Interessen der Privatwirtschaft zu vertreten. Wenn wir in der Wirtschaftskammer Ersprießliches leisten wollen, so müssen wir uns darüber ganz klar sein, dass dies nur durch Förderung und Stärkung der eigenen, der privaten Initiative geschehen kann. Manche, die der Gedankenwelt des Kollektivismus – manchmal sogar unbewusst – nahe stehen, sind geneigt, bei jeder in der Wirtschaft auftretenden Schwierigkeit die Hilfe des Staates anzurufen; sie unterstellen als selbstverständlich, dass der Vater Staat für alle wirtschaftlichen Nöte ein Allheilmittel zur Hand habe, das den Einzelnen eigener Initiative und Arbeit enthebt. Wir müssen wieder lernen, selbständig zu handeln, ohne jedesmal vorher langes und breites zu fragen, ob man zu dieser oder jener Handlung eine Genehmigung braucht. Wenn wir uns wieder auf uns selbst besinnen und dem Individualismus wieder mehr Raum geben, ohne freilich die Bindungen und Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der wir leben und wirken, zu vergessen, so werden wir damit nicht nur der Gedankenwelt der Amerikaner näher kommen, die sich oft über die wirtschaftliche Unselbstständigkeit von uns Deutschen wundern, sondern wir werden damit auch die wirtschaftspolitische Zwiespältigkeit überwinden, von der ich weiter oben sprach. Wir sind durch die Kriegerereignisse ohne Ausnahme schwer getroffen; viele haben Haus und Hof, Hab und Gut verloren, bei anderen sind die Betriebe schwer getroffen oder ausgebrannt; in so verzweifelter Lage ist es menschlich verständlich, wenn manche den Glauben an eine schönere Zukunft verlieren und sich einem theoretischen Kommunismus in die Arme werfen. Freilich verbinden viele mit dem Wort Kommunismus keinerlei klare Vorstellungen; es ist nur der Ausdruck ihrer persönlichen Verzweiflung. Versteht man unter Kommunisten nur die Partei der Unzufriedenen, so dürfte wohl ein sehr hoher Prozentsatz aller Deutschen*

*in ihren Reihen stehen. Aber der größte Teil dieser Unzufriedenen wird eine Kollektivwirtschaft aufs schärfste ablehnen, und daher sollte man nur sparsamen Gebrauch von dem Wort Kommunismus machen. Wir als die Vertreter der privaten Wirtschaft müssen es zu unserem Glaubensbekenntnis machen, dass nur die eigene Initiative, der eigene Wagemut und die eigene Arbeit es sein kann, die uns wieder einer besseren Zeit entgegenführt. Darüber hinaus müssen wir wissen oder uns belehren lassen, dass es nicht wahr ist, dass der Staat für alle wirtschaftlichen Nöte ein Allheilmittel besitze. Da, wo diese Behauptung aufgestellt wird, handelt es sich stets um eine demagogische Lüge, die einer objektiven, wissenschaftlichen Untersuchung nicht standhält. Sobald wir selbst als Vertreter der privaten Wirtschaft uns zu diesen Erkenntnissen durchgerungen und einen klaren Standpunkt, nämlich den der Privatwirtschaft, bezogen haben, werden wir auch den Mut und die Kraft finden, an den Wiederaufbau der Wirtschaft heranzutreten. Soweit es in meinen schwachen Kräften steht, werde ich in diesem Sinne handeln und bitte um Ihre tatkräftige Unterstützung und Mitarbeit.*<sup>145</sup>

Dr. Hans Bolzas Rede vom Juni 1945 war angesichts der Umstände, der Unklarheiten und Unsicherheiten, unter denen sie gehalten worden war, ein seltenes Zeichen der Weitsicht und des Mutes. So, als hätten die Deutschen überhaupt etwas anderes zu sagen und zu tun als das, was ihnen die Besatzungsmächte befehlen würden. Seine Rede einem unfreundlichen Mitglied der Militärregierung – und die gab es damals noch zahlreich – in die Hände gespielt, hätte für ihn zu bösen Konsequenzen führen können und das ohnehin verdächtige „Nazinest“ in erhebliche Bedrängnis gebracht.

Um die Rede voll würdigen zu können, muss man sie in die Zeit noch nicht ein Monat nach dem Zusammenbruch des Reiches und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands stellen, die „Stunde Null“ im Empfinden der Zeitgenossen, die Heinrich August Winkler so beschreibt: *„Nie war die Zukunft in Deutschland so wenig vorhersehbar, nie das Chaos so allgegenwärtig wie im Frühjahr und Frühsommer 1945 ... ‚die Zusammenbruchsgesellschaft‘ ... viele der ehemals ‚Bessersituierten‘, die nun ohne Gehälter, Pensionen oder sonstige regelmäßige Einkünfte waren, mussten zeitweilig primitive Arbeiten verrichten. Die ‚Trümmerfrauen‘, die den Ruinenschutt beseitigten und Ziegelsteine sowie anderes verwertbares Baumaterial retteten, wurden zur Verkörperung*

145 Schreibmaschinenmanuskript IHK-Archiv, auszugsweise veröffentlicht in „Weggefährten einer Handelskammer“, Würzburg 1978, S. 13 ff.

*eines radikalen Tausches der Geschlechterrollen.*<sup>146</sup> Gerade hatten die Siegermächte in ihrer „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland“ ausdrücklich festgestellt, dass es *„in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde „gebe, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und, der Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen“, sie die oberste Regierungsgewalt übernehmen und „alle Befugnisse der deutschen Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden.“*

Und dann mitten in den Trümmern Würzburgs eine Rede wie die Dr. Hans Bolzas, unzensiert, unbehelligt von der Militärregierung und nicht einmal abgestimmt mit den von ihr eingesetzten deutschen Behörden, in ihrer Bedeutung, ihrem Mut und ihrer Weitsicht nach fast 75 Jahren kaum mehr voll zu würdigen und doch war es so – das Ende der „Stunde Null“, wenigstens für die wenigen Unternehmer, die Dr. Hans Bolza damals in Würzburg um sich versammeln konnte, um mit ihnen die IHK wieder aufzubauen.

Dr. Bolza verlor auch später sein schon in der Antrittsrede 1945 angesprochenes Ziel der Wiederherstellung einer freien unternehmerischen Initiative nie aus dem Auge. So nahm er die im Bayerischen Staatsanzeiger vom 11.01.1947 veröffentlichte Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Ehard zum Anlass, in der Präsidialsitzung vom 21.01.1947 „den außergewöhnlichen Umfang der beabsichtigten Planwirtschaft“ zur Diskussion zu stellen: *„Auf Betreiben des Herrn Schuhmacher von der Gewerkschaft (gemeint war der SPD-Vorsitzende) seien die sechs Ministerpräsidenten der britisch-amerikanischen Zone Sozialdemokraten, um die Durchführung der Planwirtschaft von Herrn Dr. Agartz zu gewährleisten. Es wurde Übereinstimmung darin erzielt, dass Planwirtschaft überall da am Platze sei, wo Monopolwirtschaft möglich sei, wie z. B. bei den Verkehrsunternehmungen, bei der Stromversorgung, bei den Hydrierwerken etc., nicht aber bei der übrigen Industrie, wo sie nur in Anbetracht der heutigen Notlage am Platze sei. Es müssten Schritte unternommen werden, um bei diesen übrigen Industrien möglichst bald wieder zu einer freien Entfaltung der Unternehmerinitiative zu kommen. Es wurde besprochen, eine entsprechende Erklärung an die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern zu leiten.“*

---

146 Winkler a. a. O. S., 171.

## Die Handelskammer muss ihre überkommene Struktur den veränderten Verhältnissen anpassen, was nicht ohne Blessuren abgeht

Die lange in Würzburg unterschätzte Notwendigkeit, die aus dem 19. Jahrhundert überkommene Struktur der Kammer im Ehrenamt den veränderten Verhältnissen anzupassen, wurde zwingend, als die amerikanische Militärregierung den Industrie- und Handelskammern ein Fortbestehen ihres öffentlich-rechtlichen Status verweigerte und sie als mehr oder weniger private Vereine ansah, die sie zwar respektierte, wie sie das von zu Hause gewohnt war, mehr aber auch nicht. Bei ihren Informationsbesuchen in den Kammerbüros haben sich US-Besatzungsoffiziere immer verwundert bis amüsiert darüber gezeigt, womit diese deutschen Handelskammern sich alles beschäftigten, auch, wozu sie von den Behörden herangezogen wurden und wofür sie sich für zuständig hielten. Ein Berufsausbildungssystem wie das deutsche unter Verwaltung der IHK kannten die Amerikaner nicht. Das galt auch für die Mitwirkungs- und Anhörungsrechte der IHKs bei beziehungsweise vor staatlichen und kommunalen Verwaltungsentscheidungen. All diese Regeln über Ladenschlusszeiten, Aus- und Räumungsverkäufe, Preisbindungen, Verbot vergleichender Werbung, die zahlreichen Auflagen für den Geschäftsverkehr und anderes mehr hielten sie für „typical German burocratism, no American businessman would accept this.“

Auch der ganze Umfang, in dem in Deutschland kommunale und staatliche Behörden im Geschäftsleben mitredeten, war ihnen unbekannt bis unverständlich<sup>147</sup>. Wenn eine Firma IHK-Mitglied werden wollte, war das ihre Sache, aber Zwangsgliedschaft mit Zwangsbeiträgen vertrug sich nicht mit der amerikanischen Vorstellung von freier Wirtschaft und freiem Wettbewerb. Vom Staat einer Selbstverwaltung übertragene öffentliche Aufgaben waren nach ihren Vorstellungen schlichtweg undemokratisch. Wirtschaftskammern sollten als private Einrichtungen mit freiwilliger Mitgliedschaft zwischen Regierung und Unternehmen vermitteln, aber keine halbstaatlichen

<sup>147</sup> Der Autor erinnert sich an die während seiner Aschaffenburg Handlungskammerzeit häufigen Besuche von US-Offizieren in dem Büro der IHK, bei denen sich diese vor allem für diese Mitwirkungs- und Anhörrechte interessierten. Meist waren sie Reserveoffiziere, die als Geschäftsleute von zu Hause die Chambers of Commerce kannten und sich über die „typical German curiosities“ wunderten, deren Arbeit der Staatsverwaltung eher als denen der Chambers of Commerce ähnelten. Es war bei den legeren Umgangsformen der Amerikaner nie festzustellen, ob das Kontroll- oder Informationsbesuche waren, oder sie sich bloß über die verbürokratisierten, obrigkeitshörigen Deutschen amüsieren wollten. Imponiert hat ihnen dagegen das deutsche Berufsausbildungssystem, obwohl sie auch hier nicht so recht verstanden, warum man deren Regelung nicht einfach der freien Vereinbarung der Betriebe mit ihren Lehrlingen überließ.

Aufgaben mehr übernehmen<sup>148</sup>. Das war Teil des für die besiegten Deutschen vorgesehenen Unerziehungsprogramms. Erst mit dem langsamen Rückzug der US-Militärverwaltung, dem Verzicht auf Umerziehung der Deutschen auch auf wirtschaftlichem Gebiet und der Wiederbelebung einer von der Militärregierung unabhängigen deutschen Verwaltung ließ dieser Druck auf die alten Handelskammern nach, die ihren traditionellen öffentlich-rechtlichen Status mit allgemeiner Mitgliedschaft und Beitragshoheit wiederherzustellen versuchten<sup>149</sup>.

## Das erste Nachkriegspräsidium

Dr. Hans Bolza stellte sich ein Präsidium zusammen, das neben drei Würzburgern auch aus drei Schweinfurter und zwei Aschaffener Ver tretern bestehen sollte. Es war nicht allzu schwierig, dafür geeignete, unbelastete und zur Mitarbeit bereite Herren zu finden. Aus Würzburg waren dies zunächst Dr. Dankmar Zergiebel, Direktor der Würzburger Hofbräu AG., Franz Brand, Direktor der Dresdner Bank Niederlassung Würzburg, Dr. Karl Ludwig Deppisch, Inhaber des Kaufhauses J. B. Deppisch; für Schweinfurt Kommerzienrat Max Kaiser, SKF, Ernst Hermann, Eisengroßhandlung Julius Krönlein, Karl Götz, Direktor der Dresdner Bank Niederlassung Schweinfurt. Für Aschaffener



Dr. Hans Bolza

<sup>148</sup> Lanzinner, a. a. O., S. 201.

<sup>149</sup> Das vorläufige Bundeshandelskammergesetz von 1956 und die dazu gehörenden Ausführungsgesetze der Länder von 1958 schufen nach langen Bemühungen der Kammern eine „vorläufige“ Klarheit für sie, die aber recht lange hielt und immer noch hält, weil sie eben dem gewachsenen Selbstverständnis einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung entsprach. Auch das Damoklesschwert einer paritätischen Besetzung der Kammern wurde mehr oder weniger stillschweigend wieder eingepackt, nicht zuletzt, weil mit dem Abbau der Zwangsbewirtschaftung und der staatlichen Wirtschaftslenkung dort aus gewerkschaftlicher Sicht eigentlich nichts von Bedeutung zu holen gab.

sollten der Kleiderfabrikant Heinrich Euler und ein weiterer Industrieller gewonnen werden, für Schweinfurt zusätzlich noch Kommerzienrat Gademann. Das waren die ersten Namen, später kamen andere hinzu. Wichtig war, dass es gelang, eine regionale und branchenmäßige Balance zu erreichen.

## **Rechtsgrundlage seit Oktober 1945: eine bayerische Rechtsverordnung**

Im Oktober 1945 hatte das bayerische Wirtschaftsministerium mit Erlaubnis der Militärregierung eine Rechtsverordnung erlassen, nach der in München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg, Bayreuth und Würzburg erste IHKs errichtet wurden. Sie hatten einen privatrechtlichen Status, wobei ihnen der Staat bestimmte Aufgaben zuwies. Bis 1958, nachdem im Vollzug des „vorläufigen“ Bundesgesetzes ein bayerisches Landesgesetz den öffentlich-rechtlichen Status der Kammern wiederherstellte, hatte man sich mit der Rechtskonstruktion eines beliebigen Verbandes zu behelfen versucht oder tat einfach so, als sei es wie immer und vertraute auf den Korpsgeist der Wirtschaft und ihre Einsicht in die Notwendigkeit einer effizienten regionalen Interessenvertretung – meist mit Erfolg, aber nicht immer, wie das Beispiel Aschaffenburg zeigt. Auch im bayerischen Wirtschaftsministerium übersah man das juristische Grundsatzproblem des Kammerstatus, möglicherweise, um einem Konflikt mit der Militärregierung, von der man wusste, welche Meinung man dort über die „freien“ Kammern als private Vereine hatte, zu vermeiden. Man tat im Ministerium wie bei den Kammern so, als gäbe es das Problem nicht, setzte die gewohnte Rechtsaufsicht fort, genehmigte Prüfungsordnungen und Änderungen im statutarischen Recht der Kammern sowie bei Abgrenzung der Kammerbezirke, legte Wert darauf, dass sich die Bezüge und Pensionen der Angestellten nicht höher als die vergleichbarer Landesbeamter entwickelten und anderes mehr. Der Münchner Hauptgeschäftsführer hielt engen Kontakt zum Amtschef des Ministeriums und stimmte sich regelmäßig mit ihm ab.

## **Dr. Hans Bolza: „Einen Hauptgeschäftsführer benötigen wir vorerst nicht“**

Während das Ehrenamt der Kammer unter Präsident Dr. Hans Bolza relativ schnell nach dem Stillstand 1945 wieder Tritt fassen konnte, lässt sich dies von der Geschäftsführung nicht sagen. Zwar hatte die Regierung von Unterfranken im Einverständnis mit der Militärregierung die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter der früheren Gauwirtschaftskammer genehmigt, allerdings vorerst keinen Hauptgeschäftsführer, „denn dieser darf dann kein PG (Mitglied der NSDAP) gewesen sein. Bolza: „Einen Hauptgeschäftsführer benötigen wir vorerst auch nicht.“<sup>150</sup>

Nach Kriegsende war Dr. Zapf nach Würzburg zurückgekommen, wurde von der IHK zunächst als Justitiar, dann auch als Hauptgeschäftsführer wieder angestellt, musste aber kurze Zeit danach auf Verlangen der Militärregierung entlassen werden und sich einem öffentlichen Spruchkammerverfahren stellen. In der „Main-Post“ wurde er, als er die Intervention des Gauwirtschaftsberaters gegen seine Übernahme als Hauptgeschäftsführer der Gauwirtschaftskammer zur Sprache brachte und dies als einen Fall politischer Verfolgung schilderte, übel behandelt, Schlagzeile: „Ein einmaliger Fall von Dreistigkeit.“ Viele seiner Freunde hätten den aktiven Mann gerne wieder in seiner früheren Stelle gesehen. Aber diese war nach einigen Wirrungen<sup>151</sup> inzwischen durch Rechtsanwalt Alfred Brandenstein besetzt<sup>152</sup>.

Alle Beamten und Angestellten der Kammer unterlagen im Sommer 1945 einem Berufsverbot und fanden erst langsam über den Umweg einer Beschäftigung als Hilfsarbeiter wieder an ihren früheren Arbeitsplatz zurück. Man musste versuchen, möglichst als „Mitläufer“ eingestuft zu werden, um überhaupt wieder Beschäftigung zu finden, die beschlagnahmten Konten frei zu bekommen und in die alten Stellungen zurückzukehren (anstelle der untergeordneten Tätigkeit, die für Ex-Nazis erlaubt war und nicht mehr als 150 – wertlose – Reichsmark pro Monat betragen durfte). Als Parteimitglied seit 1933, Blockwart der NSV und stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Gauwirtschaftskammer und dort „Abwehrbeauftragter“ gehörte der eigentlich harmloseste in der Geschäftsführung, Dr. Helmut Hoefler, zur Gruppe der „Belasteten.“ Hoefler gelang erst 1948 nach Vorlage zahlreicher „Persil-

<sup>150</sup> Mitteilung Brandt an den Autor vom 29.10.2010.

<sup>151</sup> S. dazu die Bemerkungen bei Harm-Hinrich Brandt, a. a. O., S. 212.

<sup>152</sup> S. dazu Brandt a. a. O., S. 94 f.

scheine“ eine Umgruppierung zum „Mitläufer“ und damit eine Wiedereinstellung als Geschäftsführer in der IHK. Nach Erlass des 131er Gesetzes, das die Wiedereingliederung von Beamten regelte, die von der Militärregierung aus politischen Gründen entlassen worden waren, erstritten sich die früheren Beamten des mittleren Dienstes in der Kammer ihre Wiedereinstellung, die des höheren Dienstes ihre Pensionszahlungen.

Und die anderen? Rechtsanwalt Klingler, der obgleich unbelastet auf Anordnung der Militärregierung ohne Begründung hatte entlassen werden müssen, machte sich als Anwalt selbstständig und war für die Kammer nur noch beratend tätig. In der Präsidialsitzung vom 28.09.1945 hatte man Klingler noch ein Gehalt von 1.500 RM gewährt<sup>153</sup>. Dr. Zapf kämpfte um seine Versorgung und gegen das zweifache „Unrecht“, das ihm angetan worden war, konnte sich aber als Anwalt und zusätzlich später auch als Geschäftsführer des Groß- und Außenhandelsverbandes wieder eine berufliche Basis verschaffen. So sah also das „Nazinest“ aus, das Mastersergeant Cohn austräuchern wollte.

Harm Hinrich Brandt zur neuen Kammerführung in Würzburg:<sup>154</sup> *„Der weiter amtierende Hauptgeschäftsführer aus der Kriegszeit, Dr. Zapf, musste im Zuge der Denazifizierung entlassen werden. An seine Stelle trat Diplomkaufmann Josef Klingler, der freilich 1946 ebenfalls einem Spruchkammerverfahren unterworfen wurde und entlassen werden musste. Nach seiner Einstufung als unbelastet kehrte er jedoch nicht in die Geschäftsführung zurück, sondern konzentrierte sich auf eine Anwaltstätigkeit. Als Anwalt wurde er in die Treuhandverwaltung für das Kammervermögen eingeschleust und leistete der Kammer in dieser Funktion sehr wertvolle Dienste. Darüber hinaus stand er der Kammer als freier Berater zur Verfügung, in den Präsidiumssitzungen der Nachkriegsjahre war er regelmäßig anwesend. Es scheint, dass diese Rollenverteilung wegen der Vermögensfragen bewusst vorgenommen wurde.“*<sup>155</sup>

153 BWA, K 11/664. Zur Entscheidungsfindung über eine Vergütung, die Klinglers Leistungsfähigkeit entsprach, wurden Gehälter in der Bezirksregierung herangezogen: Regierungspräsident Stegerwald 1.200 RM netto, Regierungsvizepräsident Rick 465 netto und der Bezirksbürgermeister 250 RM brutto, wobei aus dem Protokoll nicht hervorgeht, was unter Bezirksbürgermeistern zu verstehen war. Die Entscheidung für die Bezüge Klinglers fiel einstimmig. Bei den Beträgen ist zu würdigen, dass sie bei dem allgemeinen Lohn- und Preisstopp nur für bewirtschaftete Güter galten. Auf dem (an sich verbotenen) freien, das heißt schwarzen Markt, galten ganz andere Größenordnungen.

154 Brandt, a.a.O., S. 184.

155 IHK, Personalakte Klingler. Zu seinen Aktivitäten in der Vermögensverwaltung und in den Auseinandersetzungen mit der IHK Aschaffenburg in den Kapiteln „Wir bauen auf und folg. vgl. unten S. 200 ff.

## Die Affäre Stephan

Als Rechtsanwalt Klingler gehen musste, war hinsichtlich der hauptamtlichen Kammerführung Not am Mann. Als Rettung bot sich der örtliche Geschäftsführer des Groß- und Außenhandelsverbands Dr. Reinhold Stephan an, 1903 in Bochum geboren, dann wohnhaft in Marktbreit. Als politisch Verfolgter und mit einer Jüdin verheiratet<sup>156</sup>, schien er als Lösung „persona gratissima“ für die Militärregierung. Eine Aktennotiz vom 11. März 1947 hält den Weg zu seinem Wechsel an die Kammer fest: *„Am 8. März war ich (offensichtlich RA Klingler) mit Dr. Stephan bei Oberst Bradford, Frl. Kuhn übersetzte. Ich habe erklärt, dass uns daran liege, Herrn Stephan in die Kammer zu bekommen, weil er politisch in keiner Weise belastet ist. Es fehlt uns aber an Räume(n). Oberst Bradford verwies uns auf unsere Privatinitiative. Er steht dem Wiederaufbau der Kammer wohlwollend gegenüber. Bis zum Wiederaufbau des Kammergebäudes, bis also ein Arbeitsraum für Herrn Stephan da ist, bat ich ihn als Treuhänder zu bestellen. Oberst Bradford hat uns an Capt. Wahlquist und Lt. Cashdem befohlen. Lt. Cashdem beanstandete an dem Fragebogen von Herrn Stephan, dass er für die Hoges<sup>157</sup> gearbeitet habe und will den Fragebogen von der Spezial-Branch prüfen lassen. Capt. Wahlquist will durch den Wohnungskommissar für Räume sorgen.“*<sup>158</sup>

Wie Dr. Stephan nach Marktbreit gekommen war, ist heute nicht mehr feststellbar. Er blieb dort wohnhaft und erledigte die Kammergeschäfte auch überwiegend von dort aus. In der Kammergeschäftsstelle in Würzburg hielt er sich nur unregelmäßig auf und wenn, gab es meist irgendwelchen Ärger mit den Angestellten. Aktenvermerke und eidesstattliche Erklärungen über seine Amtsführung wechselten einander ab. Auf Kritik reagierte er mit der Bemerkung, das Würzburger Nazinest IHK werde er schon ausräumen. Kurz, es ging sehr turbulent und häufig auch laut zu. Man wunderte sich schon etwas. Eine Denkschrift aus der Feder Klinglers, mit der im Untermaingebiet der dortigen, gegen Würzburg gerichteten Agitation entgegengetreten werden sollte, blieb einfach liegen. Aber alles wäre vielleicht doch gut gegangen, wenn die Militärregierung Dr. Stephan nicht einer Fragebogenfälschung überführt hätte. Ein von der Kammer angeforderter Strafregisterauszug wies eine Vorstrafe 1932 wegen eines Steuerdelikts aus, Geldstrafe RM 10.000 + 90 Tage

<sup>156</sup> Schreiben Marktbreit, 10.01.1946 in den Personalakten der IHK.

<sup>157</sup> Als Wirtschafts- und Preisprüfer für die Fa. Hoges Berlin.

<sup>158</sup> Original in der Personalakte Stephan, IHK Archiv [roter Aufkleber].

Gefängnis, die er 1934 verbüßt hatte. Daraufhin erteilte ihm die Spruchkammer Würzburg durch einstweilige Anordnung Beschäftigungsverbot. Dr. Stephan hatte gehofft, die Gerichtsakten in Berlin seien den Kämpfen zum Opfer gefallen, ein fataler Irrtum. Das Präsidium der Kammer beschloss am 14. August 1947, dass „wegen Fehlens der sachlichen und persönlichen Eignung“ eine Weiterbeschäftigung nicht möglich sei.

Auf Stephans Nachfolger waren aus dessen „Erbmasse“ zwei Hauptaufgaben zugekommen, der Wiederaufbau der Kammergebäude und die Separation Aschaffenburgs. Die erste war bereits im Gange, die zweite sollte gerade beginnen.

## „Wir bauen auf!“ – auch die IHK

Ganz allgemein, in der Wirtschaft und bei den Behörden, hielt man nach dem Zusammenbruch einen schnellen Wiederaufbau der IHK für dringend geboten, die neu eingerichteten Behörden brauchten einen Gesprächspartner der Wirtschaft<sup>159</sup>, die Unternehmen brauchten eine Repräsentanz und einen Ansprechpartner für ihre Belange und Nöte. Dr. Hans Bolza hatte das Heft in die Hand genommen und einen Kreis der „Männer der ersten Stunde“ um sich versammelt. Ganz wichtig und auch schwierig war es, einen geschäftskundigen Mann ihres Vertrauens zu finden, der in ihrem Auftrag die Kammer in der Tagesarbeit vertreten konnte.

Die Kammer hatte nach Kriegsende 22 Mitarbeiter. Sie brauchten ein Dach über dem Kopf, eine Adresse, unter der sie für jedermann erreichbar waren und einen Geschäftsbetrieb unterhalten konnten. Darum wunderte es nicht, dass die Instandsetzung der ausgebrannten Kammergebäude in der Neubau- und der Ottostraße ein zentrales Thema schon der ersten Präsidialsitzungen war. Das Präsidialprotokoll vom 28. September 1945 hielt fest, dass Rechtsanwalt Klingler über die Räumungsarbeiten im Anwesen Ottostr. 4, dem Anbau von 1938, berichtete.<sup>160</sup> Architekt Zippelius hatte in einem Gutachten als vordringlichste Maßnahme die Errichtung eines Notdaches über diesem früheren Bürotrakt zu einem Kostenaufwand von 4.000 Reichsmark für unbedingt

<sup>159</sup> Welche Bedeutung damals den IHKs zukam, zeigt das in der Präsidialsitzung vom 09.11.1945 vorgelegte „Schreiben des Ministeramtes in München“, die „Einberufung eines beratenden Landesausschusses als Vorläufer eines zukünftigen Landtags“ betr., mit dem die bayerischen IHKs ersucht wurden, je sechs Herren für einen beratenden Landesausschuss zu benennen, der bis zur Wahl eines bayerischen Landtags dessen Geschäfte übernimmt.

<sup>160</sup> BWA, K 11/664.

erforderlich bezeichnet, bei Gesamtaufbaukosten von 60.000 Reichsmark. Das Präsidium stimmte dem Vorschlag für ein Notdach einstimmig zu. Bei diesen Zahlen muss man berücksichtigen, dass bei dem allgemeinen Lohn- und Preisstop das Kunststück für Klingler darin bestand, die behördliche Genehmigung für ein Notdach und Materialzuweisungen zu diesem Preis zu erhalten und eine Baufirma zu finden, deren Arbeiter bereit waren, zu diesen Löhnen zu arbeiten. Mit Schwarzarbeit und Tauschgeschäften wäre sehr viel mehr zu verdienen gewesen. Es gab schließlich einen blühenden Schwarzmarkt, den man mit administrativen Maßnahmen nicht austrocknen konnte. Aber wenn überhaupt etwas voranging, dann, weil die Unternehmen zu praktisch wertlosen Gewinnmargen und die Arbeiter zu minimalen Löhnen und Lebensmittelkarten, die nicht einmal das Existenzminimum sicherstellen konnten, an die Arbeit gingen. Im Zusammenhang mit seinen Aufgaben beim Wiederaufbau des Kammergebäudes erhielt Rechtsanwalt Klingler eine Gehaltserhöhung von 150 auf 1500 Mark, die ihn besser stellte als den Regierungspräsidenten.

## **Auch andere Ämter und Verbände unter das Dach der Kammer nehmen?**

In der Präsidialsitzung vom 9. November 1945 konnte Klingler berichten, *„dass ein Notdach für das Kammergebäude genehmigt sei. Die Firma Baugeschäft Dressler, Aschaffenburg, liefert das notwendige Holz, während Zimmermeister Zahn, Würzburg, den Dachstuhl errichten wird. Das für die Abdeckung notwendige Blech ist reserviert. Mit Herrn Architekt Schütze wurde auch bereits wegen der Lieferung von Fenstern verhandelt. 75 Fenster sind auf Abruf bestellt. Ein Antrag auf Zuweisung von Glas läuft bei der Stadt. Herr Rechtsanwalt Klingler veranschlagt, dass bei dem augenblicklichen Umfang der Kammer etwa zwölf Zimmer gebraucht werden. Sie sollen nach Bedarf von April ab bezogen werden, während zwei Zimmer als Verbindungsbüro bei der Militärregierung beibehalten werden (die Advisors!). Von der IHK nicht gebrauchte Räume sind nach Ansicht von RA Klingler anderen Ämtern zur Verfügung zu stellen, die sich eventuell. an den Kosten der Wiederherstellung des Gebäudes beteiligen. Er schlägt vor, andere größere Wirtschaftsverbände, wie die Handwerkskammer und den Einzel- und Großhandel zu wählen.“* Dem stimmte das Präsidium zu, außer-

dem der Bestellung eines Hausmeisters (Adolf Döpfert) und der Erweiterung des Präsidiums durch „Herrn Euler aus Aschaffenburg und einen weiteren Herrn aus einen anderen Aschaffener Industriezweig (das wurde Carl Ritzauer, Vorstandsmitglied der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, Werk Obernburg), ebenso Herrn Gademann in Firma Gademann & Co, Schweinfurt, und einem Herrn aus der Firma SKF (dafür kam Kommerzienrat Max Kaiser).“ In der Präsidialsitzung vom 21. Januar 1947 berichtete Rechtsanwalt Klingler über den Fortgang der Wiederinstandsetzungsarbeiten am Neubau Ottostraße 4, die sich bisher nur auf die Parterreräume, erstes und zweites Stockwerk erstreckten, über die schwierige Materialbeschaffung und über die Möglichkeit der Überlassung von Räumen im dritten und vierten Stock an freiwillige Fachverbände des Handels und der Industrie. Alle Anwesenden waren einstimmig der Ansicht, dass die Wiederinstandsetzung des Neubaus Ottostraße 4 in Parterre, erstem und zweitem Stock beschleunigt durchgeführt werden soll, damit der Einzug sobald wie möglich stattfinden könne. Das Protokoll der Sitzung hielt fest: *„Zu Punkt 1c) sprach RA. Klingler über das Ergebnis der eingeholten Gutachten der beiden Statiker Chrislau und Marga; danach droht das ausgebrannte Mauerwerk des Altbaus Neubastr. 66 einzustürzen, wenn nicht umgehend Vorsichtsmaßnahmen zur Erhaltung des Gebäudes getroffen werden. Nach dem Gutachten der Statiker droht auch der etwaige Einsturz des Altbaus den mit ihm fest verbundenen Neubau in Mitleidenschaft zu ziehen. Herr RA. Klingler gab sodann den Feuerkassenwert der beiden Grundstücke mit 140.000 RM bzw. 115.000 RM an. Abschließend erklärte Architekt Schütze die näheren technischen Einzelheiten und erwähnte, dass es sich in jedem Fall lohnen würde, die Aufwendungen zu machen für die Erhaltung des Altbaus Neubastr. 66.“*

## **Euler: Auch die Gewerkschaften**

*„Herr Euler (Aschaffenburg, der erstmalig an einer Präsidialsitzung in Würzburg teilnahm) stimmte vorbehaltlos der Erhaltung des Altbaus zu, da ihm die Aufwendungen wirtschaftlich notwendig erschienen. Er erwähnte aber, dass alsbald ein genauer Kostenvoranschlag über die aufzuwendenden Kosten für die Erhaltung des Altbaus gegeben werden müsse.*

*Die Mitglieder billigten einstimmig den Vorschlag der Geschäftsführung, Verhandlungen mit den einschlägigen Organisationen – insbesondere dem Verband der Einzelhändler, dem Verband der Großhändler, der Produktenbörse*

*und auch dem Zentralbüro der Würzburger Gewerkschaften aufzunehmen zwecks Vermietung von Einzelräumen im Neubau Ottostr. 4. Insbesondere unterstrich Herr Euler die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft, zumal sie im Zuge der künftigen gesetzlichen Entwicklung im neuen Betriebsrätegesetz maßgebenden Einfluß in den Betrieben selbst haben werde. Herr RA. Klingler trug sodann vor, dass ein Teil des Altbaus der Firma Göbel für die Unterbringung von Bauhandwerkern zur Verfügung gestellt werden solle, damit die Kammer auch in dieser Form mitarbeite für den alsbaldigen Wiederaufbau der Stadt Würzburg. Die Verhandlungen mit der Firma sollten weiter vorbereitet und nach fertiger Formulierung dem Präsidium vorgelegt werden.*<sup>161</sup>

## Die Kosten des Wiederaufbaus

Inzwischen war die Geschäftsführung der Kammer auf Intervention der Militärregierung von RA Klingler auf den später wieder entfernten Dr. Stephan übergegangen. Dieser legte am 21. Januar 1947 dem Präsidium die erste Aufstellung über die bisherigen Aufwendungen beim Wiederaufbau der Kammergebäude vor:

Ottostraße 4	
Rohbauarbeiten:	Kostenvoranschlag RM 101.900, bisher aufgewandt, RM 50.190
Innenausbau:	Kostenvoranschlag RM 97.900, bisher aufgewandt RM 19.570
Allgemeine Kosten:	Architektenhonorar, Transportauslagen,
Sonst. Unkosten:	Kostenvoranschlag RM, 26.500, bisher aufgewandt RM 11.265
Summe Kostenvoranschlag: RM 226.300, bisher aufgewandt	<u>RM 81.026</u>
Absetzungen (Verkäufe)	<u>RM 1.624</u>
	<u>RM 79.401</u>

<sup>161</sup> BWA, K 11/664.

<b>Neubaustr. 66</b>					
Rohbauarbeiten					
geschätzt	RM	107.500	bisher aufgewandt	RM	7.696
Innenausbau					
geschätzt	RM	42.800	bisher aufgewandt	RM	297
Allgemeines					
geschätzt	RM	7.500	bisher aufgewandt	RM	3.949
Voranschlag insges.	RM	157.800	bisher aufgewandt	RM	11.943
Absetzungen (Verkäufe)				RM	242
			Insgesamt	RM	<u>11.700</u>

Diese von dem früheren und inzwischen wieder eingestellten Kassenleiter Emil Eck angefertigte Vorlage sollte ein Bauausschuss bestehend aus Direktor Dr. Zergiebel, Direktor Brandt und Ingenieur Munz nachprüfen und die allgemeinen Finanzfragen wie die weiteren Voraussetzungen für die Fortführung der Bauten, „insbesondere den Eingang der Beiträge seit der Kapitulation, den Umfang der Rückstände und die Möglichkeit der Freigabe des Kammervermögens klären“, ferner, „ob es erforderlich ist, dass die Kammer einen Kredit aufnimmt.“

Die Aufstellung Ecks gibt eine Vorstellung von den Aufwendungen beim Wiederaufbau der Kammergebäude noch vor der Währungsreform, wobei der Auftrag an den Bauausschuss weit in den Geschäftsbereich der Kammer hineinreichte, wozu auch die Vermietung der zukünftigen Geschäftsräume und die Zuteilung der Zimmer der Angestellten gehörten. Diese Verhandlungen führte nicht der kommissarische Hauptgeschäftsführer, sondern der Bauausschuss. Seine Mitglieder entschieden unmittelbar in das Kammerpersonal hinein. Auch wer von den wegen politischer Belastung entlassenen früheren Kammerbeamten seine Wiedereinstellung betrieb, wählte den Weg über einflussreiche Mitglieder des Präsidiums<sup>162</sup>.

<sup>162</sup> Ein Beispiel dafür ist die Wiedereinstellung des früheren Verwaltungsleiters. Das gesamte Personal und der Betriebsrat widersprachen. Ein Präsidialmitglied setzte aber seine Einstellung, wenn auch nicht als Verwaltungsleiter, sondern als Sachbearbeiter durch. Ein besonders gewandter Außenseiter auf diesem Posten, den der Hauptgeschäftsführer gerne behalten hätte, musste gehen.

Der Präsident selbst hielt sich aus diesen Angelegenheiten im Allgemeinen heraus, auch wenn er wiederholt deswegen angegangen wurde. Ihm lag daran, das Präsidium zu einem Informationszentrum mit Erfahrungsaustausch zu machen. Das Präsidium sollte nach seiner Meinung weniger in die Geschäftsführung hineinregieren, als vielmehr durch gegenseitige Information auch für die Führung der Betriebe Orientierungen und Anregungen geben und dadurch einen Anreiz zur Beteiligung an der Kammerarbeit bieten. In der Anfangszeit nach der Kapitulation kam den Kammern vor Ort für die Beratung der Unternehmen auch deshalb eine zentrale Rolle zu, weil sich nach Auflösung der NS-Selbstverwaltungsorganisationen die früheren freien Verbände erst nach und nach wieder etablieren konnten.

### **Ein stolzer Tag: das Richtfest, aber doch so ganz anders als 1938**

Am 28. März 1947 konnte Richtfest gefeiert werden mit allen, die dazu gehörten. Präsidium, Bauausschuss, Mitarbeiter, Bauhandwerker, Zimmerleute waren versammelt, die Richtfestkrone wurde hochgezogen und der Polier der Baufirma trug einen längeren Richtspruch vor, in dem es unter anderem hieß:



Richtfest der Handelskammer, Wiederaufbau, 1946



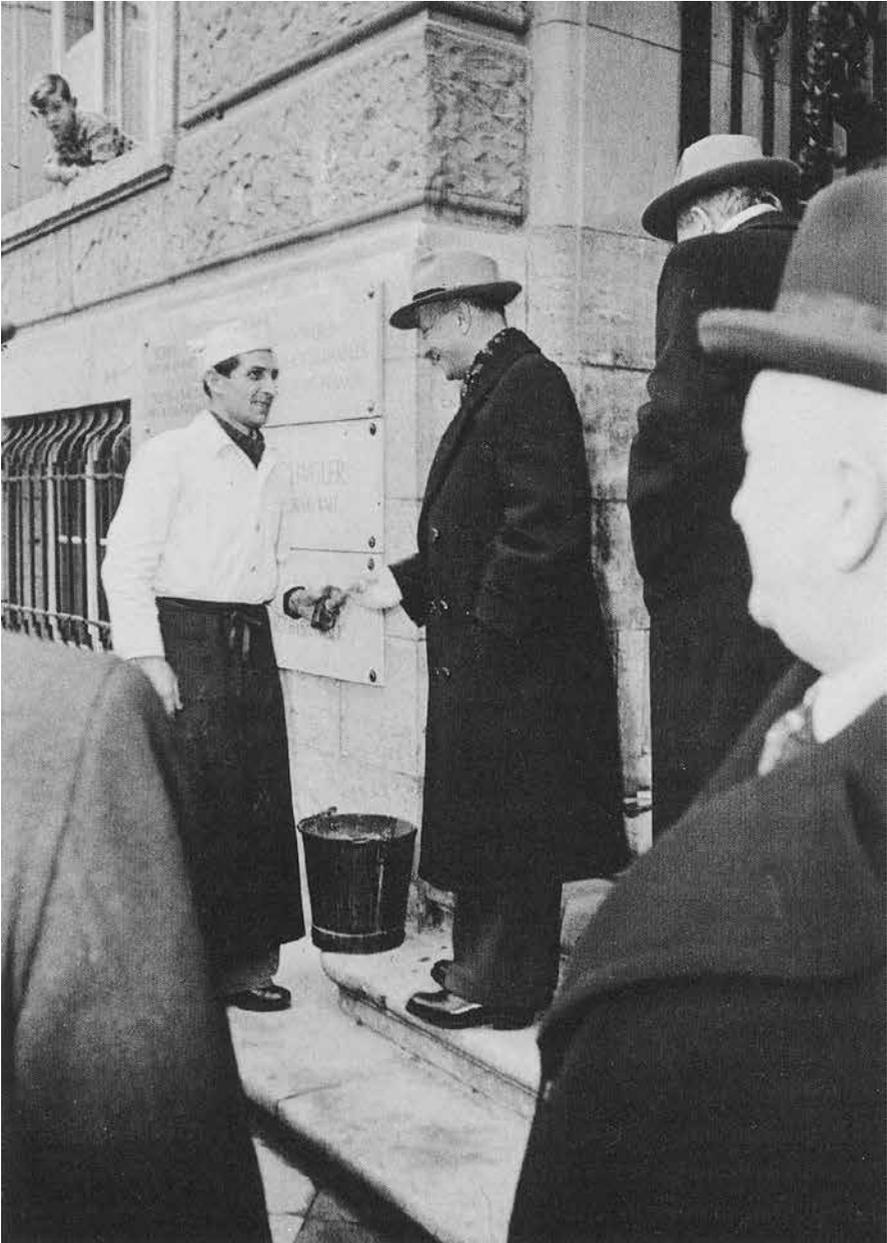
Richtfest der Handelskammer, Wiederaufbau, 1946



„Drum bringe unser Richtspruch aller Wegen der Industrie- und Handelskammer Segen; dass ihrer Arbeit reicher Lohn beschert; und ihres Wirkens Kraft zum Wohle aller mehrt.“ Mit dem Wiederaufbau der Kammergebäude war ein Signal gesetzt, für die Kammer selbst, für die Wirtschaft und für die schwer angeschlagene Stadt Würzburg, der Gefahr drohte, zentrale Funktionen von früher zu verlieren, wie etwa auch die Universität. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Ungeniertheit konkurrierende Städte, die der Krieg weniger mitgenommen hatte, an dem „Interesse“ zeigten, was in Würzburg verblieben war.



Bildmitte der Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel, links Oberbürgermeister Dr. Franz Stadelmayer, rechts Kammerpräsident Dr. Hans Bolza, im Hintergrund Präsidialmitglieder – bei der Schließung des Dokumentengrabes am 10. Februar 1951



Wiederaufbau des Kammergebäudes: Staatsminister Dr. Hans Seidel schließt das Dokumentengrab (10. Februar 1951)

Die Kammerzeitschrift brachte, der Zeit entsprechend, eine nüchterne, kurze, zusammenfassende Darstellung des Wiederaufbaus: *„Die Kammer ist in der Lage gewesen, alle vorläufig mit der Geschäftsführung beauftragten Leiter der Bezirksstellen und Industrie- und Handelsgremien nach Würzburg einzuladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich durch Inaugenscheinnahme über den Wiederaufbau der beiden Kammergebäude und über die bisher erzielten Ergebnisse in der weiteren Ausgestaltung der Kammerorganisation zu unterrichten. In dem Gebäude Ottostr. 4, in dem sich die Räume der Industrie- und Handelskammer befinden, sind bereits einige der Industrie- und Handelskammer nahestehenden Verbände und Organe der Selbstverwaltung der Wirtschaft untergebracht worden. Der Not der Zeit Rechnung tragend und um einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Unterfrankens und Würzburgs, der am schwersten durch den Krieg heimgesuchten Stadt, zu leisten, wurde das Gebäude Neubastr. 66 für die Unterbringung von Bauhandwerkern der Bauwirtschaft zur Verfügung gestellt, weil dieses ein dringendes Erfordernis war und auf diese Weise auch der allgemeine Wiederaufbau am besten gefördert wird. Dadurch, dass es der Industrie- und Handelskammer gelungen ist, trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten einen größeren Raum zu schaffen, in dem die künftigen Versammlungen der Beiräte, die Versammlungen der oben genannten mit der Kammer zusammenarbeitenden Wirtschaftsverbände sowie auch die Lehrabschlussprüfungen abgehalten werden können, glaubt die Kammer, einen wichtigen Schritt für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Unterfrankens getan zu haben.“*<sup>163</sup>

## Wiederaufbau des Lehrlings- und Prüfungswesens

*Gerade der letzte Punkt ist von besonderer Wichtigkeit, um den heute mehr denn je notwendigen Nachwuchs an tüchtigen Fachkräften für die Wirtschaft des gesamten Kammergebietes heranzubilden und zu sichern. Wie alles, so lag auch das Lehrlings- und Prüfungswesen vollkommen darnieder, da durch die Kriegereignisse sämtliche Einrichtungen vernichtet worden sind. Trotz außerordentlicher Schwierigkeiten hat die Kammer im Jahre 1946 in Zusammenarbeit mit Aschaffenburg, Schweinfurt und dem gesamten unterfränkischen Gebiet die Voraussetzungen geschaffen, erstmals nach der Kriege wieder Lehr-*

---

<sup>163</sup> Mitteilungsblatt der IHK Unterfranken Würzburg, Nr. 3/4 April 1947, S. 2f.

*abschlussprüfungen für Kaufleute und Facharbeiter durchführen zu können. Es wurden bereits wieder insgesamt 800 Kaufleute und Facharbeiter geprüft. Die Ergebnisse dieser Prüfungen haben gezeigt, dass die Ausbildung der Lehrlinge vor allem in theoretischer Hinsicht auf einem erschreckenden Tiefstand angelangt ist. Die Kammer ist bestrebt, im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen für eine Verbesserung der schulischen Verhältnisse einzutreten und veranstaltet für die kommenden Prüfungen, zu denen sich schon fast 2.000 Prüflinge gemeldet haben, Vorbereitungskurse.*

*Außerdem hat bereits in der Zeit des bisherigen Wiederaufbaus die Industrie- und Handelskammer auch auf anderen umfangreichen Gebieten in zahlreichen Fällen den Firmen von Handel und Industrie in beratender und fördernder Weise helfend zur Seite stehen können (Denazifizierung, Preisbildung, Steuern, Außenhandel, Bewirtschaftung, Verkehrsfragen, Gewerberecht, sonstige Rechtsfragen und Auskünfte.)*

*Diese kurzen Ausführungen zeigen, dass bereits wieder ein Fundament für die künftige Tätigkeit der Wirtschaftsorganisation Unterfrankens gelegt und dass die neuerstandene Kammer allen Mitgliedern als Berater und Helfer zur Verfügung steht.<sup>164</sup>*

Der formelle Abschluss des Wiederaufbaus fand am 10. Februar 1951 mit der Schließung des „Dokumentengrabs“, wie man das damals nannte, der Einmauerung wichtiger Zeitdokumente des Wiederaufbaus des Gebäudes am Eingang des Kammergebäudes Neubastr. 66 in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Seidel statt.

## Die Zimmerverteilung

In der Präsidialsitzung vom 16. Oktober 1947 konnte auf Grund der Vorschläge des Bauausschusses konkret über die Zimmerzuweisungen entschieden werden:

Zimmer 39 bleibt für Kammerzwecke zur Verfügung

Zimmer 40 RA Brandenstein, der inzwischen Dr. Stephan als Hauptgeschäftsführer abgelöst hatte.

Zimmer 41 Eheleute Döpfert (Hausmeister)

Zimmer 42 Frl. Woessler

---

<sup>164</sup> Ebenda.

Zimmer 44 Frl. Sievers

Zimmer 45 Frl. Anna Döpfert (Schwester des Hausmeisters)

Zimmer 48 (Küche) an Familie Döpfert, sowie Frl. Sievers und Frl. Woesler zur gemeinsamen Nutzung.

Frl. Sievers und Frl. Woesler waren unverheiratete Juristinnen, die wie alle unverheirateten Kammermitarbeiterinnen als „Fräulein“ anzusprechen waren und wie auch einige andere Mitarbeiterinnen darauf großen Wert legten.

Die Verhandlungen für Untervermietungen gingen weiter. Einem Würzburger Notar sollten drei Zimmer angeboten, der Handwerkskammer, dem DGB und einem Reisebüro sollte abgeschlossen, dagegen mit dem Einzelhandelsverband ein Mietvertrag abgeschlossen werden. Weitere Anträge lagen seitens des Wein- und Trinkbranntweinwirtschaftsverbandes, des Landesverbandes des bayerischen Weinhandels und des Winzervereins vor. Die Interessenten sollten unter sich die Zimmerverteilung im zweiten Obergeschoss ausmachen. Ein Antrag des Vereins unterfränkischer Künstler sollte zurückgestellt werden. Der Anregung, die Firma Hauck zu bitten, den Sitzungssaal, in dem sie ihre Arbeiter untergebracht hatte, für Kammerzwecke freizugeben, widersprach Direktor Brand, „da zuerst für Wohnungen und Arbeiterunterkünfte zu sorgen sei.“ Man verfolgte damals auch die Idee, „zur besseren Erledigung der Anträge bei den Ministerien eine Außenstelle in München einzurichten“, wofür auch ein Kandidat mit einem monatlichen Gehalt von RM 250 präsentiert wurde. Gegen diesen Kandidaten schlug Direktor Dr. Zergiebel Dr. Karl Reiter vor, der 1933 einmal in Diensten der Kammer gestanden hatte und derzeit in Starnberg wohnte, und erhielt den Auftrag, bei seinem nächsten Besuch in München mit ihm die Angelegenheit zu besprechen. In der Präsidialsitzung vom 7. Mai 1948 tauchte dieses Thema nicht mehr auf, wohl aber weitere Einzelheiten über die Belegung der neu geschaffenen Räume und erstmalig auch die Nutzung des Dachgeschosses in der Neubaustraße als Wohnraum für Kammerangestellte.

## Hauptgeschäftsführer RA Alfred Brandenstein

Mit Alfred Brandenstein, 1900 in Würzburg geboren und dort beide juristische Examen abgelegt, begann 1947 die dringend notwendige Kontinuität an der Spitze des Hauptamts der Kammer. Brandenstein, Anrede „Herr Rechts-

anwalt“, war ein freundlicher, honoriger und angesehener Mann, der in recht jungen Jahren in Berlin als Anwalt Fuß fassen konnte. Das war etwas, denn wer es in Berlin schaffte, der hatte „Reichsformat“, wie man damals sagte. Nach dem Zusammenbruch war er in seine fränkische Heimat zurückgekehrt. Nach einer automatischen Lagerhaft in Hammelburg, die sich niemand so recht erklären konnte<sup>165</sup>, denn er gehörte nicht zu den politisch Belasteten, war nicht einmal nominelles Mitglied der NSDAP gewesen, hatte ihm Dr. Bolza eine Einstellung als juristischer Sachbearbeiter zugesagt, zunächst für ein halbes Jahr auf Probe. Wer diese Verbindung hergestellt und ihn für die Einstellung empfohlen hatte, geht aus den Akten nicht hervor. Erfahrungen in der Handelskammerarbeit besaß er im Gegensatz zu seinen Vorgängern Zapf und Klingler nicht. Das für eine Handelskammer typische Zusammenwirken zwischen Ehren- und Hauptamt, das Ineinanderverwirken von Arbeitskreisen, Ausschüssen, Vollversammlung und Präsidium war für ihn neu und fremd. Aber er war ein erfahrener Volljurist und politisch unbelastet, was damals wichtiger als alles andere war. Im August 1947 wurde er kommissarisch, kurze Zeit später endgültig zum Hauptgeschäftsführer bestellt. Doch so ganz einfach waren die Einstellung und die Berufung zum Hauptgeschäftsführer nicht. Erst musste das Arbeitsamt, dann die Militärregierung zustimmen und das Wohnungsamt genehmigen, dass er im wieder aufgebauten Kammergebäude ein Zimmer von 12,5 qm beziehen konnte.

Unter „Verschiedenes“ der Präsidialsitzung vom 16. Oktober 1947 hatte RA Brandenstein mitgeteilt, „dass die Kammer mit Wirkung vom 1. April 1948 zur doppelten Buchhaltung übergehe, da kein Grund mehr vorhanden sei, die kameralistische Buchführung beizubehalten.“ Warum es dann trotz Genehmigung des Präsidiums noch gut 70 Jahre dauerte, bis man diesen Beschluss umsetzte, geht aus den Akten nicht hervor.

Brandenstein übte sein Amt nach der Art eines Rechtsanwalts aus, der die Aufträge des Präsidiums ausführte und dafür entsprechende Direktiven erwartete, der die Wünsche der Münchner und Würzburger Behörden entgegennahm und ihnen zu entsprechen versuchte und diesen nicht durch Eigeninitiativen zuvorkommen wollte. Wer ihn in juristischen Fragen aufsuchte, fand in ihm einen erfahrenen Ratgeber. Es war für ihn nicht leicht, sich gegenüber seinen Vorgängern durchzusetzen. Der eine, Klingler, hatte einen Beratungsvertrag erhalten, nahm zunächst auch an allen Präsidialsitzungen

<sup>165</sup> Brandenstein hegte, wie er das dem Autor gegenüber wiederholt ausführte, den Verdacht, dass er seine Inhaftierung im Lager Hammelburg der Denunziation eines seiner Konkurrenten um das Amt in der Kammer „verdankte“.

teil und nahm entsprechenden Einfluss. Der andere, Zapf, der in der Wirtschaft viele Freunde hatte und in Würzburg gesellschaftlich hoch angesehen und gut vernetzt war, hielt sich für die bessere Wahl, tat anfangs auch recht wenig für Brandenstein und führte mit ihm und dem Präsidium einen mehrjährigen Kampf um seine Pensionsansprüche, den Brandenstein im Auftrag des Präsidiums dann mit einem fairen Vergleich beendete.

## Sonderrolle und Abspaltung Aschaffenburgs

Besonders zeitraubend und gravierend waren die Vorgänge in Aschaffenburg. Dort hatten die Bestrebungen neuen Auftrieb gefunden, sich von Würzburg zu lösen und eine eigene Kammer zu gründen. Dem setzte die Kammer „für Unterfranken“ eine Politik für die Einheit der unterfränkischen Kammer entgegen. Wichtigstes Mittel war eine Abstimmung bei den Firmen. Sie ergab überall, selbst in der Stadt Aschaffenburg, eine eindeutige Mehrheit für die Einheit der unterfränkischen Kammer. Die Kammer veröffentlichte die für sie so erfreulichen Wahlergebnisse in ihrem Mitteilungsblatt in der Spalte direkt neben dem Bericht über den Wiederaufbau des Gebäudes<sup>166</sup>.

Wenn die Separierung trotzdem in Gang kam, so letztlich aus politischen Gründen, gegen die in Würzburg kein Kraut gewachsen war.

Aschaffenburg war für die Würzburger Handelskammer ein besonderer Fall, aus mehreren Gründen. Das Untermaingebiet hatte nie zum alten Hochstift Würzburg gehört, das 1803, bzw. 1814 den Kern der neuen bayerischen Provinz bildete. Es hatte eine andere Geschichte. Man sprach dort nicht mainfränkisch wie in Würzburg, sondern rheinfränkisch wie die Frankfurter und Darmstädter. Der Spessartkamm war die Sprachgrenze. Seit alten Kurmainzer Zeiten richtete man in Aschaffenburg den Blick gewohnheitsmäßig nach Westen und nicht nach Osten. Man war an die von Würzburg aus regierte bayerische Provinz gewissermaßen angebacken worden, zu der man sich nicht eigentlich zugehörig fühlte. Sehr zutreffend führte der Regierungsbezirk den Namen „für Unterfranken und Aschaffenburg“. Das Gefühl der Vernachlässigung verstärkte sich im Laufe der Industrialisierung. Sie erreichte das Untermaingebiet früher als Unterfranken östlich des Spessarts, gab ihm ein zusätzliches Eigengewicht und intensivierte die traditionellen Verflech-

---

<sup>166</sup> Mitteilungsblatt 3/4 April 1947, S. 2.

tungen mit dem Rhein-Main-Gebiet. Während des Krieges hatte man wegen dieser Verflechtungen zum Wehrbezirk XII, Wiesbaden und nicht zu Nürnberg wie Unterfranken östlich des Spessarts gehört. Die meisten Aschaffener Geschäftsleute hielten Würzburg für eine ruhige, etwas verschlafene Beamtenstadt, die mit den neueren industriellen Entwicklungen nicht so recht mitkam.

Im Aschaffener Industrie- und Handelsgremium redete man sich gerne, wenn irgendetwas nicht klappte, auf Würzburg heraus. Der Meinung waren zwar nicht alle, wie die Umfragen ergaben, nicht einmal eine Mehrheit und vor allem die Repräsentanten der Großbetriebe nicht. Schließlich hatte man auch den Präsidenten der Gauwirtschaftskammer gestellt. Aber nach dem Einmarsch der Amerikaner war das Gremium die IHK, lokal eben, so wie das in USA üblich war. Was geht uns Würzburg an? Heinrich Euler hatte allerdings das Angebot, in das Präsidium der neugebildeten Würzburger Kammer einzutreten, im Dezember 1945 angenommen und dort auch bis zum 27. November 1946 mitgewirkt. Gleiches gilt für Carl Ritzauer.

Die interne Kammerarbeit in Würzburg stand, neben der intensiven Beratung der Firmen und dem Wiederaufbau der Gebäude, ganz im Schatten der Separierung des Untermaingebietes in Form einer eigenen Kammer Aschaffenburg und der verständlichen Bestrebungen Schweinfurts, in der Kammer sich ein Gewicht zu verschaffen, das der wirtschaftlichen Bedeutung der Schweinfurter Industrie entsprach.

## **Marshall-Plan, Währungsreform, Bundesrepublik Deutschland**

Diese kammerinternen Probleme wurden weit überschattet durch die großen Entscheidungen über die Zukunft der deutschen Wirtschaft, die Währungsreform und die Gründung eines westdeutschen Teilstaates, mit entsprechender Reaktion der UdSSR in ihrer Besatzungszone.

Aus deutscher Sicht gab es keine wichtigere Aufgabe, als aus den Trümmern die Betriebe und die immer noch weitgehend zerstörten Städte wieder aufzubauen und das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen. Es wurde vieles versucht und auf den Weg gebracht. Der Wiederaufbau des Würzburger Kammergebäudes ist dafür nur ein Beispiel von vielen. Der Durchbruch kam mit dem Marshall-Plan. Nicht einmal drei Jahre nach Kriegsende machten die Westalliierten Deutschland „vom besiegten und zu bestrafenden Gegner zu

einem potenziellen Partner. Selten hatte es in der jüngeren Geschichte Europas einen abrupteren politischen Richtungswechsel gegeben.<sup>167</sup>

Bei aller Bedeutung des Marshall-Plans als Impulsgeber für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und vor allem für Deutschland als dessen industriellen Kern, war es aber nicht so, dass bis dahin alles darniederlag und man nur resigniert die Hände in Schoss legte. Man tat vielmehr was man konnte, um aus den Trümmern möglichst wieder herauszukommen, die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu schaffen und möglichst „business as usual“ zu betreiben. Wenn wenige Tage nach der Währungsreform sich die Regale in den Geschäften wieder füllten, so weil Waren zum Teil noch aus der Kriegszeit und auch aus der Nachkriegsproduktion in irgendwelchen Verstecken und Lagern auf den Zeitpunkt des Endes der Bezugscheinwirtschaft und den Beginn der Preiswahrheit nach Einführung der neuen Währung gewartet hatten. Ohne diese bis dato zurückgehaltenen Güter wäre das Ende Bewirtschaftung ein Schlag ins Wasser geworden.

## **Anpassung an die veränderten Gewichte in Mainfranken**

Das zweite Problem war die Suche nach einem Kompromiss in den Entscheidungsgremien der Kammer, durch den sich die Wirtschaft des Gesamtbezirks entsprechend ihres Gewichtes vertreten fühlte und die Dominanz – genauer zu diesem Zeitpunkt der überkommene Eindruck einer Dominanz – der Würzburger Marktplatzanrainer über die Gesamtwirtschaft des Bezirks, vor allem über die Industrie, vermieden wurde. Zum einen hatte der Staat jahrzehntelang selbst zwischen einer wirtschaftlichen Korporation mehr lokaler oder mehr regionaler Art geschwankt. Zum anderen hatte die Verkehrs- und Nachrichtentechnik eine den Staatsbehörden zugeordnete Vertretung wirtschaftlicher Erfahrungen und Interessen, wie wir gesehen haben, zunächst nur in der Bezirkshauptstadt zugelassen.

Für zahlreiche Probleme musste man vor Ort eine Lösung finden oder brauchte eine Bewilligung oder Unterstützung. In vielen Fällen lagen die für die Wirtschaft wichtigen Entscheidungskompetenzen bei den Kommunen. Die Industrie- und Handelskammer war von der Militärregierung als Gesprächspartner akzeptiert, kannte sich bei deren Personal aus und konnte sich einschalten

---

167 Herbert, Ulrich a. a. O., S. 594.

oder wenigstens bemühen, mit mehr oder weniger Erfolg. Aber wo man keine Kammer hatte, wie in Aschaffenburg, bildete sich aus den vorhandenen Resten des Gremiums langsam eine neue, was mit den lokalen Funktionen, auf die es vielfach ankam, zusammenhing. Für die Aschaffenburger war das frühere Handels*gremium* nun die Handels*kammer* und dahinter stellten sich der Aschaffenburger Lokalstolz und die politischen Vertreter. Die Leute, die das von früher besser wussten und anders sahen, waren aus politischen Gründen aus dem Verkehr gezogen. Das war der noch aus der Vorkriegszeit stammende Gremialgeschäftsführer zwar auch, aber aus eben denselben Gründen war der frühere Leiter des Aschaffenburger Arbeitsamtes mit seinen aus der Kriegswirtschaft stammenden Verbindungen zu den Betrieben seines Bezirks und den Unternehmensleitern für andere Aufgaben „frei“ geworden und konnte sich als Strippenzieher einer von Würzburg unabhängigen IHK im Hintergrund betätigen. Der frühere, vorsichtig umtriebige Arbeitsamtsleiter konnte da und dort behilflich sein, da und dort Rat geben, musste auch für sich selbst um ein Zubrot besorgt sein. Es gab unbelastete Fabrikanten und Kaufleute, die offensichtlich Einfluss hatten. An sie konnte man sich wenden und so entstand noch, bevor es zu einer offiziellen Einrichtung kam, das Dienstleistungsgeflecht einer IHK am Untermain. Aber, ob das zu einer eigenen, von Würzburg unabhängigen IHK führen würde, war lange Zeit noch durchaus offen. Das alte Kammerbüro konnte von Würzburg aus in Aschaffenburg nicht helfen und hatte zu Hause genug zu tun, um sich und die Rat und Hilfe suchenden Kaufleute über Wasser zu halten. An eine Ausdehnung der Serviceleistungen auf andere Städte oder gar den ganzen Bezirk war zunächst gar nicht zu denken. Außerdem dachte die amerikanische Militärregierung in Aschaffenburg nicht daran, Empfehlungen oder gar Weisungen ihrer Würzburger „Kollegen“ zu befolgen. „All business is local“ oder eben gar nicht. Die Würzburger Kammer hätte in dieser Situation einen energischen, erfahrenen, mit den örtlichen Gegebenheiten vertrauten, angesehenen Vertreter in Aschaffenburg gebraucht. Aber den hatte man nicht und den wünschte man sich in Aschaffenburg auch nicht von Würzburg, früherer Erfahrungen mit der Würzburger Dominanz eingedenk. Dazu kam das Unglück mit einem kommissarischen Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan, der seiner Aufgabe nicht gewachsen war und wie geschildert unter dubiosen Umständen sein Amt abgeben musste. Das empfahl Würzburg ganz gewiss nicht. In Würzburg versuchte man, durch Eingaben und Denkschriften das Wirtschaftsministerium zum Einschreiten zu bewegen, und es war in der Tat

erstaunlich, wer alles bereit war, seine Stimme für eine einheitliche IHK für den gesamten Regierungsbezirk zu erheben<sup>168</sup>. Ludwig Erhard als damaliger bayerischer Wirtschaftsminister bat darum, „das arme Würzburg“ nicht noch weiter zu schwächen. Wenn es dann doch anders kam, so deswegen, weil einige einflussreiche Aschaffener in München das Gerücht kolportierten, das Untermaingebiet könnte nach Hessen abdriften, wenn es nicht einen besonderen, lokal prestigeträchtigen Gunstbeweis Bayerns erhalte. Dagegen gab es kein Würzburger Argument. Die Pfalz schon verloren und nun möglicherweise auch noch Aschaffenburg? Recht trickreich erreichten vor diesem Hintergrund die Aschaffener Abgeordneten, dass in der letzten Sitzung des schon zu Ende gekommenen Kabinetts Wilhelm Hoegner die Selbständigkeit einer neuen IHK in Aschaffenburg genehmigt wurde. Als dann ein neues Kabinett gebildet wurde, saß auf dem Stuhl des Wirtschaftsministers der Aschaffener Stimmkreisabgeordnete.

Man versuchte noch eine Zeitlang von Aschaffenburg aus, auch in Schweinfurt Stimmung für eine eigene, von Würzburg unabhängige IHK zu machen und in Lohr im Trüben zu fischen, aber letztlich ohne Erfolg. Entscheidend für die Zukunft der Kammer würden ein Wahlgesetz und eine Wahlordnung für die Leitungsgremien der Kammer sein, die anstelle einer Würzburger Dominanz eine dem wirtschaftlichen Gewicht der einzelnen Teile und Branchen gerecht werdende Regelung setzte. Darum wurde lange gerungen und es ging auch nicht ohne Blessuren ab.

Dr. Hans Bolza war dies alles ziemlich zuwider. Er wurde auch durch den Wiederaufbau der internationalen Geschäftsverbindungen seiner Firma voll in Anspruch genommen. Wenn er daneben andere Interessen hatte, dann gewiss nicht an lokalen Querelen, sondern an mathematisch ökonomischen



Dr. Karl Ludwig Deppisch

<sup>168</sup> Denkschriften und Briefe im IHK-Archiv, inklusive der unter Dr. Stephan verloren gegangenen Denkschrift.

Problemen.<sup>169</sup> Die Würzburger Belange wurden durch Dr. Karl Ludwig Depisch energisch verteidigt, die Schweinfurter Wünsche durch Dr. Theodor Vogel nicht weniger offensiv verfochten. Eine allseits befriedigende Lösung schien einer Quadratur des Kreises gleich.

„Die Industrie- und Handelskammern haben die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen; dabei obliegt es ihnen insbesondere, durch, Vorschläge, Gutachten und Berichte die Behörden zu unterstützen und zu beraten sowie für Wahrung von Anstand und Sitte des Ehrbaren Kaufmanns zu wirken,“

§1 Bundeshandelskammergesetz (IHKG) vom 18. Dezember 1958 (BGBl. I, 920)

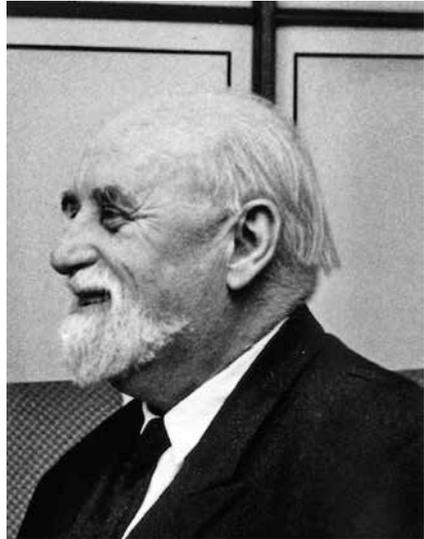
Nach der Verordnung über die Gauwirtschaftskammern wurde im Hinblick auf eventuell später einzufügende Arbeitnehmerrechte, die einem „endgültigen“ Gesetz vorbehalten bleiben sollten, ein ausdrücklich als *vorläufig* bezeichnetes Bundesgesetz und 1958 die dazu gehörenden Ausführungsgesetze der Länder geschaffen. Auch hier waren die staatsrechtlichen Veränderungen ursächlich: Deutsches Reich, sein Ende Mai 1945, amerikanische Militärregierung, unter deren Autorität und mit deren Genehmigung Gründung des Freistaats Bayern, Zusammenfassung der amerikanischen mit der britischen Besatzungszone in einer Bi-Zone, mit dem Beitritt der französischen Besatzungszone Tri-Zone, 1948 Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit eingeschränkten Souveränitätsrechten, Besatzungsstatut für die Bundesrepublik, schrittweise Rückgabe der Souveränitätsrechte nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Wahrscheinlich gibt es überhaupt kein *vorläufiges* Gesetz, das solange Bestand hatte und noch hat, bis es einfach durch die normative Kraft des Faktischen dauernden Charakter erhielt.

<sup>169</sup> Hans Bolza war in Göttingen Schüler von David Hilbert gewesen, dem führenden Mathematiker seiner Zeit, hatte mit Edward Teller und Niels Bohr eine gemeinsame Wohnung gemietet und war wegen des Todes seines älteren Bruders ganz gegen seine eigenen Pläne in Würzburg zur Führung seines väterlichen Unternehmens in die Pflicht genommen worden. Zeitlebens befasste er sich mit ökonomischen Fragen und legte dazu zahlreiche Publikationen vor. Der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verzeichnet von ihm 24 Titel.

## Regel Detri – die Zauberformel von Dr. Theodor Vogel

Dass die innere Ordnung der Kammer so nicht bleiben konnte, wie sie aus dem 19. Jahrhundert überkommen war, musste eigentlich jedem klar sein, der sich dafür interessierte. Die Würzburger sahen das als einen Kampf um ihren historisch gewachsenen Besitzstand an, die Aschaffener und Schweinfurter als einen Kampf um ihre Gleichberechtigung mit Würzburg. Die Frage war, ob sich dieser Bezirk mit den drei so unterschiedlichen Schwerpunkten überhaupt zusammenhalten ließ und wo dabei die Landkreise bleiben würden. Außerdem gab es noch ein paar Randprobleme. Das wichtigste davon war, wie man Dauerpräsidenschaften, wie sie Hilcken über ein Menschenalter lang innehatte und wie sich eine unter Bolza auch wieder einzurichten begann, vermeiden konnte. Dr. Hans Bolza war ein weltläufiger Herr, aus einer italienischen Grafenfamilie aus der Lombardei stammend,<sup>170</sup> die in Würzburg den Grafentitel nicht mehr weiterführte und das Erbe Friedrich Koenigs angetreten hatte, der ältesten und weltbekanntesten Druckmaschinenfabrik. Bolza war groß gewachsen, mehrsprachig, eine imposante, vornehme Persönlichkeit, dessen Hauptinteresse neben der Firma der Ökonometrie galt.<sup>171</sup> Nach dem Tod seines älteren Bruders hatte er das Erbe Friedrich Koenigs weiterzuführen.

Dr. Theodor Vogel war ein absoluter Gegenteil zu ihm, untersetzt, mit Backenbart, ein Freimaurer, wie man ihn sich landläufig vorstellte, ein selfmademan, Schweinfurter Handwerkersohn aus kleinen Verhältnissen. Er hatte längere Zeit als freiberuflicher Bausachverständiger gearbeitet und dann das väterliche Unternehmen übernommen, mehr eine Schlosserei



Dr. Theodor Vogel

170 Sein Vater Albrecht Bolza hat für ihn, einen Sohn und Erben, in zwei maschinenschriftlichen Exemplaren die Chronik der Familie Bolza aus Bana dokumentiert, die sich heute im Besitz seiner Erben befinden.

171 Unter anderem Bolza, Hans, Grundriss einer systematischen Wirtschaftslehre, 2/Stuttgart 1947; ders. Der Wirtschaftsablauf in ökonomischer Sicht, Köln 1967; ders. Die Elemente der Ökonometrie, Heidelberg 1971.

als ein Industriebetrieb. Er wollte es, wie man zu sagen pflegt, denen zeigen, den Schweinfurtern, denen er neben die drei Großbetriebe die Firma Stahlbau Dr. Theodor Vogel GmbH mit einem Zweigbetrieb in Sontra bei Eschwege und einer Niederlassung im Libanon an die Seite stellte. Und den Würzburgern, die den Schweinfurtern endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen und in seiner Person auch einen Schweinfurter als Kammerpräsidenten akzeptieren sollten.

Die Verhandlungen um eine neue Satzung galten auf Seiten Schweinfurts der vollen Parität mit Würzburg in Vollversammlung und Präsidium und einer weitgehenden Autonomie der örtlichen Geschäftsstelle von der Würzburger Hauptgeschäftsstelle.<sup>172</sup> Nachdem Aschaffenburg sich verselbständigt hatte und damit aus den Verhandlungen ausgeschieden war, ging es um das Verhältnis zwischen Würzburg und Schweinfurt innerhalb der Kammer. Dr. Vogel hatte zeitweise auch eine Dreigliederung der unterfränkischen IHKs vorgeschlagen, die in einer unterfränkischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefasst werden sollten. Aber darauf mochte sich niemand einlassen. An die Gremien in den Landkreisen als dritten Partner hatte man zunächst überhaupt nicht gedacht. Dass es dazu kam, war eine große Hilfe für Würzburg. Walter Preh aus Bad Neustadt, dessen Vater Jakob vor dem Krieg Vizepräsident (für die Industrie) gewesen war mit Wohnsitz in Würzburg, bestärkte wo er konnte die Würzburger Position und widersetzte sich dem Werben Dr. Vogels. Die unendlich langen Streifen der Fernschreiben – damals das modernste Kommunikationsmittel – gingen zwischen den Geschäftsstellen hin und her. Dr. Vogel hätte es zum Bruch kommen lassen, er tat wenigstens so, aber die Schweinfurter Großindustrie wollte nicht ganz im Schlepptau Vogels erscheinen und hielt sich in dieser Frage eher bedeckt.

Die neue Satzung kam nach einem schier endlosen Fernschreiberkrieg 1958 in einem vertraulichen Vier-Augen-Gespräch zwischen Dr. Karl Ludwig Deppisch mit dem Schweinfurter Industriellen Otto Schäfer zustande. Sie war im Wesentlichen von Dr. Theodor Vogel formuliert worden und sah eine hohe Hürde für eine Wiederwahl des Präsidenten und eine Erweiterung des Präsidiums auf 15 Personen vor – für Würzburg, Schweinfurt und die Gremien je fünf. Warum fünf? Weil in Schweinfurt die Vertreter aller drei Großbetriebe der Industrie sowie ein Großhändler und ein industrieller Mittelständler Sitz und Stimme erhalten sollten. Es war unumstritten, dass ein Sitz Dr. Theodor Vogel zukommen und nach dem frühzeitigen Ende der Amtszeit

---

<sup>172</sup> Brandt a. a. O., S. 186 ff.

Dr. Deppischs nach langer Zeit wieder ein aus Schweinfurt stammendes Vollversammlungsmitglied Präsident werden sollte.

Die Vogelsche „Regel Detri“, wie er sein Konstrukt selbst immer nannte, beendete ein jahrzehntelanges Gezerre: regelmäßiger Präsidentenwechsel zwischen Würzburg, Schweinfurt und den Gremialbezirken, ein fünfzehnköpfiges Präsidium mit je fünf Vertretern aus Würzburg, Schweinfurt und den Gremien, eine Drittelung der Vollversammlungssitze zwischen den drei Partnern. Später wurde eine Überprüfung dieser Sitzverteilung der Vollversammlung nach einem Quotienten aus Beschäftigten, Umsätzen und IHK-Beiträgen vereinbart, die Zusammensetzung des Präsidiums aber blieb unverändert.

Der große Vorteil dieser Regelung war, dass jeder der drei Partner wusste, wann von ihm erwartet wurde, dass er einen Präsidenten für die Kammer zu stellen hatte und der geborene Anwärter dafür der Vizepräsident aus seinem Bezirk war. Der in Aussicht genommene Präsident konnte angesichts der Begrenzung auf eine vierjährige Amtszeit davon ausgehen, dass die Belastung überschaubar und er nach vier Jahren das Amt abgeben konnte ohne das Odium einer möglichen Wahniederlage. Auf diese Weise ließen sich auch Persönlichkeiten für das Amt des Kammerpräsidenten gewinnen, die sich sonst nicht zur Verfügung gestellt hätten. Es spielte sich ein, dass einer der beiden Vizepräsidenten Vorsitzender des Personalausschusses des Präsidiums, der andere Vorsitzender des Haushaltsausschusses wurde, später zusammengefasst als Etatausschuss des Präsidiums. Nach seiner Zeit als Präsident blieb dieser für eine weitere Wahlperiode Vorsitzender des zweiten Präsidialausschusses, so dass die Kammer eigentlich immer ein dreiköpfiges engeres Präsidium hatte und drei Herren (an Frauen hatte damals noch keiner gedacht), die die Interna kannten.

Die Probe aufs Exempel kam, als Dr. Vogel einem Vizepräsidenten aus den Gremien den Präsidentenstuhl zu übergeben hatte. Er machte kein Geheimnis daraus, dass er das nicht gerne tat und zitierte, darauf angesprochen: „Der König sei der bess're Mann, sonst sei der Bess're König“. Aber die Gremien machten deutlich, dass sie auf ihrem Präsentationsrecht bestehen würden und der von Dr. Vogel selbst in die Wahlordnung eingebrachte Passus, dass zu einer Wiederwahl eine Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung nötig war, sich gegen ihn wenden würde. So wurde Dr. Erich Ulrich aus Haßfurt erster IHK-Präsident aus den Landkreisen. Dr. Vogel war nicht bereit, als Vizepräsident weiter zur Verfügung zu stehen und schied nach kurzer Zeit

etwas verärgert aus dem Präsidium aus. Das war kein schönes Ende für einen Mann, der die Königsformel gefunden hatte, die einen Jahrzehnte alten Streit zwischen den Gliederungen der Kammer beendet und auch frischen Wind in die Kammer gebracht hatte.

Dr. Vogel war ein hoch- und vielseitig begabter, auch literarisch talentierter Mann,<sup>173</sup> der die deutschen Freimaurer, deren Großmeister<sup>174</sup> er war, geeinigt hatte und innerhalb deren Reihen er auch Freunde im Handelskammerbereich hatte (Pöhner, Bayreuth), mit denen er seine eigenen Spiele zu spielen versuchte. Sein etwas iraszibler Charakter stand ihm gelegentlich im Weg. Die Firma, die er gerne zur vierten Säule der Schweinfurter Industrie gemacht hätte, war trotz Zweigbetrieb und Auslandsniederlassung für seine Pläne zu klein. In der Familie, der er eine lesenswerte, gut geschriebene Geschichte der Vogels hinterließ,<sup>175</sup> sah er keinen, dem er das Ruder hätte übergeben wollen und der ihn ersetzen konnte. Als Hochgradfreimaurer, Präsident der bayerischen Landesgewerbeanstalt, Mitglied des Präsidiums des Landesverbandes der bayerischen Industrie und des Stahlbauverein Bayern spielte er nach wie vor eine aktive Rolle und war eine weithin bekannte Persönlichkeit,<sup>176</sup> seiner Vaterstadt als „freier Reichsstädter“ eng verbunden. Als Firmenchef scheiterte er in einer Stahlkrise an einem Hochhausbau in Sennfeld, durch den er den Anspruch auf den vierten Platz nach der Großindustrie in Schweinfurt auch öffentlich demonstrieren wollte. Er hätte ein besseres Ende verdient gehabt.<sup>177</sup>

---

173 Erinnern. Theodor Vogel – Schriftsteller, Unternehmer, Freimaurer zum 100. Geburtstag, Ausstellungshefte des Stadtarchivs Schweinfurt Nr. 6, Schweinfurt 2001.

174 Vogel, Theodor, *Begegnungen und Weggefährten*, Hamburg 1976; Appel, Rolf, *Theodor Vogel – Der Einiger der deutschen Freimaurerei*, Graz 1978 ; o. V. *Der Großmeister und seine Werkleute*, o. O. o. J.

175 Vogel, Theodor, *Ausgang und Heimkehr*, Privatdruck, Schweinfurt 1966.

176 Schäfer, Dieter, *Kein Mann der Beliebigkeit*, Erinnerung an Dr. Theodor Vogel, Schweinfurt, Mainleite Nr. I März 2002.

177 Wer in den Nachrufen, gesammelt in der Personalakte im IHK-Archiv, zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird die Mischung aus Respekt und Ambivalenz nicht übersehen können.

## Vor neuen Aufgaben



Anmeldung mit Telefonzentrale, um 1960

Die mit dem Wiederaufbau der Firmen zusammenhängenden Probleme beanspruchten das Kammerpersonal bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit. Vor dem ersten Weltkrieg waren von der Kammer gemeinsam mit der Stadt Initiativen entwickelt worden, um das „bisher Versäumte“ nachzuholen. Damit waren die im Verhältnis zu anderen Städten geringere Wachstumsdynamik und die Lücken im industriellen Besatz<sup>178</sup> gemeint. Nach 1945 hätte es für die weitgehend zerstörte Stadt nahe gelegen, daran anzuknüpfen und ein Konzept für ein neues Würzburg zu formulieren, das im Zuge des Wiederaufbaus die alten Pläne wieder aufgegriffen und die Vision einer tragfähigeren wirtschaftlichen Basis und einen Wissenschafts-, Entwicklungs- und Dienstleistungsstandort in Verbindung mit Universität, Fachhochschule, Fraunhoferinstitut und Süddeutschem Kunststoffzentrum entwickelt hätte. Schließlich

<sup>178</sup> Schäfer, Dieter, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer in Unterfranken, in: 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, Würzburg 1968, S. 128.

war der Vorschlag für die Errichtung einer zweiten Technischen Hochschule für Bayern in enger Anlehnung an die alte Universität Würzburg einmal von deren Rektor mit ausführlicher Begründung in die Öffentlichkeit getragen worden.<sup>179</sup> Aber die Würzburger, ihre Stadtverwaltung, die Universität und auch die Kammer wurden damals von den alltäglichen Problemen so „aufgefressen“, dass solche „Gedankenspiele“ angesichts der allgemeinen Not niemand verstanden hätte, abgesehen davon, dass keiner vorhanden war, der solchermaßen über den Tellerrand des Tages geschaut hätte. Was freilich später nicht hinderte, die Versäumnisse und Fehler des Wiederaufbaus mit Larmoyanz zu beklagen,<sup>180</sup> denn es war in der unmittelbaren Nachkriegszeit viel unterwegs, was einen neuen Standort suchte, einiges davon hatte auch in Würzburg angeklopft, andere hätte man für sich interessieren können. Warum nicht wenigstens versucht wurde, sich unter die Erben der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaften (jetzt Max-Planck-Gesellschaften) einzureihen, oder ein weiteres Fraunhofer-Institut nach Würzburg zu holen, bleibt ein bislang ungelüftetes Geheimnis. Städte von weit geringerer Attraktivität verstanden es, sich gut zu bedienen.

Das darf man nicht alleine der Stadtverwaltung anlasten, in deren Selbstverständnis damals solche Höhenflüge kommunaler Initiativen nicht passten, oder der Universität, deren Physik mit Schwerpunkt in der Grundlagenforschung in den Schatten angewandter Wissenschaften zu geraten fürchtete und von Ingenieurwissenschaften schon gar nichts hören wollte. Aber ohne die bayerische Staatsregierung wären solche Institute und Fachbereiche ohnehin nicht zu gewinnen gewesen und in den Ministerien dachte man vorrangig an Ostbayern, München und Nürnberg-Erlangen. In Würzburg selbst konnte man sich etwas eigentlich Neues über das hinaus, was man schon hatte und kannte, nicht vorstellen, keine Wissenschaft und Forschung neben oder gar über der Universität, keine neuen über oder neben den in den ansässigen Unternehmen vorhandenen Technologien, keine neuen Dienstleistungen neben den herkömmlichen Banken und dem Handel usw. usf..

Wenn man im Abstand zweier Menschenalter nach den Ursachen dafür sucht, warum in Würzburg manches nicht geht, sich auch für die Universität manches nicht erreichen lässt, muss man in die Aufbauphase der unmittelbaren

179 Schäfer, Dieter, 125 Jahre, a. a. O., S. 116.

180 Schäfer, Dieter, Aspekte der Wirtschaftsgeschichte Würzburgs vom Ausgang des Alten Reiches bis zur Gegenwart, in: Geschichte der Stadt Würzburg vom Übergang an Bayern 1814 bis zum 21. Jahrhundert, Band III/1 Stuttgart 2007, S. 681 f.

Nachkriegszeit gehen – zu Beginn des Wiederaufbaus und nicht an dessen Ende und im Vergleich etwa zu Darmstadt oder Karlsruhe fragen, warum man dort schon früh so viel schlauer war. Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Stadt in den fünfziger Jahren wäre ein Wachstumssprung ähnlich dem nach der Entfestigung möglich gewesen. Doch *rerum novarum cupidus*, der Wunsch bei neuen Entwicklungen möglichst gleich zu Anfang dabei zu sein, gehörte nie zu den Würzburger Eigenheiten. Das war in Aschaffenburg und in Schweinfurt, den unterfränkischen Konkurrenzstädten, deutlich anders.

In aller Offenheit, man konnte sich so etwas nicht nur nicht vorstellen, man wollte das auch nicht. Das war die alte Würzburger Angst<sup>181</sup> vor unerwünschtem Zuzug von armen Leuten, Proleten und unruhigen Geistern in das bürgerlich konservative, behagliche Ambiente, vor Schornsteinen in der „sonntäglichen Stadt“, die das historische Stadtbild verschandeln würden. Als der Würzburger Oberbürgermeister Anfang der 60er Jahre (als die Züge anderswo bereits abgefahren waren) die IHK um Vorschläge für einen Entwicklungsplan nach Abschluss des Wiederaufbaus bat, fiel deren Antwort merkwürdig zurückhaltend aus.<sup>182</sup> Zu eigenständigen, regionalpolitischen Vorschlägen für die Förderung des endogenen Entwicklungspotentials des Bezirks fehlten vor Ort bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern und damals auch bei der IHK die dafür notwendigen Erfahrungen. Sandkastenspiele mit neuen Technologien und tertiären Funktionen wollte man nicht betreiben.

Eines hatte sich in der Kammerarbeit gegenüber früher grundlegend verändert. Die IHKs konnten sich nicht länger darauf verlassen, als eine altehrwürdige Institution, bei den Behörden hoch angesehen, im örtlichen Vereinsleben gut vernetzt, mehr oder weniger im Stillen in ihrem Honoratiorentempel zu wirken. Sie und insbesondere die Würzburger Kammer mussten ihre Anliegen jetzt auch gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit offensiv und wirkungsvoll vertreten. „Reklame für sich machen“, nannten das die alten Syndici, die für eine solche Aufgabe nicht vorbereitet waren und das mehr oder weniger sogar unter ihrer Würde fanden. Öffentliches Auftreten lag Alfred Brandenstein weniger, Öffentlichkeitsarbeit gar nicht, was nicht ohne Beanstandung blieb. Als er 1965 aus Altersgründen ausschied, wurde er als ein Mann, der mehr war, als er schien gewürdigt, still, zuverlässig, freundlich, sachkundig. Ein ganzseitiger Nachruf aus Anlass seines Todes im Jahre 1985

181 Schäfer, Dieter, Würzburg, Stadt und Bürger a. a. O., S. 329.

182 Zimmerer, Helmuth, Würzburg. Aufstieg einer zerstörten Stadt. Würzburg 1982, S. 196.

schloss mit den Worten: „Wenn seine Verdienste ihm eine bleibende Erinnerung sichern werden, so auch die persönliche Dankbarkeit, die nicht wenige ihm schulden.“<sup>183</sup> Der amtierende Präsident hob in seinem Kondolenzschreiben gegenüber seiner Witwe besonders hervor, dass er in ebenso wichtigen wie schwierigen Jahren sich als „erster Ratgeber der Präsidenten und als Leiter der Verwaltungsgeschäfte bleibende Verdienste um die Kammer und um die mainfränkische Wirtschaft erworben hat, die der Geschichte der Kammer angehören. Insbesondere hat er sich um den materiellen, den organisatorischen und den personellen Wiederaufbau der Kammer in besonderer Weise verdient gemacht. Das Schicksal hat ihn hier vor Aufgaben gestellt, wie sie sich hoffentlich nie wiederholen werden. Er ist mit ihnen fertig geworden, hat sie gemeistert und zugleich auch seinen sehr persönlichen Beitrag zum Stil unserer Kammerarbeit geleistet.“<sup>184</sup> In seine Amtszeit fallen für den Kammerbezirk neben dem Wiederaufbau der Kammergebäude und der Auseinandersetzung mit Aschaffenburg auch wichtige verkehrspolitische Entscheidungen wie die über die Linienführung und den Bau der Spessartautobahn und der Rhönlinie, hier vor allem die Verschwenkung der Vorkriegsplanung durch das Sinntal nunmehr näher an Schweinfurt heran, der Beginn des dortigen Autobahnkreuzes.

## Zonenrandförderung

Die kammerinternen Probleme waren das eine. Sehr viel gravierender für die mainfränkische Gesamtwirtschaft waren die Auswirkungen der Teilung Deutschlands. Mainfranken, das einmal in der Mitte des Deutschen Reiches gelegen hatte, über alte intensive Beziehungen zu Mitteldeutschland verfügte (Thüringen war ein Hauptabsatzgebiet für Bier aus Würzburg und Wein aus Franken gewesen), und nun ins Abseits zu geraten drohte. Durch die Zonengrenze im Norden wurde der Bezirk von seinen alten Zulieferer- und Absatzgebieten abgeschnitten. Als eine Ausgleichsmaßnahme dieser Benachteiligung wurde die so genannte „Zonenrandförderung“ innerhalb eines 40km-Streifens im Anschluss an die Zonengrenze geschaffen, das „Zonenrandgebiet“. Würzburg und der gesamte südliche Kammerbezirk blieben davon ausgeschlossen, wodurch nun dort gegenüber dem „reichen

<sup>183</sup> Mainfränkische Wirtschaft 10/1985.

<sup>184</sup> Personalakte Brandenstein im IHK-Archiv.



Zonenrandgrenze

Schweinfurt und Bad Neustadt“ bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei steuerlichen Abschreibungen neue Benachteiligungen entstanden.

Solange die Zonengrenze bestand, war jede Hoffnung auf Wiederherstellung der alten, von Berlin über Würzburg führenden Transversalen vergessens gewesen. Aus dieser politischen Behinderung resultierte der Wunsch, an dem Ausgleich, den Bund und Land den betroffenen Betrieben gewährten und in der Neuausrichtung der Verkehrsplanungen auf Schiene und Straße beteiligt zu werden. In beiden Fällen war die Situation Unterfrankens, das an die benachbarten Bundesländern mit längeren „Grenzen“ angebunden war als mit Bayern, in der bayerischen Politik mit ihrem Schwerpunkt Ostbayern nicht leicht unterzubringen. Diese lag unter dem Stichwort „Grenzlandförderung“ unverkennbar in Ostbayern von Passau bis Hof. Dafür entwickelte man in München eigene Landesprogramme. Der Einsatz von Landesmitteln pro Kopf der Bevölkerung lag in Ostbayern weit höher als im unterfränkischen Zonenrandgebiet. Bayern war mit dem Versuch erfolgreich, diese bayerische Grenzlandpolitik in der Zonenrandförderung des Bundes unterzubringen, obgleich dieses „Grenzland“ kein Zonenrandgebiet und die Grenze zu Österreich offener denn je war.

## Das Konzept der Verkehrsdrehscheibe Mainfranken

Durch die Verschwenkung der Verkehrswege auf Straße und Bahn in Westdeutschland in eine Nordsüdrichtung drohte Mainfranken ein weiteres Abseits. Dem musste durch eine Einbindung des Bezirks in das entstehende bundesdeutsche Autobahn- und Bahnnetz entgegengewirkt werden. Das versuchte die Kammer mit ihrem Konzept der Verkehrsdrehscheibe Mainfranken: Straße, Schiene, Wasserstraße fokussiert im Raum Würzburg als gemeinsamer Standortfaktor und Standortanliegen der mainfränkischen Wirtschaft, zugleich von überregionaler Bedeutung für die bundesrepublikanische Infrastruktur.

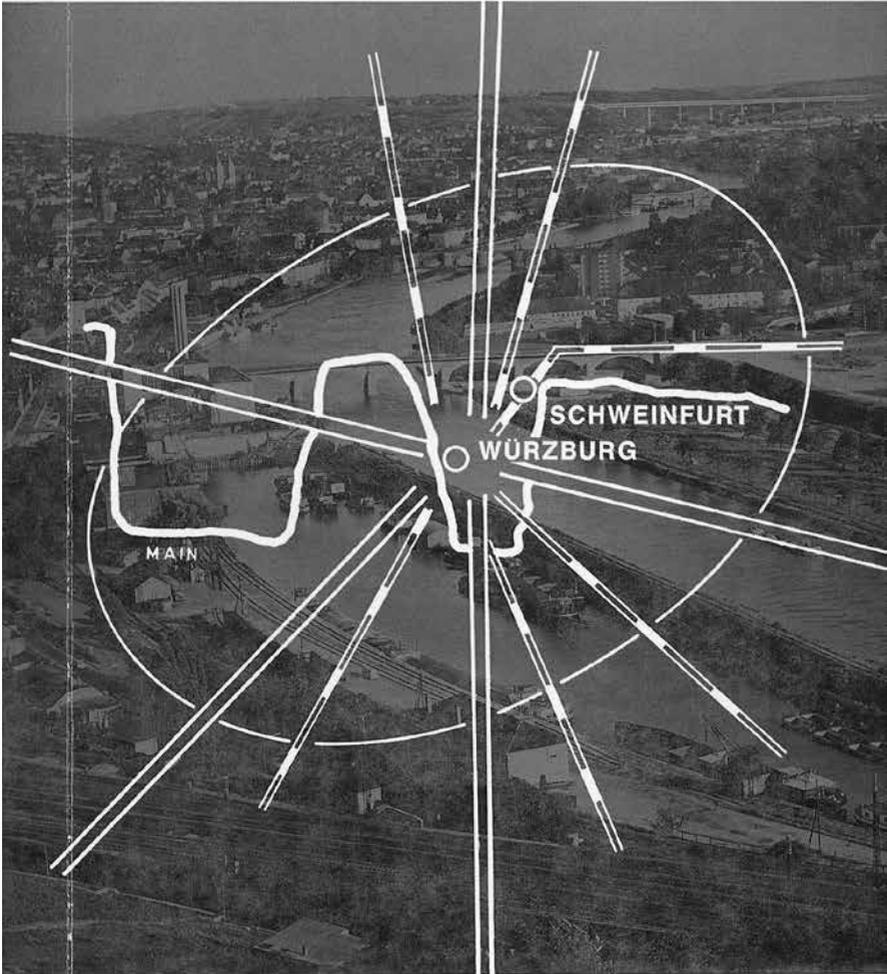
Die Mainkanalisierung hatte 1939 Würzburg erreicht, weiterführende Pläne waren dann aber zunächst einmal liegen geblieben. Es kam darauf an, dieses Wasserstraßenprojekt wieder aufzunehmen und damit die Zoepflsche Idee einer großen Rhein-Main-Donauverbindung zu verwirklichen.

Auch die Autobahnpläne waren mit Kriegsbeginn nicht weitergeführt worden. Hier war aus mainfränkischer Sicht eine von Frankfurt durch den Spessart über Würzburg laufende Autobahntrasse nach Nürnberg zu schaffen und anschließend die alten Pläne der „Hafraba“, auch eine über Fulda südlich ablaufende Autobahnlinie nach Würzburg wieder aufzunehmen und deren Weiterführung nach Ulm als eine zweite Nord-Süd-Autobahnlinie von Flensburg über Würzburg in die Schweiz in den Bundesverkehrswegeplan einzubringen.

Bei der Bahn war zunächst die Einbeziehung der über Würzburg laufenden Bahnstrecken in die Elektrifizierung zu erreichen und hier, ähnlich der zweiten Nord-Süd-Linie des Bundesautobahnnetzes, eine zweite leistungsfähige Bahnverbindung von Hamburg über Fulda nach Würzburg zu propagieren. Besonders augenfällig war die mainfränkische Sondersituation im Bereich der Verkehrspolitik. Natürlich war München auch für die Wiederaufnahme der alten Pläne einer Autobahnverbindung von Kassel über die Rhön nach Süden, aber als eine bayerische Weiche des Nord-Südverkehrs, nicht als Teil einer zweiten deutschen Nord-Süd-Verbindung, die dann südlich Würzburgs weiterführen würde. Erst durch eine gemeinsame Intervention von 25 IHKs von Flensburg bis Zürich unter Federführung der IHK Würzburg-Schweinfurt konnte diese zweite deutsche Nord-Südverbindung als vollwertige Nord-Südverbindung durch das ganze Bundesgebiet gedanklich auf den Weg gebracht werden, wobei noch eine Entscheidung ausgeräumt werden musste, die aus

# VERKEHRSDREHSCHLEIBE

## MAINFRANKEN

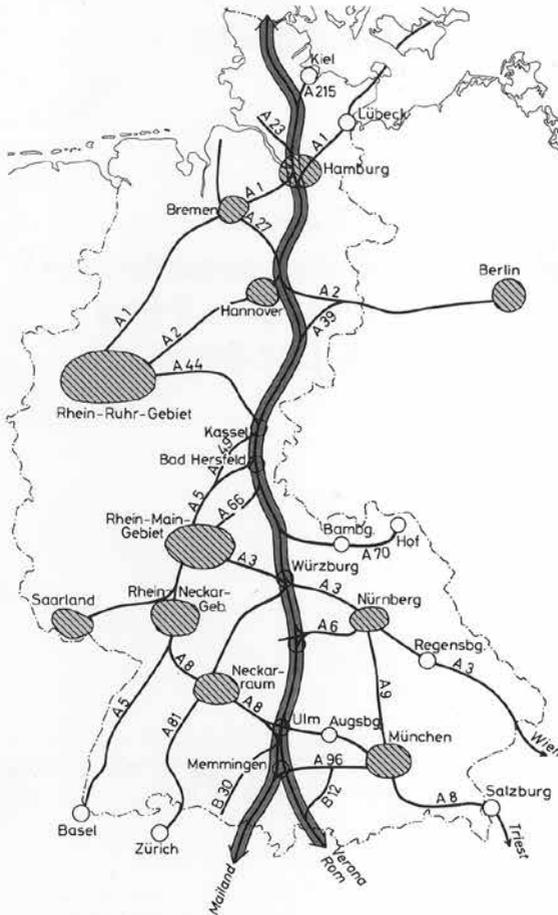


SCHRIFTENREIHE DER INDUSTRIE- UND  
HANDELSKAMMER WÜRZBURG-SCHWEINFURT

HEFT 2

Cover „Verkehrsdrehscheibe Mainfranken“, Schriftenreihe der IHK Würzburg-Schweinfurt, Heft 2, 1966

## Die A 7 – Deutschlands längste Autobahn und Europas wichtigste Nord-Süd-Achse



**Alfred Herold**

Cover „Die A 7 – Deutschlands längste Autobahn und Europas wichtigste Nord-Süd-Achse“, Alfred Herold, Hrsg. anlässlich der Eröffnung der A 7 Würzburg-Ulm, Würzburg, 1987

Haushaltsgründen diese Linie südlich Würzburgs ersatzlos gestrichen hatte.<sup>185</sup> Das war ein Erfolg aller beteiligten Kammern für den Ausbau der westdeutschen Verkehrsinfrastruktur und hätte zu einem großen Autobahnkreuz im Würzburger Raum führen können, wie es als Modell auf der Weltausstellung in Tokio bereits präsentiert wurde. Zu Fall gebracht haben dieses für die Entwicklung der Region Würzburg so wichtige Vorhaben einige Bürgermeister der westlichen Stadtrandgemeinden im Bund mit einer nicht sehr mutigen Verwaltung und mit einigen Politikern, die um Wählerstimmen im Landkreis bangten.

Wichtig war nach der Wiedervereinigung der Autobahnbau nach Suhl/Erfurt, der als ein Projekt der deutschen Einheit 2007 vollendet wurde. Ebenso wichtig wäre eine Revitalisierung der alten Reichsbahnstrecke Berlin-Erfurt-Würzburg-Stuttgart-Zürich gewesen, die aber Nürnberger Ambitionen hinderlich war und deshalb bis heute liegen blieb.

## **Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**

Die IHK musste zwischen Bonn und München lavieren. Das Konzept des Bundeswirtschaftsministeriums hinsichtlich der Schwerpunkttorte in der Wirtschaftsförderung entsprach mehr der Interessenlage Würzburgs als die Münchner Vorstellung der vorrangigen Förderung des ländlichen Raumes. Man musste eine die Berücksichtigung der Interessen des Kammerbezirks günstige Situation abwarten. Sie kam bei der Fortschreibung der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Während bis dahin alle Versuche, den südlichen Kammerbezirk mit Würzburg in die Wirtschaftsförderung einzubeziehen, mit Rücksicht auf das vorrangige Interesse der Staatsregierung an der Förderung Ostbayerns und der Mittelkonzentration dort in München auf taube Ohren stießen, bot sich die Möglichkeit, diese Interessenlage in der Regionalpolitik dadurch unterzubringen, dass Teilräume anderer Bundesländer, etwa Trier, in einer ähnlichen Situation wie Würzburg waren. Als Rheinland-Pfalz den Vorschlag Trier brachte und der Bund seine Stimmen in dem zuständigen Entscheidungsgremium (IMNOS) dafür in Aussicht stellte, zog Bayern mit dem Vorschlag Würzburg

---

<sup>185</sup> Faksimile des Fernschreibens vom 18.01.1978 bei H. H. Brandt, Ein tüchtiges Organ ..., S. 243.

68884 ihk/vbg d  
 san  
 san  
 san  
 san  
 835700a brv d/bs nr 392 18/01/78 1130/va

ihk wuerzburg-schwainfurt  
 herrn praesident otto schaefer  
 8700 wuerzburg

sehr geehrter herr praesident,

betr.: bah a 7, wuerzburg - ulm  
 hier: entscheidung nach par 6 des gesetzes ueber den ausbau te  
 bundesfernstrassen

'von den nachstehenden an den zuständigen landesminister gerichteten  
 fernschreiben gebe ich ihnen hiernit kenntnis:

die angekündigten besprechungen ueber einen moeglichen vorzeitigen  
 baubeginn der restlichen teilstrecken der bundesautobahn wuerzburg -  
 ulm haben  
 inzwischen stattgefunden. wegen der unvorhergesehenen zunahme  
 des verkehrs auf den autobahnen wuerzburg - nuernberg und stutt-  
 gart - ulm ist zur entlastung dieser strecken der sofortige  
 bau der gesamtstrecke wuerzburg - ulm notwendig.

ich habe nunmehr unter anwendung des par 6 des gesetzes ueber den  
 ausbau der bundesfernstrassen in den jahren 1971 bis 1985 fol-  
 gendes entschieden:

1. in abschnitt wuerzburg - gollhofen kann mit dem bau der  
 zweiten fahrbahn sofort begonnen werden. die kosten dafuer  
 werden rd. 40 mio dm betragen.
2. in abschnitt gollhofen - aalen wird die planung so schnell  
 wie moeglich zum abschluss gebracht. mit dem bau kann dann  
 sofort begonnen werden. die kosten fuer diesen teil werden  
 rd. 430 mio dm betragen.
3. fuer den abschnitt aalen- gienjen kann mit dem sofortigen  
 vollausbau begonnen werden. die mehrkosten fuer den vorge-  
 zogenen bau der zweiten fahrbahn werden rd. 75 mio dm be-  
 tragen.

insgesamt betraegt das vorgezogene investitionsvolumen rd.  
 595 mio dm.  
 bei meiner entscheidung bin ich von ihrer zusage ausgegangen,  
 die planungsarbeiten so zu beschleunigen, dass die gesamtstrecke  
 wuerzburg - ulm 1983 fertiggestellt ist. auf diesen fertig-  
 stellungssternin habe ich auch die finanziellen dispositionen  
 fuer den bundesfernstrassenhaushalt abgestellt.

ich bin ueberzeugt, dass durch den vorgezogenen bau der gesamt-  
 strecke wuerzburg - ulm die verkehrsverhaeltnisse in sueddeutsch-  
 land entscheidend verbessert werden, und dass dies den verkehrs-  
 teilnehmern aus dem gesamten bundesgebiet zu gute kommt. darueber  
 hinaus werden arbeitsplaetze in der strassenbauwirtschaft in  
 den naechsten jahren gesichert.

ich werde eine der naechsten gelegenheiten wahrnehmen, um mit  
 den oesterreichischen und italienischen verkehrsminister ueber  
 die fortuehrung dieser autobahn von der deutsch-oesterreichischen  
 grenze bis nach nairland eine besprechung zu fuehren.'

mit freundlichen gruessen  
 gez. kurt gscheidlo +

835700y brv d 1217a  
 68884 ihk/vbg d  
 68884 ihk/vbg d

nach. Der dadurch erhoffte Spill-Over-Effekt für den umgebenden Raum trat voll ein.

Mainfranken hatte in den 1960er Jahren wirtschaftlich einen erheblichen Sprung nach vorne gemacht. Das hing mit einem ungewöhnlich starken Wachstum der Industrie zusammen, in ihren klassischen Standorten und vor allem im breiten ländlichen Bereich. In allen Landkreisen löste die Industrie die Landwirtschaft als stärksten Träger der Beschäftigung ab und übertraf deren Beitrag zum Bruttosozialprodukt bei weitem. Mainfranken wurde von einer agrarischen zu einer industriellen Region.<sup>186</sup> Erstmals übertraf die Industrie der Landkreise nach Umsatz und Beschäftigung die der Städte Schweinfurt und Würzburg. Und dieses Wachstum schien sich weiter überproportional zu der Entwicklung in Bund und Land fortzusetzen. In ihrem Jahresbericht für 1982 hat die IHK diese Entwicklung bilanziert. Sie hat im Kern bis heute Bestand.

## **Mainfranken 1950 bis 1980: Auf dem Weg zu einer industriellen Region**

Waren 1950 noch 405.897 Erwerbspersonen in der Landwirtschaft Mainfrankens beschäftigt, so hat sich diese Zahl in dreißig Jahren auf 300.000 (inkl. Neben- und Zuerwerbslandwirte einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) reduziert. Das entspricht in etwa der Entwicklung, die nahezu alle westdeutschen Regionen im Rahmen der Industrialisierung erfahren haben, allerdings mit einer zeitlichen Verzögerung. Die Landwirtschaft hat ihren früher dominierenden Rang als stärksten Träger der Beschäftigung an die Industrie abgegeben, die privaten Dienstleistungen haben sich als zweitstärkster Wachstumsträger herausgebildet, der Handel konnte seine Position in etwa halten, und der öffentliche Dienst verlor geringfügig an Gewicht. Regional waren die „Gewinner“ dieser Entwicklung Stadt und Landkreis Würzburg, was allerdings auch mit der Rückwanderung der durch den zweiten Weltkrieg vertriebenen städtischen Bevölkerung zusammenhängt. Diese Entwicklung ist gleichermaßen durch Kontinuität wie durch strukturellen Wandel gekennzeichnet. Die Eckwerte der statistisch ausgewiesenen Umsatzentwicklung in der mainfränkischen Industrie lauten:

---

<sup>186</sup> Schäfer, a. a. O., Weg der Industrie ..., S. 94 folg. „Der Weg zur industriellen Region“.

1950: 630 Millionen DM  
 1980: 10.509 Milliarden DM

Die Eckwerte der industriellen Beschäftigung:

1950: 41.000  
 1980: 100.000

Was die statistisch ausgewiesenen Umsatz- und Beschäftigungszahlen nicht von vornherein erkennen lassen, sind Freisetzung, die auch in größerem Ausmaß in der Investitionsgüterindustrie selbst stattgefunden haben. Beispielhaft dafür sei nur die Wälzlagerindustrie genannt, die insbesondere Ende der sechziger Jahre einem außergewöhnlich starken Anpassungsdruck ausgesetzt war. Gleichzeitig erlebten aber traditionelle mainfränkische Unternehmen wie Rexroth in Lohr oder Noell in Würzburg in den siebziger Jahren auch einen beschäftigungsmäßigen Aufschwung, der in diesen mehr globalen Zahlen nivelliert wird und damit unsichtbar bleibt.

Gleichfalls ist die qualitative Veränderung der Beschäftigung eine Strukturkomponente, wie sie aus den Zahlen allein nicht ersichtlich wird. Aus Einzelgesprächen mit mainfränkischen Unternehmern, aus entsprechenden Presseverlautbarungen und vielen anderen Informationen zeigte sich, dass der Anteil der Ingenieure und Facharbeiter kontinuierlich und überproportional bis heute zugenommen hat. Selbst 1982, in einem Jahr, das wiederum eher von personellen Freisetzungen geprägt war, belegten die Konjunkturumfragen der Kammer deutlich, dass in allen Betrieben, insbesondere im Investitionsgüterbereich, der Bestand an qualifizierten Fachkräften sowohl absolut wie relativ weiter zunahm und sich das „Wegtarifizieren der Niedriglohngruppen“ voll auswirkte.

Bereits 1950 entfielen auf die Investitionsgüterindustrie 54,6 Prozent des Umsatzvolumens. Dieser Sektor, der sich im Wesentlichen aus den Industriegruppen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik zusammensetzt, vergrößerte mit einem Wachstum von 345 Millionen DM 1950 auf über sechs Milliarden DM 1980 auch sein relatives Gewicht um drei Prozentpunkte auf nahezu 58 Prozent.

Innerhalb des Investitionsgüterbereiches haben sich die Gewichte nur geringfügig verschoben. Der Umsatzanteil des Maschinenbaus erhöhte sich in drei Jahrzehnten von 30,5 Prozent auf 31,8 Prozent, der des Straßenfahrzeugbaus von 11,2 auf 12 Prozent. Umgekehrt ging das Umsatzgewicht der Elektrotech-

nik von neun auf 6,5 Prozent zurück. Dabei hatte aber diese Branche zwischenzeitlich sogar einen Minimalwert von 4,1 Prozent (1965) erreicht. Diese Branche erwies sich zweifellos gegenüber den beiden dominierenden Investitionsgüterbereichen „Maschinenbau“ und „Straßenfahrzeugbau“ als besonders konjunktur- und strukturempfindlich.

Der mainfränkische Arbeitsmarkt profitierte deutlich von der Entwicklung im Investitionsgüterbereich. Dieser Sektor ist nicht nur umsatzmäßig und damit in seinem Leistungsvolumen gewachsen. Er hat darüber hinaus einen überproportionalen Beschäftigungsanteil auf sich ziehen können. Dieser stieg von 53,9 Prozent im Jahr 1950 auf 62,8 Prozent 1980. Vor allem die Branchen Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau erwiesen sich nicht nur als stabiler Beschäftigungsträger, sondern auch als Auffangbecken für Freisetzungen in anderen, vor allem nichtindustriellen Bereichen.

## **Rohstoffferne und hohe Energiekosten**

Aber diese mainfränkische Industrie hatte gegenüber den meisten ihrer Konkurrenten zwei erhebliche Standortnachteile: die Marktferne, was zu überproportionalen Transportkosten führte, und vergleichsweise höhere Energiekosten. Dagegen halfen nur eine schnelle Einbindung in die Verkehrsinfrastruktur der Bundesrepublik, das Schritthalten mit deren Modernisierung auf Schiene, Straße und Wasserstraße und eine Verringerung der Energiepreise. Beim Strom setzte man auf die positiven Auswirkungen des im Bau befindlichen Kernkraftwerks in Grafenrheinfeld, hinsichtlich der Preise und der Eisfreihaltung der Wasserstraße. Beim Öl hoffte man von weiteren Raffineriebauten zu profitieren. Mit Ferngas erreichte ein weiterer Energieträger den mainfränkischen Raum, dessen Angebot zu einem Preisdruck gegenüber seinen Konkurrenten führen könnte. Die Kammer beobachtete diese Entwicklung sehr genau und versuchte, wo sie konnte, darauf Einfluss zu nehmen.

Durch den Bau der Raffinerien in Raunheim und Ingolstadt war zudem ein weiterer komparativer Nachteil für die mainfränkische Industrie entstanden. Die im Umkreis der Raffinerien gelegenen Abnehmer konnten mit sogenannten Raffinerieeinstandspreisen rechnen, während die außerhalb der Raffinerieeinzugsgebiete liegenden Abnehmer auf den früheren höheren Preisen sitzen blieben. Das konnte im Extremfall dazu führen, dass ein Tankzug, nachdem er das Ingolstädter Raffinerieeinzugsgebiet verlassen hatte, zu

erheblich höheren Preisen verkaufte und, nachdem er das Raunheimer Einzugsgebiet erreicht hatte, seine Preise wieder senkte. Auf dem Berg dazwischen saßen auch die mainfränkischen Abnehmer.

Als ab Mitte der 1960er Jahre weitere Raffineriestandorte ins Gespräch kamen, interessierte sich die Kammer für die Chancen eines Raffineriestandorts, durch die der Bezirk in den Genuss von Raffinerieeinstandspreisen kommen konnte. Ihr damaliger Vizepräsident Dr. Erich Ullrich hatte am 14. April 1964 im Anschluss an einen Vortrag des bayerischen Wirtschaftsministers die Frage aufgeworfen, warum man nicht im mainfränkischen Raum Raffinerien gebaut habe oder bauen wolle. In ihrem Jahresbericht über das Jahr 1965 hatte die Kammer festgestellt, „dass man bei den geltenden Gütertarifen weite Teile des Kammerbereichs von günstigen Mineralöltarifen ausschließe“ und hinzugefügt: „Es ist zu hoffen, dass durch den Bau neuer Raffinerien eine Verbesserung der Preissituation eintritt.“<sup>187</sup>

In den folgenden Jahren rückte die Energiepolitik in den Mittelpunkt der Kammerarbeit. Um weiterzukommen sollten die nordbayerischen Kammern gemeinsame Vorstellungen zur besseren Energieversorgung entwickeln. Dabei wurde Wert darauf gelegt, von den Potenzialen her zu argumentieren und nicht von Benachteiligung, Entwicklungsrückstand und ähnlichem: die für eine Raffinerie nötigen Absatzmärkte seien da, die Industrialisierung schreite in dieser Region schneller voran als in anderen Räumen, die Verkehrslage könne kaum günstiger sein, Vorlieferanten und Abnehmer zahlreicher für die Mineralölwirtschaft interessanter Produkte liegen in Mainfranken, die großen Zentren des Rhein-Main-Gebiets, des Stuttgart/Heilbronner Raums und von Nürnberg vor der Tür. Das Bildungsangebot Mainfrankens sei auch für die Mineralölindustrie interessant, der Bau einer Raffinerie wäre eine weitere Initialzündung in der von der Zonengrenze, der Umstrukturierung der Landwirtschaft besonders betroffenen und in hohem Maße entwicklungsfähigen Region (75 Prozent sind Bundesausbaugebiete). Die Verbesserung der Fracht- und Energiekostensituation für die vorhandenen Betriebe wäre von außerordentlicher Bedeutung<sup>188</sup>. Das wurde in weiteren Veröffentlichungen, die sich insbesondere auch mit dem vorhandenen Nachfragepotential beschäftigten, und in Eingaben an das Wirtschaftsministerium in München, an Planungsverbände und durch Beteiligung an der öffentlichen

187 IHK-Jahresbericht 1965.

188 MW 6/1963 ,S. 271, MW 10/1963, S. 395 folg., MW 12/1971, S.512 f.



Diskussion vertieft. Auch fanden erste Gespräche mit Vertretern der Mineralölwirtschaft statt. Das Aus kam mit der Entscheidung der Mineralölwirtschaft, keine weiteren Raffineriestandorte in der Bundesrepublik zu bauen.

### **Im Urteil der Geschichtswissenschaft: „Typisch das Wirken der Kammer Würzburg-Schweinfurt“**

Die regionale Politik der Münchner und der Würzburger Kammer hat inzwischen Eingang in die wissenschaftliche Literatur gefunden. Als Beispiel sei aus Maximilian Lanzinners grundlegendem Werk über Bayern im Wiederaufbau zitiert:

*„In der Kammerarbeit dieser Regionen stand im Vordergrund die Verkehrs-, dann die Energiepolitik und das Engagement in der regionalen Wirtschaftsförderung. Die Kammern nahmen Einfluss auf die Linienführung und Baetermine von Autobahnen, die Modernisierung von Eisenbahnstrecken, den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals. Sie suchten einerseits bei den staatlichen Stellen möglichst viel Fördergelder für ihre Bezirke herauszuholen, zum anderen gleichen sie branchenspezifische oder regionale Interessengegensätze ihrer Mitglieder aus. Typisch hierfür war das Wirken der Kammer Würzburg-Schweinfurt, die in den 60er Jahren gutachtlich die Förderung auf strukturschwache Zonen um Würzburg lenkte, seit etwa 1970 aber einer ‚Vervollständigung des Sperrriegels von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen um Würzburg herum‘ entgegenwirkte, damit es nicht zu einer ‚endgültigen Austrocknung des industriellen Wachstums‘ in Würzburg selbst kam.“<sup>189</sup>*

An diesem und anderen Beispielen zeigte sich, was eine unabhängige IHK für ihre Firmen und ihren Bezirk zu erreichen im Stande war. Das galt auch für die Beteiligung an der wissenschaftlichen Diskussion um die Grundlagen der Raumordnungs- und Regionalpolitik. Dabei wurden Annahmen und Modelle diskutiert, die unterschiedlichen räumlichen Strukturen und Leitbildern gerecht werden konnten. Die Stichworte: Entballung, Dezentralisierung, Schwerpunkttorte. Aus mainfränkischer Sicht kam es darauf an, den Überlappeneffekt aus den benachbarten großen Ballungen für die eigene Entwicklung zu nutzen, nicht selbst in den Sog dieser Ballungen zu geraten und sich vielmehr als deren Entlastungsraum zu empfehlen.

<sup>189</sup> a. a. O., S. 203 f., dort auch weitere Einzelheiten wie die Forderung nach dem Nachweis kaufmännischer und fachlicher Sachkunde und persönlicher Zuverlässigkeit.

„Die Industrie- und Handelskammern können Anlagen und Einrichtungen, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft oder einzelner Gewerbezweige dienen, begründen, unterhalten und unterstützen sowie Maßnahmen zur Durchführung der kaufmännischen und gewerblichen Berufsbildung unter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften insbesondere des Berufsbildungsgesetzes, treffen“.

§1 Abs. 2 IHK-Gesetz vom 18. Dezember 1956 BGBl. I S. 920

## Berufliche Ausbildung und Weiterbildung

Schon die Edikte über die Einrichtung einer Commerzienkommission aus „gelehrten Hofkammer- und anderen Räten sowie Handels- und Merkantil-sachverständigen“, die Geburtsurkunden der Vorläufer der IHKs, die Fürst-bischöfe 1669 und 1699 auf Wunsch der Kaufmannschaft zur Sicherung der Qualität der Geschäfte des Handels erlassen hatten, enthalten Bestimmungen über die Lehrjungen und die Organisation der Ausbildung<sup>190</sup>. Mit den vorindustriellen Gewerben und erst recht seit Beginn der Industrialisierung verlagerte sich der Schwerpunkt vom kaufmännischen auf den technischen Bereich. Der Polytechnische Zentralverein setzte mit seiner Gewerbeförderung und den Vorläufern des beruflichen Bildungswesens genau dort an. Über ein Jahrhundert vor der gesetzlichen Regelung der Berufsausbildung in der Bundesrepublik entstanden die Vorläufer der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Unterfranken.<sup>191</sup> Nach dem Zusammenbruch des Reiches 1945 und der Auflösung der Gauwirtschaftskammern entstand die neue Wirtschaftskammer Würzburg auch und in gewisser Weise sogar vorrangig aus der Notwendigkeit des Neuaufbaus des beruflichen Prüfungswesens. Ein neuer Prüfungsjahrgang stand an, für dessen Abschlussprüfung niemand anderes als die frühere und nunmehr wieder zu gründende IHK zuständig sein konnte und sollte.<sup>192</sup>

190 Ein weiteres Beispiel findet sich in dem Buch des langjährigen Münchner „Zeit“-Korrespondenten Hermann Bösenacker Bayern, Bosse und Bilanzen, München 1972, S. 26 und 72.

191 Schäfer, Dieter, Der Weg der Industrie in Unterfranken, Würzburg 1970, S. 39 f., dort auch weitere Literatur; ders., Aspekte der Wirtschaftsgeschichte Würzburgs vom Ausgang des Alten Reiches bis zur Gegenwart, in: Geschichte der Stadt Würzburg Vom Übergang an Bayern 1814 bis zum 21. Jahrhundert, S. 642 f.

192 Für die Aufmerksamkeit, die die Arbeit der Kammer in der Wirtschaftspublizistik fand, siehe Hermann Bösenacker, Bayern, Bosse und Bilanzen, München 1972, S. 85 und S. 114.

In der langen Geschichte der IHK und ihrer Vorgänger, beziehungsweise Vorläufer spielte die Berufsausbildung von Anfang an eine besondere Rolle. Berufliche Aus- und Weiterbildung war eine der Kernaufgaben der IHKs, schon in dem Aufgabenkalalog ihrer Vorläufer angelegt. Neben, ergänzend und parallel zu dem öffentlichen Schulwesen entwickelte sich die berufliche Bildung als eigenständige Selbstverwaltungs- und Selbstordnungsaufgabe der Wirtschaft. Ihre Besonderheit war stets die enge Verzahnung mit der wirtschaft-



IHK-Präsident Otto Schäfer und Auszubildender in einer IHK-Lehrwerkstatt

lich-technologischen Entwicklung durch den Schwerpunkt in der betrieblichen Lehre und – seit der Entstehung der Berufsschulen – deren Grundlegung und Ergänzung durch den theoretischen Unterricht.

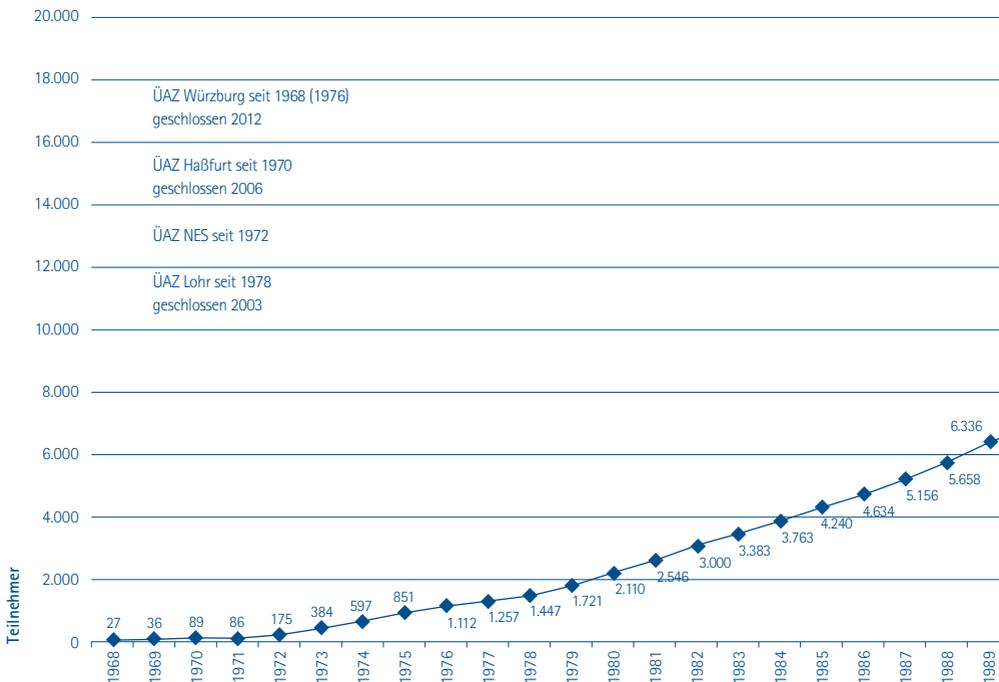
Die in Eigeninitiative der Wirtschaft entwickelte Berufsausbildung in Deutschland wurde den IHKs 1969 durch Bundesgesetz als öffentliche Aufgabe übertragen. Der Vorzug dieses deutschen Systems mit seinem Schwerpunkt im betrieblich-praktischen Teil gegenüber rein schulischen Ordnungen anderer Länder liegt in der unmittelbaren Verschränkung mit der Entwicklung der Märkte und der technischen Entwicklung, in der Kostenträgerschaft der Wirtschaft anstelle einer Umlage und Finanzierung über den Staatshaushalt und in der kostengünstigen, weitgehend ehrenamtlichen Aufgabenerledigung und damit der Vermeidung weiterer Staats-Bürokratie mit ihren Eigengesetzlichkeiten und Praxisferne.

Die Hauptursache für die im Vergleich mit schulischen Ordnungen einiger anderer Länder wesentlich geringere Jugendarbeitslosigkeit und die höhere Erfolgsquote der Abschlussprüfungen lag und liegt in der Einbeziehung (auch der in der Pubertät nicht selten schulmüden) Jugendlichen in die betriebliche Praxis – das Unternehmen als Lernort – durch die, bzw. das der heranwachsende Jugendliche sich ernster genommen sieht, als in der „nur“ theoretischen Schule. Im Betrieb bekommt er unmittelbar mit, wohin die Ausbildung in der Berufspraxis führt. Der junge Mensch lernt Arbeitstugenden (Pünktlichkeit, Fleiß, Genauigkeit, Sauberkeit etc.) und bekommt die Erfordernisse der Arbeitswelt gewissermaßen subkutan mit.

Die wichtigsten zehn IHK-Ausbildungsberufe in Mainfranken 1964

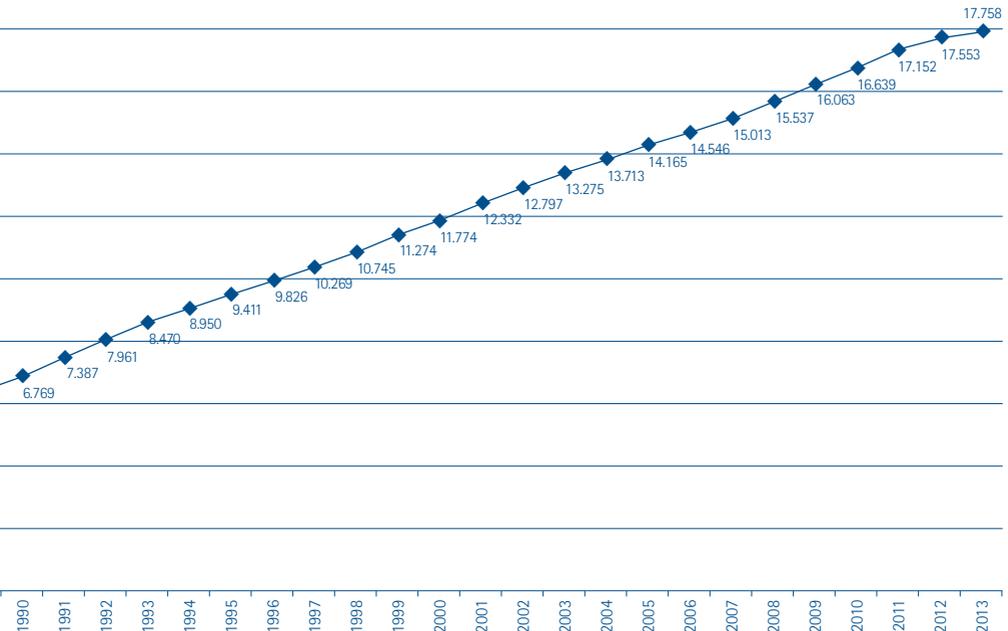
Platz	Ausbildungsberufe	Anzahl
1	Einzelhandelskaufmann	2.863
2	Großhandelskaufmann	1.430
3	Maschinenschlosser	1.126
4	Industriekaufmann	918
5	Bankkaufmann	513
6	Werkzeugmacher	367
7	Bürokaufmann	362
8	Starkstromelektriker	295
9	Koch	196
10	Bauzeichner	182

Überbetriebliche IHK-Ausbildungszentren 1968 bis 2013



Die wichtigsten zehn IHK-Ausbildungsberufe in Mainfranken 2014

Platz	Ausbildungsberufe	Anzahl
1	Industriemechaniker/in	1.030
2	Industriekaufmann/-frau	669
3	Kaufmann/-frau im Einzelhandel	665
4	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation/Kaufmann/-frau für Büromanagement	599
5	Verkäufer/in	520
6	Mechatroniker/in	513
7	Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	499
8	Bankkaufmann/-kauffrau	491
9	Zerspanungsmechaniker/-in	392
10	Elektroniker/-in für Betriebstechnik	302



Der Berufsausbildung in der Kammerarbeit wird aus Anlass des Kammerjubiläums 2018 eine Sonderpublikation gewidmet sein. Hier nur die Eckdaten der Entwicklung, die durch erhebliche Veränderungen in der Gesetz- und Verordnungsgebung und durch die Entwicklung neuer Ausbildungsberufe bestimmt wurde. Das gilt besonders für den neuen IT-Bereich. Die Meilensteine in Kürze: Berufsbildungsgesetz, Übertragung der Verantwortung für die Berufsbildung der Wirtschaft auf die Kammern als öffentliche Aufgabe (1969), Ausbildereignungsverordnung (1972), Neue Metall- und Elektroberufe (1987), IT-Berufe (1997), Berufsbild Mechatroniker/in, ein Hybridberuf, der Mechanik und Elektrik vereint (1998), im Bürobereich die Ablösung der früheren Kontoristen, die noch nicht als Ausbildungsberuf anerkannt waren, durch die Bürogehilfin/Bürogehilfe und später die Kaufleute für Bürokommunikation – heute der Ausbildungsberuf Kaufleute für Büromanagement. Der Vergleich der zehn wichtigsten Ausbildungsberufe 1964 und 2014 zeigt die Umsetzung der dynamischen Entwicklung der Wirtschaft in neue Ausbildungsberufe.

Ganz wichtig war von 1968 bis 2013 die Unterstützung des Ausbildungsengagements der Firmen durch die überbetrieblichen Ausbildungszentren der



Lehrwerkstätten in Bildungszentren des Kammerbezirkes

IHK. Ohne diese Ausbildungszentren in Würzburg, Haßfurt, Bad Neustadt und Lohr hätte eine größere Anzahl von Ausbildungsbetrieben den Erfordernissen der Ausbildungsereignungsverordnung nicht gerecht werden können. Durch die Verbesserungen in der Ausbildungsfähigkeit gerade auch kleinerer Unternehmen und die zahlenmäßige Entwicklung der Auszubildendenverhältnisse konnte die Kammer dieses die betriebliche Ausbildung ergänzende Lehrgangsangebot auslaufen lassen.

Das Zentrum für Weiterbildung am Standort Mainaustraße in Würzburg konnte im Herbst 2012 sein Konzept und sein 25-jähriges Wirken in einer anschaulich gestalteten Publikation „Erfolge schaffen – Zukunft gestalten“ dokumentieren. Da sich dieser Abschnitt auf diese Publikation stützt, erweitert sich die Darstellung an dieser Stelle über das Jahr 1992 hinaus. Auf dem System der dualen Ausbildung aufbauend bietet die IHK zahlreiche, mit der Wirtschaft abgestimmte, praxisorientierte berufliche Weiterbildungen an und informiert darüber in der Kommunikationsplattform Mainfranken-Campus, eine Erstinformation mit dem so genannten Bildungsscout. Die Weiterbildungsangebote der IHK umfassen die Bereiche: Betriebswirtschaft, EDV, Technik, IT/Medien, Sprachen, Führungskräfte-Training, Logistik, Gastronomie und Gesundheit, Marketing und Vertrieb und eine Weinschule.

#### **Das IHK-Zentrum für Weiterbildung (ZfW) in Würzburg (1987)**

- Nutzfläche: 2.200 qm auf drei Stockwerken (einschließlich Hausmeisterwohnung)
- Baukosten: 9,3 Mio. DM inklusive Erwerb des Teileigentums
- Finanzierung: Eigene Mittel der IHK aus vorangegangenem Besitz und erster Bauabschnitt IHK-Zentrum für Weiterbildung: 3,3 Mio. DM.
- Zuschussgeber: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Landesarbeitsamt Nordbayern.
- Zeitplan: Verhandlung mit Zuschussgebern ab März 1983; Baubeginn: Oktober 1986; Richtfest: 29.05.1987; Inbetriebnahme: Lehrwerkstatt: 01.09.1987, Abteilung Weiterbildung: 10.09.1987; Einweihung: 02.09.1987 durch den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, MdL.

Mit der Inbetriebnahme des IHK-Zentrums für Weiterbildung hat die IHK ab 1987 zweckorientierte Räumlichkeiten geschaffen, die die bereits geschaffenen Kapazitäten an Räumen für die überbetriebliche Ausbildung ergänzten und für Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung sowie das Prüfungsgeschäft vervollständigten.

Damit bot die IHK

- Räume zur überbetrieblichen Ausbildung und Umschulung im Bereich Metall für maximal 40 Teilnehmer auf insgesamt 515 qm Fläche
- Unterrichtsräume für die Weiterbildung, davon
  - ein Raum spezialisiert als Sprachlabor bzw. Unterrichtsraum für Schreibtechnik;
  - zwei Räume spezialisiert als Unterrichtsräume für EDV;
  - ein weiterer Raum spezialisiert für sämtliche Unterweisungen im Zusammenhang mit Hydraulik, Pneumatik und Computer unterstützter Maschinensteuerung.
- Durchführung von Lehrgängen zur Vorbereitung auf Meister-, Fachkaufmann- und Fachwirteprüfungen (zum Beispiel Industriemeister, Küchenmeister, Bilanzbuchhalter, Fremdsprachenkorrespondent, Fachkaufmann, Personal, usw.)
- Vorbereitungslehrgänge auf die Ausbildereignungsprüfung
- Durchführung von Fachkaufmann- und Fachwirteprüfungen, Prüfungen in Schreibtechnik
- Halbjährlich ein umfassendes Seminarprogramm zur individuellen Weiterbildung in vielen Bereichen (etwa Fremdsprachen, Betriebswirtschaft, EDV)
- Organisation des Abiturientenstudiengangs in Bad Neustadt
- Beratungsstelle für Frauen „Zurück in den Beruf“
- Einrichtung eines Weiterbildungsinformationssystems
- Cafeteria und Dachgarten zur Pausenerholung der Kursteilnehmer

## Weiterbildungszentren in Würzburg und Schweinfurt

Ausgehend vom ursprünglich erworbenen Stockwerkseigentum und den erfolgten Erweiterungsmaßnahmen musste sich auch das neu geschaffene IHK-Zentrum für Weiterbildung am vorhandenen Baubestand orientieren: Das Erscheinungsbild war von außen vorgegeben durch die bereits vorhan-



Die Podesttreppe im ZfW wurde gerne auch für die Begrüßung der Gäste bei den Kunst-Vernissagen genutzt.

dene Waschbetonfassade mit dunkelbraunen Holzfenstern. Lediglich der vorgezogene Eingangsbereich und die Aufstockung hinter einer begrünten Terrasse kamen hinzu.

Anders stellten sich jedoch die Gestaltungsmöglichkeiten des Innenausbaus dar: Das Gebäude war in seinen Rohbauzustand zurückgeführt worden, selbst die Treppen mussten abgebrochen werden. Nach Abschluss der Umbauarbeiten und Inbetriebnahme des Zentrums für Weiterbildung im Jahr 1987 betrat man das Zentrum für Weiterbildung von der Mainaustraße aus über ein geräumiges Foyer, vorbei an einer verglasten Information. Eine einläufige breite Podesttreppe führte nach oben in das erste und zweite Obergeschoss. Der hintere Teil des Erdgeschosses war der Lehrwerkstatt mit eigenem Zugang vorbehalten.

Der Zielsetzung des Architekten entsprechend sollte die Atmosphäre im Weiterbildungszentrum „hell und freundlich“ sein. Die Flurwände mit Oberlichtverglasung und Abhängevorrichtungen für die schon damals geplanten

Wechselausstellungen ergänzten sich mit hellgrauen Fußböden und farblichen Akzenten in Türrahmen und Beschlägen, Bezugsstoffen der Stühle und Sessel im Obergeschoss.<sup>193</sup>

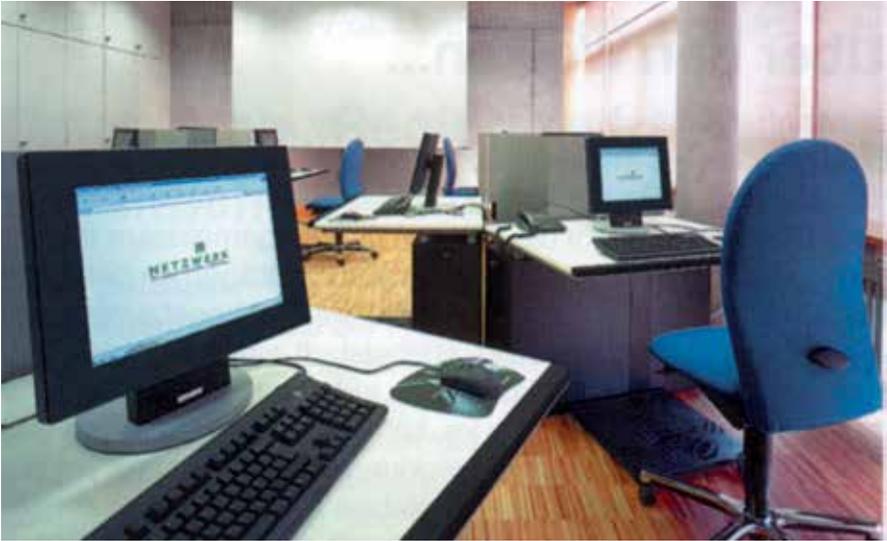
Die neue IHK-Geschäftsstelle mit Weiterbildungszentrum (ZfW)  
„Am Hainig“ in Schweinfurt:

	Haus A Geschäftsstelle	Haus B ZfW
Grundsteinlegung:	23.09.1994	04.09.1998
Einweihung:	29.05.1995	28.09.1999
überbaute Fläche:	495 m <sup>2</sup>	550 m <sup>2</sup>
Gesamtnutzfläche:	900 m <sup>2</sup>	2.340 m <sup>2</sup>
umbauter Raum:	4.600 m <sup>3</sup>	5.900 m <sup>3</sup>
Gesamtkosten:	2.096 Mio. DM	3.732 Mio. DM
Förderung:	1.022 Mio. DM	1.791 Mio. DM



Anpassungsweiterbildung und Aufstiegsfortbildung: in Schweinfurt wie in Würzburg unmittelbare Nachbarschaft der IHK-Geschäftsstelle zum Weiterbildungszentrum

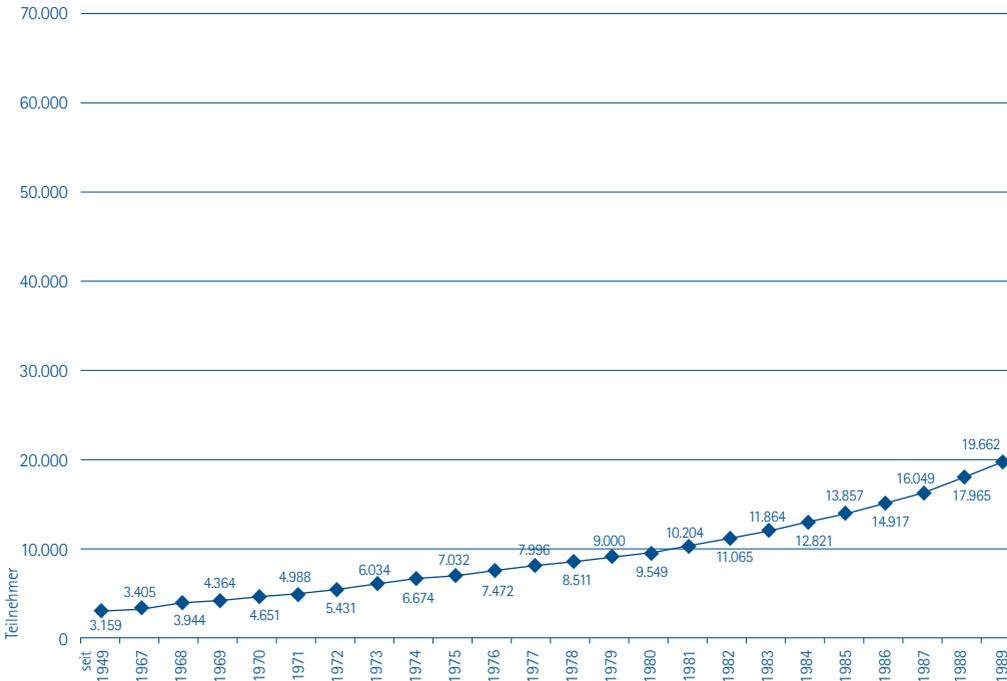
<sup>193</sup> Quelle: IHK-Broschüre „Einweihung des neuen Servicezentrums“, herausgegeben von der IHK Würzburg-Schweinfurt 1990, S. 12.



Neueste Kommunikationstechnik im Zentrum für Weiterbildung Schweinfurt 1999: Videoconferencing und moderne Rechner. IHK-Jahresbericht 1999, S. 21.

Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, zwischen Anpassungsweiterbildung und Aufstiegsfortbildung zu unterscheiden. Die Anpassungsweiterbildung dient dem Erhalt beziehungsweise der Erweiterung der beruflichen Qualifikation sowie der Anpassung an technische und gesellschaftliche Entwicklungen. Sie erfolgt im Rahmen betrieblicher oder überbetrieblicher Veranstaltungen und reicht von einem bis zu mehreren Tagen. Im klassischen Sinne werden sogenannte Seminare als Anpassungsweiterbildung bezeichnet. Seit Beginn der 2000er Jahre wurden zusätzliche so genannte Zertifikatslehrgänge entwickelt. Im Gegensatz zu den Seminaren schließen diese Weiterbildungsmaßnahmen mit einem Zertifikat ab. Seit Anfang der 60er Jahre fanden zunächst vereinzelt Seminare für Führungskräfte und Ausbilder statt. Daraus haben sich in den Folgejahren inzwischen über 250 Einzelseminare und Zertifikatslehrgänge entwickelt. Dabei stehen Sprachen, IT-Techniken, Führungskräfte trainings, BWL-Kenntnisse, Automatisierungstechniken sowie Sondermaßnahmen für Auszubildende im Vordergrund. In der Aufstiegsfortbildung bereiten sich dual ausgebildete Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung auf einen öffentlich-rechtlichen Weiterbildungsabschluss mit IHK-Prüfung vor. Die Lehrgänge werden in der Regel in

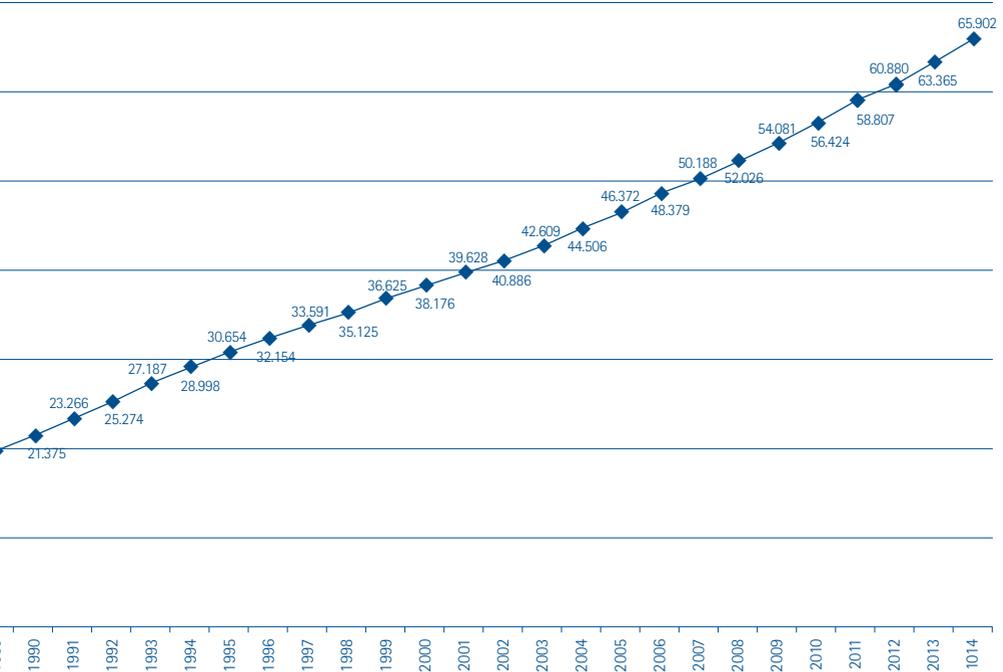
Prüfungen Aufstiegsfortbildung 1949 bis 2014



berufsbegleitender Form, aber auch in Vollzeit angeboten und dauern in der Regel zwei, maximal drei Jahre.

Die Anfänge der Aufstiegsfortbildung liegen im Jahr 1947 beim Bilanzbuchhalter und dem Ausbildungsmeister in der Druckindustrie. In den fünfziger Jahren kamen die Abschlussprüfungen für Kellermeister, Industriemeister (Maschinen- und Gerätebau) und Stenotypistin dazu. Ein regelrechter Boom entwickelte sich seit den siebziger Jahren mit 23 verschiedenen Weiterbildungsprüfungen. Der weiterhin steigenden Nachfrage wurde durch Kapazitätserweiterungen im Jahr 1987 mit dem Weiterbildungszentrum in Würzburg begegnet.<sup>194</sup>

<sup>194</sup> Ergänzend dazu und im Vorgriff für die folg. Jahre: Erweiterungen 1995 und 1999 in Schweinfurt und 2003 erneut mit dem Multimediazentrum in Würzburg. 2012 feierte das Zentrum für Weiterbildung in Würzburg sein 25jähriges Jubiläum als erste Adresse für berufliche Weiterbildung in Mainfranken. Trotz deutlicher Zunahme des privatwirtschaftlichen Weiterbildungsmarktes konnte die IHK ihre führende Rolle in der Aufstiegsfortbildung und in der Anpassungsweiterbildung halten.



Zahlreiche Lehrgänge bereiten die Teilnehmer auf die IHK-Weiterbildungsprüfungen vor. Sie sind bundesweit anerkannt, international transparent und bieten eine Alternative zum Hochschulabschluss: Lehrgänge mit IHK-geprüften Abschlüssen zum Fachberater, Fachwirt, Fachkaufmann, Industriemeister und Betriebswirt. Darüber hinaus besteht ein breites Spektrum an Fremdsprachen-Trainings und fachspezifischen Qualifizierungen.

Das ZfW hatte 1986 mit circa 150 Kursen, Lehrgängen und Seminaren begonnen und konnte deren Zahl auf 350 steigern. Dafür stehen 598 Unterrichtsplätze in 16 Seminarräumen, sieben EDV-Schulungsräume, ein Videokonferenzraum und ein technischer Unterweisungsraum zur Verfügung. Rund 3.500 Unternehmer und Führungskräfte engagierten sich 2012 ehrenamtlich in der IHK-Weiterbildung. Ihnen stehen 18 hauptamtliche Mitarbeiter zur Seite und gewährleisten den Seminar- und Lehrgangsbetrieb sowie die organisatorische Abwicklung. In 25 Jahren hat sich ergänzend zur Berufsausbil-

derung mit der Weiterbildung ein weiteres kräftiges Standbein der IHK entwickelt. In dem mainfränkischen Weiterbildungsmarkt insgesamt ist die IHK nicht konkurrenzlos, aber durch ihre Wirtschaftsnähe der stärkste Partner.

**25 Jahre IHK-Weiterbildung in Zahlen:**

402.000 Nutzer der IHK-Weiterbildungsbearbeitung

122.000 Lehrgangs- und Seminar-Teilnehmer in beruflicher Weiterbildung

46.000 erfolgreiche Prüflinge

3.500 ehrenamtliche Prüfer

2.500 Dozenten

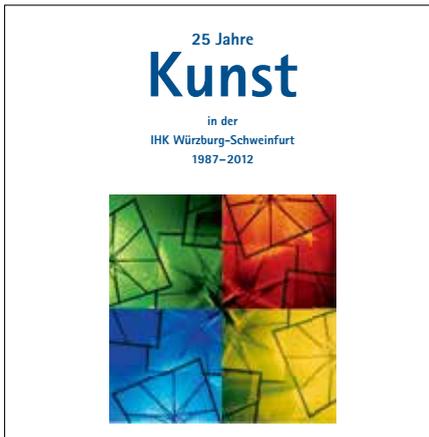
20 Bildungsträger mit regionalen Angeboten

## Kunst in der IHK

Diese Überschrift mag in der Geschichte einer IHK zunächst etwas verwundern. Förderung von Wissenschaft, das kann man sich in der Geschichte einer

wirtschaftlichen Korporation schon wegen der Verbindung zwischen angewandten Wissenschaften und wirtschaftlichem Fortschritt gut vorstellen. Aber Kunst? Mit den neuen Räumen im IHK-Weiterbildungszentrum in der Zellerau in Würzburg und am Hainig in Schweinfurt knüpfte die IHK Würzburg-Schweinfurt an eine schon ältere Tradition an.

In der Festschrift „25 Jahre Kunst in der IHK Würzburg-Schweinfurt“ berichtet der langjährige frühere Hauptgeschäftsführer über ihre Ursprünge<sup>195</sup>:



Sonderpublikation anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Kunst in der IHK“

<sup>195</sup> Festschrift 25 Jahre Kunst in der IHK Würzburg-Schweinfurt, Würzburg 2012, S. 7.



Joseph Leimgrub (1813–1890) „Der Würzburger Kunstverein“ 1853, Museum im Kulturspeicher

*„Die ehrenwerten Herren, die gut 70 Jahre nach der Konstituierung der Würzburger IHK gemäß der Königlichen Verordnung von 1843 durch den bekannten Architekten Fritz Saalfrank in guter Lage ein erstes eigenes Gebäude für die Handelskammer errichten ließen und dies im Wesentlichen aus eigener Tasche bezahlten, wollten ein repräsentatives Gebäude im Stil ihrer Zeit, dem sogenannten Prinzregentenstil, das sich zwischen Hofgarten, Alter und Neuer Universität, Michaelskirche und Justizpalast in das Würzburg der Honoratioren einpasste. Und das tat es auch, außen Naturstein, Bildhauer- und Kunstschmiedearbeiten, innen auf den Fluren schallschluckende Teppichbeläge, Kunstschreinerarbeiten, viel Holz, vornehm, würdig, auf Distanz bedacht, die Ruhe selbst. Bilder hingen dort keine außer den Porträts Kaiser Wilhelms II. und König Ludwigs III. sowie später im kleinen Sitzungssaal auch das des Ehrenpräsidenten Geheimrat Wilhelm Hilcken. Für Publikumsverkehr war dieses Haus nicht gedacht, hier berieten die gewählten Vertreter der Wirtschaft unter sich und empfingen ihre seltenen Gäste. Wurde man in die Kammer berufen, machte man um 11.00 Uhr vormittags dem Präsidenten im angemessenen Anzug, einige kamen sogar im Frack, einen Antrittsbesuch. Schüler,*

*Studenten, Lehrer, Angestellte und Arbeiter verirrten sich in diesen Honoratio-  
rentempel kaum, obwohl es damals schon eine Art Gesellenvertretung gab. Auf  
die Idee, im Treppenhaus oder auf den Fluren Bilder aufzuhängen, wäre man  
nie gekommen, schon gar nicht solche, die Gertraud von Rostosky mit ihren  
Anhängern auf dem Gut zur Neuen Welt malte. Das war Bohème, mit der hatte  
man nichts zu tun. Die kannte man nicht. Freilich gab es private Sammler. Das  
hatte seit Franz Oberthür, Franz Joseph Fröhlich und Martin von Wagner in  
Würzburg Tradition. Die Stadt hatte einen Kunstverein!*

*Aber man hielt sich ans Bewährte, sammelte Stiche und Antiquitäten, malte  
fränkische Landschaften, bestellte Familienporträts. Jäger – und das waren  
damals fast alle Mitglieder des Handelskammervorstands – sammelten Tro-  
phäen und verzierten damit auch ihre Comptoirs. Robert Piloty, aus München  
nach Würzburg berufener Staatsrechtler, beschrieb die Stadt als „ein idylli-  
sches Weinbergsstädtchen, welches in Landschaft und in Erinnerung lebt, vom  
Pulsschlag der lebenden Kunst wenig berührt, (das) Denkmäler der großen  
Perioden deutscher Kunst in feinsten Auswahl und bester Erhaltung birgt.“  
Darauf waren die Würzburger stolz und das genügte ihnen. Fürs Luitpold-  
Museum (später Mainfränkisches Museum) und für das Martin-von Wagner-  
Museum der Universität wurde im Wesentlichen Altes und Konventionelles  
gesammelt; Modernes, Experimentierfreudiges nicht.*

*Einen neuen Schub gab dann das Dritte Reich. 1938 entstand der Anbau eines  
Bürotrakts an das Handelskammergebäude von 1913. In den Amtstuben, wo  
Kaiser und König hingen, hing nun das Bild des Führers, im Besucherzimmer  
stand seine Büste. Selbst die Blut- und Bodenmalerei der Zeit, von der es auch  
allerhand Fränkisches gab, gelangte nicht in die Amtstuben, sondern mit viel  
Glück in die neue Städtische Galerie. Bestenfalls wurde Dürers „Ritter, Tod  
und Teufel“ gehuldigt. Damit konnte man nichts falsch machen, schließlich  
war man eine Garnisonsstadt.*

*Der Fliiegerangriff des 16. März 1945 machte dem ein Ende. Für den müh-  
seligen Wiederaufbau brauchte man Backsteine, Bauholz und Zement, keine  
Bilder des zerstörten Würzburgs, das konnte man ohnehin durch die Fenster  
sehen. Falls doch ein Bild zweckmäßig erschien, stellte das Mainfränkische  
Museum die Kopie des Porträts des Fürstbischofs Friedrich von Seinsheim zur  
Verfügung, der im Zeitalter der Aufklärung frühe Gewerbeförderung betrie-  
ben hatte. Das Bild kam ins Präsidentenzimmer und hing dort bis zum Aus-  
zug 1992. Auf Kammerkosten hatte man die Kopie eines kolorierten Stichs der  
Stadt aus dem 16. Jahrhundert anfertigen lassen und an repräsentativer Stelle*



Foyer in der alten IHK, Neubaustraße. „Kunst am Bau“, Oskar Martin Amorbach, Spachteltechnik





Curd Lessig, „blau“, 1973

*aufgehängt. Dazu kam später, nach seinem Ausscheiden, der Ehrenpräsident Dr. Hans Bolza konventionell in Öl. Mehr leistete sich die IHK nicht, man war sparsam, Kunst galt als Luxus.*

*Da inzwischen aber auch „Kunst am Bau“ Einzug hielt, erinnerte man sich, den Beispielen der Regierung und der Kirche folgend, eines früher sehr prominenten und geschätzten Malers aus dem Haus der Kunst in München, Oskar Martin Amorbach, und erteilte ihm den Auftrag für ein männliches Ganzkörperbild in Spachteltechnik an der Wand über der Besucherecke gegenüber dem großen Sitzungssaal, wo es sich heute noch befindet und ob des etwas traurigen Erscheinungsbildes eines ausgeplünderten Wanderers zu allerlei Missdeutungen Anlass bot und bietet. Erst bei dem Anbau eines Seminartraktes entschloss man sich zum Kauf eines modernen Bildes eines bekannten, zeitgenössischen Würzburger Malers. So kam mit Curd Lessig die Moderne in die IHK, einige kleineren Ankäufe folgten.“*

Der Blick auf Kunst und Kunstausstellungen in der IHK wäre unvollkommen, würde man nicht vor allem den neuen Standort in die Betrachtung einbeziehen. Denn die Verbindung zur Kunst und Kunstausstellungen in der IHK ist untrennbar verbunden mit dem Standortwechsel des Dienstleistungsunter-

nehmens IHK in den Würzburger Stadtteil Zellerau. Mit der Inbetriebnahme des neuen IHK-Zentrums für Weiterbildung fand Ende September 1987 die Tradition der „Kunstaustellungen in der IHK“ ihren Ursprung. Zielsetzung war, junge Menschen, die das IHK-Zentrum für Weiterbildung besuchen, auch mit künstlerischen Ausdrucksformen in Berührung zu bringen, ferner mainfränkische Unternehmen für das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Kunst und den Stellenwert von Kunst in einem modernen Unternehmen zu sensibilisieren. Nach der ursprünglichen Zielsetzung sollten vor allem unterfränkische Maler im neuen Weiterbildungszentrum Gelegenheit erhalten, ihre Werke nach dem Motto „Bildung und Kunst unter einem Dach“ einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Mit dem Beginn von Wechselausstellungen im neu eröffneten Zentrum für Weiterbildung entschied sich die IHK bewusst für die „Begegnung mit Kunst und Künstlern der Gegenwart“, anstelle von fest installierter „Kunst am Bau“. Es erschien reizvoller, sinnvoller und auch den Möglichkeiten des neuen IHK-Gebäudes entsprechender, den Versuch einer Begegnung der Besucher des Zentrums für Weiterbildung, vor allem der zahlreichen jungen Teilnehmer an den Kursen und Prüfungen der IHK-Weiterbildung, mit Kunst der Gegenwart zu wagen. Dieses Konzept kam gut an, das kunstsachverständige, kunstinteressierte Publikum zeigte sich aufgeschlossen. Moderne Kunst passte gut zu den neuen, funktional gestalteten Räumen. Die Ausstellungen beinhalten für junge Menschen, die etwas für ihre Weiterbildung tun wollen, ein Angebot zur Begegnung mit Bildern. Auch eine weitere Öffentlichkeit zeigt sich inzwischen an diesen Ausstellungen in der IHK interessiert. Die Presse berichtet über diese für die IHK neue Aktivität. Viele Menschen, die sonst mit der IHK wenig in Berührung kommen, finden durch sie den Weg in die Zellerau. Die Ausstellungen haben ihren festen Platz im Kulturleben der Stadt gefunden.

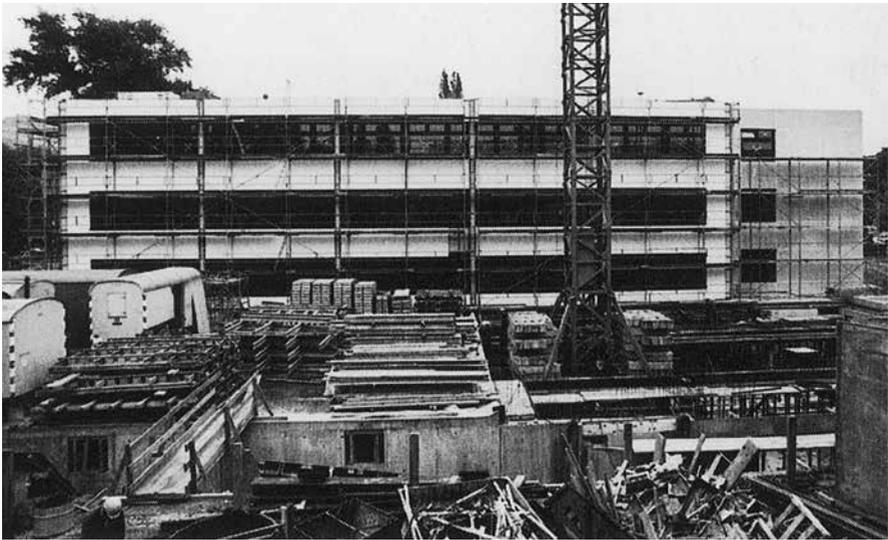
## Das Technologie- und Gründerzentrum Würzburg

Es war zunächst umstritten, ob außerhalb von München und Nürnberg Technologie- und Gründerzentren überhaupt eine Entwicklungschance haben und als eigenständiges und zusätzliches Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung mit einiger Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden könnten. Dafür bedurfte es einer gewissen Überzeugungsarbeit bei dem zuständigen bayerischen Wirtschaftsministerium und auch bei Stadt und Landkreis Würzburg. Die Initialzündung für eine solche Einrichtung auch in Würzburg gab Wirtschaftsminister Anton Jaumann 1987/88 mit einer Förderzusage seines Hauses und der Entscheidung von Stadt und Landkreis Würzburg, sich an der Betriebs GmbH zu beteiligen. Die wichtigste Voraussetzung überhaupt aber war, dass das Projekt in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit dem neuen IHK-Standort in der Zellerau und damit auch in Verbindung mit dem Serviceangebot der IHK-Geschäftsstelle in Gang gesetzt werden konnte, die IHK sich mit ihren Dienstleistungen auch und gerade für die Gründerunternehmer selbst und unmittelbar einbringen würde. Manchem Unkenruf zum Trotz erwies sich diese Idee eines Technologie- und Gründerzentrums in unmittelbarer Verbindung mit der IHK unter Beteiligung von Stadt und Landkreis als tragfähig.

Seit der Eröffnung 1989 konnte das TGZ bis 1993 insgesamt 27 Gründerunternehmen in seinen Räumen aufnehmen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten: Ingenieurbüros, Firmen für Elektronikfertigung und Geräteentwicklung, für Qualitätssicherung und Messtechnik, EDV-Consulting/Softwareentwicklung, Informationstechnik, ein medizinisch-naturwissenschaftliches Institut, ein weiteres für Messtechnik und Qualitätssicherung, eines für Softwareentwicklung mit Betriebsberatung, ein Planungsbüro, weitere für Arbeitsschutz, Gefahrenstoffe, Feinmechanik, Materialinnovationen, Weiterbildung und Betriebsberatung, Kommunikationsdesign, Produktion und Vertrieb von elektrischen Geräten, Multimedia-Anwendungen und Elektronikentwicklung. Diese „bunte Palette“ ist für Gründerzentren typisch, hat sich auch bei Mieterwechsel erhalten und damit belegen können, dass eine solche Einrichtung auch und gerade außerhalb großer Zentren einen wirkungsvollen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftskraft leisten kann. Wesentliche Aufgabe ist es, unternehmerisches Potential in diesen Räumen zu halten. In den nachfolgenden Jahren konnte das TGZ Würzburg im IHK-



Staatsekretär Otto Meyer aus dem bayerischen Kultusministerium besucht den Bau des Technologie- und Gründerzentrums. Im Bild von links: Dr. Walter Lohmeier, Geschäftsführer der TGZ-Betriebs-GmbH, Otto Meyer, Siegfried Werter und Cornelia Lüdicke-Diener vom IHK-Zentrum für Weiterbildung sowie IHK-Präsident Dr. Erich Sachs.



Der Rohbau des TGZ

Areal in der Zellerau einen unmittelbaren Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft der Region leisten.

Das erste Technologiezentrum der IHK in Würzburg gab auch die Initialzündung für weitere Gründerzentren in Rimpar, Höchberg, Schweinfurt und Bad Kissingen mit unterschiedlichen Trägerschaften. Sie belegten, dass die Errichtung von Technologie- und Gründerzentren als Instrument der Wirtschaftsförderung auch außerhalb von Metropolregionen erfolgreich sein konnte.

Zwanzig Jahre nach der Einrichtung, zudem nach Auslaufen der an den Zuschuss des bayerischen Wirtschaftsministeriums geknüpften Zweckbestimmung, musste die Kammer Eigenbedarf für die Erweiterung ihrer Büroräume geltend machen und errichtet derzeit auf dem Konversionsgelände der früheren Leighton Barracks ein neues Technologiezentrum in unmittelbarer Nachbarschaft zu den naturwissenschaftlichen Fachbereichen der Universität in der Trägerschaft einer Betriebsgesellschaft aus IHK, Stadt und Landkreis Würzburg mit jeweils 30 Prozent, der Handwerkskammer für Unterfranken vier Prozent und der Universität und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften zu jeweils drei Prozent. Eine solche Nachbarschaft und erweiterter Trägerschaft konnte an alter Stelle nicht verwirklicht werden. Die für

2018 geplante Festschrift der IHK wird darüber einen ausführlichen Bericht enthalten.

In den drei Bereichen Berufsausbildung, Weiterbildung und Technologie- und Gründerförderung hat die Kammer durch eigene Initiativen einen unmittelbaren Beitrag zur Entwicklung ihres Bezirks leisten und dabei auch der Dynamik des wirtschaftlichen Geschehens und den strukturellen und politischen Veränderungen Rechnung tragen können.

## Die Zonengrenze fällt – Mainfranken zur DDR hin öffnen

Was man als Folge des Kalten Krieges ohne große Hoffnung auf Besserung hinzunehmen hatte, trat 1989 ein: ein Standortnachteil konnte ein Standortvorteil werden, so hoffte man wenigstens. Der Bericht der Kammer für das Jahr 1989 spiegelt diese Hoffnungen wider<sup>196</sup>:

*„Die Entwicklungen in der DDR seit dem 9. November, die Erleichterungen im Reiseverkehr und die schrittweise Öffnung der Zonengrenze können mittelfristig aus dem Standortnachteil des unterfränkischen Zonenrandgebietes einen Standortvorteil bewirken. Wenn die eingeschlagenen Entwicklungen weiterhin einen positiven Verlauf nehmen, kann auch die Abschnürung Unterfrankens von seinem thüringischen Nachbarn weitgehend aufgehoben werden und diese Region ihre alte zentrale Position im Herzen Mitteleuropas zurückgewinnen. Damit es freilich soweit kommt, müssen den ersten Schritten des Jahres 1989 weitere und gewiss schwierigere in Politik und Wirtschaft folgen. Soviel kann man jetzt bereits sagen: Zum ersten Mal seit der Nachkriegszeit zeichnet sich für das unterfränkische Zonenrandgebiet und damit auch für den gesamten mainfränkischen Raum eine standortgebundene Entwicklungschance ab. Der für 1993 angestrebte europäische Binnenmarkt ließ bislang befürchten, dass sich bei Fortdauer der Abschließung der DDR die Randlage des unterfränkischen Zonenrandgebietes noch einmal erheblich verschärfen würde. Durch den Raum Würzburg mit seiner Verkehrsgunst besteht, so zeigen die regionalisierten Analysen, eventuell die Chance, Wachstumsimpulse des Binnenmarktes auch in den mainfränkischen Raum zu leiten.*

<sup>196</sup> Quelle: IHK-Jahresbericht 1989.

## **Neue Perspektiven**

*Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Mainfrankens war bisher im Wesentlichen der Versuch, unter europäischen Gesichtspunkten die sich in dem Trapez Frankfurt-Paris-Brüssel-Köln herausbildenden zentralen Agglomerationswirkungen abzumildern und kleinräumig, insbesondere durch Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Nachteile aus der sich weiter verschärfenden Rand-situation möglichst zu verringern, wenn nicht zu verhindern. Die bisherige Zonenrandförderung könnte künftig durch neue Aspekte erweitert werden:*

- *Der europäische Binnenmarkt könnte in Grenzregionen wie in Mainfranken in besonderer Weise seine Attraktivität und Impulsfähigkeit zeigen.*
- *Durch großzügige Verkehrsinvestitionen könnte sich das endogene Entwicklungspotential beiderseits der deutsch-deutschen Grenze aufeinander zu entwickeln und gegenseitig stimulieren.*

*Mainfranken muss unter solchen veränderten Bedingungen seine regionale Entwicklungsphilosophie neu formulieren. Das bedeutet vor allem: Die Verkehrsdrehscheibe Mainfranken muss sich zur DDR hin öffnen und die Verkehrsverbindungen zur DDR mit einbeziehen. Das bedeutet weiter: Aus der Verkehrsdrehscheibe Mainfranken muss eine Drehscheibe der wirtschaftlichen Beziehungen werden: ‚Mainfranken wieder mitten in Deutschland!‘*

*Viele mit der neuen Situation verbundenen Chancen, aber auch Risiken, sind zum jetzigen Zeitpunkt nur zur vermuten. Die bisherige Zonenrandförderung und der ihr zugrunde liegende deutschlandpolitische Auftrag bieten eine gute Ausgangsposition für die Normalisierung Europas an der innerdeutschen Grenze. Auf der Seite der Bundesrepublik ist sie fortzusetzen, bis die wirtschaftlichen Barrieren gefallen sind.*

*Der Fall der Zonengrenze und die Wiedervereinigung 1989/90 löste bei aller Euphorie und Erleichterung sowohl utopische Hoffnungen als auch neue Befürchtungen aus. Mainfranken könnte die Gefahr drohen, mit einer Neujustierung der überörtlichen Verkehrsplanung in einen toten Winkel zu geraten. Die Öffnung der Zonengrenze machte sich zuerst durch einen ganz ungewöhnlichen und auch unerwarteten Besucheransturm bemerkbar. Die IHK in Würzburg und auch ihre Geschäftsstelle in Schweinfurt wurden zu Anlaufstellen für Rat- und Hilfesuchende „Noch-DDR Bürger“, Mitarbeiter aus den Kombinat, Offizielle der Noch-DDR aus Bezirks- und Stadträten und viele, viele Privatpersonen kamen mit der Bitte um Informationen und Hilfen. Die Würzburger Kammer*



Am Straßenrand eine freundliche Begrüßung für IHK-Hauptgeschäftsführer Professor Dr. Dieter Schäfer (rechts) und IHK-Geschäftsführer Dr. Martin Wilfert

*veranstaltete als Patenkammer der mit ihrer Hilfe neugegründeten IHK-Südtüringischen Seminare und Sprechtag in deren Bezirk und informierte auch durch zahlreiche Publikationen über die neuen Rechtslagen in dem sich wiedervereinigenden Deutschland. Noch waren die alten Kader in den Betrieben und in den Verwaltungen im Amt. Die Grenze war offen, aber von Grenzern besetzt, die jetzt freundlich durchwinkten, Noch war die Offiziersschule der Grenztruppen in Suhl in vollem Betrieb, Soldaten der NVA und der Sowjetarmee zeigten sich auf den Straßen. Neu waren in den Dörfern und auf der Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft die Spruchbänder „Willkommen Würzburger“. Nichts drückt die offizielle DDR-Politik der Selbstabgrenzung deutlicher aus als die Landkarte Thüringen ohne Bayern. Diese Karte und eine Liste der Außenhandelsbetriebe des DDR-Bezirks Suhl waren ein Geschenk der Leiterin der DDR-Außenhandelskammer Suhl für die IHK Würzburg-Schweinfurt, damit sich deren Mitarbeiter in der bisherigen terra incognita überhaupt zurechtfinden konnten. Ein Jahr später konnte die IHK die neue Situation und die sich daraus ergebenden Aufgaben konkreter fassen<sup>197</sup>:*

<sup>197</sup> Quelle: IHK-Jahresbericht 1990.

### **„Neue Perspektiven: Die Zonengrenze ist gefallen!**

*„Die mainfränkische Wirtschaft befindet sich seit dem Beitritt der ehemaligen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, seit der Verwirklichung der politischen Einheit Deutschlands und durch die Umstrukturierung der bisherigen RGW-Volkswirtschaften in einer strategisch neuen Situation. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg hat Mainfranken ein nördliches Hinterland. Die Unterbrechung aller Verkehrswege ist aufgehoben. Die wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen können wieder aufgenommen werden.*

*Die IHK Würzburg-Schweinfurt ist keine Grenzlandkammer mehr, sondern eine Kammer in der Mitte unseres Landes, die mit Südthüringen nach zwei hessischen, einer baden-württembergischen und vier bayerischen nunmehr auch eine thüringische Nachbarkammer hat. Diese Auflistung kennzeichnet eine innerhalb der deutschen Kammern wohl einmalige Nachbarschaftssituation. Durch die unterschiedlichen Akzente in den Länderpolitiken, die Neuordnung der deutschen Verkehrsinfrastruktur und die Neuentwicklung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen ergeben sich sehr spezifische Aufgabenstellungen.*

*Bis zur Öffnung der innerdeutschen Grenze lautete die zentrale Frage für die Perspektiven des mainfränkischen Raumes, welche Auswirkungen der europäische Binnenmarkt mit seinen starken Gravitationszentren in der Rhein-Schiene auf den mainfränkischen Raum haben und wie stark die Schwerpunktverlagerung der Regionalpolitik auf die wirtschaftsschwachen Randräume anderer Länder die weiteren Entwicklungschancen der deutschen Grenzräume, insbesondere des Zonenrandgebietes, beeinträchtigen könnten. Nunmehr stellt sich die Frage, inwieweit durch neu zu schaffenden Autobahnverbindungen und die wiederherzustellenden Eisenbahnstrecken die bisherige Benachteiligung der Zonenrandsituation aufgehoben werden könnte.*

*Aus der Öffnung der innerdeutschen Grenze ergeben sich völlig neue Perspektiven für den mainfränkischen Raum. Für die einzelnen Wirtschaftszweige in Mainfranken wurde die Veränderung im abgelaufenen Jahr bereits ansatzweise deutlich: Für den Groß- und Einzelhandel des ehemaligen Zonenrandgebietes ergab sich eine Erweiterung seines Einzugsgebietes. Ein erheblicher Teil der in den neuen Bundesländern seit Sommer dieses Jahres verfügbaren D-Mark und auch der hier erstmalig zur Verfügung stehenden Kreditierungsmöglichkeiten*

*floss in die Kassen des bisher benachteiligten grenznahen mainfränkischen Einzel- und Großhandels.*

*Chancen zur Erweiterung ihres Einzugsgebietes sahen auch weite Teile des Dienstleistungsbereiches und des Bankgewerbes. Wer bisher gewissermaßen mit dem Rücken an der Wand gestanden und mühsam den Zugang zu außerordentlich umkämpften Märkten in benachbarten oder entfernteren Ballungen gesucht hatte, stand nunmehr vor einer sich öffnenden Tür.*

*Veränderte Perspektiven ergaben sich auch für die mainfränkische Industrie. Hatten die ersten Kooperationsgespräche nur wenig konkrete Ergebnisse, so entstehen zur Zeit zunehmend industrielle Verbindungen und Verflechtungen zwischen wichtigen mainfränkischen Unternehmen und ehemaligen DDR-Betrieben, die den bisherigen DDR-Markt und dahinter den RGW-Markt in die Unternehmenspolitik und die Unternehmensstrategie voll einbinden werden. Erste Ansätze sind bereits in Form von Auftragsproduktionen, Rückgabeverhandlungen enteigneter Betriebe und Übernahmeverhandlungen ausgewählter früherer Kombinate und auch erster Übernahmeverträge zu sehen. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, einschließlich Brauereien und Getränkeindustrie, ist bereits dabei, ihr früheres Absatzgebiet in Mitteldeutschland zurück zu gewinnen.*

*Positive Aspekte ergaben sich auch für den Arbeitskräftemarkt. Das südliche Thüringen ist zum Nah- und Fernpendlereinzugsgebiet für die Arbeitsmarktregion Main-Rhön geworden. War zunächst zu befürchten, dass der Übersiedlerstrom im wesentlichen in die großen Zentren streben und damit an Mainfranken vorbeigehen würde, zeigte es sich, dass der bestehende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im ehemaligen Grenzgebiet sich durch Pendler aus den neuen Bundesländern verbessern würde.*

*Auch der mainfränkische Fremdenverkehr wird in seine neuen Strategien die bisher in der DDR gelegenen Teile der Rhön ebenso einzubeziehen haben wie den Thüringer Wald. Unterfranken erhält durch den Thüringer Wald mit dem Rennsteig und vor allem mit Oberhof erstmals ein schneesicheres Wintersportgebiet in seiner Nähe.*

*Waren vor der Öffnung der Zonengrenze die Vorgänge im südlichen Thüringen für die des unterfränkischen Zonenrandgebietes völlig ohne Belang, reagieren seit der Grenzöffnung beide Gebietsteile fast wie kommunizierende Röhren aufeinander. Als Konsequenz aus der Grenzöffnung ergibt sich die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Raumordnung und Raumplanung zwischen der bayerischen Planregion 3 (Main-Rhön) und Südthüringen.*





*Für die Entwicklung Mainfrankens wird die rasche und erfolgreiche Heranführung des benachbarten Thüringens an seine natürlichen Entwicklungsmöglichkeiten ebenso wichtig sein wie raumordnerische oder auch regionalwirtschaftliche Maßnahmen für die Region selbst. Wenn es gelingt, die Entwicklungsachsen aus dem Rhein-Main-Gebiet und Baden-Württemberg über Würzburg Richtung Thüringen und Sachsen als Folge entsprechender Verkehrsverbindungen weiterzuführen, kann man dem Raum eine positive Prognose stellen. Aber auch nur dann. Das südliche Thüringen wird den Status eines Sonderfördergebietes haben und brauchen. Für standortsuchende, produktionsverlagernde oder neue industrielle Fertigungen kann sich das dort vorhandene Angebot an Industriegelände und an Arbeitskräften, insbesondere an Industrie erfahrener Bevölkerung, und die günstige Lage zu den benachbarten Ballungen als ein attraktiver Standortfaktor erweisen. Durch den Wegfall der Behördenzentralität und durch verloren gehende Arbeitsplätze im industriellen Bereich in Suhl wird die thüringische Landesregierung hier einen besonderen Akzent in der Wirtschaftsförderung setzen müssen.*

*Voraussetzung für die Nutzung aller denkbaren positiven Perspektiven ist jedoch für Mainfranken die Lösung der ebenfalls aus der Öffnung der innerdeutschen Grenze entstehenden Probleme der Verkehrsinfrastruktur mit ihrer Bedeutung für alle wirtschaftlichen Aktivitäten: Sowohl die Straßen- als auch die Schienenverbindungen zwischen Unterfranken und Thüringen sind deutlich schlechter als zwischen Ost-Oberfranken und Sachsen, zwischen Nord-Hessen und Thüringen, zwischen Hannover-Braunschweig und Mitteldeutschland oder zwischen Hamburg-Lübeck und Mecklenburg. Ohne eine Veränderung dieser Situation wird sich die Benachteiligung des unterfränkischen Grenzlandes gegenüber begünstigteren ehemaligen Grenzregionen erst voll ausprägen. Aus mainfränkischer Sicht stellen sich in diesem Zusammenhang vor allem die folgenden drei Aufgaben:*

- *Die kurzfristig mögliche Wiederherstellung unterbrochener Straßen- und Schienenverbindungen.*
- *Der Anschluss der fünf neuen Bundesländer, hier speziell Thüringens, an das Autobahn- und das Bundesbahn-Intercity-Netz des westlichen Teils der Bundesrepublik über die in Unterfranken gelegenen Verknüpfungspunkte.*
- *Die geographische Verschwenkung der auf die Nord-Süd-Linie eingestellten Verkehrsinfrastruktur der alten Bundesrepublik auf eine Nord-Ost-Süd-West-Linie durch die ehemalige DDR mit dem Endknotenpunkt Berlin.*



VEB FAHRZEUG- UND JAGDWAFFENWERK  
ERNST THALMANN SUHL  
IFA-KOMBINAT FÜR ZWEIRADFahrzeuge

Industrie- und Handelskammer  
Würzburg-Schweinfurt  
Hauptgeschäftsführer  
Herrn Prof. Dr. D. Schäfer

GENERALDIREKTOR

SUHL DEN 23.3.1990  
DOK - 6000

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schäfer!

Bei der schrittweisen Umstellung auf die soziale Marktwirtschaft in der DDR haben Sie, Herr Dr. Wilfert und weitere Partner der IHK Würzburg-Schweinfurt unserer Firma unschätzbare kostenlose Hilfe und Unterstützung gewährt.

Mit großer Dankbarkeit und Genugtuung haben die Mitglieder der Kombinarsleitung, die mittleren Führungskräfte und unsere Meister die Weiterbildungsveranstaltungen der IHK aufgenommen. Zahlreiche individuellen Kontakte und Erfahrungsaustausche wurden dank Ihrer Vermittlung durchgeführt.

Gestatten Sie mir, als Zeichen unserer Anerkennung für diese großartige Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt

ein Schnittmodell des  
Simson-Rollers SR 50

zu übergeben.

Möge dieses Demonstrationsmodell symbolisch den Beginn eines wahrhaft historischen Zeitabschnittes zum Ausdruck bringen.

Hochachtungsvoll

Müller

Dankesbrief des Genossen Generaldirektors als Begleitbrief zum Geschenk des Schnittmodells des Simson Rollers SR 50 für die IHK: „Möge dieses Demonstrationsmodell symbolisch den Beginn eines wahrhaft historischen Zeitabschnittes zum Ausdruck bringen.“



Im Bild (v.l.): Generaldirektor Siegmur Müller, VEB FAJAS, Suhl, IHK-Präsident Dr. Erich Sachs und IHK-Hauptgeschäftsführer Professor Dr. Dieter Schäfer

*Mainfranken kann auf diese Weise seine traditionelle Verbindungsfunktion zwischen Mittel- und Südwestdeutschland wieder gewinnen.*

*Besonders störend wirkte sich im abgelaufenen Jahr das Defizit im Bereich des Nachrichtenwesens aus. Viele Kooperationen mainfränkischer Unternehmen mit Firmen in Thüringen und Sachsen werden erheblich dadurch behindert, dass telefonische Kontakte nicht zu realisieren sind. Umgekehrt bleiben viele Marketinghilfen für neue Unternehmen in Thüringen ohne die gewünschte Wirkung, weil mit dem vorhandenen mangelhaften Telefonnetz der schnelle und direkte Kundenkontakt kaum möglich war.*

*Für die Verzahnung Unterfrankens und Südthüringens sind in einem Zeitraum von weniger als einem Jahr viele konkrete Ansatzpunkte geschaffen worden. Die Gefahr jedoch, dass dieser Raum in der Mitte Deutschlands in eine ausgesprochene Peripheriesituation zu den großen Zentren, auch fernab der eigentlichen Entscheidungsmetropolen, in eine tote Winkellage geraten könnte, ist nicht zu übersehen“.*

Dieser Abschnitt ist inzwischen ein Zeitdokument für die Jahre der Wende in Mitteldeutschland geworden wie auch der Auszug aus dem Jahresbericht für 1989, der die Hoffnungen, Erwartungen und Illusionen mit Beginn der Wiedervereinigung widerspiegelt.

Im Zuge der Reprivatisierung der früheren DDR-Kombinate fiel dem damals amtierenden Würzburger IHK-Hauptgeschäftsführer als Aufsichtsratsvorsitzender der ehemaligen Kombinate VEB FaJas Karl Marx (Simson) und VEB EGKS (Elektrogerätewerk Suhl) in Suhl eine neue und zusätzliche Aufgabe und Verantwortung zu. Es gelang in beiden Fällen, bis zu 30 Unternehmen auszugliedern und zu verselbstständigen, von denen sich die Mehrzahl unter marktwirtschaftlichen Bedingungen behaupten konnte. Wenn das für den eigentlichen Kern der Kombinate, Simson-Fahrzeugbau und Elektrogerätewerk Suhl, nicht gelang, so aus den gleichen Gründen, die auch in den meisten anderen Fällen in Mitteldeutschland nicht zum Erfolg führen konnten. Zeitgleich setzte eine Abwanderungswelle junger Leute nach Westdeutschland ein, die in ihrer bisherigen Heimat keine Beschäftigung fanden.

Die neue IHK Südthüringen konnte sich im Konzert der deutschen IHKs schnell eine beachtliche Stellung verschaffen und bildet heute einen starken Pfeiler des Wiederaufbaus der privaten Wirtschaft mit einem Dienstleistungsangebot, das dem der Kammern in der alten Bundesrepublik vergleichbar ist.

Wenn die Wirtschaft Thüringens heute besser dasteht als andere in den neuen Bundesländern, so auch, weil es mit Hilfe der IHK gelang, an die alte Tradition der Thüringer Wirtschaft vor dem Zweiten Weltkrieg wieder anzuknüpfen. Als ein „Nebenprodukt“ der Ausgliederungen ist in Suhl das Fahrzeugmuseum im Congress Centrum der Stadt entstanden, das die vor dem Krieg vorhanden gewesene Pionierstellung Thüringens im PKW- und Motorradbau dokumentiert und zeigt, welches Potenzial hier noch zu revitalisieren ist. Damit sind wir in der Gegenwart angelangt. Der Kreis schließt sich mit der Festschrift von 1993 und ist, soweit auch diese Zeit inzwischen „historisch“ wurde, in dem von Harm-Hinrich Brandt 1993 anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der IHK Würzburg-Schweinfurt vorgelegten Werk, der Vorgängerschrift zum 125-jährigen Jubiläum aus dem Jahr 1968 nachfolgend<sup>198</sup>, beschrieben und in Teilen in diesem Kapitel als Zeitdokument nachgedruckt.<sup>199</sup> Harm-Heinrich Brandt hat sein Werk über die Geschichte der IHK Würzburg-Schweinfurter mit einer Würdigung ihrer Arbeit im Jubiläumsjahr 1993 abgeschlossen. Inzwischen selbst historisch geworden, bildet das Resumée Brandts von 1993 einen guten Abschluss dieser historischen Arbeit zur Einstimmung auf das Kammerjubiläum 2018.<sup>200</sup>

## Harm-Hinrich Brandt: Die Kammer im Jubiläumsjahr 1993

*„Mit der erfolgreichen Konsolidierung der Kammer im Jahre 1961 möge die Darstellung der inneren Kammergeschichte enden. Dreißig Jahre sind seit her vergangen, die übliche Zeitspanne, die der Historiker in seiner Tätigkeit als Abstand wählt, um quellenbezogen forschen und berichten zu können. Die meisten der damals handelnden Personen leben nicht mehr, aber sie haben die Grundlage für das gelegt, was sich anschließend konsolidieren und weiterentwickeln konnte.*

*Wie sieht die Kammer selbst ihr Profil und ihre Tätigkeit in den zurückliegenden Jahren und in der unmittelbaren Gegenwart? Diesem Thema soll die abschließende Skizze gewidmet sein.*

198 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Würzburg- Schweinfurt, S. 81 folg. Schäfer, Dieter, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Unterfranken, Würzburg 1968.

199 Brandt, Harm-Hinrich, Ein tüchtiges Organ des Handels- und Fabrikantenstandes. Die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt in 150 Jahren, Würzburg 1993.

200 Brandt a. a. O. S. 248-252.

*Nach dem Bundeshandelskammergesetz von 1956 muss die Zusammensetzung der Vollversammlung die wirtschaftlichen Besonderheiten des Kammerbezirks sowie die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gewerbegruppen berücksichtigen. Daran hat sich die Kammer seit der Verabschiedung ihrer Satzung vom 11. April 1961 orientiert. Durch die Neuformierung der Organisation, den regelmäßigen Wechsel im Amt des Präsidenten, durch die Drittelparität im Präsidium sowie in der Stimmenverteilung der Vollversammlung nach den wirtschaftlichen Gewichten zwischen Würzburg, Schweinfurt und den Gremien der Landkreise hat sie mit dem Grundgedanken des Kammergesetzes Ernst gemacht. Sie hat dieses Prinzip konsequent eingehalten und dadurch ergänzt, dass das Präsidium und alle Kammerausschüsse mit einer gewissen Regelmäßigkeit auch außerhalb des Kammersitzes in den Landkreisen und in Schweinfurt Sitzungen abgehalten haben und der jeweilige Präsident im Laufe seiner Amtszeit, zum Teil in Begleitung des gesamten Präsidiums und der Geschäftsführung, vor Ort gewesen ist. Dies hat zu einer erfolgreichen Integration der gesamten bezirklichen Wirtschaft in die Kammer geführt. Firmenbesuche und die später eingeführten monatlichen Betriebsbesichtigungen der Geschäftsführung haben diese Praxis ergänzt. Alle diese Veranstaltungen und Einrichtungen dienen dazu, die Kammerarbeit möglichst unmittelbar und firmennah anzubinden.*

*Unter der Leitung von Dr. Dieter Schäfer, der als Hauptgeschäftsführer 1965 die Nachfolge von RA. Brandenstein antrat, gewann die Hauptgeschäftsführung die eigenständige, integrierende Organstellung zurück, die ihr in der unmittelbaren Nachkriegszeit etwas verloren gegangen war, gestützt auf das Vertrauen und die Zustimmung des Ehrenamtes.*

*Seit den 1960er Jahren hat die Kammer ihre Öffentlichkeitsarbeit zielbewusst verstärkt und ausgebaut und sich um ein zeitgemäßes Erscheinungsbild nach außen bemüht.<sup>201</sup> Dabei war und ist es das Ziel der Kammer, in der Öffentlich-*

201 Das Erscheinungsbild der Kammer in der Öffentlichkeit war im Zusammenhang mit den Verhandlungen über ein neues statutarisches Recht ein eigenes Thema gewesen. Aufschlussreich ist hier eine Protokollnotiz des Gremialausschusses Schweinfurt vom 5.3.1953, in der letzten Sitzung (...) sei angeregt worden, „einen journalistisch vorgebildeten Herrn für die Öffentlichkeitsarbeit der Kammer und vor allem zur Redigierung des Mitteilungsblattes einzustellen. Die Herren sind der Meinung, dass eine Einstellung nur einen Sinn habe, wenn es sich um eine erste Kraft handle. Herr Kommerzienrat Dr. Gademann empfiehlt anzuregen, dass die Kammern Würzburg und Aschaffenburg ein gemeinsames Mitteilungsblatt herausgeben, da bei der Kammer Aschaffenburg Herr Dr. Schäfer als ausgezeichnete Fachmann bereits tätig sei. Herr Dr. Vogel unterstützt diesen Vorschlag.“ Er holte 10 Jahre später den damals 37-jährigen Schäfer von Bonn nach Würzburg zurück, wo dieser dann von 1965 bis 1992 als Hauptgeschäftsführer amtierte.

keit präsent zu sein, in der öffentlichen Meinung für die Anliegen der mainfränkischen Wirtschaft Verständnis und Unterstützung zu finden und gegenüber den eigenen Mitgliedern eine möglichst hohe Informationsdichte über die Arbeit der Kammer, ebenso über klassische Kammeraufgaben wie über neue Initiativen, zu erreichen. Dem dienten die Einführung einer Schriftenreihe, der „IHK-Texte“, die mehrfache Umgestaltung der Kammerzeitschrift und zahlreiche Sonderpublikationen.

Die stattliche Besucherliste der Kammer zeigt, dass sie es verstanden hat, für ihre Bemühungen auch das Interesse zahlreicher führender Persönlichkeiten des Staates und der Wirtschaft zu finden und so auch zu einem Forum für die öffentliche Formulierung aktueller wirtschaftspolitischer Überlegungen zu werden. Dies ist umso bemerkenswerter, als Würzburg kein Sitz zentraler Ministerien oder Verwaltungen und auch keines der großen Zentren der deutschen Wirtschaft ist.

*Drei Schwerpunkte haben die Kammerpolitik der jüngsten Zeit bestimmt:*

- *die Fortführung und Intensivierung der schon aus dem 19. Jahrhundert überkommenen klassischen Verkehrspolitik. Hierbei galt und gilt es, die wirtschaftliche Standortqualität Mainfrankens im Verkehrsnetz zu sichern und weiter auszubauen;*
- *die weitere Sicherung der Versorgung mit preisgünstiger Energie, bei der standortbedingte Schwierigkeiten in der Vergangenheit erfolgreich überwunden werden konnten und die wegen ihrer Schlüsselbedeutung der fortgesetzten Aufmerksamkeit bedarf;*
- *die aktive Einschaltung in die staatliche Regionalpolitik zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch eigene Analysen, Diskussionsbeiträge und Publikationen. Ihr Ziel war zunächst die Erhaltung der Zonenrandförderung, sodann der Einsatz regionalpolitischer Mittel des Bundes und des Landes möglichst im gesamten Kammerbezirk. Hierbei gelangen in den letzten Jahrzehnten ansehnliche Erfolge.*

*In der nach innen gerichteten Förderung der gewerblichen Wirtschaft des Bezirks sind die Akzente der Kammerarbeit ebenfalls unverkennbar: Sie liegen vor allem im Bereich der Ausbildung, Fortbildung und technologischen Information. Die Aktivität der Berufsbildungsabteilung der Kammer hatte sich zunächst auf die berufliche Ausbildung konzentriert, dehnte sich sodann auf den Weiterbildungsbereich und den Aufbau einer planmäßigen Ausbilderför-*

derung aus. Vier überbetriebliche Werkstätten wurden in diesem Zusammenhang von der Kammer errichtet. Schon bald zeigte sich, dass es zweckmäßig war, den Weiterbildungsbereich aus der Abteilung Berufsausbildung herauszunehmen und zu verselbständigen. Daraus ist 1987 das Zentrum für Weiterbildung entstanden, das in wenigen Jahren die stärkste Einrichtung der wirtschaftsnahen Weiterbildung in Unterfranken werden konnte.

Als neuester Akzent ist in den letzten acht Jahren die technologie- und forschungsorientierte Unternehmensberatung hinzugetreten. Höhepunkt dieser Entwicklung war das im Jahre 1989 von der Kammer errichtete „Technologie- und Gründerzentrum Würzburg“, das durch eine Betriebs-GmbH gemeinsam mit Stadt und Landkreis unter Federführung der Kammer betrieben wird.

Durchgängig ziehen sich durch die letzten dreißig Jahre die Bemühungen, die seit jeher guten und meist auch vertrauensvollen Behördenkontakte durch regelmäßige Informationen und Beratungen mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten zu ergänzen und in diesem Zusammenhang bestimmte Vorhaben der Kammer von überregionaler Bedeutung von vornherein auch auf eine überregionale Basis zu stellen. Das gilt ebenso für die großen Verkehrsinvestitionen wie für die Zonenrandförderung und die regionale Strukturpolitik.

Ihre geographische Lage zwischen drei anderen Bundesländern und acht Kammerbezirken hat die Kammer immer wieder zu grenzüberschreitenden Kooperationen bewogen, nicht nur im Verkehrsbereich, sondern auch in der Landes- und Regionalplanung, der Strukturpolitik und im Weiterbildungsbereich.

Auffallend sind die zahlreichen Bemühungen, zu einem möglichst engen Kontakt mit verschiedenen Fachbereichen der Universität zu kommen und im Sinne einer besseren Verbindung von Wissenschaft und wirtschaftlicher Praxis eine intensive Zusammenarbeit zu entwickeln. Darum hat die Kammer auch an dem Ausbau der Universität Würzburg großen Anteil genommen, die Wiederbelebung des Universitätsbundes, der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft bei der Universität Würzburg, zu ihrem Anliegen gemacht und schließlich auch beachtliche Stiftungen im Rahmen des Universitätsbundes geschaffen und seine Arbeitsmöglichkeiten im gesamten Kammerbezirk verbreitert. Gemeinsame Kooperationsfelder bestehen im Jubiläumsjahr insbesondere in einigen naturwissenschaftlichen Fachbereichen. Die Kammer hat hierbei auch den Wunsch, die Bemühungen der Universität um eine Technische Fakultät endlich voranzubringen.

Soweit die Kammer sich in der Öffentlichkeit zeigt, präsentiert sie sich als eine Gemeinschaftsleistung und beschränkt ihre Repräsentanz nach außen

*nicht auf den Präsidenten und den Hauptgeschäftsführer; sie lässt vielmehr alle Mitglieder des Präsidiums und vor allem alle Ausschussvorsitzenden mit ihren Aktivitäten sichtbar werden. Der darin zum Ausdruck kommende hohe Identifikationsgrad führender Unternehmer der mainfränkischen Wirtschaft hat zu dem Erfolg der Kammerarbeit wesentlich beigetragen.*

*In einigen für die Entwicklung Unterfrankens wichtigen Vorhaben konnte die Kammer die Vorreiterrolle übernehmen, in einigen neu entwickelten Aktivitäten moderner Kammerarbeit hat sie Impulse gegeben, die im gesamten deutschen Kammerwesen Beachtung fanden.*

*Insgesamt gesehen ist der Kammerbezirk Würzburg-Schweinfurt im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg zu einer industriellen Region geworden. Die klassischen Standorte Schweinfurt, Würzburg und Bad Neustadt wurden durch eine breite Industrialisierung in den Landkreisen ergänzt. Das führte zu einer erfreulichen Vielfalt unterschiedlicher Unternehmensgrößen und einer breiten Branchenstreuung. Mainfranken hat von der Vertreibung von Unternehmern aus Ost- und Mitteldeutschland und von dem spill-over des Rhein-Main-Gebietes überdurchschnittlich profitiert. Noch lange, als in der Bundesrepublik die Anzahl der Industriebeschäftigten bereits kontinuierlich zurückging, verzeichnete Mainfranken einen Anstieg. Erst in den letzten drei bis fünf Jahren wandelt sich auch im Kammerbezirk die Beschäftigungsstruktur zugunsten des Dienstleistungsbereichs.*

*Auf der Grundlage der gewachsenen Wirtschaftskraft des Bezirkes ist auch die Kammer selbst gewachsen, ablesbar an der Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen, der Beschäftigten und ihres Haushaltes. Neben ihren Beitragseinnahmen erwirtschaftet die Kammer inzwischen beachtliche Eigeneinnahmen von gleicher finanzieller Bedeutung. Auf diese Weise konnte sie ihre wirtschaftliche Grundlage soweit konsolidieren, dass sie nach vielfältigen Provisorien durch An- und Umbauten am alten Kammergebäude an den völligen Neubau eines großen IHK-Areals in der Zellerau in Würzburg herangehen konnte. Nacheinander wurden auf diesem Gelände ein Zentrum für Weiterbildung, ein Technologie- und Gründerzentrum und schließlich als Abschluss das Servicezentrum errichtet, in das die Kammerverwaltung 1990 aus der Neubaustraße umziehen konnte. ‚Kein neuer Honoratiorentempel, wie dies dem Selbstverständnis der Handelskammern im 19. Jahrhundert entsprochen hätte, sondern ein modernes Dienstleistungszentrum‘, so charakterisierte Präsident Dr. Erich Sachs in seiner Ansprache zur festlichen Einweihung des Gesamtkomplexes am 10.*

*Oktober 1990 Geist und Intentionen, die die Kammer bei diesem großen Bauvorhaben geleitet haben. Schon im Januar desselben Jahres konnte – erstmals in der Kammergeschichte – auch in Schweinfurt (auf dem Gewerbelände am Hainig) ein eigenes Kammergebäude für die dortige Geschäftsstelle nach umfangreichen Umbaumaßnahmen eingeweiht werden. Es beherbergt neben den Büroräumen und Sitzungssälen ebenfalls Seminarräume für die Bewältigung der vielfältigen Ausbildungs- und Fortbildungsaufgaben, die sich die moderne Kammer zueigen gemacht hat.*

*Im Jubiläumsjahr bilden wichtige Fragen der deutschen Wiedervereinigung auch die zentralen Probleme der Kammerarbeit. Die Wiederherstellung des einheitlichen deutschen Wirtschaftsraumes berührt Mainfranken außerordentlich stark, denn die Grenzöffnung hat sowohl die regionalen als auch die überregionalen Lagebeziehungen des Kammerbezirks im deutschen und europäischen Zusammenhang abermals entscheidend verändert. Die alte Frage der Standortqualität Mainfrankens steht also unter geänderten Vorzeichen erneut zur Diskussion. Hierin liegen große Chancen, aber auch Gefahren. Um die Position der Region in diesem fundamentalen Wandel des wirtschaftlichen Beziehungsgefüges weiterhin zu sichern, bedarf es auch künftig der wirksamen Interessenvertretung durch eine handlungsfähige Industrie- und Handelskammer.*

## Einschnitte

Seit dieser Würdigung durch Harm-Hinrich Brandt sind 25 Jahre vergangen. Historiker suchen im Ablauf der Zeiten gerne nach Einschnitten, die eine vergangene oder vergehende Epoche abschließen und mit denen eine neue beginnt. Kann man das auch für die Geschichte einer Handelskammer versuchen?

Mit den Vorläufern beginnt sie für Würzburg im Jahr 1669. Den ersten Einschnitt brachte die neue Handelsordnung 1699. Den weiteren Weg markieren die Einschnitte von der Handelskorporation zur bayerischen Handels- und Gewerbekammer 1843, die Fortschreibungen und Änderungen ihrer Rechtsgrundlagen, danach die Einschnitte von 1933 und 1945, gefolgt von Jahren höchst unklarer Rechtsstellung bis zum Erlass des Bundeshandelskammergesetzes von 1956 und seinem bayerischen Ausführungsgesetz aus dem Jahr 1958, durch die erstmalig eine für alle deutschen Kammern einheitliche

öffentlich-rechtliche Ordnung mit Festschreibung der Aufgaben, der Organisation, der Arbeitsweise und der Rechtsaufsicht geschaffen wurden. Man kann untersuchen, wie sich die alten Korporationen und ihre Nachfolger darauf eingestellt haben.

Ein Einschnitt vollzog sich auch vor 25 Jahren, in dem das Kammerjubiläum mit der Wiedervereinigung, dem Ausbau der Europäischen Union, der Globalisierung und der Revolution der Kommunikationstechniken mit dem Bezug neuer IHK-Areale in Würzburg und in Schweinfurt zusammenfielen, die als Dienstleistungszentren den alten „Honoratiorentempel“ ablösten. Sie waren auch mit einem Stabwechsel in der Geschäftsführung und dieser mit einer Änderung des Organigramms verbunden.

In ihrem Bezirk kann sich die Würzburger Kammer in die ehrenvolle Gesellschaft der Einrichtungen einreihen, die über Jahrhunderte hinweg in diesem Raum bis heute wirken, die Kirchen, große Stiftungen, die Universität und die Fachhochschule sowie einige große Adelshäuser, die über den Verlust ihrer ständischen Privilegien hinwegkamen. Der Weg von einer fürstbischöflichen „Hilfsbehörde“ über eine Korporation der Kaufmannschaft, zur Handelskammer als königlich-bayerische Selbstverwaltung, danach durch unsichere Nachkriegszeiten mit der Hilfskonstruktion einer bayerischen Verordnung bis zu der erstmalig bundeseinheitlichen Rechtsgrundlage war lang, auch verschlungen und führte durch unterschiedliche Epochen. Die einstweilen letzte zu beschreiben, ist das Ziel dieser „Kleinen Geschichte der IHK Würzburg-Schweinfurt“.



## Dank

in ganz großem Umfang habe ich Professor Dr. Harm-Hinrich Brandt zu sagen, einem profunden Kenner der deutschen Kammergeschichte und insbesondere der IHK Würzburg-Schweinfurt. Meine Arbeit nimmt den Faden seiner Festschrift „Ein tüchtiges Organ des Handels- und Fabrikantenstandes, Die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt in 150 Jahren“, wieder auf und bezieht weite Teile von ihr als historische Zeitdokumente in meinen Text ein, neben einigen kleineren Textstellen sind dies vor allem die Kapitel über die „Machtergreifung“ 1933, die Nachkriegskammern in Würzburg und Aschaffenburg und das Abschlusskapitel über die Kammer im Jubiläumsjahr 1993. Diese Übernahmen wurden im Text jeweils entsprechend gekennzeichnet.

Besonderen Dank schulde ich auch meinem Nachfolger im Amt Professor Dr. Ralf Jahn, der mein Manuskript kritisch gelesen und für den endgültigen Text wichtige Fragen gestellt und Anregungen gegeben hat. In unseren Gesprächen wurde die ursprüngliche Idee, eine Kammergeschichte mit einer aktuellen Selbstdarstellung zu verbinden, aufgegeben und statt deren zwei Publikationen mit unterschiedlichen Ansätzen vorzulegen, die historische Arbeit mit dem hier unverzichtbaren wissenschaftlichen Apparat der aktuellen Festschrift vorwegzuschicken, wo dieser eher stören würde.

Ich danke auch ehemaligen Kollegen und insbesondere dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Jürgen Bode, die die historische Analyse, wo diese in aktuelle Aufgabenstellungen übergeht, kritisch gegengelesen haben. Carla Zimmer war mir im Archiv der Kammer und bei der Suche in den Ablieferungen an das Bayerische Wirtschaftsarchiv, München, behilflich, Margit Sondheimer bei der Synchronisierung meiner Arbeit in den Arbeitsablauf der Kammer und die Mitarbeiter des IT-Service bei den technischen Problemen der Ausdrücke des Manuskripts.

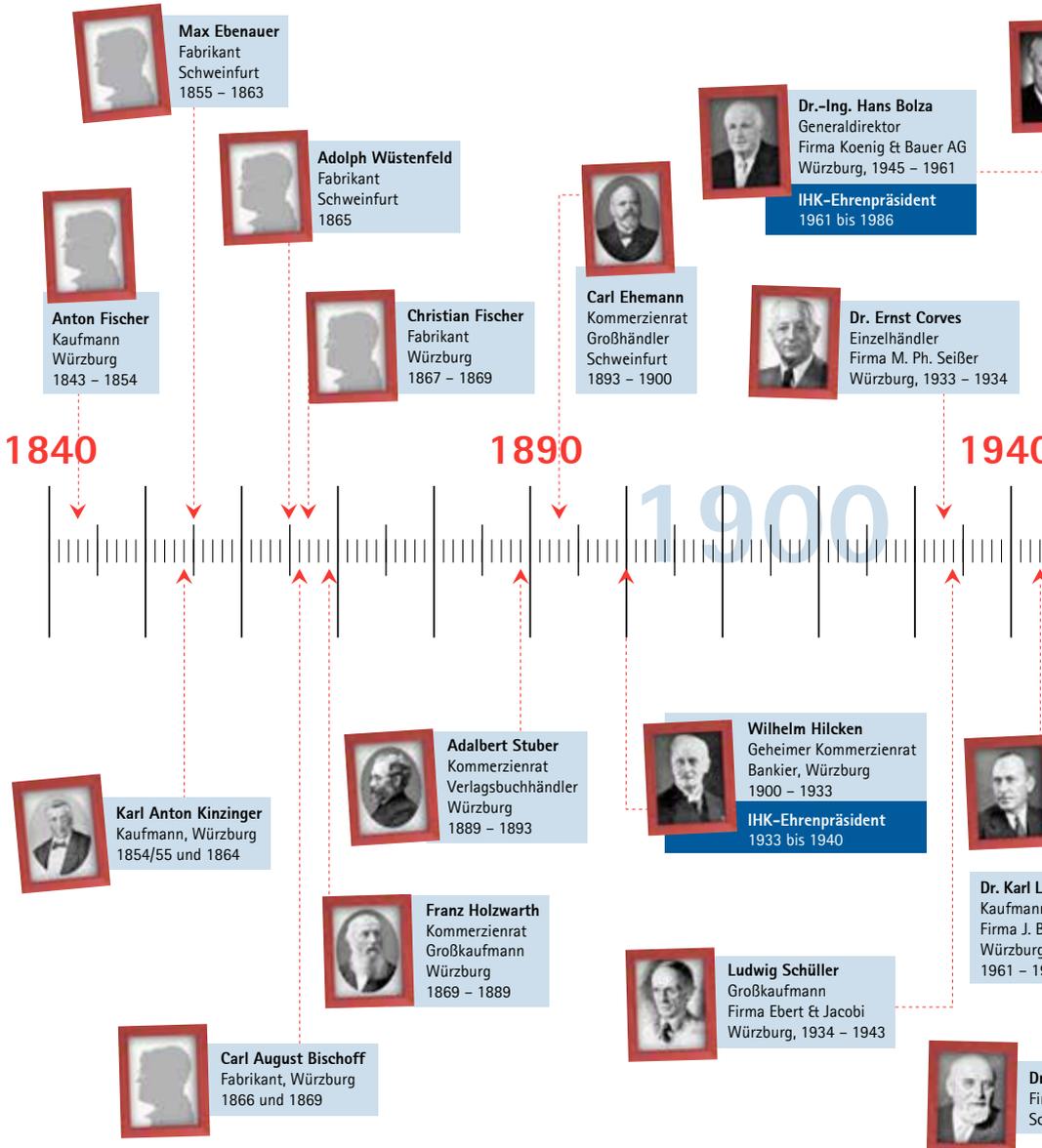
Dr. Eva Moser und ihre Mitarbeiter im Bayerischen Wirtschaftsarchiv München, Dr. Eva Pleticha-Geuder, Universitätsbibliothek Würzburg, Dr. Ingrid Steeg-Engelhart, Staatsarchiv Würzburg, Ingrid Rack, Stadtarchiv Würzburg, Dr. Frauke von der Wall, Mainfränkisches Museum, Würzburg, haben meine Arbeit sehr unterstützt.

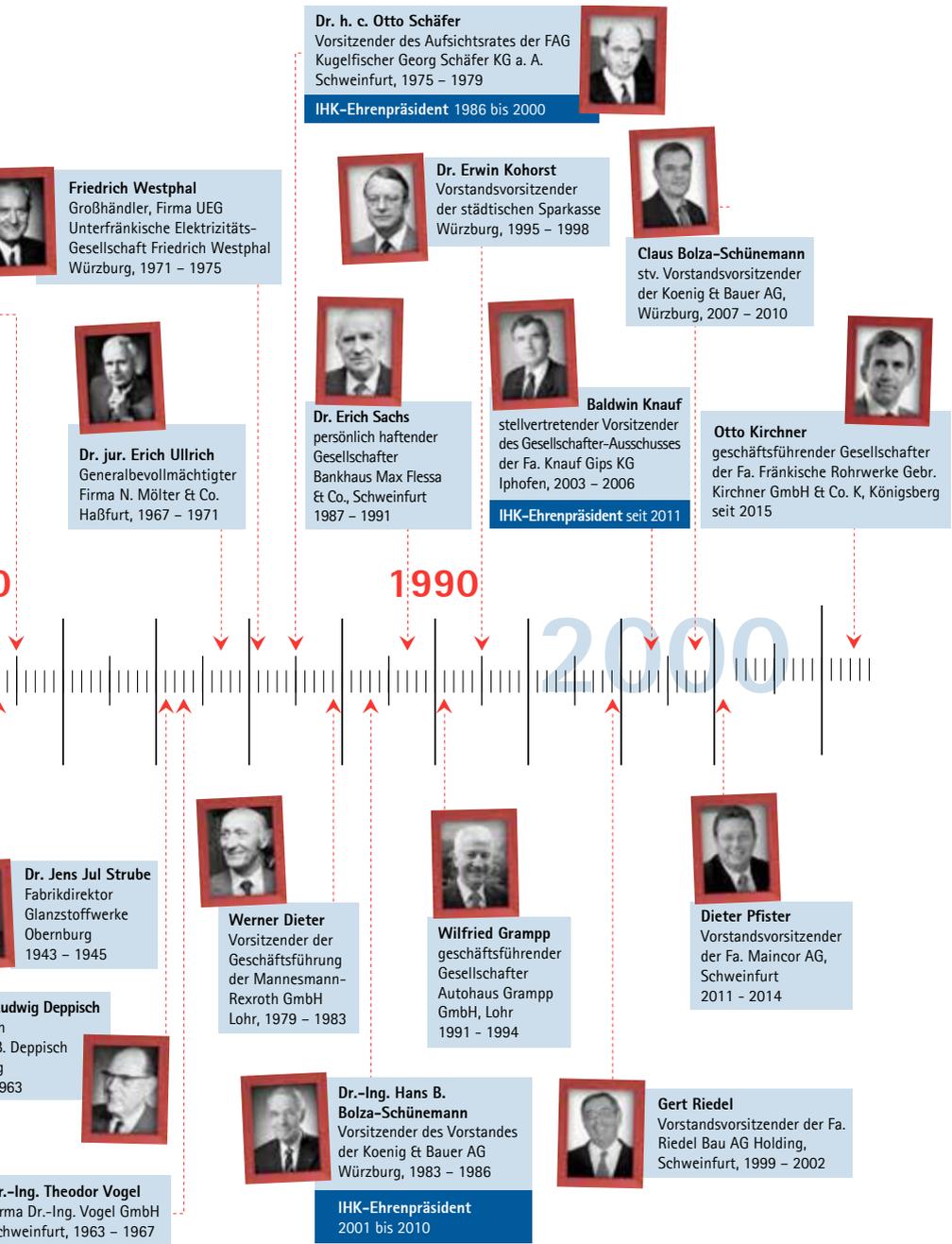
Radu Ferendino, der Pressesprecher der IHK, hat dafür gesorgt, dass aus meinem Manuskript eine brauchbare Druckvorlage wurde.

Besonderer Dank gilt meiner Frau für das geduldige Korrekturlesen und die kritische Diskussion meines Manuskripts. Ohne sie hätte auch diese „Kleine Geschichte“, wie die anderen Bücher, die ich geschrieben habe, nicht auf den Weg gebracht werden können.

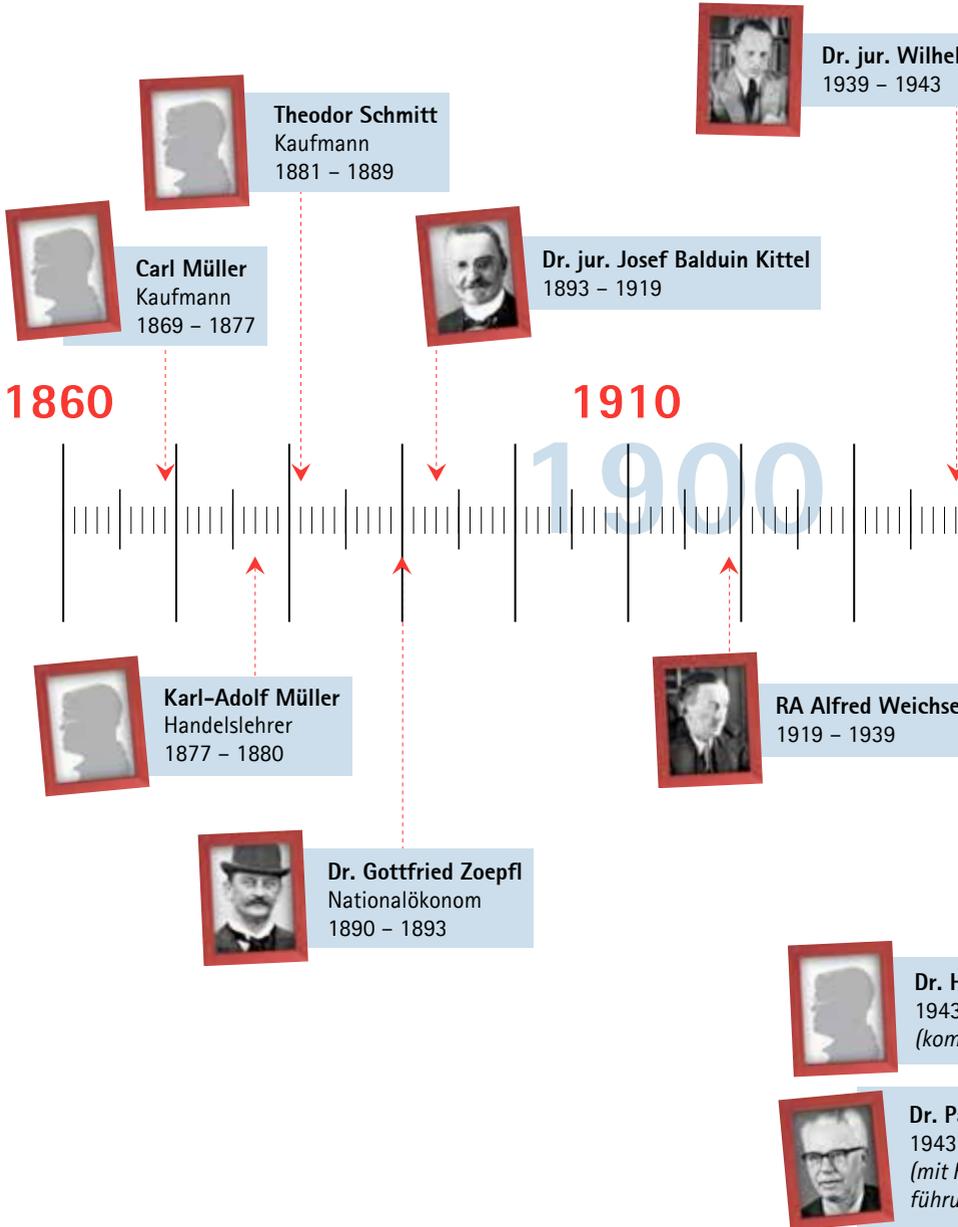
Professor Dr. Dieter Schäfer

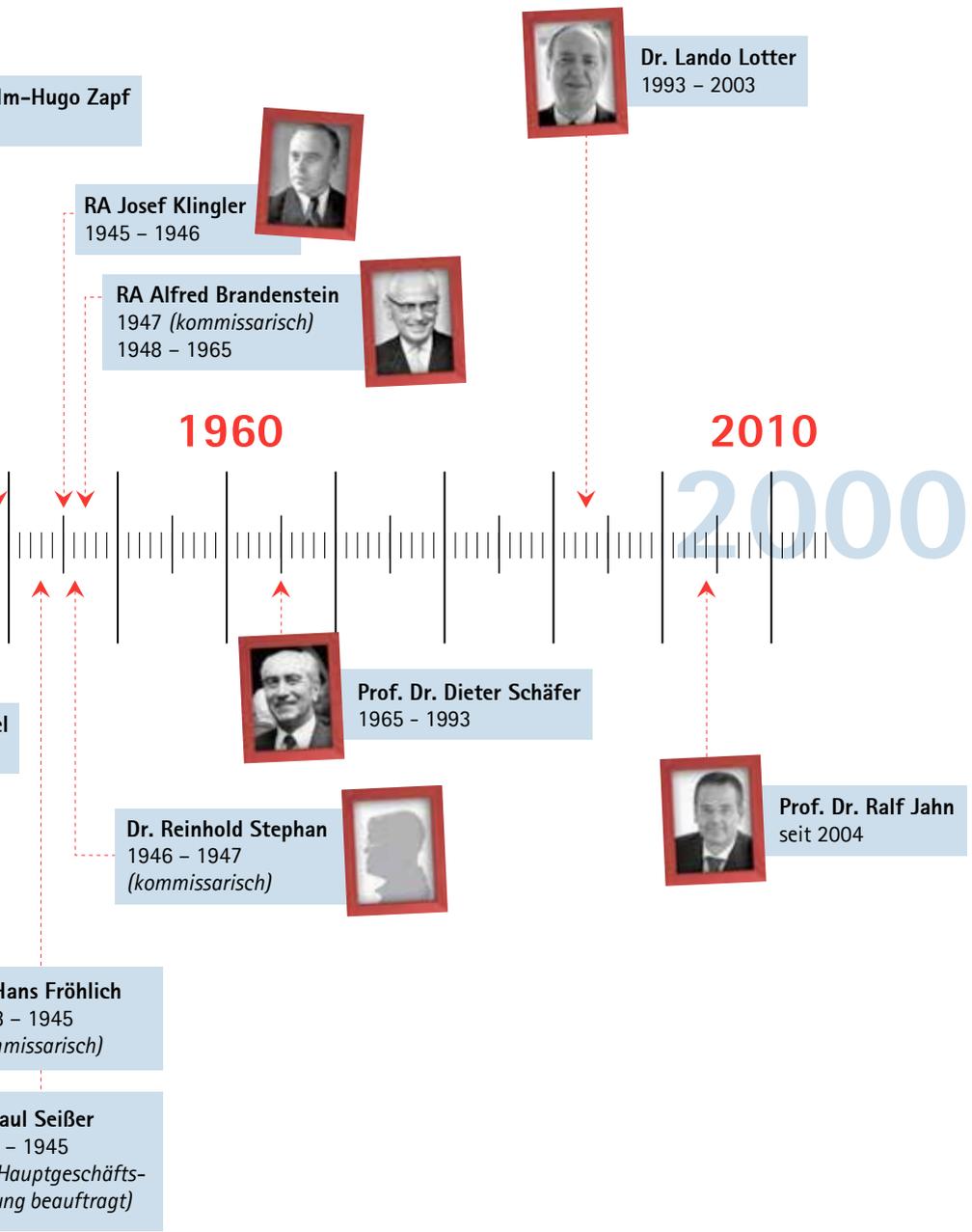
## Vorsitzende und Präsidenten





## Sekretäre und Hauptgeschäftsführer





## Bisher in der IHK-Schriftenreihe erschienen

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 1/1966	Die Zukunft der Rhön		x
Nr. 2/1966	Verkehrsdrehscheibe Mainfranken		x
Nr. 3/1967	Rechtsgrundlagen und Organisation		x
Nr. 4/1967	Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden, Städte und Landkreise des Regierungsbezirkes Unterfranken 1965 – 1990		x
Nr. 5/1968	Funktionsfähige Innenstädte		x
Nr. 6/1969	Die Landkreise Lohr und Marktheidenfeld Ein Beitrag zur regionalen Wirtschaftspolitik in Unterfranken		x
Nr. 7/1972	Haßberge – Steigerwald Sozioökonomische Entwicklungsprozesse in strukturschwachen Räumen		x
Nr. 8/1972	Berufs- und arbeitspädagogische Voraussetzungen für die betriebliche Ausbildung		x
Nr. 9/1977	Das Maintal: Entwicklungsachse und Lebensader einer Landschaft		x
Nr. 10/1979	Alfred Herold – Der Fremdenverkehr in Mainfranken Struktur, Möglichkeiten, Probleme	x	
Nr. 11/1984	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 12/1984	Das mainfränkische Autobahnnetz Entwicklung, Struktur und Funktion Ein kritischer Überblick aus geografischer Sicht von Alfred Herold	x	
Nr. 13/1990	Berlin-Leipzig-Würzburg-Stuttgart-Zürich Chancen einer dritten Nord-Süd-Magistrale von A. Herold, Würzburg	x	
Nr. 11/1992	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 14/1995	Bürokratieberuhigte Zone Mainfranken		x
Nr. 11/1995	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 11/1999	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 12/2003	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 11/2007	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt		x
Nr. 15/2008	Gründeratlas Mainfranken 2008	x	
Nr. 16/2008	Unternehmensrisiken erkennen und meistern Tipps zur Unternehmensentwicklung und Krisenprophylaxe	x	

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 17/2008	Industriereport 2008 Zur Bedeutung der Industrie in Mainfranken		x
Nr. 18/2008	Entwicklungsperspektive für Mainfranken Handlungsempfehlungen aus Sicht der mainfränkischen Wirtschaft	x	
Nr. 19/2008	Realsteuerhebesätze 2008 Eine Untersuchung der IHK Würzburg-Schweinfurt	x	
Nr. 20/2008	Die Bau- und Immobilienwirtschaft in Mainfranken	x	
Nr. 19/2009	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2009	x	
Nr. 21/2009	Gründeratlas Mainfranken 2009	x	
Nr. 22/2009	Die Mittelzentren des IHK-Bezirks Mainfranken	x	
Nr. 23/2009	Beteiligungskapital – Wege   Chancen   Perspektiven	x	
Nr. 24/2009	Verkehrsdrehscheibe Mainfranken 2009	x	
Nr. 15/2010	Gründeratlas Mainfranken 2010	x	
Nr. 19/2010	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2010	x	
Nr. 25/2010	Besser finanziert – Förderleitfaden für den Mittelstand	x	
Nr. 26/2010	Verkehrsinfrastruktur, Verkehr und Logistik in Mainfranken	x	
Nr. 11/2011	Rechtsgrundlagen der IHK Würzburg-Schweinfurt	x	
Nr. 15/2011	Gründeratlas Mainfranken 2011	x	
Nr. 19/2011	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2011	x	
Nr. 27/2011	Der demographische Wandel	x	
Nr. 28/2011	Die Geschäftsübergabe im Überblick	x	
Nr. 29/2011	Mainfränkische Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaft	x	
Nr. 30/2011	Fachkräftesicherung – bilden, beschäftigen, integrieren	x	
Nr. 15/2012	Gründeratlas Mainfranken 2012	x	
Nr. 19/2012	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2012	x	
Nr. 25/2012	Besser finanziert	x	
Nr. 31/2012	Ökologische Nachhaltigkeit in klein- und mittelständischen Betrieben	x	
Nr. 32/2012	Analyse der Gesundheitswirtschaft in Mainfranken 2012	x	
Nr. 33/2012	Endlich gründen!	x	
Nr. 15/2013	Gründeratlas Mainfranken 2013	x	

IHK-Schriftenreihe	Titel	erhältlich bei der IHK	Vergriffen – kann in der Uni-Bibliothek ausgeliehen werden
Nr. 19/2013	Die Entwicklung der Realsteuerhebesätze in Mainfranken 2013	x	
Nr. 34/2013	Auswirkungen der Finanzkrise auf die mainfränkischen Kommunalhaushalte	x	
Nr. 35/2013	Basel III – Auswirkungen auf den Mittelstand in Mainfranken aus Sicht von Unternehmen und Banken	x	
Nr. 15/2014	Gründeratlas Mainfranken 2014	x	
Nr. 36/2014	Facetten des mainfränkischen Strukturwandels	x	

# Schriftenreihe des Zentrums für Regionalforschung (ZfR) an der Universität Würzburg in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt

ZfR- Schriftenreihe	Titel	erhältlich beim ZfR
Nr. 1/2009	Facetten und Perspektiven der Regionalforschung in Unterfranken	x
Nr. 2/2010	Die Vernetzung der Region Mainfranken mit den benachbarten Metropolregionen	x
Nr. 3/2012	Unterfranken – eine Region im Wandel	x
Nr. 4/2014	Multiagentensimulation des Zusammenspiels von demographischem Wandel und hausärztlicher Versorgung im ländlichen Raum	x
Nr. 5/2014	Regionalökonomische Disparitäten und Entwicklungsmuster. Theoretisch fundierte, methodische Analysen am Beispiel des Wirtschaftsraumes Mainfranken	x
Nr. 6/2015	Die Arbeitsortmobilität hochqualifizierter Beschäftigter	x





Die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt kann 2018 ihr 175. Bestehen seit ihrer bayerischen Gründung durch königliches Edikt 1843 feiern. Zu entscheiden war, eine aktuelle Festschrift mit einer Darstellung ihrer Geschichte zu verbinden oder zwei getrennte Publikationen vorzulegen. Die Geschäftsführung entschied sich für zwei getrennte Publikationen, eine aktuelle im Jubiläumsjahr zu veröffentlichen und dieser eine historische „Kleine Geschichte“ vorweg zu schicken, die auch auf die Vorläufer und Vorgänger eingehen sollte. Als Autor konnte ihr längerjähriger Hauptgeschäftsführer gewonnen werden, Professor Dr. Dieter Schäfer, der der Kammer seit 1953 verbunden war und ihr Wirken in der Nachkriegszeit aus eigenem Erleben darstellen kann.

Es sollte bewusst kein repräsentativer Prachtband, sondern ein Arbeitsheft werden, in das die bisher erschienenen Publikationen und auch Quellen einzuarbeiten waren. Professor Schäfer greift dabei auf die Kammergeschichte zurück, die Professor Dr. Harm-Hinrich Brandt 1993 vorgelegt hat, gibt den Wortlaut der Rede wieder, mit der Dr. Hans Bolza 1945 ihre Arbeit nach dem Zusammenbruch begonnen hat und arbeitet auch die anderen bisher erschienenen Publikationen zur Geschichte der Würzburger Handelskammer ein. Durch einen glücklichen Zufall konnte er auch die Erinnerungen aufnehmen, die ihr langjähriger Präsident, Geheimrat Wilhelm Hilcken, 1927 für seinen Sohn aufgeschrieben hatte und damit ein wichtiges Würzburger Zeitdokument erstmalig veröffentlichen.

**Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt K. d. ö. R.**

Mainaustraße 33-35 | 97082 Würzburg  
Tel. +49 931 4194-0 | Fax +49 931 4194-100

Karl-Götz-Straße 7 | 97424 Schweinfurt  
Tel. +49 9721 7848-0 | Fax +49 9721 7848-650

E-Mail: [info@wuerzburg.ihk.de](mailto:info@wuerzburg.ihk.de) | Internet: [www.wuerzburg.ihk.de](http://www.wuerzburg.ihk.de)

ISBN 978-3-943920-12-3